Freitag, 6. Dezember 1985 - D ∗∗∗

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 284 - 49.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 140 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts

TAGESSCHAU

POLITIK

Unesco: Großbritannien hat endgültig den Austritt aus der Erziehungs-, Wissenschafts- und Kulturorganisation der UNO beschlossen. Ähnlich wie die USA, die 1984 austraten, wirft London der Organisation vor, sie sei dem Westen gegenüber feindlich eingestellt, werde unzulänglich geführt und sei reformunwillig.

Spionage: Der im März unter Spionageverdacht verhaftete Angestellte beim Bremer Amt für Aussiedler und Spätheimkehrer, Heinz Peter Arnold, ist polnischer Geheimdienstoffizier und heißt in Wirklichkeit Jerzy Kaczmarek, teilte die Generalbundesanwaltschaft mit.

Gescheitert: Bei dem Versuch, aus der „DDR" über die Mauer nach Lichtefelde in West-Berlin zu flüchten, ist ein 25- bis 30jähriger Mann von „DDR"-Grenzern festgenommen worden. Er hatte bei dem Fluchtversuch akustische und optische Grenzsicherungssignale ausgelöst.

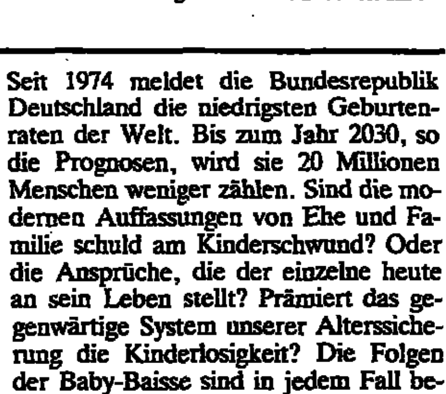
Staatsbesuche: Bundespräsident von Weizsäcker stattet vom 5. bis 19. Februar Burma, Bangladesch und Malaysia Staatsbesuche ab.

Truppen: Die NATO-Staaten haben bei den Wiener MBFR-Verhandlungen ein Interimsabkommen vorgeschlagen, wonach zunächst 5000 amerikanische und 11 500 sowjetische Soldaten aus Mitteleuropa abgezogen werden sollen. Außerdem sollen beide Seiten sich verpflichten, in den nächsten drei Jahren ihre Truppen nicht aufzustocken.

Rüstung: Mit einer Zweidrittelmehrheit nahm die Parlamentarierversammlung der Westeuropäischen Union in Paris den Bericht des niederländischen Sozialisten van den Bergh an, der eine volle Teilnahme der Europäer am SDI-Programm verlangt.

Chile: Die Militärregierung wird nach Angaben von Präsident Pinochet über das Jahr 1989 hinaus – wenn Pinochets Amtszeit endet – an der Macht bleiben. (S. 10)

Beziehungen: Israel hat der UdSSR erneut eine Verbesserung der Beziehungen vorgeschlagen. Trotz tiefgreifender Meinungsunterschiede sei man der Sowjetunion nicht feindlich gesonnen, sagte Präsident Herzog auf dem Jahreskongreß der israelischen KP.



Seit 1974 meldet die Bundesrepublik Deutschland die niedrigsten Geburtenraten der Welt. Bis zum Jahr 2030, so die Prognosen, wird sie 20 Millionen Menschen weniger zählen. Sind die modernen Auffassungen von Ehe und Familie schuld am Kinderschwund? Oder die Ansprüche, die der einzelne heute an sein Leben stellt? Prämiert das gegenwärtige System unserer Alterssicherung die Kinderlosigkeit? Die Folgen der Baby-Baisse sind in jedem Fall bedrohlich. Seite 6

WIRTSCHAFT

Seeschiffahrt: Die Erwartungen bleiben gedämpft. Auf der einen Seite läßt das abgekühlte Konjunkturklima in den USA geringere Wachstumsraten im Welthandel erwarten, auf der anderen weitet sich das Angebot an Schiffstonnage und Containerstellplatz weiterhin überproportional aus. (S. 12)

Bilanzrecht: Der Bundestag hat das neue, den EG-Richtlinien entsprechende Bilanzrichtliniengesetz verabschiedet. Im Bundesrat wird es voraussichtlich am 20. Dezember behandelt.

Einzelhandel: Nach einem schwachen Umsatzwachstum von gut zwei Prozent in diesem Jahr hofft die Branche, 1986 den Anschluß an die allgemeine konjunkturelle Entwicklung zu finden. Allgemein wird ein Wachstum von vier bis 4,5 Prozent erwartet. (S. 11)

Börse: An den Aktienmärkten konnten die Spitzenkurse des Vortages nicht immer gehalten werden. Am Rentenmarkt bröckelten die Kurse öffentlicher Anleihen ab. WELT-Aktienindex 249,19 (245,84); BHF-Rentenindex 104,400 (104,418); Performance-Index 108,506 (108,494); Dollarmittelkurs 2,5266 (2,5224) Mark; Goldpreis je Feinunze 322,80 (324,20) Dollar.

KULTUR

Lautrec: Sie sind dank der unermüdlichen Poster-Druckerei in der ganzen Welt bekannt geworden. Welche Faszination die Darstellungen der Pariser Monde und Demimonde von Toulouse-Lautrec trotzdem noch immer ausstrahlen, beweist eine Ausstellung im New Yorker Museum of Modern Art. (S. 19)

Literatur: Übersetzungen aus dem Italienischen und Französischen belegen die Misere. An deutschen Hochschulen – rühmliche Ausnahmen bilden das Heidelberger Dolmetscher-Institut und die Universität Göttingen – wird die Schulung der Studierenden im Übersetzen literarischer Texte vernachlässigt. (S. 19)

SPORT

Tennis: Claudia Kohde verlor im Halbfinale in Melbourne auch den zehnten Vergleich mit Chris Evert-Lloyd, die im Finale wieder auf Martina Navratilova trifft. Auch das Doppel Becker/Zivojinovic schied aus. (S. 18)

Turnen: Der ehemaliger Weltmeister Eberhard Gienger erprobt bei einem internationalen Wettbewerb in Stuttgart ein objektiveres Bewertungssystem. Es werden acht statt der üblichen vier Kampfrichter eingesetzt. (S. 18)

AUS ALLER WELT

Bibel: Nach dem Erfolg der Kinderbibel, die in einer Auflage von mehr als zehn Millionen in die Länder der Dritten Welt ging, wird jetzt aus dem Topf der „Sternsinger"-Aktion auch eine Jugendbibel finanziert. (S. 20)

Unfälle: Die Zahl der Verkehrstoten wird nach einer Hochrechnung des Statistischen Bundesamts 1985 um 18 Prozent auf 8400 zurückgehen. Das entspräche dem niedrigsten Stand seit Einführung der Statistik 1953. Die Verletztenzahl dürfte um 8,5 Prozent auf 426 000 sinken.

Wetter: Bewölkt, zeitweise Regen. 8 bis 13 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Beim Streikparagraphen deutet sich jetzt eine Einigung an

Blüm warnt vor weiteren Prestigekämpfen / Lob von Gewerkschaftern

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm ist aufgrund der bisherigen zwölfstündigen Gespräche mit den Arbeitgebern und den Gewerkschaften zuversichtlich, daß es zu einer übereinstimmenden Definition des „Streikparagraphen 116" kommen wird. Am kommenden Dienstag wird sich Bundeskanzler Kohl mit Arbeitgeberpräsident Esser und dem DGB-Vorsitzenden Breit treffen. Blüm ist beauftragt, ein entsprechendes Papier auszuarbeiten. Er meinte gestern in einem WELT-Gespräch, „im Sinne einer solchen Gesprächsentwicklung liegt die Einigung". Sie dürfe nicht durch „Prestigekämpfe" erschwert werden.

Blüm betonte, die Gespräche mit den Arbeitgebern und den Gewerkschaften „haben sich schon jetzt rentiert, und zwar für alle Seiten. Jeder weiß, daß die Bundesregierung nicht die Tarifpartnerschaft neu ordnen, nicht die Gewichte verschieben will. Wir wollen nur klarstellen, was in Zweifel geraten ist". Eine solche Klarstellung diene auch den Arbeitnehmern, „denn wenn jeder Streik von Gerichtsprozessen begleitet wird, wenn Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld von der Bundesanstalt mit Vorbehalt, also dem Risiko der späteren Rückzahlung erfolgen, dann entsteht Unsicherheit". Deshalb folge die Bundesregierung auch nicht der Empfehlung, in dieser Frage die Entscheidungen oberster Gerichte abzuwarten, betonte Blüm. Nach den bisherigen Gesprächen mit den Arbeitgebern und den Gewerkschaften, so sagte Blüm, seien folgende Punkte „unbestritten": 1. „Wer streikt oder ausgesperrt wird, der erhält keine Leistung". 2. „Im Kampfgebiet, also ins Streikgebiet, ins Aussperrungsgebiet, werden keine Leistungen gewährt, auch nicht für mittelbar Betroffene". Dies halte er für eine wichtige Klarstellung. 3. Die Arbeitgeber würden einer Regelung zustimmen, „wonach an mittelbar Betroffene auch außerhalb des Fachgebietes gezahlt werden muß. Das heißt, um ein Beispiel zu nennen, wenn die IG Metall streikt und Chemiearbeiter sind betroffen, dann muß gezahlt werden". Blüm: „Das ist der bisherige Konsens zwischen Arbeitgebern, Gewerkschaften und Bundesregierung".

Diese Übereinkunft entspringe der Überlegung, daß eine Gewerkschaft den Arbeitskampf „in eigener Zuständigkeit" führe und die Gewerkschaften sehr unterschiedliche Schlichtungsordnungen hätten, sagte Blüm. Es gebe Gewerkschaften, „die drei Schlichtungsrunden haben, bis sie zum Streik kommen. Die können nicht in Mithaftung genommen, wenn bei einer anderen Gewerkschaft nach kurzer Zeit die Sicherungen herausfliegen". Würde anders verfahren, also die Zahlungen der Bundesanstalt für mittelbar Betroffene auch außerhalb des Fachgebietes eingestellt, so wären die Konsequenzen ziemlich klar: „Mitglieder einer anderen Gewerkschaft würden sich sagen, wenn wir schon kein Geld kriegen, dann laßt uns auch streiken, dann bekommen wir wenigstens Streikunterstützung". Blüm: „Im DGB würde so ein ungeheurer Solidaritätsdruck entstehen. Die Scharfmacher würden die Preise bestimmen"

Ein Streitpunkt sei noch, so schilderte Blüm, wie in solchen Situationen „in der Branche" verfahren werde. Die Arbeitgeber seien der Meinung, hier „muß alles ruhen". Er, Blüm, frage sich, wie man einen solchen Standpunkt begründen wolle, wenn man die Pflicht zum Eigentumsschutz und das Willkürverbot berücksichtige. Eine Differenzierung sei angebracht. Blüm: „Angenom-

● Fortsetzung Seite 10

DER KOMMENTAR

Die Folgen

HANS-HERBERT HOLZAMER

Der Streit, der das von SPD und FDP 1977 beschlossene Eherecht begleitete, ist – jedenfalls im Gesetzgebungsbereich – zu Ende. Der Rechtsausschuß des Bundestages hat nunmehr auf der Grundlage einer koalitionsinternen Synopse die längst überfällige Korrektur im Scheidungsfolgenrecht beschlossen. Die Zustimmung des Gesamtparlaments in der kommenden Woche dürfte daher nurmehr Formsache sein. Das neue Recht wird am 1. April 1986 in Kraft treten.

Wenn auch dann von den Gerichten noch viele Details ausgefüllt werden müssen, die Koalition kann zufrieden sein. Sie gewinnt mit ihrer Rechtspolitik an Fahrt und an Format. Jedenfalls wird die Abstimmung zwischen den Koalitionsparteien, was dieses Feld der Politik betrifft, geschmeidiger. Zwei Gründe sind dafür ausschlaggebend. Die Koalition erkennt, daß laute Auseinandersetzungen das vor allem in der Wirtschaftspolitik abzulesende Erfolgsbild stören. Andererseits haben CDU/CSU und FDP im Rechtsausschuß mit den Scharnieren Herbert Helmrich (CDU) und Detlef Kleinert (FDP) zu einer sachlichen Zusammenarbeit gefunden.

Obgleich nunmehr ein Abschluß erreicht ist, werden die Diskussionen über die finanziellen Folgen einer Scheidung nicht verstummen. Immerhin aber hat einer der profiliertesten Kritiker der Reform, der Vorsitzende des Familiengerichtstages Willutzki, von einer „deutlichen Verbesserung" gesprochen.

In der Tat wird das neue Gesetz die Zementierung von Unterhaltsansprüchen beenden und damit in Einzelfällen wirtschaftliche Notfälle mildern. Vielen wird die Chance gegeben, eine zweite Ehe zu wagen. Trotz aller positiven Ansätze wird es aber Enttäuschungen geben. Versuche, auf der Basis des neuen Rechts die Last bestehender Verpflichtungen abzuschütteln, werden nur in Ausnahmefällen erfolgreich sein. Auch wird es trotz aller Modifikationen keine Rückkehr zum Schuldprinzip geben.

Weinberger bestätigt: Schild für Europa

Zur Beteiligung an SDI-Forschung eingeladen / Wörner: Kein Zweifel an Unterstützung

BERNT CONRAD, Bonn

Der amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberger hat die Absicht der USA bekräftigt, mit Hilfe des geplanten Weltraumverteidigungssystems (SDI) nicht nur die Vereinigten Staaten, sondern auch Europa zu schützen. „Wenn sich die Strategische Verteidigungsinitiative als wirksam erweist, wird sie einen Schutz gegen strategische Flugkörper längerer und mittlerer Reichweite darstellen", betonte Weinberger gestern auf einer deutsch-amerikanischen Tagung in Bonn.

Der Minister lud noch einmal alle europäischen Verbündeten ein, sich an der SDI-Forschung zu beteiligen – „je eher, desto besser". Im Augenblick sei es dafür noch keineswegs zu spät, denn es seien noch mehrere Milliarden Dollar zu vergeben. Die Beteiligung könne staatlich vereinbart werden oder ohne Abmachungen auf betrieblicher Ebene vor sich gehen. Beide Möglichkeiten seien akzeptabel, aber ein Abkommen könne Vorteile mit sich bringen.

Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner versicherte seinem Amtskollegen: „Es kann keinen Zweifel an der politischen Unterstützung von SDI durch die Bundesregierung geben. SDI bietet uns eine sehr seltene Chance für unsere Sicherheit." Allerdings werde auf absehbare Zeit die nukleare Abschreckung nicht zu entbehren sein.

Mit den Vorträgen Weinbergers und Wörners wurden zweitägige Diskussionen hochrangiger amerikanischer und deutscher Politiker, Diplomaten und Militärs über die künftige Nuklearstrategie, die konventionelle Verteidigung und die Ost-West-Beziehungen im Lichte des Reagan-Gorbatschow-Gipfels eingeleitet. Dabei betonte der US-Verteidigungsminister, der gestern auch von Bundeskanzler Helmut Kohl empfangen wurde, mit großem Nachdruck den defensiven Charakter von SDI. Die in Genf wiederholte Beschuldigung des sowjetischen Generalsekretärs, Präsident Reagan wolle den Weltraum militarisieren, sei absolut falsch. Tatsächlich handele es sich bei SDI um eine verteidigungspolitische Reaktion auf Maßnahmen der Sowjetunion.

Schon seit zwei Jahrzehnten werde in Rußland energisch eine strategische Verteidigungsforschung betrieben, fuhr Weinberger fort. Es sei unverständlich, weshalb eine amerikanische Antwort auf diese Forschung destabilisierend wirken solle. Vielmehr wäre es verantwortungslos, vor der sowjetischen Aufrüstung in diesem Bereich die Augen zu verschließen.

Den Einwand, durch SDI könnte Amerika von Europa abgekoppelt werden, bezeichnete der Verteidigungsminister als völlig falsch. „Wir wollen keine Abkoppelung, denn unsere Sicherheit beruht auf der Partnerschaft mit Europa." Die Strategische Verteidigungsinitiative stelle eine der größten Hoffnungen für die

● Fortsetzung Seite 10

Schmidt vermeidet direkte Angriffe gegen den Kanzler

DW. Bonn

Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt hat in seiner gestrigen Bundestagsrede zur Europapolitik entgegen vielfachen Erwartungen direkte Attacken gegen seinen Amtsnachfolger Helmut Kohl vermieden. Er wies der derzeitigen Bundesregierung nicht die Schuld an den Schwierigkeiten am europäischen Einigungsprozeß zu. Die Regierung Kohl habe fast alles so vorgefunden, wie es heute in Europa sei.

Der Bundeskanzler hatte ausdrücklich die Beschlüsse des jüngsten Luxemburger EG-Gipfels gewürdigt. Der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU, Hans Klein, sagte, es gehe zweifellos vorwärts. Dies gelte für den Binnenmarkt, die Einbeziehung der Technologie- und Umweltpolitik in die EG-Aufgaben, die Erweiterung der Parlamentsbefugnisse und den Vertrag über die außenpolitische Zusammenarbeit.

Seite 10: Weltökonom

Scheidungsrecht: Rechtsausschuß billigt Änderung

HHH. Bonn

Der Reform des Scheidungsfolgerechts durch den Bundestag in der kommenden Woche steht nichts mehr im Wege. Ein von den Rechtsexperten von CDU/CSU und FDP erstelltes Papier, das als „Synopse zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung unterhaltsrechtlicher, verfahrensrechtlicher und anderer Vorschriften" bezeichnet wird, wurde gestern vom Rechtsausschuß ohne Änderungen verabschiedet.

In einer ersten Stellungnahme sprach der Vorsitzende des Familiengerichtstages, Siegfried Willutzki, von Verbesserungen, die der Kompromiß gegenüber den bisherigen Reformvorlagen bringe. Kritik übte Willutzki allerdings an der Übergangsregelung, die lediglich zu einer Flut von Wiederaufnahmeverfahren führen, aber nur in den wenigsten Fällen etwas bringen würde.

Seite 10: Rechte der Kinder

Opposition in Wien verlangt Neuwahlen

VOEST-Krise nur die Spitze eines Eisberges? / Renten als neuer Konfliktstoff

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

In der heutigen Sitzung des österreichischen Parlaments wird die oppositionelle ÖVP im Zusammenhang mit der schweren Finanzkrise des verstaatlichten VOEST-Konzerns vorzeitige Neuwahlen beantragen. Oppositionsführer Alois Mock erklärte, man werde von der Regierung einen „Offenbarungseid" darüber fordern, wie es in der verstaatlichten Industrie wirklich aussehe. Mock bezeichnete die finanziellen Schwierigkeiten der VOEST als „Spitze eines Eisberges". Die Ankündigung des österreichischen Finanzministers Vranitzky, wonach es möglicherweise für die Österreicher zu einer weiteren Steuerbelastung in Form eines VOEST-Zuschlags zur Lohn- und Einkommenssteuer kommen werde, wies Mock mit der Bemerkung zurück, die ÖVP werde alles tun, um dies zu verhindern.

Der Wirtschaftssprecher der Opposition, Robert Graf, forderte inzwischen den Rücktritt des gesamten Vorstandes der ÖIAG – der Holdinggesellschaft der verstaatlichten Industrie. Der Vorstand sei seiner Berichtspflicht im Zusammenhang mit den schweren Verlusten, welche die VOEST in den USA erlitten habe, nicht nachgekommen.

Hier kam es zum Notverkauf des vom Linzer Konzern betriebenen Stahlwerks Bayou, wobei nur ein geringer Teil der investierten Mittel als Erlös erzielt werden konnte. Den Rest in Höhe von 5,3 Milliarden Schilling trägt, ebenso wie bei den mißglückten Ölspekulationen, der österreichische Steuerzahler.

Auch wenn die ÖVP voraussichtlich mit ihrem Antrag in der Minderheit bleiben und die beiden Koalitionsparteien gegen vorgezogene Neuwahlen stimmen dürften, steht die Regierung Sinowatz vor ihrer schwersten Bewährungsprobe. Schon versuchen Teile des VOEST-Alpine-Konzerns – etwa die Edelstahlwerke in der Steiermark – sich zu lösen und eigene Wege zu gehen. Der Wirtschaftssprecher der Volkspartei schätzt, daß die gesamte verstaatlichte Industrie Österreichs einen Kapitalbedarf von 20 Milliarden Schilling haben dürfte.

Neben dem VOEST-Debakel kommt ein weiteres brisantes Thema auf die Regierung zu. Der SPÖ-Sozialminister Dallinger und der führende Sozialpolitiker der Volkspartei, Kohlmaier, vertreten beide die Auffassung, daß Leistungsminderungen im österreichischen Pensionssystem nicht mehr zu umgehen seien. Dallinger warnte vor Finanzierungsschwierigkeiten der österreichischen Sozialversicherung in den neunziger Jahren, weil dann die Zahl der Rentner ansteige und die Zahl der Berufstätigen sich drastisch vermindern werde.

Vom Verlauf der heutigen Wiener Parlamentsdebatte wird abhängen, ob jene Kräfte in der SPÖ die Oberhand gewinnen, die auf Grund der verfahrenen Lage einer großen Koalition mit der ÖVP zuneigen.

Die Grenzen des neuen Kremlchefs

lü. Bonn

In einem Exklusivbeitrag für die WELT zeigt der jugoslawische Regimekritiker Milovan Djilas die Chancen und Grenzen des sowjetischen Kremlchefs Michael Gorbatschow auf. Der in Belgrad lebende Schriftsteller, der für seine Analyse des Kommunismus jahrelang im Gefängnis saß, schreibt, daß es grundlegende Änderungen des Sowjetsystems nicht geben kann; denn es selbst lasse Gorbatschow keinen Spielraum als Reformator – wenn überhaupt nur als Reparator. Die Korrektur des Parteiprogramms bedeute lediglich eine Verschiebung der Utopie in eine unbestimmte Zukunft. Milovan Djilas: „Dies ist vielleicht die größte und wirkliche Reform."

Seite 8: Alle Imperien sind tödlich

Lafontaine: Es geht um Anerkennung

DW. Bonn

Der saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine hat bei seiner umstrittenen Forderung nach Anerkennung einer „DDR"-Staatsbürgerschaft offenbar langfristig eine Grundgesetzänderung im Auge. In einem WELT-Interview bekennt sich Lafontaine erneut zu seiner umstrittenen Position. Die entsprechenden Bestimmungen des Grundgesetzes seien ihm bekannt, sagte Lafontaine. Gleichzeitig erklärte er: „Jede Diskussion, die davon ausgeht, das Grundgesetz sei ein Dogma, ist falsch." Als Beispiel nannte er Veränderungen in der saarländischen Verfassung während der vergangenen Jahre. Eine „Gefahr der Ausgrenzung der Berliner" stelle sich nicht.

Seite 9: Kein Dogma

Aus Warschau Lob für Mitterrand

Stürzt Fabius über Kritik am Empfang Jaruzelskis? / Der Fall des Priesters Zalewski

DW. Paris

Die unverhohlene Kritik von Premierminister Fabius am Empfang des polnischen Staats- und Parteichefs Jaruzelski bei Staatspräsident François Mitterrand scheint innenpolitische Rückwirkungen zu haben. Die französische Presse, die den Äußerungen von Fabius ihre Titelseiten widmete, spekulierte gestern sogar über einen bevorstehenden Rücktritt des seit Sommer 1984 amtierenden Regierungschefs oder dessen Absetzung. Fabius hatte offen eingestanden, daß auch er über die Visite „verwirrt" sei (WELT v. 5. 12.).

Die polnische Presse bewertete die Jaruzelski-Visite an der Seine als wichtiges Ereignis im Sinne des Genfer Gipfels zwischen Reagan und Gorbatschow. Die Parteizeitung „Trybuna Ludu" bemerkte: „Damit ist der Geist von Genf schließlich auch über Paris gekommen." In den französisch-polnischen Beziehungen sei ein neues Kapitel aufgeschlagen worden. Von den eher peinlichen Begleitumständen des Besuchs war in der Warschauer Presse keine Rede. So erfuhren die Leser nicht, daß der Gast nur durch einen Hintereingang in den Elysée-Palast gelangte. „Trybuna Ludu" schrieb: „Bekanntlich ist Polen in den vergangenen vier Jahren von Frankreich als Prügelknabe behandelt worden. Der französische Präsident hat es für angezeigt gehalten, diesen Kurs endlich zu ändern."

Vor seinem Weiterflug nach Tunis, wo auch ein Gespräch mit PLO-Chef Arafat angekündigt war, äußerte sich Jaruzelski auch zur Opposition in seiner Heimat. Der General meinte, Arbeiterführer Walesa stehe jederzeit die Ausreise frei, ebenso wie anderen Regime-Kritikern.

Während sich Jaruzelski in Paris aufhielt, wurde der Druck auf Personen des Kultur- und Geisteslebens in Polen verschärft. 56 000 Personen, die an den Hochschulen des Landes lehren, sollen überprüft werden. Offensichtlich beginnt das zweite Stadium einer „Säuberung", der vor allem wieder Anhänger der „Solidarität" zum Opfer fallen. In der ersten Phase wurden nach inoffiziellen Zählungen 46 Rektoren, Vizerektoren, Dekane und Fachbereichsleiter entlassen.

Aufsehen erregte der Fall des 28 Jahre alten Krakauer Geistlichen Tadeusz Zalewski. Er hatte, so seine Mutter, in der Nacht zum Mittwoch zwei Männern und einer Frau die Tür geöffnet, die nach ihm unter dem Vorwand fragten, daß der Gemeindepfarrer erkrankt sei. Sofort hätten die Unbekannten den Geistlichen überwältigt, zusammengeschlagen und gefesselt. Außerdem strangulierten sie den Priester mit einem Seil und knebelten ihn. Der ermordete Pater Popieluszko war auf ähnliche Weise mißhandelt worden.

Seite 2: Bauchlandung

Moskaus neues Kampfflugzeug mit westlicher Technologie

Spionage ersparte Sowjets fünf Jahre Entwicklungsarbeit

CLAUS GEISSMAR, London

Die Sowjetunion hat ein neues Kampfflugzeug mit der Bezeichnung „Suchoi SU-27" entwickelt, das mit gestohlener Technologie aus dem Westen ausgerüstet ist. Das Gegenstück zum US-Flugzeug F-15 ist in der Lage, aus großer Höhe tieffliegende Cruise Missiles oder Tornado-Maschinen abzuschießen. Das erste Foto der neuen sowjetischen Maschine ist am Donnerstag in London in „Jane's All the World's Aircraft today" veröffentlicht worden. In diesem Standardwerk der Wehrtechnik wird auch ein Bericht der amerikanischen Regierung zitiert, nach dem die Sowjets durch Spionage schätzungsweise fünf Jahre Entwicklungsarbeit im Flugzeugbau eingespart haben.

Die neue sowjetische Maschine verfügt über Radar-gelenkte Raketen, ein nach unten blickendes Radarsystem und eine elektronische Abwehranlage, die gegnerische Flugzeuge aufspüren kann. Offensichtlich ist es der Sowjetunion gelungen, Einzelheiten der amerikanischen F-18-Jäger auszuspionieren. Allein diese Tatsache könnte Moskau Enwicklungskosten von rund 120 Millionen Mark erspart haben.

Andere technische Einzelheiten der SU-27 stammen aus den amerikanischen F-14 und F-15. Die Luft-Luft-Raketen des sowjetischen Flugzeugs sind nach Ansichten westlicher Waffenexperten sogar besser als die der NATO.

John Taylor, Chefredakteur des renommierten Fachverlages, der das erste Foto veröffentlicht hat, erklärte: „Die Sowjetunion hat sich große technologische Vorteile verschafft, ohne einen Pfennig ausgeben zu müssen. Die neue Maschine ist schneller als die amerikanische F-15 und ihr Einsatzradius von 1500 Kilometern übertrifft den der F-15 sogar um 500 Kilometer. Ein weiterer Vorteil ist die wesentlich größere Manövrierfähigkeit des neuen Flugzeugs."

Bei der NATO ist die sowjetische Neuentwicklung, die in den vergangenen Monaten in Dienst gestellt wurde, inzwischen unter der Code-Bezeichnung „Flanker" bekannt.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Viel Geld für Rau

Von Wilm Herlyn

Von einer wundersamen Vermehrung von Planstellen und Geldanforderungen weiß der nordrhein-westfälische Haushalt für das Jahr 1986 zu berichten – allerdings nur im Einzelplan 02. Und der gilt für den Ministerpräsidenten. Dessen Etat soll von 1985 auf 1986 von 83,2 auf 96,4 Millionen Mark ansteigen – also 13,2 Millionen Mark mehr oder 15,9 Prozent. Außerdem sind dort acht neue Stellen ausgewiesen. Zusätzlich wird Johannes Rau im Laufe der Etatdebatte weitere siebzehn Stellen beantragen. Sie seien für die Bewältigung der kommenden Aufgaben in der Staatskanzlei gedacht – wie schon in der Regierungserklärung vom 10. Juni 1985 angekündigt.

Das hört der Bürger gern, denkt er doch, daß nun die schon lange versprochenen Anstrengungen gemacht werden, das bevölkerungsreichste Bundesland wieder nach vorn zu bringen. Einiges jedoch könnte ihn stutzig machen. Johannes Rau ist ja nicht nur Ministerpräsident, sondern auch Kanzlerkandidat der SPD. Muß der Wahlbürger nicht argwöhnen, daß in einer Zeit, in der Finanzminister Diether Posser den Zustand der Finanzen von NRW mit denen von Polen und Mexiko verglich, in denen er „beschwerliche Fußmärsche" statt finanzieller Höhenflüge ankündigt; einer Zeit, in der die Schulden dieses einen Landes bis Ende 1988 knapp hundert Milliarden Mark betragen und Rau selbst an allen anderen Ecken Personal abbaut – muß er also nicht argwöhnen, daß diese „funktionale und personelle Stärkung der Regierungszentrale" in Wahrheit den Kandidaten stärken soll?

Wie anders soll er sich denn einen Reim darauf machen, daß der Etat des Ministerpräsidenten im Jahr 1987 – wenn alles vorbei ist – wieder auf 88,4 Millionen absinken soll?

Und mit dem Aufbruch zu neuen Taten ist es wohl der Regierung auch nicht so ernst: Das mit großem Wirbel 1984 angekündigte Technologieprogramm wird von sechzig Millionen auf fünfzehn Millionen Mark gekürzt. Ist das die Einsicht, daß mit Geld allein kein Staat zu machen noch die Wirtschaft zu locken ist, sondern nur mit einer Klimaverbesserung – oder wurden so die dreizehn Millionen für das Wahlkampfjahr auf Kosten der Technologie eingespart?

Mugabes Moskaureise

Von Monika Germani

Kurz bevor Zimbabwes Premierminister Robert Mugabe zu seinem ersten Moskau-Besuch abflog, explodierten südlich des Limpopo-Flusses, auf südafrikanischem Gebiet, fünf Minen. Ein schwarzer Zivilist starb an den Folgen seiner Verletzungen. Der kommunistische ANC bekannte sich dazu, die Minen gelegt zu haben. Die Spuren hatten ohnehin nach Zimbabwe geführt.

Daraufhin sah Südafrikas Außenminister Pik Botha sich veranlaßt, Zimbabwe Vergeltungsschläge für den Fall anzudrohen, daß man in Harare dem ANC Unterschlupf gewähre. Moçambique, Lesotho und Botswana haben bereits in den vergangenen Jahren die Auswirkungen ihrer Kooperationsbereitschaft mit dem ANC zu spüren bekommen.

Falls der ANC, an dessen Bindung an Moskau niemand zweifelt, mit den Minen einen naheliegenden Zweck verfolgt haben sollte, ist dieser vorerst noch nicht verwirklicht worden. Mugabe hat einen Vertrag über wirtschaftliche und technische Kooperation unterzeichnet. Er hat in Wien mitgeteilt, man sei einander viel näher gekommen; er hat bestätigt, daß er die Möglichkeiten Zimbabwes besprochen habe, sich gegen Schläge Südafrikas zur Wehr zu setzen. An den Gesprächen hat auch der sowjetische Generalstabschef Sergej Achromejew teilgenommen, zu dessen Aufgaben die rein wirtschaftliche Kooperation nicht gehört.

Jedoch hat Mugabe nicht einen Freundschaftsvertrag nach Art des Regimes in Moçambique mit den Sowjets ausgehandelt. Tatsache ist, daß Mugabe – der zu Maos großer Zeit eher der chinesischen Spielart des Marxismus nahestand – sich stark nach Moskau orientiert und daß seine marxistische Einheitspartei nicht gerade den hohen demokratischen Idealen entspricht, die man bei der Einigung im Lancaster House vor Augen hatte. Und über seine Matabele-Jagden braucht kein Wort verloren zu werden. Aber noch hat er sich nicht dem Kreml in die Hand gegeben. Noch nicht.

Noch ein Generalsprozeß?

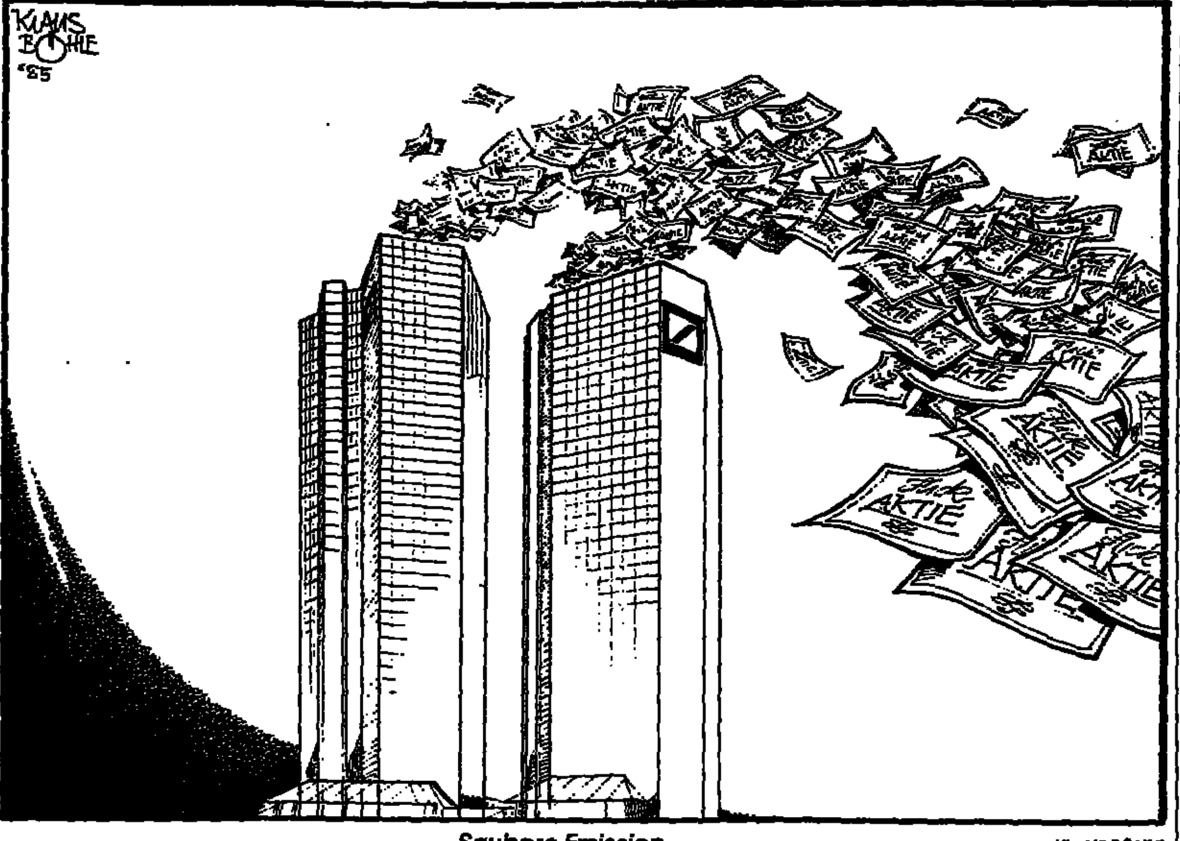
Von Günter Friedländer

Eine Kommission des uruguayischen Parlaments untersuchte acht Monate lang die gegen Offiziere des Heeres gerichteten Anklagen wegen „systematischer Verletzung der Menschenrechte". Vom Juni des Jahres 1973 bis zum Februar 1985, stellte die Kommission fest, waren um die fünfzig Offiziere am Verschwinden von 164 Uruguayern beteiligt. Sie übergab der Regierung eine vertrauliche Namensliste dieser Offiziere.

Bald stellte sich heraus, daß diese Liste auch der politischen Linken und deren Presse zugespielt worden war, die nun auf sofortige Anklageerhebung gegen die Offiziere drängt. Die linke „Frente Amplio" (Breite Front) fand in der rechten „Nationalpartei" Genossen in dieser Kampagne, die sich mehr *gegen die Regierung des Präsidenten Julio Maria Sanguinetti* als gegen die Offiziere richtet. Verteidigungsminister Juan Vicente Chiarino sprach es aus: Die Opposition suche nur die Destabilisierung der Regierung, indem sie den Präsidenten auf Konfliktkurs mit dem Heer bringt, das keinen Prozeß wünscht, wie ihn Argentinien erlebt. Der Präsident wiederum hat eine Atempause bis mindestens Februar dank eines Streits zwischen der Militär- und der Zivilgerichtsbarkeit über Zuständigkeitsfragen.

Anfang November sagte Sanguinetti dem Pariser „Le Monde", eine Amnestie der Offiziere sei nur logisch, nachdem ein Gesetz im März allen Zivilpersonen der Opposition gegen die Militärregierungen Amnestie gewährt hatte. Das war Öl aufs Feuer der Opposition, denn diese Amnestie schließt alle von der Polizei oder vom Heer verübten Straftaten aus. Die Opposition sagt, die „nur logische" Amnestie für die Offiziere sei bereits in der Handhabung der Justiz zu sehen, die aus der Zuständigkeitsfrage unüberwindbare Hindernisse macht, die praktisch einer Amnestie gleichkommen.

Die Mißachtung von Menschenrechten – nicht allein durch Militärdiktaturen in Lateinamerika; man braucht nur an die Folter-Affäre zu denken, die das Erdbeben von Mexiko ans Licht brachte – verdient Sühne. Etwas anderes aber ist es, wenn Parteien unter dem Banner der Menschenrechte zum Kreuzzug gegen die wiederhergestellte Demokratie blasen.



Saubere Emission KLAUS BÖHLE

Ende als Neubeginn

Von Gerd Brüggemann

Die Entscheidung von Friedrich Karl Flick, sein industrielles Imperium für reichlich fünf Milliarden Mark an die Deutsche Bank zu verkaufen, die es nach Umwandlung in eine Aktiengesellschaft breit gestreut dem Publikum anbieten will, ist gewiß aufsehenerregend. Eine Sensation ist sie nicht. Abgesehen einmal davon, daß es seit einiger Zeit einschlägige Gerüchte gab, sprachen sowohl sachliche wie auch persönliche Gründe für eine solche Entwicklung.

Auch wenn die Transaktion – die schon von ihrer Größenordnung her in der Bundesrepublik Deutschland jede Dimension sprengt – in einer von den zahlreichen Konzentrationsfällen der jüngsten Zeit sensibilisierten Öffentlichkeit noch manche Diskussionen auslösen wird: ordnungspolitisch ist gegen sie kaum etwas einzuwenden. *Man darf davon ausgehen, daß die Deutsche Bank sich* nur als Zwischeneigentümer sieht und daß sie ihre Absicht so schnell wie möglich wahr macht, die Anteile über die Börse zu verkaufen und so einen Beitrag zur Vermögensbildung zu leisten.

Es ist nicht ohne Ironie, daß Friedrich Karl Flick, auf dessen Namen in den vergangenen Jahren *durch eine tiefe Verstrickung in die* unselige Parteispendenaffäire soviel Schatten gefallen ist und dessen Unternehmertätigkeit eigentlich nie von Applaus begleitet war, nun mit dem Verkauf und seinem Rückzug ins Privatleben auf nahezu uneingeschränktes Lob stößt. Tatsächlich freilich zieht er nur die Konsequenz aus einer Entwicklung, die an einem Endpunkt angelangt war.

Über die subjektive Seite der Angelegenheit braucht nicht spekuliert zu werden. Es hat eigentlich nie ein Zweifel daran bestanden, daß Talent und Neigung des Sohnes Friedrich Karl Flick nicht ausreichten, den vom Vater zusammengekauften Konzern zu führen. Und mit der Auswahl der Manager, die ihm dabei zur Seite stehen sollten, hat er auch nicht immer eine glückliche Hand gehabt.

Aber es gibt auch sachliche Gründe, die einen solchen Verkauf nahelegten und wohl mehr Gewicht haben als die persönlichen Motive. *Zum einen lassen sich* Konzerne dieser Großenordnung kaum noch und nur ausnahmsweise erfolgreich als Familienunternehmen betreiben. Eine Ausnahme in der Person eines überragenden Unternehmers gab es im Falle *Flick indes nicht – nicht mehr.* Zum anderen bietet die Organisation als Aktiengesellschaft mit breit gestreutem Kapital eine besonders geeignete Unternehmensform im Hinblick auf seine Weiterentwicklung und die Kontinuität seiner Führung.

Vor allem dieser letzte Punkt mag Flick veranlaßt haben, seinen Konzern zu einem günstigen Zeitpunkt wie dem jetzigen bei guter Konjunktur und sehr festen Aktienmärkten für einen stattlichen Preis zu verkaufen. Denn früher oder später wäre ein Verkauf schon aus steuerlichen Gründen ohnehin unvermeidbar geworden. Das Flicksche Vermögen wurde bisher in Familienstiftungen gehalten, die einst gegründet worden waren, um das Vermögen der Familie zu erhalten und zugleich den enormen Belastungen durch Erbschaftssteuern zu entgehen.

Diese *Möglichkeit besteht seit 1973 nicht mehr. Damals* verabschiedete die sozial-liberale Koalition ein Gesetz, mit dessen Hilfe solche Familienstiftungen einer Art Erbersatzsteuer unterworfen werden. Sie werden steuerlich so behandelt, als träte alle dreißig Jahre ein Erbfall ein. Bei Vermögen über hundert Millionen Mark beträgt der Steuersatz für solche Fälle *fünfunddreißig Prozent. Nachdem* Hoffnungen, die christlich-liberale Koalition werde das Gesetz wieder beseitigen oder zumindest entschärfen, sich nicht erfüllten und im Jahre 1983 das Bundesverfassungsgericht das Gesetz als verfassungskonform beurteilte, sah Flick wohl keine *Möglichkeit mehr, die* Kontinuität des Familienvermögens zu sichern. Und für eine gemeinnützige Stiftung, wie sie beispielsweise aus gleichem Grunde die Industriellenfamilie Klöckner bildete, mochte er sich nicht entscheiden.



Die Flick-Kerngruppe soll zusammenbleiben: Dynamit Nobel FOTO: DPA

Was Flick mit dem Erlös, von dem ihm nach Abzug der fälligen Steuern etwa zweieinhalb bis drei Milliarden Mark verbleiben werden, machen wird, bleibt seine Privatsache. Man darf wohl davon ausgehen, daß er sich nicht wieder unternehmerisch betätigen wird. Es ist möglich, daß er mit seinem Verkaufsentschluß überhaupt Kritik an den Bedingungen für unternehmerische Tätigkeit in der Bundesrepublik äußern will.

Damit aber schösse er dann doch erheblich über das Ziel hinaus. Zwar hat das Unternehmerbild in den vergangenen Jahren manchen Glanz eingebüßt; aber dazu hat auch Flick selber beigetragen. Auch die Bundesregierung hat trotz guter Vorsätze noch viel zu wenig getan, um Unternehmen und Unternehmer von all dem bürokratischen Ballast zu befreien, der sich *im Laufe von Jahrzehnten angesammelt hat. Dennoch bleibt die* Bundesrepublik ein Land, in dem tüchtige Unternehmer ihre Chance fanden und finden, wie tausende von Neugründungen beweisen.

Für die Flickschen Unternehmen und ihre knapp vierzigtausend Beschäftigten hat der anstehende Verkauf durchweg positive Aspekte. *Wenn die Pläne der Deutschen* Bank verwirklicht werden, die vorsehen, daß die industrielle Kerngruppe, also Feldmühle, Buderus, Dynamit Nobel zusammenbleiben soll – nur die Finanzbeteiligungen wie Daimler und Grace sollen separat angeboten werden – erhalten sie eine Vielzahl von Aktionären, die zwar Dividende verlangen, die aber *auch Sicherheit und Kontinuität verbürgen. Was Flick als das Ende* einer Ära empfinden mag, erweist sich so als ein Neubeginn.

IM GESPRÄCH John Poindexter

Der Mannschaftsspieler

Von Fritz Wirth

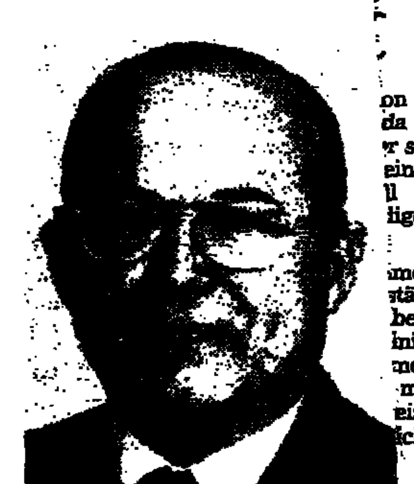
Wenn Minister und hohe Beamte in Washington aus dem Amt scheiden, ereignet sich stets die gleiche Prozedur: Links der „has been", rechts der neue Mann, in der Mitte der Präsident. So stellen sie sich im Weißen Haus der Presse, und so geschah es auch am Mittwoch, als Ronald Reagan den Amtswechsel seiner Sicherheitsberater vollzog. Robert McFarlane, der harte „Mariner", kämpfte gegen seine Tränen an. John Poindexter, sein Nachfolger, suchte die geziemende Mischung von Trauer über das Schicksal seines Vorgängers und von Freude und Stolz über seine Beförderung.

Es ist noch zu früh, beide Männer gegeneinander aufzuwiegen, doch allein ihre äußere Erscheinungsweise an der Seite des Präsidenten ließ Unterschiede erkennen. Dort der kleine, zähe terrierhafte „Bud" McFarlane, auf der anderen Seite der zwar gleichaltrige, aber älter wirkende John Poindexter, reserviert, zögernd, abwägend, ein Mann jener Art, wie man sich in der Diplomatie „graue Eminenzen" vorzustellen hat.

John Poindexter, 49 Jahre alt, ist ein Mann, der in der Stille wirkt, und damit ein neuer Typ im Geschäft. Männer wie Henry Kissinger, Alexander Haig und Robert McFarlane betrieben in diesem Amt Selbstdarstellung, suchten das Scheinwerferlicht und arbeiteten mit der Presse. John Poindexter dagegen ist ein unauffälliger *diplomatischer Stilist, der* Zuschauer auf Distanz hält und seine Person ganz der Sache unterordnet.

Der Mann aus Indiana war in seiner beruflichen Laufbahn stets sein eigener Doppelgänger. Er hatte Schwierigkeiten, sich zwischen einer militärischen und einer wissenschaftlichen Laufbahn zu entscheiden, und tat am Ende beides. Zunächst absolvierte er die Marine-Akademie als Klassenbester im Jahre 1958 und widmete sich dann, unter den Fittichen des deutschen Nobelpreisträgers Rudolph Mössbauer, dem Studium der Nuklearphysik, *das er 1964 mit der Promotion* abschloß.

Karriere jedoch machte er in der amerikanischen Kriegsmarine, wurde schnell Kommandeur eines Zerstörers, war bald Vizeadmiral und wurde in den frühen siebziger Jahren als persönlicher Stabsoffizier von drei amerikanischen Marineministern ins Pentagon geholt. *Es war in dieser* Zeit, da John Poindexter sich eine Expertise im Umgang mit der Regie-



Reagans neuer Sicherheitsberater: Poindexter FOTO. AP

rungsbürokratie zulegte. Er bekam einen Ruf als stiller und gewandter Operateur hinter den Kulissen, so daß man ihn 1981 in den „Nationalen Sicherheitsrat" holte, wo er 1983 der Stellvertreter von Robert McFarlane wurde.

Seine Kollegen sagen, er sei der ideale zweite Mann in diesem Amt gewesen. Wenn das eine leicht abqualifizierende Einschätzung für sein neues Amt sein soll: Als McFarlane vor gut zwei Jahren sein Amt antrat, bescheinigte man ihm, er sei eigentlich „die ideale Nummer zwei oder 2,5". Und er wurde ein erstklassiger Sicherheitsberater.

Mit der Ernennung von Poindexter hat Ronald Reagan sich für Kontinuität entschieden. In der politischen Philosophie von Poindexter und McFarlane gibt es keine bedeutenden Unterschiede. Poindexter ist ein zumindest gleichwertiger Experte in *verteidigungspolitischen Fragen und* verfügt über beträchtliche Erfahrungen in der Terrorismusbekämpfung. Die Abfangaktion gegen die vier Terroristen der „Achille Lauro" vor zwei Monaten über dem Mittelmeer war seine Stabsarbeit. Erfahrung dagegen *fehlt ihm offenbar noch im außenpolitischen Bereich.*

Es wird unter ihm stiller in seinem Amt werden. Poindexter ist ein Mannschaftsspieler, und das dürfte Konflikte mit dem Stabschef des Weißen Hauses, Donald Regan, auf ein Minimum reduzieren. Schlechte Zeiten für jene, die nach *Dramen in der Politik suchen. Der Seemann John* Poindexter liebt nicht den hohen Wellengang.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Bild

Das Massenblatt schreibt zur Postwurf-Aktion der Bundesregierung in Sachen AIDS:

Runde fünf Millionen Mark ließ die Regierung dafür springen. Mal abgesehen davon, *daß solche Postwurfsendungen meistens ungelesen in* den Papierkorb wandern: Was passiert, wenn ein Bürger, über die Gefahren von AIDS informiert, zur Untersuchung geht? Dann muß er blechen – rund 80 Mark. Die Kassen zahlen nämlich nicht. Deshalb werden Millionen nicht zur Untersu*chung gehen, wahrscheinlich* Tausende angesteckt und die Behandlungskosten werden in die Multimillionenhöhe gehen. Warum also keine kostenlosen Untersuchungen? Die AIDS-Aufklärung war gut gemeint, aber nicht gut genug durchdacht.

Rhein-Zeitung

Das Koblenzer Blatt meint zum Arbeitsmarkt:

*Franke hat recht: Der frühe Winter*einbruch läßt in der neuesten Arbeitsmarktstatistik nicht zum Ausdruck kommen, daß sich die wirtschaftliche Belebung fortsetzt. Dennoch – die jüngsten Zahlen aus Nürnberg sind katastrophal. Andere Stimmen weisen zugleich darauf hin, daß der Trend zur Frühpensionierung gestoppt werden muß, weil die ins Berufsleben eintretenden Jahrgänge schwächer werden. Flexibilisierung *auf der ganzen Linie ist also das Gebot der Stunde, wenn man die Misere* um Beschäftigung und Rente auf Dauer meistern will, vielfältiger als bisher müssen die Zeitformen der Stellenangebote werden. Ebenso wird man nicht umhinkommen, beweglicher zu vermitteln. Zu leicht *macht man es sich mit dem Ruf nach staatlichen Förderprogrammen.*

SÜDWEST PRESSE

Die Ulmer Zeitung geht auf Flicks Verkaufspläne ein:

Friedrich Karl Flick machte nur zweimal unternehmerisch und einmal *politisch Furore. Politisch* mit der Spendengeldaffäre. *Unternehmerisch, als er 1975, gerade zum alleinigen* Konzernherrn gekürt, ein Daimler-Benz-Paket für 1,9 Milliarden verkaufte und 1978, als er beim Gerling-Versicherungskonzern einstieg. Jetzt steigt er unternehmerisch aus, in der richtigen Erkenntnis, *daß ein solches* weitverzweigtes Industriereich heutzutage nicht mehr von einem Alleinherrscher mit Küchenkabinett regiert werden kann. Die Zeit der Flicks, Siemens und Krupps ist passé.

Die Zwischenlandung wurde zur Bauchlandung

Zwar durch die Hintertür, aber eine Niederlage Mitterrands / Von August Graf Kageneck

Präsident Mitterrand hat nach wie vor keine Erklärung zur Hand, warum er – buchstäblich durch die Hintertür und ohne irgend jemandem etwas zu sagen; nicht einmal sein eigener Premierminister Fabius war informiert worden – den polnischen Diktator General Jaruzelski empfangen hat. Das französische Volk erwartet eine solche auch gar nicht. Es hat sich bei seinem durchaus feinen Empfinden für das Verhältnis von Moral und Politik wie ein Mann gegen diesen Besuch gestellt. Es konnte und wollte nicht verstehen, wie der Staatschef, ein Mann, der die Menschenrechte ganz oben auf seine Fahne geschrieben hat und der die Verletzung dieser Rechte bisher überall tapfer gebrandmarkt hat, eine so abrupte und unbegründete Schwenkung vollzog.

Und es weiß sehr wohl, wer der Sieger dieses Treffens ist. Der Mann nämlich, der die „Zwischenlandung auf dem Flug von Algier nach Tunis" in Paris erbeten hatte; dessen Schergen am gleichen Tage, an dem er die Stufen des Elysée-Palais hinaufschritt, in einem polnischen Keller einen Priester folterten und ihm ein „V" in die Wange brannten. „V" wofür? Für Victory? Oder für V. Republik?

Da helfen Mitterrand auch keine Erklärungen weiter, daß es Beziehungen von Staat zu Staat geben müsse, in welche ideologische Rücksichten nicht einzugreifen hätten. So etwas imponiert manchen in Deutschland; in Frankreich aber zählt Moral in der Politik.

Gerade Mitterrand hatte diese Art von Argumentation immer entschieden zurückgewiesen. Als Oppositionspolitiker hatte er sich 1968 über das Wort De Gaulles erzürnt, der Einmarsch der Warschauer Pakt-Truppen in die CSSR sei ein Zwischenfall, über den die Diplomatie hinwegzugehen habe. Und grimmiger als alle andere hatte er Giscard als „Postboten des Kreml" verhöhnt, nachdem dieser sich mit Breschnew in Warschau 1980 getroffen hatte, wenn Giscard dort auch gegen den Überfall auf Afghanistan protestiert hatte. Nun nennt ihn mit Recht ein Abgeordneter von der Partei Giscards einen „Impresario roter Diktatoren".

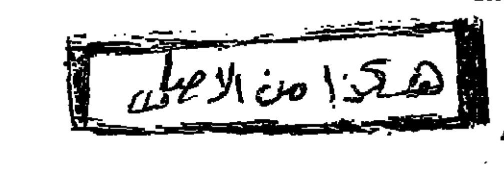
Das ist es. Mitterrand hat sich zum Stellenvermittler Jaruzelskis bei feinen westlichen Adressen gemacht. Er hat ihm eine unverhoffte Respektabilität verschafft. Der General hat seinen Triumph schon in Paris ausgekostet. Er nannte das Treffen vorher „sehr wichtig für meine Person und für Polen". Hinterher qualifizierte er es als „unerhört nützlich". Nun werden sich ihm andere Pforten öffnen; und vielleicht braucht er dann nicht einmal mehr wie gestern in Paris durch ein Gartentörchen in die Paläste schlüpfen, nachdem man ihn vorher vom Haupttor abgewiesen hatte. Das war ein einmaliger Vorgang in der Geschichte staatlicher Beziehungen, aber was immer der Macchiavellist im Elyseé sich von dieser erniedrigenden Regie für seinen Gast erwartet haben mag – er hat ihn empfangen. Allein das zählt für den Apparatschik aus Warschau.

Mitterrands eigener Premier distanzierte sich, indem er seiner „Verwirrung" Ausdruck gab. Die Einmaligkeit dieses Besuches wird damit noch um eine Nuance bereichert: Noch nie in der Geschichte der V. Republik hat ein Regierungschef den sakrosankten Präsidenten der Republik so unverblümt öffentlich vor dem Parlament in einer ihm allein zustehenden diplomatischen Entscheidung kritisiert.

Der Vorgang läßt die Tiefe der Unruhe ahnen, die die sozialistische Regierungsmehrheit vor den Eigenwilligkeiten des obersten Kriegsherrn erfaßt hat. Das Plädoyer des Außenministers Dumas, der dem Treffen als einziger Zeuge beigewohnt hatte, begnügt sich mit der Feststellung: Andere Staatsmänner im Westen bis hin zum polnischen Papst hätten Herrn Jaruzelski ebenfalls empfangen.

Hier liegt vermutlich der Hase im Pfeffer. Mitterrand fühlte sich auf dem Eisberg, den er seit Ausrufung des Kriegsrechts in Polen zwischen Warschau und Paris aufgehäuft hatte, offenbar allmählich ungemütlich. Daß andere sich in Warschau die Türklinke in die Hand gaben, ärgerte ihn. Schließlich hatte er mit Michail Gorbatschow im September in Paris über Entspannung in Europa gesprochen. Womöglich hatte ihm der Mann aus dem Kreml sogar den Empfang Jaruzelskis suggeriert – unter wer weiß welchen Zusicherungen hinsichtlich eines angeblichen neuen Tauwetters.

Es ist zwar schwer vorstellbar, daß ihm der routinierte Franzose dabei auf den Leim gegangen ist. Aber vielleicht glaubt Mitterrand, daß langfristig in Europa etwas in Bewegung kommen kann, und daß Frankreich den Zug nicht verpassen dürfe. Dafür jedoch gibt es noch keinerlei Anzeichen. Mitterrand hat sich vor sich selbst moralisch zu rechtfertigen versucht, indem er seinen Gast eine Stunde lang die Leviten über die Verletzung der Menschenrechte in seinem Lande las. Aber dergleichen läuft an einem Diktator ab, solange es nur vom Glanz des Elysée umgeben war. An den Franzosen läuft dergleichen so schnell nicht ab.



Der alleingelassene Alleineigentümer mag nicht mehr

Friedrich Karl Flick zieht sich als Konzernherr zurück. Das größte deutsche Familienunternehmen steht zum Verkauf. Der Preis: etwa sechs Milliarden Mark.

Von JOACHIM GEHLHOFF

Zweimal in seinem langen Leben hatte der Siegerländer Eisenkopf Friedrich Flick einen riesigen Familienkonzern aufgebaut. „Für alle Zeiten and immer" wollte der geniale Konzernbaumeister seinen Nachkommen ersprießliches Dasein als Familienunternehmer sichern. Das war, neben schöpferischem Gestaltungswillen und Machtstreben, offensichtlich die wichtigste Triebfeder des einstigen Montanindustriellen, der nach dem Zweiten Weltkrieg, nach Enteignung und Verkaufsauflagen, im Pensionistenalter mit beispiellosem Erfolg ein neues, nun montanfernes Familienimperium aufbaute.

Doch das hohe Lied des Familienunternehmertums hat bei den Flicks nur 13 Jahre über die Lebensspanne des 1972 mit 89 Jahren gestorbenen Gründers gedauert. Friedrich Karl Flick, bald 59 Jahre alt und von des großen Vaters drei Söhnen als einziger übriggeblieben, gibt den größten deutschen Familienkonzern zum Jahreswechsel in die Hände der größten deutschen Bank, die ihn 1986 breit gestreut an Aktionäre verkaufen wird.

Mit Fug und Recht wird dieser am Mittwoch nachmittag bekanntgegebene Vorgang die weitaus größte Aktienplacierung der deutschen Nachkriegsgeschichte genannt. Details dazu will die Deutsche Bank vor Abschluß der „Vorarbeiten" zwar noch nicht ausplaudern. Fraglos aber ist das da in Bewegung kommende Familienvermögen auf reichlich sechs Milliarden Mark zu schätzen, darin allein vier Milliarden Mark Börsenwert des noch Flick gehörenden Zehntels am Daimler-Benz-Kapital. Das stellt auch die großen Privatisierungsaktionen von Staatsunternehmen (Veba- und Volkswagen-Konzern) tief in den Schatten.

Über alle Zweifel erhaben ist an dieser Riesentransaktion der volkswirtschaftlich und ordnungspolitisch positive Effekt. Zweifel sind angebracht, wenn es an die Erforschung der Motive geht, die den Konzernerben veranlaßt haben, aus der Rolle des steinreichen Privatunternehmers in die eines Privatiers zu wechseln, der auch nach milliardenschwerer Steuerentrichtung aus dieser Transaktion noch steinreich bleiben wird.

Entscheidendes Motiv, so ließ nun Friedrich Karl Flick in einem Rundbrief an die „Geschäftsfreunde" seines Hauses wissen, sei das auf ihn zukommende Problem der im nächsten Erbgang „substanzverzehrenden" Steuerzahlungen gewesen, welche die Existenz der Unternehmensgruppe in ihrer heutigen Struktur gefährdet hätten.

Darin steckt viel, aber sicherlich nicht die ganze Wahrheit. Eine milliardenschwere Erbschaftsteuerlast (35 Prozent des Gesamtvermögens) könnte auch dieser gut gepolsterte Familienkonzern nicht ohne sehr beträchtlichen (und gleichfalls steuerbelasteten) Substanzverkauf verkraften, – ob nun im persönlichen Eigentum des Erben oder in Form von Stiftungsvermögen, deren alleiniger Destinatar der bisherige Alleineigentümer ist.

Doch diesem Problem hätte der Konzernherr (theoretisch) ausweichen können, wenn er eine gemeinnützige Familienstiftung zum Konzerneigentümer gemacht hätte. Der große Klöckner-Familienkonzern beispielsweise ist auf diesem Wege erst unlängst dem auch da existenzbedrohenden Steuer-Fallbeil entronnen. Im Fall Flick braucht man zu diesem Aspekt die Frage nicht zu vertiefen, ob Nordrhein-Westfalens (SPD-)Landesregierung als Stiftungsaufsicht angesichts des mit Parteispenden-Affären „skandalgetränkten" Namens Flick einer solchen Umwidmung des Familienvermögens in die Gemeinnützigkeit überhaupt zugestimmt hätte.

Dem Erben selbst ist diese Idee offensichtlich fern geblieben. Unter anderem auch deshalb, weil der nach zwei gescheiterten Ehen mit zwei noch minderjährigen Töchtern ausgestattete Mann in der Familie keinen sieht, der als Familienunternehmer einst die nächste Führungsgeneration verkörpern könnte. Seine beiden Neffen, vom Großvater einst für dieses Amt vorgesehen, hat er schon vor Jahren gegen eine etliche 100 Millionen Mark schwere Abfindung ausgekauft. Damals wollte er in den Fußstapfen des „Obervaters" noch der unumschränkt regierende, der gestaltende Unternehmer sein.

Zunächst mit dem Aufbruch zu neuen Ufern, der um die Jahreswende 1975/76 mit der Reduzierung des vom Vater billig angesammelten Daimler-Anteils auf zehn (39) Prozent rund zwei Milliarden Mark Investitionskapital für die Festigung und (auch internationale) Ausdehnung des Imperiums in die Kriegskasse brachte.

Doch dem Aufschwung folgte der mit (nur zum Teil) steuerneutralen Wiederanlage von 1,9 Milliarden DM Daimler-Aktien-Buchgewinn verquickte Spendenskandal; folgte Ende 1982 der Auszug des hochkarätigen Manager-Triumvirats aus der Konzernspitze: Eberhard von Brauchitsch (heute angeklagter Privatier), Klaus Götte (heute Gutehoffnungshütte-Konzernchef) und Hanns Arnt Vogels (heute MBB-Konzernchef).



Friedrich Flick (1883–1972) baute alles auf, sein Sohn Friedrich Karl Flick (58) will alles verkaufen FOTO: NORBERT NORDMANN

Der nach diesem Exodus an der Konzernspitze so ziemlich alleingelassene Alleineigentümer, von immer neuen Sensationsmeldungen über die „Flick-Affäre" sichtlich irritiert, regierte nur noch lahm. Am liebsten von München aus, wo der menschenscheu wirkende (im vertrauten Kreis aber höchst gesellige) Nabob am liebsten residiert, nahe seinem österreichischen Jagdrevier und fern der Düsseldorfer Konzernzentrale „Friedrich Flick Industrieverwaltung Kommanditgesellschaft auf Aktien", mit der er vorzugsweise nur noch schriftlich kommunizierte.

Geschadet hat das dem industriellen Kernbereich des Konzerns offenbar nicht. Dank der seit eh und je bei den Flicks praktizierten möglichst weitgehenden „Autonomie" der großen Konzerntöchter stehen die drei Industriegruppen Buderus AG (Metallverarbeitung), Dynamit Nobel AG (Chemie) und Feldmühle AG (Papier) mit derzeit 39 000 Beschäftigten und rund 10 Milliarden Mark Jahresumsatz auf gesunden Beinen.

Rechnet man die aus Auslandsproduktion stammenden Umsätze dieser drei Industriegruppen hinzu, ferner insbesondere die anteiligen Umsätze aus den dividendenträchtigen Beteiligungen an Daimler-Benz und am großen amerikanischen Chemie/Energiekonzern Grace (27 Prozent), so steht nun auch ohne die („zunächst" beim Konzernherrn privat bleibende) knappe Mehrheit am großen Gerling-Versicherungskonzern ein Gebilde mit gut zwei Dutzend Milliarden Mark Jahresumsatz zum Verkauf.

Die Unternehmerära Flick ist damit zu Ende. Ein Ende, das seinen entscheidenden Kern denn doch in der Alltagserfahrung hat, daß die volle Breite unternehmerischen Talents nun einmal nicht zwangsläufig vererbbar ist. Der künftige Rentner Flick wird seine mit dem Verkauf in Milliardenhöhe anfallenden Buchgewinne in seiner über der Konzernholding schweigsam thronenden „Friedrich Flick KG" brav mit dem Einkommensteuer-Höchstsatz von 56 Prozent plus mindestens sechs Prozent Gewerbesteuer an den Fiskus abführen.

Was folgt, ist die große Herausforderung der Deutschen Bank zur pfleglichen Placierung des riesigen Konzernvermögens in Kleinaktionärshand. Bereits bei der ersten und mit damals zwei Milliarden DM kleineren Verkaufsaktion der Daimler-Aktien brauchte sie dafür fast ein Jahr.

Was er damals erlöste, tönt schwach des Konzernherrn Stimme aus dem Beginn des Vorruhestands, habe schließlich auch bei seiner deutschen Industriegruppe zur Investition in mehr als 1000 zusätzliche Arbeitsplätze „in einer Zeit geführt, als andere Arbeitsplätze abbauten". Auch das ist beim Spenden-Debakel in der öffentlichen Diskussion untergegangen. Aber wahr ist es immer noch.

Der Robin Hood von Boston folgt der Spur seines Clans

Er trägt einen großen Namen, auf dem ein Fluch zu lasten scheint. Noch ist er kaum mehr als eine lokale Berühmtheit, eine Art Samariter für die Armen in Boston. Doch mit Joseph Kennedy III., dem Sohn des ermordeten Robert, hat ein Kennedy der dritten Generation die politische Arena betreten, der zum Hoffnungsträger seiner Familie werden könnte.

Von FRITZ WIRTH

Wenn Joseph Kennedy III. des Morgens zur Arbeit fährt, begibt er sich nicht in die Garage, um sein Auto in Gang zu bringen, er bedient sich vielmehr der 260 Pferdestärken seines Motorbootes und fährt damit quer durch den Hafen von Boston. Das sieht auf den ersten Blick wie feinere Playboy-Art aus, doch es enthüllt in Wahrheit ein ewiges Problem dieser Kennedy-Dynastie: Ihr beständiger Konflikt zwischen Stil und Anspruch, zwischen Lebensart und Lebensziel.

Denn niemand in dieser Dynastie, die heute vier Generationen umspannt und 41 Mitglieder hat, ist der Playboy-Allüre und dem Playboy-Dasein ferner als der 32jährige Joe. Er hat einen großen Teil seines Lebens und seinen Beruf den Armen gewidmet.

Er ist Gründer und Präsident der ungewöhnlichsten Ölgesellschaft dieser Welt. Sie heißt „Citizens Energy Corporation", versorgt die armen Bürger Bostons mit billigem Heizöl und verzichtet dabei auf jeden Profit. Joseph Kennedy III. ist in diesem Geschäft der Millionäre der einsame, hilfreiche und zugleich aggressive „Öl-Robin Hood".

Verzicht auf Profit, um Profil zu gewinnen?

Seine Neider und seine Bewunderer prophezeien seit langem übereinstimmend, daß der Verzicht auf Profit nicht so ganz selbstlos ist wie es aussehen mag. „Joe hat mit dieser Firma seit fünf Jahren die brillante Basis für eine politische Karriere geschaffen", sagen sie. Am Mittwoch dieser Woche bestätigte Joe Kennedy ihre Vermutungen. Er kündigte an, daß er im nächsten Jahr im achten Distrikt von Boston für den Kongreß kandidieren wird.

Der achte Distrikt in Boston ist in der amerikanischen Politik „geheiligter" demokratischer Boden. Er ist in den letzten 32 Jahren nur durch zwei Männer im Kongreß vertreten worden, durch John F. Kennedy und „Tip" O'Neill, dem Sprecher des Repräsentantenhauses, der sich Ende nächsten Jahres aus der Politik zurückziehen will.

Dieser anspruchsvolle und symbolträchtige Startpunkt signalisiert: Ein neuer Kennedy hat die politische Arena betreten, und er tut es nach Art des Hauses: mit einem Flirt mit der Geschichte und dem geschickten Marketing eines großen Namens.

Denn es ist mehr als nur eine Kandidatur für einen der 435 Plätze im Repräsentantenhaus. Es signalisiert den Aufbruch jener Kennedy-Generation, die noch Kinder waren, als sich ein Fluch über diesen Clan zu legen schien und zwei Väter dieser Familie ermordet wurden. Joe Kennedy tritt nicht nur gegen diesen Fluch an, er setzt auf den Namen dieser Familie und das, was sie als ihre Berufung versteht.

Diese dritte Generation hinter der greisen Rose Kennedy und der zweiten Generation, deren Repräsentant und Oberhaupt Edward Kennedy wurde, ist weitgehend ein Generation ohne Väter. Sie besteht heute aus 29 jungen Kennedy-Nachfahren zwischen 18 und 35, von denen 17 für einen Teil ihrer Jugend ohne Väter aufwuchsen. 13 verloren ihre Väter durch Attentate, vier – die Familie der Lawfords – durch Scheidung.

Joseph Kennedy III. ist unbestritten seit einigen Jahren die Leitfigur dieser dritten Generation, die sich spürbar zu profilieren beginnt – als Rechtsanwälte, im Journalismus und nun in der Politik. Joe Kennedy trägt den Namen seines Großvaters und dessen ältesten Sohnes, der im Zweiten Weltkrieg fiel.

Joseph III. ist der älteste Sohn Robert Kennedys. Als sein Vater am 6. Juni 1968 im Hotel Ambassador in Los Angeles erschossen wurde, war er 15 Jahre alt. Es folgten ziel- und ratlose Jahre. Sein Schulabschluß war nicht glänzend, sein Studium an der University of California brach er vorzeitig ab.

Und dann, vier Jahre nach der Tragödie von Chappaquidick, jenem Autounfall, der Mary Jo Kopechne das Leben und Edward Kennedy vorläufig die Chance nahm, sich für das Amt des Präsidenten zu qualifizieren, jenes Ereignis, das die Legende förderte, daß ein Fluch über dieser Familie liege: Joseph Kennedy überschlug sich auf offener Straße mit einem Jeep. Die sechs Insassen wurden aus dem Wagen geschleudert. Die damals 18jährige Pamela Kelly blieb, von der Hüfte abwärts, gelähmt, für den Rest ihres Lebens an den Rollstuhl gefesselt. Joe Kennedy wurde wegen „achtlosen Fahrens" zu 100 Dollar Geldstrafe verurteilt.

Das Unglück änderte sein Leben. Es war ein Warnsignal, das es beispielsweise im Leben seines jüngeren Bruders David niemals gegeben hatte. Der starb im letzten Jahr in einem Hotel in Palm Beach an einer Überdosis Rauschgift.

Senator Edward Kennedy nahm Joseph III., der wie kein anderer in seiner Familie seinem Vater Robert ähnelt, unter die Fittiche. Im Jahre 1976 war er so weit, daß er den Wahlkampf seines Onkels für einen Sitz im Senat leiten konnte. Joe Kennedy verehrt und bewundert seither seinen Onkel Teddy wie keinen anderen amerikanischen Politiker.

Heute ist Joseph III. in Boston fraglos einer der meist respektierten Männer des Kennedy-Clans. Sein Kampf gegen die Armut begann im Jahre 1979, als er in Anwesenheit von Präsident Carter in Washington eine Rede hielt, die vorwegnahm, was die katholischen Bischöfe Amerikas fünf Jahre später zu ihrem Programm machten: die angeblich mangelnde Verantwortung des Staates für die Armen. Jimmy Carter zeigte deutliches Mißfallen.

Ob Zufall, Spiel des Schicksals oder gut abgestimmte Regie: zum gleichen Zeitpunkt, da Joseph Kennedy den Start in die Politik wagt, schickt sich Edward Kennedy ein weiteres Mal an, nach dem höchsten Amt zu greifen. Die offizielle Bekanntgabe seiner Präsidentschaftskandidatur steht noch aus, inoffiziell jedoch rollt der Wagen bereits.

Im Distrikt 8 steht Kennedy contra Roosevelt

Die große Frage: ist Amerika wieder offen für die Kennedys? Ist diese Nation bereit, die Vergangenheit und den Fluch, der über dem Leben des Edward Kennedy – Chappaquidick, eine gescheiterte Ehe und ein ungeordnetes Privatleben – zu vergessen, und ist sie politisch wieder ansprechbar auf eine neue Phase politischen Aktivismus nach Kennedy-Art?

Die Signale stehen nicht günstig. Es sieht eher so aus, als müsse dieser Clan seine ganzen und vielleicht letzten Hoffnungen auf jenen jungen Mann setzen, der in dieser Woche die politische Arena betreten hat. Zur Stunde aber ist dieser Joseph Kennedy III. noch nicht viel mehr als ein politischer Lokalheld im Distrikt 8 zu Boston.

Und wenn es der Fluch oder das Schicksal will, dann scheitert dieser junge Mann mit dem großen Namen bereits beim Start an einem jungen Mann mit einem noch größeren Namen. Denn sein härtester Gegner bei der Kongreßwahl des nächsten Jahres im achten Distrikt von Boston ist ein 39jähriger Rechtsanwalt namens James Roosevelt, Enkel des Franklin D. Roosevelt.



Der Kennedy der dritten Generation: Joseph Kennedy III. und seine Frau Sheila FOTO: AP

Olympischer Lorbeer geht durch den Magen

Von PETER SCHMALZ

Es scheint, als habe sich Willi Daume ein mulmiges Gefühl in die Magengrube geschlichen, als er am Mittwoch abend vor handverlesener Journalistenrunde im Münchner Koch-Olymp „Aubergine" verkündete, Eckart Witzigmann, vom gestrengen Michelin soeben wieder mit drei Sternen bedacht, sei „unser neuer Olympiakoch". Denn so, als ahne er kommende Kritik voraus, fährt er eine Nuance leiser fort: „Nicht, daß das NOK und die Athleten übergeschnappt sind, aber wir glauben", und er hebt die Stimme wieder, „daß für unsere Athleten das Beste gerade gut genug ist."

Mit dieser Meinung steht der Präsident des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland, der im übrigen für Olympia 1988 mit Spenden von 15 Millionen Mark rechnet, keineswegs allein. Was sein weißhaariger und wortgewandter Nachbar zur Rechten auch unverzüglich demonstriert. „Spitzensportler brauchen einen Spitzenkoch", gibt Professor Joseph Keul als olympische Ernährungsleitlinie bekannt, ohne jedoch das Thema dahingehend zu vertiefen, ob womöglich in der Vergangenheit sicher geglaubte Medaillen-Hoffnungen schon vor dem Wettkampf mit Messer und Gabel vernichtet wurden.

Der Freiburger Mediziner, als langjähriger Chefarzt der deutschen Olympia-Mannschaft auch 1988 in Calgary und Seoul dabei, parliert lieber über die belebende Wirkung der Kohlehydrate beim Hochsprung und über die nicht zu unterschätzende Bedeutung der Spurenelemente beim Tennismatch. Läufer, Schwimmer und andere Hochleistungssportler verbrennen mit täglich bis zu 7000 Kalorien das Drei- bis Vierfache des Energieumsatzes eines Normalbürgers, weshalb, so Professor Keul, man dem Athleten die Möglichkeit verschaffen müsse, „so viel mit Genuß und ohne Widerwillen zu essen, daß er seinen Energiebedarf decken kann".

Leider liegt dann keine Kalorientabelle bei, als Witzigmann zu Tisch bittet, weshalb auch nach dreieinhalbstündigem Mahl nicht klar ist, ob Judoka Günter Neureuther vielleicht noch einen Nachschlag von den frischen Langustinen auf Artischokken-Salat benötigt hätte, oder der baumlange Dietmar Mögenburg am Nebentisch noch ein Zentimeterchen höher springen würde, wenn er eines mehr dieser niedlichen Crèpinetten vom Lammrücken mit gefülltem Spitzkraut gekaut hätte. Und wär eigentlich im Steinbutt mit Lachs in Weißweinsauce auch genug vom Spurenelement Zink?

Fragen über Fragen, die ebensowenig gelöst werden an diesem Abend wie jene, an welche Schwierigkeiten der österreichische Schneidermeisters-Sohn Witzigmann geraten könnte, falls er unsere Sportler etwa mit einem Elexier vom Reh mit Pilz-Ravioli solcher- und erlaubtermaßen dopt, daß sie einem Österreicher die Goldmedaille um Skispitzenlänge wegschnappen. Bekommt er dann Hausverbot in seinem Heimatland? „Darüber", sagt der Edel-Koch verdutzt, „darüber habe ich noch gar nicht nachgedacht."

Streit um Offenlegung von Namen der Abwehr

CDU widersetzt sich SPD-Antrag im Spionageausschuß

WERNER KAHL, Bonn

Der am 19. August in die „DDR" übergelaufene Verfassungsschutz-Direktor Hansjoachim Tiedge hat anscheinend *trotz starker Zweifel dem* Motto gehuldigt, „Dienst ist Dienst, und Schnaps ist Schnaps". Analog früherer Aussagen von Mitarbeitern stellte gestern vor dem Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages auch sein früherer Vorgesetzter *Rudolf von Hoegen dem* Ex-Gruppenleiter der Spionageabwehr ein gutes Zeugnis aus. Selbst Gerüchte aus dem innerbetrieblichen „Flurfunk" seien ihm nicht zu Ohren gekommen, sagte Hoegen, der jetzt stellvertretender Amtschef des Militärischen *Abschirmdienstes (MAD)* ist.

Dennoch wollen die Vertreter der SPD *im Ausschuß, der auf Verlangen* der SPD-Bundestagsfraktion gebildet wurde, die Suche nach früheren Kollegen des Überläufers nicht aufgeben, die den nach Feierabend bei Tiedge *bemerkten Alkoholgenuß* möglicherweise während der Dienstzeit, vielleicht auf Reisen, festgestellt haben könnten. Um in Frage kommende Zeugen benennen zu können, hat deshalb die SPD in *einem* Beweisantrag die Einsicht in entsprechende geheime Organisationspläne des Bundesamtes für Verfassungsschutz verlangt.

Gleichzeitig wurde die Offenlegung der Namen von Mitarbeitern der Spionageabwehr beantragt, die mit Tiedge *in* Köln und an anderen Orten der Bundesrepublik Deutschland in Verbindung standen. „Das halten wir selbstverständlich bei Wahrung der Geheimhaltungsvorschriften für notwendig", bestätigte der *SPD-Ob*mann im Ausschuß, Harald Schäfer, der WELT.

Der Berichterstatter und Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hermann Fellner (CSU) erklärte nach einer Sonderberatung des Ausschusses, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit am Donnerstagvormittag stattfand, „unsere große Sorge hat sich bestätigt: der von der SPD verlangte Ausschuß und die Art, wie er von der SPD betrieben wird, gefährdet die Sicherheitsinteressen unseres Landes und der Bürger. Dafür trägt die SPD die Verantwortung".

Der Grünen-Abgeordnete Hans-Christian Ströbele wies in der anschließenden öffentlichen Sitzung Verdächtigungen der Union zurück, *er habe Geheimnisse aus dem Aus*schuß verraten. In Zeitungs- und Illustriertenberichten war unter Berufung auf Informationen aus dem Untersuchungsausschuß und der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) gemeldet worden, Tiedge habe *nach dem Übertritt ein „hochkaräti*ges" Agenten-Ehepaar mit persönlichen Kontakten zur Familie Honekker dem Staatssicherheitsdienst verraten.

Dieses Ehepaar soll angeblich der frühere Verfassungsschutz-Präsident Heribert Hellenbroich während seiner Tätigkeit als Leiter der Spionageabwehr 1976 für den Nachrichtendienst in der Bundesrepublik geworben haben.

Ströbele betonte dazu, das in den dem Ausschuß vorliegenden Akten nicht der geringste Hinweis auf ein solches Agentenpaar zu finden ist. Die Information könne nur aus „den Geheimdiensten selbst oder direkt aus der Bundesregierung stammen". *Der Vorsitzende des Untersuchungs*ausschusses, Gerhard Jahn (SPD), ließ mehrere Fragen Ströbeles zu angeblich in der „DDR" verhafteten Mitarbeitern des Verfassungsschutzes und einem *1979* nach einer gescheiterten Ausschleusung hingerichteten hohen Offizier des Staatssicherheitsdienstes nicht zur Beantwortung zu.

Bei der Befragung des früheren Vorgesetzten Tiedges, von Hoegen, war erneut die SPD-Stoßrichtung gegen Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) unüberhörbar. Vergeblich forschten die SPD-Vertreter jedoch nach einem Hinweis, daß Zimmermann über die Lebensweise Tiedges informiert war.

Brauchitsch: „Ungutes Gespräch" mit Karry

Rolle des verstorbenen FDP-Schatzmeisters gestern im Mittelpunkt

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Im Mittelpunkt der Verhandlung im Parteispendenprozeß gegen den früheren Flick-Manager Eberhard von Brauchitsch und die ehemaligen FDP-Bundesminister Hans Friderichs und Otto Graf Lambsdorff vor dem Landgericht Bonn stand gestern *„das Ding". So bezeichnete* der vorsitzende Richter, Hans-Hennig Buchholz, ein schon arg lädiertes Blatt Papier, auf dem von Brauchitsch 1978 Notizen über eine Drei-Millionen-Mark-Spende der Firma Flick zur Sanierung der FDP-Parteifinanzen *gemacht hatte.*

Der fehlende dritte Mann in den Gesprächen, die von Brauchitsch in dieser Angelegenheit mit Friderichs geführt hatte, wäre für die Staatsanwälte, *aber auch* für die Richterbank, der ehemalige Bundesschatzmeister der *FDP* und *hessische* Wirtschaftsminister, der 1981 ermordete Heinz Herbert Karry gewesen. Über den sagte von Brauchitsch gestern vor Gericht: „Der konnte, wenn es um *Geld ging, ganz schön hart sein.*".

Ein „ungutes Gespräch", das er mit Karry im Frühjahr 1978 führte, habe mit der Forderung geendet, die Firma Flick solle sich „endlich gegenüber *der FDP ehrlich machen*". *Gemeint* war damit eine Zusage von Flick, der Bundes-FDP drei Millionen Mark zu geben. Während von Brauchitsch über Friderichs als Mittler in dieser *Angelegenheit zu beweisen versuch*te, daß der größte Teil der zugesagten Summe schon über verschiedene Empfänger „im liberalen Bereich" ausgezahlt worden sei, habe Karry *solche für ihn nicht nachvollziehba*ren Gelder nicht anerkennen wollen.

Von Brauchitsch sagte aus, *in die*ser Phase habe er sich von dem Flick-Buchhalter Diehl Zahlen geben *lassen über das, was in den Jahren* 1976 bis 1978 eigentlich in diese Richtung geflossen sei. Ausdrücklich verneinte er aber immer wieder, daß dies nun auf dem Richtertisch zum „Ding" gewordene Blatt Papier mit seinen nach einem Gespräch mit Friderichs zugunsten der FDP abgeänderten *Zahlen bei Karry auf dem* Tisch gelegen habe. An solchen Punkten im Prozeßverlauf wird erinnerlich, daß es in erster Linie um Bestechungsvorwürfe geht, daß kleine richtig zu datierende Notizen Aufschlüsse geben können. Deswegen verweilt der Richter bei Verlesung der Zahlen vom „Ding" auch bei der Zeile, in der die Buchstaben „XY" *über ein Zeichen gezogen wurden,* „das ein F gewesen sein könnte".

Brauchitsch erläuterte zum Beginn der Verhandlung, wie ihm der damalige FDP-Vorsitzende Hans-Dietrich Genscher geklagt habe, daß seine Partei für die ihr nahestehende Fried*rich-Naumann-Stiftung nur ein Haus* in Gummersbach, nicht aber wie die anderen Stiftungen der Parteien im Bonner Raum selber habe.

„Für jemand, der Ohren hat", so von Brauchitsch, wäre sofort erkennbar gewesen, daß man „die Wirtschaft zur Kasse bitten wolle". *Im Auftrag* von Flick, der auf strikte Anonymität geachtet habe, wurden zweimal 500 000 Mark überwiesen, die FDP kaufte als Bonner Heim für ihre Stif*tung ein ehemaliges Hotel im Sieben*gebirge.

Auf die Frage des Richters, wem gegenüber eigentlich die Anomymität so streng gewahrt werden sollte, sagte *von Brauchitsch: „Es geht hier* um ein Medium für ein stilles Mäzenatentum. Ich hatte diese Haltung ja bei meinem Amtseintritt in die Firma vom Vorgänger geerbt. Flick legte Wert *darauf, daß es keiner weiß.*" Vor der Steuer habe diese Anonymität allerdings geendet, denn man habe ja Spendenquittungen und Scheckkopien gehabt.

Der *ehemalige Bundeswirtschafts*minister Hans Friderichs bestätigte im wesentlichen die Erklärungen von Brauchitschs. Danach ist er, wiederum alleine, mit Karry in Verbindung *getreten, um die schweren Verstim*mungen zum Hause Flick auszuräumen. Karry habe sich dagegen gewehrt, daß Zahlungen an ihn auf die versprochene Endsumme angerechnet *werden sollten, und auch er,* Friderichs, habe „aufgemuckt", als er erfahren habe, daß Barsummen „brutto" bei dieser Abrechnung erschienen.

Die Vorgänge bei der Nominierung Koschnicks hinterließen tiefe Spuren

Von W. WESSENDORF

Die *verwirrenden Vorgänge* bei der Nominierung von *Hans* Koschnick zum Spitzenkandidaten der Sozialdemokraten Bremens und Bremerhavens bei der Bundestagswahl 1987 haben seiner Partei schweren Schaden zugefügt. Verzweifelt versuchen nun die Genossen an der Weser, den Scherbenhaufen *um ihre jahrzehntelange* Galionsfigur zu kitten. In der Bremerhavener SPD ist darüber sogar ein handfester Krach offen ausgebrochen.

Der Vorsitzende des SPD-Unterbezirks in der Seestadt, Uwe Beckmeyer, *und sein Stellvertreter* Hans Bahlmann streiten sich mit dem Bundestagsabgeordneten Horst Grunenberg über dessen Rolle bei den harten Auseinandersetzungen um einen Bremer Wahlkreis für den ehemaligen Präsidenten des Senats. In einem Schreiben der Vorsitzenden an ihren Bonner Mann heißt es dazu: „Wir bitten Dich nochmals, bei der Wahrheit zu bleiben."

Wie eine Bombe war Mitte November *die Nachricht* bei der Bremer SPD eingeschlagen, daß ihr bekanntestes Mitglied im Wahlkreis 68 (Leverkusen-Rheinberg II) für den Bundestag kandidieren wollte (*WELT* v. *19.* November). Aufgeschreckt bliesen führende Sozialdemokrten im Zweistädtestaat zur Jagd auf Koschnick. Auf der Strekke blieb dabei der Bundestagsabge*ordnete Ludwig Hettling. Nach zwei* Jahren im Bundestag traf ihn das Machtwort der Bremer Parteispitze.

Der gelernte Klempner und Kupferschmied wird 1987 an seinen Arbeitsplatz bei MBB in Bremen zurückkehren. Allerdings war er, bevor er nach Bonn zog, 15 Jahre als Betriebsrat *freigestellt.* Der 47jährige: „Nach so vielen Jahren werde ich neu geschult werden müssen." Hettling will indes seiner Partei und der Gewerkschaft trotz aller *Enttäuschung auch künftig zur* Verfügung stehen. Nachdrücklich setzte sich auch der Vorstand seines Unterbezirks Bremen West dafür ein, daß „die *unbestrittene politische* Kompetenz und Erfahrung aus der Betriebs- und Gewerkschaftszeit des Abgeordneten Ludwig Hettling über 1987 genutzt wird".

Andererseits machte der Vorstand des UB West klar, daß er die Empfehlung des Landesvorstandes akzeptiere und trage, Koschnick für den Wahlkreis 51 zu nominieren. Außerdem werte er die Entscheidung „als eine für Bremen notwendige *und erfolgversprechende Lösung*".

Dennoch äußern sich zahlreiche Parteimitglieder tief enttäuscht und empört über die Art, in der Koschnick auf den sicheren Platz im Wahlkreis 51 *gehievt* und Hettling abgehalftert wurde. Dabei entlädt sich


Landesbericht Bremen

auch Wut auf die Bremerhavener, die zusammen mit Bremen Nord den Wahlkreis 52 bilden. Die Genossen aus dem Norden der Hansestadt hätten Koschnick gern als Kandidaten gesehen, bei den Seestädtern drang allerdings der alte Komplex gegenüber ihrer großen Schwesterstadt durch. Sie befürchteten, ihr Bundestagsmandat mindestens für die *nächsten acht Jahre an die* mächtige hanseatische Parteifigur Koschnick zu verlieren.

Vor diesem Hintergrund kam es zu den widersprüchlichen Aussagen des Bremerhavener UB-Vorstands und Horst Grunenberg. Zunächst soll sich Grunenberg wie seine beiden *anderen betroffenen Kollegen* Ludwig Hettling und Ernst Waltemathe bereit erklärt haben, zugunsten Koschnicks auf ein Mandat zu verzichten. Dann bekam Grunenberg *aber offenbar kalte Füße und* machte einen Rückzieher.

Doch fühlt sich auch der ehemalige *Bremer Bürgermeister nicht* wohl in der Haut bei diesem Debakel. Zwar hatte er bei seinem Rücktritt Mitte September öffentlich erklärt, *künftig für seine Partei* in Bonn im Bereich der internationalen Arbeit und der Sicherheit Aufgaben ehrenamtlich wahrzunehmen und daß ihm zwei Wahlkreise angetragen worden seien.

Dabei hatte die Bremer SPD allerdings *nicht genau zugehört. Dies ist* symptomatisch für das schlechte Verhältnis zwischen dem Ex-Bürgermeister und den Bremer Genossen. Das schwierige Verhältnis zwischen Koschnick und der Bremer SPD war schließlich auch ein Grund *für seinen Rücktritt.*

Koschnick hat das kleinste Bundesland 18 Jahre lang regiert. Dabei setzte er insbesonders in der Wirtschaftspolitik vieles gegen den Willen seiner *Partei durch. So sorgte* er dafür, daß Daimler-Benz sein Werk in Bremen zum modernsten in Europa ausbauen konnte. Es entwikkelte sich inzwischen zum größten *Steuerzahler für den maroden* Staatssäckel. Außerdem legte er den *politischen Grundstein* für die Raumfahrt in Bremen.

Die CDU wittert nun natürlich *Morgenluft. CDU-Chef Bernd* Neumann ließ verlauten, Koschnick sei bei den Auseinandersetzungen um die Direktkandidatur „demontiert" worden. Der Unionspolitiker: „Sein *einstiges Renommee ist* weg. Und dazu hat er entscheidend beigetragen." Koschnick sei nicht mehr das Zugpferd wie in früheren Zeiten. Daß er in der Kernmannschaft von Johannes Rau mitwirken wolle, erhöhe die Wahlchancen der CDU.

Das Dementi Koschnicks, in Raus Kernmannschaft dabei zu sein, hat nur taktische Gründe. Denn ohne das Nordlicht braucht Rau *gar nicht* anzutreten. Indes, paßte Willy Brandt wieder einmal nicht die flinke Zunge des Bremer Ex-Bürgermeisters. Der SPD-Parteivorsitzende hätte es ohnehin lieber gesehen, wenn Koschnick als Präsident des Senats in den Bundestagswahlkampf 1987 *gezogen* wäre. So sitzt der künftige SPD-Bundestagsabgeordnete zwischen den Stühlen in Bremen und Bonn.

Ein harter Arbeitskampf ist nicht wahrscheinlich

Internes Arbeitspapier der IG Metall für ihre Klausurtagung

KAREN SÖHLER, Bonn

Die Tarifpolitik der Industriegewerkschaft Metall 1986 ist nicht auf *harten Arbeitskampf ausgerichtet.* Diesen Eindruck vermittelt ein internes Papier der IG Metall, das auf ihrer Klausurtagung am 14./15. Januar als Diskussionsgrundlage dienen soll. *Wichtigste Forderungen sind* – wie Anfang 1984 – Einkommensverbesserungen und Arbeitszeitverkürzungen. Die Lohn- und Gehaltstarifverträge laufen Ende März 1986 aus, die Arbeitszeitregelung gilt bis Ende September. Entsprechend sollen beide Themen getrennt behandelt werden.

Die Einkommenssteigerung hat – auch weil sie schon Anfang des Jahres geregelt werden muß – Vorrang. Sicher ist, daß die IG Metall auf reale Zuwächse bestehen wird. Die Erhöhung muß *also* über der Preissteigerungsrate liegen; und die wird im nächsten Jahr auf zwei bis 2,5 Prozent geschätzt.

Bekannt ist, daß die IG Metall bei der Berechnung ihrer Lohn- und Gehaltsforderungen von ihrem Drei-Säulen-Prinzip nicht abweichen *wird. Arbeitsproduktivität,* also *die* Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit, der Anstieg der Preise und ein Zuschlag, der die Umverteilung des Volkseinkommens bedeutet, addie*ren sich zur Forderung. Bei den Prei*sen wird die IG Metall vermutlich von der ungünstigeren Entwicklung ausgehen – 2,5 Prozent.

Für die Arbeitsproduktivität – ge*messen an der Erzeugung* je Arbeitsstunde – hat die wichtigste Einzelgewerkschaft für die kommenden fünf Jahren einen durchschnittlichen Anstieg von 3,2 Prozent errechnet. Es ist *anzunehmen, daß sie den ganzen* Produktivitätsfortschritt aufzehren möchte. Entsprechend ergäbe sich allein aus diesen beiden Zahlen eine Mindestforderung von 5,7 Prozent. Offen ist, wie hoch der Umverteilungszuschlag, der vor allem einen *behaupteten Nachholbedarf* decken soll, ausfallen wird. Vermutlich wird er unter 2,5 Prozent liegen.

ÖTV als Richtschnur?

Also sechs bis acht Prozent höhere Löhne und Gehälter im nächsten Jahr? Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), die am 16. Dezember in Stuttgart in die Tarifrunde geht, verlangt sechs Prozent. Es ist möglich, daß die IG Metall sich daran orientiert. Daher erscheinen *zweistellige* Forderungen, wie sie aus einigen Regionen und Betrieben zu hören sind, *unwahrschein*lich. Sie führten zu einem Arbeitskampf. Und den scheint die Mehrheit der Gewerkschafter nicht zu wollen.

Die IG Metall rechnet nicht damit, daß jede Lohn- und Gehaltsforderung im März auf Ablehnung stößt. Eine Lohnpause, so meint *sie, könnte* höchstens von der FDP vorgeschlagen werden. *Daß die „Konservati*ven" sich für niedrige Erhöhungen einsetzen werden, unterstellt das Gewerkschaftspapier; wobei „niedrig" nicht näher erklärt ist.

Große Meinungsverschiedenheiten zeichnen sich auch beim Thema Arbeitszeitverkürzung ab. Diese Auseinandersetzung wird im Spätsommer auf dem Programm stehen. Oberstes Ziel der Gewerkschaft ist nach wie vor die 35-Stunden-Woche. Sie soll allerdings nicht auf einen Schlag durchgesetzt werden. Aufgrund der Erfahrungen sei zu überlegen, so die IG Metall, von Anfang an bei der Wo*chenarbeitszeitverkürzung Stufen zu* fordern. Dem obersten Ziel soll in kleineren Schritten entgegengestrebt werden, wobei die jeweilige Größe noch unbekannt ist. Sie hängt mögli*cherweise davon ab, wieweit die* Arbeitgeber auf Überstunden verzichten wollen.

Zugeständnisse möglich

Kürzere Arbeitszeiten wird die IG Metall voraussichtlich nicht mit dem gleichen Kampfgeist wie 1984 durchzusetzen versuchen. Denn auch in den eigenen Reihen *ist* sie sich der Unterstützung nur begrenzt sicher, wie aus ihrer eigenen Studie hervorgeht. Im Bewußtsein der Gewerkschaftsmitglieder sei zwar verankert, daß die verkürzte Arbeitszeit sich auf die Beschäftigung und die Freizeit *der Arbeitnehmer positiv ausgewirkt* habe, meint die IG Metall. Da die Gewerkschaft 1990 mit rund 3,5 Millionen Arbeitslosen rechnet, würde eine rasche weitere Verkürzung von *allen erwünscht. Zweifel hegt die IG* Metall jedoch, ob die Einsatzbereitschaft ihrer Mitglieder diesmal genauso groß sein wird wie 1984.

Mit einer generellen „Tabu-Haltung" der Arbeitgeber, daß ihnen die geltende 38,5-Stunden-Woche als magische Grenze gelte, rechnet die IG Metall nicht. Jedoch würden die Arbeitgeber auf unterschiedliche Nor*malarbeitszeiten* im Betrieb bis zu 40 Stunden bestehen. Außerdem beharren sie wohl weiterhin auf einer flexibleren Gestaltung der Arbeitszeiten. Dieses Ansinnen bezeichnet die IG Metall als „betrieblichen Wildwuchs". Andererseits liegt hier ein *weiteres Feld, auf dem die Gewerk*schaft Zugeständnisse machen könnte – eben zugunsten teilweise verkürzter Arbeitszeiten.

Aus der Politik erwartet die IG Metall Unterstützung für die Arbeitszeitverkürzung; wichtig ist dabei allerdings weniger *die Zustimmung der* SPD und der Grünen. Angesichts der Bundestagswahlen im Frühjahr 1987 glaubt die IG Metall, auch im Arbeitnehmerlager der CDU Anhänger für eine Arbeitszeitverkürzung zu finden. Dagegen eingestellte Politiker wür*den sich hingegen mit Blick auf die* Wähler zurückhalten.

ARD-Vorbehalte gegen Dritte „bundesweit"

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

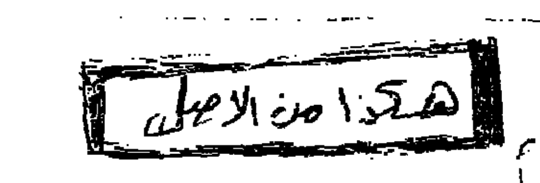
Die Gestaltung eines neuen Gemeinschaftsprogramms auf dem Direktsatelliten TV-SAT hat für die Intendanten der ARD eindeutig Vorrang vor individuellen Kooperations-Programmen mit Dritten über Satelliten. Diesen Beschluß faßte die Haupt*versammlung der ARD in Hamburg.* Er wurde – so betonte der Vorsitzende der ARD, Friedrich Wilhelm Räuker, gegenüber der WELT – einstimmig verabschiedet, also auch mit der Stimme *des WDR-Intendanten* Friedrich Nowottny, dessen Anstalt sich für die Kooperation mit Verlagsunternehmen bisher sehr aufgeschlossen gezeigt hatte. „Hier lag ein Sprengsatz der Konferenz", sagte einer der Teilnehmer der Intendanten-Runde. Zum Programminhalt verwiesen die *Chefs der Rundfunkanstalten auf das* deutschsprachige Kulturprogramm für Europa „Eins plus", das vom 29. März nächsten Jahres an auf dem Intelsat ausgestrahlt werden soll.

Ausführlich debattierten die ARD-Gremien über die Ausstrahlung dritter Programme. Bayerischer Rundfunk und WDR *senden versuchswei*se ihre dritten Programme nach Berlin, sie streben eine bundesweite Ausstrahlung über Intelsat an. Räuker hob hervor, daß die Mehrheit der Landesrundfunkanstalten *keine bun*desweite Verbreitung ihrer dritten Programme anstrebt. Die Befugnis dazu könne man den Anstalten jedoch nicht streitig machen.

Das gemeinschaftliche Fernsehprogramm „Eins plus" soll zu gegebener Zeit über einen Kanal des direktempfangenden TV-Sat ausgestrahlt werden. „Eins plus" ist zunächst als *Repertoire-Programm konzipiert,* wird also ab Ostersamstag im wesentlichen aus Wiederholungen bestritten.

Die ARD-Hauptversammlung lehnte in einem Beschluß alle Pläne ab, Rundfunkgebühren direkt oder unmittelbar kommerziellen Anbietern zukommen zu lassen. „Jeder Versuch, aus dem Rundfunkgebührenaufkommen Mittel *für die* Finanzierung von Aufsichtsbehörden für den kommerziellen Rundfunk oder sogar von Programmen oder technischen Einrichtungen der neuen Anbieter abzuzweigen, ist ein Verstoß gegen geltendes Recht", heißt es in einer *Erklärung. Die ARD* wies darauf hin, daß bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten – anders als bei kommerziellen Anbietern „jede private Gewinnerzielung ausgeschlossen" sei.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.



Tschasow fragt: „Warum klagt Sacharow?"

JOACHIM SCHILDE, Oslo

Das norwegische Helsinki-Komitee hat die Kritik Helmut Kohls und anderer konservativer europäischer Politiker an der Friedensnobelpreis-Verleihung aufgegriffen. Es fragt das Mitglied der geehrten internationalen Vereinigung „Ärzte gegen den Atomkrieg", den sowjetischen Arzt Jewgeni Tschasow, nach dem Verbleib Sacharows. Grund ist das erzwungene Schweigen seiner Frau Jelena Bonner. Das Helsinki-Komitee: „In welchem Gesundheitszustand befindet sich Sacharow?"

Damit ist der Kreis der Kritiker auch in Norwegen angewachsen. In einem Interview des norwegischen Fernsehens antwortete Tschasow, Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU, der 1973 einen harten Angriff auf Sacharow unterzeichnete, auf die Frage nach dessen Verbannung nach Gorki: „Ich verstehe nicht, wie man Sacharow eigentlich bedauern kann, denn Gorki ist eine der schönsten Städte unseres Landes! Ich würde froh sein, wenn ich dort wie Sacharow mein Alter verbringen dürfte. Sacharow lebt doch sehr gut, immerhin bekommt er 1200 Dollar im Monat. Wie kann man sich da eigentlich noch beklagen?"

Die Kritik Kohls an der Nobelpreis-Verleihung lehnte er mit der Bemerkung ab, es ist doch nur ein kleiner Kreis von „antidemokratischen rechtsorientierten Kräften", der dem Friedensprozeß im Weg stünde. Die Menschen in Ost und West dagegen begrüßten die Verleihung. Auf die erneute Frage nach Sacharow brach Tschasow das Interview mit der Bemerkung ab: „Ich kenne Sacharow überhaupt nicht und habe nie mit ihm etwas zu tun gehabt." Dieser Widerspruch zu seinem Verhalten im Jahr 1973 hat in der norwegischen Öffentlichkeit einige Empörung ausgelöst. Mehrere norwegische Politiker haben die Ärzte-Vereinigung gebeten, einen anderen Vertreter nach Oslo zu schicken.

Die Osloer Polizei hat der ehemaligen Nobelkomitee-Vorsitzenden Ase Lionaef gestattet, am Dienstag, dem Tag der Preisverleihung, zusammen mit ihren Freunden eine Stunde lang vor der alten Oslo-Universität zu demonstrieren. Die norwegische Anti-Terror-Polizei ist nach Angaben der Behörden in Alarmbereitschaft gesetzt worden, weil man in Oslo damit rechnet, daß aus ganz Westeuropa und den Vereinigten Staaten russische Dissidenten und Menschenrechtsgruppen am Wochenende nach Oslo kommen.

So leiden die Geiseln der Schiiten in Libanon

Monatelang in Fesseln / Objekte einer Todeslotterie

AFP, Wien

Das UN-Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten äußerte sich besorgt über das Schicksal seines am 25. März in Libanon entführten britischen Mitarbeiters Alec Colett. „Wir wissen weder, wo er ist, noch, wer ihn gefangenhält", sagte Generalkommissar Giacomelli.

*

PETER M. RANKE, Athen

Meist hocken sie mit verbundenen Augen in abgedunkelten Zimmern auf Decken. Oft sind Arme oder Beine mit Ketten an Leitungsrohre gefesselt. Es gibt karges Essen, selten eine alte Zeitung. Die Behandlung durch die bärtigen Bewacher ist unfreundlich, ja roh. Manchmal setzt es Tritte oder Stöße mit der Kalaschnikow. So vegetieren nun schon seit Monaten 14 oder 16 Männer in den Verstecken schiitischer Gruppen in West-Beirut und in der winterlich kalten Bekaa-Hochebene. Sie werden vielleicht jahrelang gefangengehalten, bis Lösegeld eintrifft oder andere Forderungen erfüllt sind. Unter den Geiseln sind vermutlich vier Franzosen, vier Amerikaner, ein Brite, ein Italiener und vier oder sechs libanesische Juden.

Eine Geisel, der US-Diplomat William Buckley (57), wurde am 4. Oktober ermordet, vielleicht auch schon zwei der jüdischen Gefangenen. Der Presbyterianer-Pfarrer Benjamin Weir wurde dagegen am 14. September freigelassen, nach 16 Monaten. Die Entführer sind unberechenbar mit ihrer „Lotterie" um Leben und Tod. In einem ersten Brief nach acht Monaten Gefangenschaft teilte kürzlich Terry Anderson (37), AP-Korrespondent in Beirut, seiner Familie mit, daß er mit drei anderen Amerikanern zusammen sei.

„Zweimal am Tag halten wir Gottesdienst", schreibt er. Nur dank der Bibel, die man ihm zurückgegeben habe, und der drei Mitgefangenen sei er nicht verrückt geworden. Er lerne französisch. Als ihm seine Entführer einen im libanesischen Fernsehen mitgeschnittenen Video-Streifen vorführten, auf dem er zum ersten Mal seine neugeborene Tochter sah, weinte Anderson. Bei den drei Amerikanern, mit denen er zusammen ist, handelt es sich um den katholischen Geistlichen Lawrence Jenco (50), entführt am 8. Januar 1985, um den Krankenhausdirektor David Jacobsen (54), entführt am 28. Mai 1985, und den Agrarexperten Thomas Sutherland (54), entführt am 9. Juni 1985. Ein fünfter Amerikaner, der Universitätsbibliothekar Peter Kilburn (60), ist wahrscheinlich nach seiner Entführung im Dezember 1984 getötet worden.

Um die Freilassung der Amerikaner bemüht sich Terry Waite, ein Sonderbotschafter des Erzbischofs von Canterbury. Er verhandelte mit der Hizbollah-Partei (Partei Gottes) in West-Beirut, sah aber die Geiseln nicht. Die Entführer der Amerikaner, der „Islamische Jihad", fordern, daß 17 Moslems in Kuwait freigelassen werden, unter ihnen Iraker, die dort im Dezember 1983 Bombenanschläge verübt hatten. Kuwait lehnt die Freilassung ab.

Völlig unklar ist das Schicksal der entführten Juden. Elie Hallak (50) und Salim Jammous (54) sind wahrscheinlich tot. Denn eine schiitische „Partei der Enterbten" nannte als Geiseln kürzlich nur noch vier Libanesen jüdischen Glaubens in ihrem Gewahrsam: Elie Srour (42), Chaim Cohen (39), Isaak Tarrab (70) und Isaak Sassoun (65), alle entführt im März 1985. Die „Partei der Enterbten" fordert für ihre Freilassung die Auflösung des Lagers Khyam in Südlibanon, das die pro-israelische Miliz des Generals Lachad eingerichtet hat.

Um die vier Franzosen kümmert sich der libanesische Arzt Raad, der ebenfalls mit der Hizbollah-Partei sprach und an die Truppe „Islamischer Jihad" herantrat, die auch die Amerikaner entführte. Sie fordert, daß die französische Regierung Iran im Golfkrieg mit Waffen unterstützt und fünf Männer freiläßt, die den früheren iranischen Ministerpräsidenten Shapur Bachtiar entführen wollten. Eine Parlamentsdelegation, die darüber in Teheran hätte verhandeln können, erhielt von der iranischen Regierung keine Besuchserlaubnis.

Drei von vier entführten Sowjetbürgern kamen nach relativ kurzer Zeit frei. Der „Islamischen Befreiungsorganisation" fiel allerdings der Konsulatssekretär Arkady Katakov (32) zum Opfer, der Anfang Oktober ermordet wurde. Die drei anderen Botschaftsangehörigen wurden nach einem Monat ohne Bedingungen freigelassen. Tagelang zuvor hatten Milizen der Drusen und der schiitischen „Amal" (Hoffnung), die mit den Syrern und Sowjets verbündet sind, West-Beirut und Baalbek durchsucht. Die syrischen Truppen allerdings, in deren Besatzungsgebiet die Verstecke und geheimen Gefängnisse der schiitischen Trupps liegen, haben sich nie an genauen Nachforschungen beteiligt. (SAD)

Griechen-Präsident Sartzetakis macht Papandreou Schwierigkeiten

Außerdem mag er seinen Vorgänger nicht und giftet ihn bei jeder Gelegenheit an

E. ANTONAROS, Athen

Christos Sartzetakis, griechischer Staatspräsident, hat seinen Vorgänger Konstantin Karamanlis erneut ins Visier genommen. Er beschuldigte ihn, sein neun Jahre altes Dienstfahrzeug ins Privatleben mitgenommen zu haben. Er, Sartzetakis, habe sich deswegen zunächst mit einem „Auto kleineren Hubraums" abfinden müssen, das nun durch zwei neue Fahrzeuge ersetzt worden sei. Karamanlis, der seinen Nachfolger bisher mit Verachtung ignoriert hatte, war diesmal wütend. Ein Mitarbeiter sprach von einer „verleumderischen Attacke" und wies darauf hin, daß es Ex-Staatspräsidenten zustehe, den Dienstwagen weiter zu benutzen.

Zum ersten Krach war es im Juli gekommen, als Sartzetakis an den 78jährigen Karamanlis keine Einladung zum Empfang anläßlich der Wiederherstellung der Demokratie schicken ließ. Als dieser Fauxpas aufflog, sagte Sartzetakis, er habe von einer Einladung abgesehen, weil er seinem Gegner keineswegs die „niedere Befriedigung" geben wolle, Einladungen zurückzuweisen – was einmal geschehen ist.

Diese Äußerung ging sogar Regierungschef Papandreou zu weit: Er verbot ihre Verbreitung über die staatlich kontrollierten Massenmedien. Aber Sartzetakis ist so leicht nicht zu bremsen. Im September versuchte er aufs Neue einen Seitenhieb, als in der Presse Berichte über seine aufwendigen Reisen erschienen. „Ich mobilisiere viel weniger Personal als frühere Amtsinhaber", stellte er fest.

Auch für Papandreou, der Sartzetakis als eine problemlose Alternative zum konservativen Karamanlis ausgewählt hatte, ist die Wahl inzwischen mit Schwierigkeiten behaftet. Ohne Rücksprache hat Sartzetakis in den ersten Wochen seiner fünfjährigen Amtszeit brisante Reden gehalten, dann verweigerte er wegen angeblicher Formfehler reihenweise die Unterschrift unter vom Parlament verabschiedete Gesetze. Und er verärgerte Widerstandskämpfer, als er behauptete, er selbst sei „mehr als jeder andere" unter den Obristen gefoltert worden.

Einige seiner Aktionen durften dazu dienen, den Verdacht abzuschütteln, daß er Präsident von Papandreous Gnaden sei. Hinzu kommt wohl eine kräftige Dosis Pedanterie, die ihn bereits als Richter bekannt gemacht hatte: Er suchte Gerichtsakten nach Tippfehlern durch und keine Seite durfte länger als 30 Zeilen sein.

In Regierungskreisen wird befürchtet, daß der Staatschef, der Papandreou im Mai wochenlang zittern ließ, bis er ihm grünes Licht für die vorgezogenen Neuwahlen gab, noch unbequemer werden könnte, wenn es zur Ratifizierung der zur Zeit im Parlament debattierten Verfassungsreform kommt. Sie sieht vor allem eine Beschneidung der Kompetenz des Staatsoberhauptes vor. Es gibt Gerüchte, daß Papandreou neulich ein klärendes Gespräch mit dem ersten Mann im Staate geführt hat.

Verleger gegen Gewerkschaftsmacht

WOLFGANG STOCK, London

Die von Streiks und hohen Verlusten geschüttelte Londoner Zeitungsstraße Fleetstreet ist in Aufregung, seit Eddy Shah angekündigt hat, im März zu realisieren, was die Gewerkschaften seit Jahren verhindern konnten: mit moderner Technik eine preiswerte, farbige Zeitung landesweit gewinnbringend auf den Markt zu bringen.

Das ist eine Herausforderung der Gewerkschaften, die bisher allein entscheiden, wer in den Druckereien eingestellt wird. Setzer und Drucker erhalten im Durchschnitt 8000 DM pro Monat – bei einer 30-Stunden-Woche. Entlassungen sind tabu, obwohl mindestens jeder zweite Arbeitsplatz nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten überflüssig ist.

Doch bisher sind alle Versuche, die Macht der vielen Einzelgewerkschaften zu brechen, an Streiks gescheitert. Selbst bei der „Times", die 1978 im Kampf um Modernisierung und Entlassungen zwölf Monate Streik hinnahm, errang der Verleger Rupert Murdoch schließlich nur einen Pyrrhussieg. Eine seit sieben Jahren fertige Druckerei in Glasgow steht unbenutzt, weil die Gewerkschaften mit einem unbegrenzten Streik drohen.

Doch nun kommt Eddy Shah, ein erfolgreicher Selfmade-Verleger aus dem Norden. Seine neue Zeitung soll nicht nur auf allen Seiten Vierfarbdruck bieten, sondern auch die billigste im ganzen Land sein. Anzeigen sollen gar nur ein Viertel sonst üblicher Tarife kosten. Shahs Geheimnis: dank moderner Computertechnologie wird seine Zeitung mit einem Zwanzigstel der Belegschaft auskommen, die in Londoner Druckereien erforderlich ist.

Der Newcomer sieht in den Gewerkschaften keine Gefahr – er findet sie „einfach überflüssig" und will sie mit überdurchschnittlichen Löhnen und Gewinnbeteiligung für die Belegschaft aus seinen Druckereien heraushalten. Darin hat er bereits Erfahrung: als die Gewerkschaft NGA seine nordenglische Druckerei wegen der Beschäftigung gewerkschaftlich ungebundener Angestellter sieben Monate lang blockierte, zog er, Margaret Thatchers Gewerkschaftsgesetzgebung im Rücken, vor Gericht – und erhielt eine Entschädigung in Millionenhöhe aus der Gewerkschaftskasse zugesprochen.

Seine neue Zeitung „Today" (heute) soll in vier im Lande verteilten Druckereien hergestellt werden. Shah garantiert Anzeigenkunden eine knappe Million Auflage. Damit, so rechnet er, würde er mehr Gewinn erzielen als alle 17 überregionalen Zeitungen aus Fleetstreet zusammen.

Trotzdem scheint er Schwierigkeiten zu haben, genügend Kapital zu finden. Wohl aus Furcht vor gewerkschaftlichen Repressionen fand sich keine britische Bank, die Shah 30 Millionen Mark leihen wollte. Jetzt finanziert die Londoner Filiale der ungarischen Staatsbank den Schrecken der Gewerkschaften.

Für die krisengeschüttelten großen Zeitungen ist Shahs Plan paradoxerweise eine Hoffnung. Denn die Würfel für den Wegzug aus der Umklammerung der „Unions" in Fleetstreet in moderne Druckhäuser sind bei den meisten Zeitungen längst gefallen: der konservative „Daily Telegraph", trotz 1,2 Millionen Auflage in der Verlustzone, versucht seit Jahren mit Abfindungsangeboten bis zu 150 000 Mark je Angestellten sein technisches Personal um 800 Mann auf die Hälfte zu verringern.

Robert Maxwell, Herausgeber des „Mirror", geht nach geschätzten 100 Millionen Mark Verlust in diesem Jahr mittlerweile aufs Ganze: im Windschatten von Eddy Shahs Ankündigung hat er seiner gesamten Belegschaft (6000 Leute) in London die Kündigungsschreiben geschickt, um mindestens um ein Drittel „abspekken" zu können.

Spur zu Terrorakten der PLO?

F. M. Rom

Haben palästinensische Terroristen die gewaltsame Befreiung der Entführer des Kreuzfahrtschiffes „Achille-Lauro" vorbereitet? Diese Frage stellen sich die italienischen Ermittlungsbehörden nach der Verhaftung des 33jährigen Jordaniers Omar Saadat Salem Abdel Fattah in der Nähe des Gardasees. In der Unterkunft des Verhafteten, der sich als Hauptmann der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) ausgibt, wurden 20 Kilogramm Sprengstoff, zwei in Polen hergestellte Maschinenpistolen des Typs „WZ 63 Makarov" sowie drei Pistolen und drei Zünder mit Zündschnur sichergestellt.

„Makarov"-MPs wurden seit 1977 immer wieder bei Terroranschlägen benutzt – sowohl in Deutschland bei der Schleyer-Entführung als auch bei Terrorakten in anderen europäischen Ländern. In Zusammenarbeit mit Interpol wollen die Italiener jetzt feststellen, ob und bei welchen Anschlägen aus den beiden beschlagnahmten MPs geschossen wurde.

Aus den Sichtvermerken in Fattahs Paß und weiteren Nachforschungen geht hervor, daß sich Fattah in diesem Jahr in Rom aufgehalten hat, als die Bombenattentate gegen das Café de Paris an der römischen Via Veneto und gegen das römische Stadtbüro der „British Airways" verübt worden sind. Ebenso war er in Dubrovnik, als der aus Rom abgeschobene Chef der palästinensischen Befreiungsfront, Abu Abbas, dort landete.

Hassan sucht nun den diplomatischen Erfolg

Marokko hat die Westsahara militärisch fast im Griff

ROLF GÖRTZ, Madrid

Als König Hassan II. von Marokko kürzlich dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand vorschlug, er solle zur Beruhigung verschiedener Konflikte in Nordafrika und im Nahen Osten vermitteln, da geschah das auch, um die marokkanische Präsenz an der nordafrikanischen Atlantikküste zu festigen. Zur Zeit verbringt der Alawiten-Herrscher ein paar Tage in seinem Schloß Betz in Frankreich; er will seine Bemühungen bei den für den 11. bis 13. Dezember in Paris angesetzten franco-afrikanischen Treffen fortsetzen.

Die militärische Sicherung der seit 1975 von Marokko besetzten Westsahara ist dem König mit einem System elektronisch kontrollierter Mauern weitgehend gelungen. Sie steht kurz vor dem Abschluß.

Weniger erfolgreich aber konnte sich Hassan gegen die von Algerien propagierte und von der Sowjetunion diplomatisch unterstützte Isolierung Marokkos wehren. Immerhin gelang es aber Hassan, den vormals vielleicht gefährlichsten Gegner, Libyen, aus diesem Verbund herauszubrechen. Marokko und Libyen schlossen sich vor einem Jahr zu einem Staatenbund zusammen. Oberst Khadhafi will auf diese Weise eine algerische Vormachtstellung im Maghreb verhindern.

Algerien und die Union der afrikanischen Staaten fordern von Marokko, die Zukunft der Sahara im Dialog mit der Polisario-Front zu regeln, die ihrerseits die Westsahara für die nur im algerischen Exil existierende Volksrepublik DARS beansprucht. Hassan kann aber darauf nicht eingehen, da eine Anerkennung der Polisario den marokkanischen Alleinanspruch in Frage stellen würde. Schließlich begründet Marokko die Besetzung der Westsahara unter anderem mit einem Spruch des Haager Gerichtshofes, wonach das Gebiet ursprünglich dem großmarokkanischen Reich angehörte, bevor es spanische Kolonie wurde.

Die festgefahrene Situation begann sich zu lösen, als der Alawiten-Herrscher vor der UNO erklären ließ, daß die Bevölkerung der Westsahara in einer Volksbefragung über ihre Zukunft entscheiden solle. Die Abstimmung soll von der UNO beaufsichtigt werden. Dieser Vorstoß genügte zwar, um die Behauptung Algeriens und der afrikanischen Union zu kontern, die Bewohner der Sahara würden die „Selbständigkeit" einer Volksrepublik verlangen. Die Forderung nach einem Dialog mit der Polisario aber blieb bestehen.

Die Frankreich-Reise des marokkanischen Monarchen bildet somit den zweiten Teil seiner diplomatischen Offensive. Präsident Mitterrand zeigte sich erwartungsgemäß vorsichtig, sieht aber wohl, daß Hassan ihm im Nahen Osten und in Nordafrika Möglichkeiten bietet, wie sie sich einst de Gaulle erträumte.

Stabile Verhältnisse an der nordwest-afrikanischen Küste liegen auch im westeuropäischen, im westdeutschen Interesse. Denn durch das davor gelegene Seegebiet des Atlantiks führen unsere Handelswege nach Südamerika, Afrika, dem Persischen Golf, Indien, dem Fernen Osten und dem pazifischen Raum.

Wie wichtig die allein durch Marokko mögliche Stabilität in dieser Zone ist, demonstrieren die Polisario-Überfälle von den letzten von ihnen kontrollierten Küstenstreifen, denen mehrere Schiffe und Flugzeuge, darunter auch deutsche, zum Opfer fielen. Die Zwischenfälle auf See bestätigen außerdem das lebhafte Interesse der Sowjetunion, die – erstaunlich offen – die Polisario mit schweren Waffen versorgt. Moskau erwartet von einer „selbständigen" Westsahara einen Stützpunkt am Atlantik. Der sowjetische Fischereistützpunkt auf den nahegelegenen Kanarischen Inseln begünstigt bereits die sowjetischen Operationen an der afrikanischen Küste. (SAD)

50 000 vietnamesische „Freunde" im Land

Elefantenparade nach zehn Jahren Kommunismus in Laos

PETER ISELI, Bangkok

In Phnom Penh trieben damals, am 17. April 1975, Rote Khmers Verwundete und Kranke aus den Spitälern auf den beschwerlichen Marsch aufs Land. In Saigon durchbrach 13 Tage später ein nordvietnamesischer Panzer das Gittertor zum Präsidentenpalast. Weniger spektakulär und von der Weltöffentlichkeit fast unbeachtet übernahmen sieben Monate danach – am 2. Dezember – auch in Laos die Kommunisten die alleinige Macht. In der Hauptstadt Vientiane wurde diese Woche mit einer Parade des Militärs, Tausender von Zivilisten und einiger Elefanten der zehnte Jahrestag der Gründung der „Demokratischen Volksrepublik Laos" begangen.

Der Sieg des von Hanoi unterstützten Pathet Lao beendete drei Jahrzehnte Krieg. Während zwanzig Jahren hatten die USA mit Milliardenhilfe und Tausenden von Beratern sowie mit intensiven Flächenbombardierungen halbfeudale und korrupte Regierungen in Vientiane an der Macht gehalten. Die Machtübernahme der Kommunisten war gewaltlos: schon 1973 hatten Anhänger der USA, Pathet Lao und Neutralisten unter Prinz Souvana Phouma eine zerbrechliche Koalition gebildet. Nach mehreren organisierten Studentendemonstrationen im Sommer 1975 drängte Pathet Lao seine „Partner" hinaus.

So reibungslos wie die Machtübernahme selbst lief der Aufbau der laotischen Volksrepublik aber nicht ab: Zehntausende von Menschen verschwanden in Umerziehungslagern. Die Gefangenen-Hilfsorganisation Amnesty International sprach im November dieses Jahres von 6000 bis 7000 Menschen, die immer noch ohne Gerichtsverfahren festgehalten werden.

In der ersten Zeit nach 1975 schien es, als ob die neuen Herrscher in Vientiane eine neutrale Linie zwischen Moskau, Peking und Hanoi steuern wollten. Die Lage änderte sich aber 1977 mit der Unterzeichnung eines 25jährigen „Freundschaftspaktes" mit Vietnam, der auch die Grundlage für die Anwesenheit von rund 50 000 vietnamesischen Soldaten in Laos bildet. Nach der vietnamesischen Invasion in Kambodscha Ende 1978 und der darauffolgenden „Lektion" Chinas schloß sich Laos noch enger an Vietnam an.

In den vergangenen zehn Jahren sind nach Angaben des UNO-Hochkommissariats für Flüchtlinge 315 000 Menschen aus Laos geflüchtet. 95 000 von ihnen leben heute in thailändischen Lagern, die übrigen haben in Drittländern Aufnahme gefunden. Den Hauptanteil der Flüchtlinge stellen Bergstämme, die – von den USA ausgebildet und ausgerüstet – bis 1975 gegen den Pathet Lao gekämpft hatten. Gerüchte über eine Ausrottungskampagne gegen diese Bergstämme konnten nie bewiesen werden.

Laos hat heute eine Bevölkerung von schätzungsweise 3,8 Millionen Menschen, die zu 85 Prozent in der Landwirtschaft tätig sind. Die wohl wichtigste Errungenschaft der letzten zehn Jahre ist die Steigerung der Reisproduktion um 300 000 auf 1,24 Millionen Tonnen jährlich, womit das Land sich fast selbstversorgen kann. Die Geburtenrate ist mit 2,9 Prozent hoch.

Laos kann nach westlichen Schätzungen nur rund 20 Prozent seines Budgets selbst aufbringen. Die Exporte sind so bescheiden, daß der von Thailand gekaufte Strom aus dem Wasserkraftwerk Nam Ngum etwa 90 Prozent der Deviseneinnahmen bringt. Rund 100 Millionen Dollar ausländische Hilfe fließen pro Jahr nach Laos, die Hälfte davon aus der Sowjetunion und anderen Ländern des Ostblocks. Die Bundesrepublik Deutschland ist recht stark in Laos engagiert. Sie stellte kürzlich eine zweite Fähre über den Mekong-Fluß im Wert von rund einer Million Mark zur Verfügung.

Die Einstellung gegenüber Bevölkerungsfragen ist ein verläßlicher Seismograph für das nationale Selbstverständnis. Daran gemessen, hat das unsere lange auf Eis gelegen. Die Ergänzung des Arbeitskräftepotentials durch Ausländer – vier Millionen sind es, sieben Millionen werden es wohl werden – konnte kaum als Überbrückungsmaßnahme bis zu einer Auffüllung der eigenen Jahrgänge gedacht gewesen sein.



Leere Räume provozieren die Masseneinwanderung von Arbeitsuchenden

FOTO: EDMUND KASPARSKI

Warum unsere Nachbarn Angst vor „schwarzen Löchern" haben

Von HORST STEIN

Viele unserer Nachbarn, wie Frankreich, Schweden, die „DDR" oder andere Länder des Staatssozialismus, haben nie nachvollziehen können, weshalb „ein so reiches Land wie die Bundesrepublik" nichts gegen den dramatischen Absturz der Baby-Kurve bis an die letzte Stelle im Weltvergleich unternommen hat. Die Franzosen, zum Beispiel, nehmen wir nur mal sie, seit den Napoleonischen Kriegen bis in die Mitte dieses Jahrhunderts hinein mit einem stetigen Rückgang der Grande Nation konfrontiert, haben das Ruder radikal herumgeworfen – und mit Erfolg. Ob Gaullist oder Kommunist, Sozialist oder Republikaner: In Fragen der Geburtenförderung, also einer aktiven Bevölkerungspolitik ohne Wenn und Aber, regiert der „natale Konsens".

„Natalité – der Nachwuchs – mag für die Konservativen den Fortbestand des politischen Gewichts und Vorteils in der Welt garantieren, für die Sozialisten bedeutet er ‚Vertrauen der jüngeren Generation in die Zukunft' (Mitterrand: ‚Oui, je suis nataliste!'), für alle jedoch bedeuten Kinder das Weiterleben der Ideen der Französischen Revolution, der Menschenrechte, des Geistes der französischen Sprache und Kultur. Frankreich bietet in dieser Hinsicht ein Kontrastprogramm zu dem, was in den vergangenen Jahrzehnten in der Bundesrepublik zu beobachten war." (Schmid)

Wie immer eine Nation auch ihre Botschaft an die Menschheit oder auch nur die eigenen Nachkommen formulieren mag, das nationale Überleben verlangt nach einer solchen Leitidee, wenn sie sich nur mit dem Willen verbindet, auch das nötige Instrumentarium dafür zu entwickeln.

Die Einstellung gegenüber Bevölkerungsfragen, so sagen die Wissenschaftler, sei ein recht verläßlicher Seismograph für das nationale Selbstverständnis. Daran gemessen, hat das unsere, gelinde gesagt, lange auf Eis gelegen. Und liegt da auch noch, genau besehen. Die Ergänzung des Arbeitskräftepotentials durch Ausländer – vier Millionen sind es jetzt, sieben Millionen werden es wohl werden – konnte ja kaum als Überbrückungsmaßnahme bis zu einer Auffüllung der eigenen Jahrgänge gedacht gewesen sein. Bislang sind es nur die Gastarbeiter, die sich kräftig vermehren. Problematisch ist indes nicht so sehr deren Zahl, sondern deren Massierung in Gettos und Ballungszentren. Nicht einmal jeder zehnte Ausländer strebt eine Integration an.

Ein Ratgeber für die Innenpolitik

Apropos Instrumentarium: Frankreich hat der Bevölkerungswissenschaft die Rolle eines wichtigen Ratgebers bei der Formulierung seiner Innenpolitik zugewiesen. Das nationale demographische Forschungszentrum INED in Paris zählt an die 150 Mitarbeiter. Das vergleichbare Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden kaum ein halbes Dutzend. Da sieht man, was Prioritäten sind.

Selbstverständlich kennen die Franzosen jenes deutsche Tabu, das den Gebrauch bevölkerungspolitischer Argumente zur Begründung einer umfassenden und wirkungsvollen Familienförderungspolitik bislang noch stets unterbunden hat. Aber sie halten die erklärte Bonner Abstinenz für einen absurden Wahn, der am Ende sogar Frankreich gefährden könnte.

Sie wollen, wie Pierre Chaunu, Historiker an der Pariser Sorbonne, nicht glauben, daß rechts des Rheins „aus einem Stück Abendland ein ethnisches Konglomerat" werden soll. Chaunu („Die verhütete Zukunft", München 1981) warnt vor den Folgen dieses „deutschen Modells" einer beschleunigten Bevölkerungs-Implosion. Für ihn ist es eine „demographische Form der Vergangenheitsbewältigung", die wir Deutsche auch „um Europas willen" aufgeben sollten,

WELT SERIE

Die lautlose Katastrophe

damit nicht „schwarze Löcher" auf dem Kontinent entstünden. Ein anderer Experte, Alfred Sauvy, lange Jahre Direktor des Demographie-Zentrums INED und heute Professor am berühmten Collège de France, gründet auf die Gefahr solcher „schwarzen Löcher" eine beunruhigende Feststellung: daß reiche, aber geburtenschwache Länder die Massen-Einwanderung aus armen, aber geburtenstarken Ländern geradezu provozierten. Hans Grimms Wort vom „Volk ohne Raum", das einmal wie ein Kriegsruf über Europas Schlachtfelder dröhnte, ist auf den Kopf gestellt worden: Raum ohne Volk.

Man muß kein Prophet sein, um die Gefahr einer neuen Völkerwanderung für real zu erachten. Denn das hat es in der Geschichte noch nie gegeben, daß fruchtbare Böden in gemäßigten Klimazonen auf die Dauer unbesiedelt und unbewirtschaftet geblieben wären, wenn anderwärts Hunger und drangvolle Enge herrschen. Die Geschichte duldet kein Vakuum.

Nach den Vorausberechnungen der Vereinten Nationen wird die Weltbevölkerung um die Jahrtausendwende rund 6,1 Milliarden Menschen zählen und 2025 schon 8,2 Milliarden, mit Jahreszuwächsen von 80 bis 90 Millionen Köpfen. 96 Prozent dieses Zuwachses aber werden auf die Dritte Welt entfallen, während die Industrieländer nur knapp von 1,1 auf 1,4 Milliarden zunehmen. Allein die Bevölkerung Afrikas, 500 Millionen, die sich heute schon kaum ernähren können, wird nach diesen UNO-Schätzungen Mitte des nächsten Jahrhunderts auf drei Milliarden angeschwollen sein. Niemand wird im Ernst glauben wollen, daß diese Massen wandernd nicht alle Dämme brächen, ehe sie einander selbst massakrieren.

So wird denn geschehen, was der Engländer Thomas Robert Malthus 1798 in seinem berühmt gewordenen „Essay on the principle of population" so eindringlich formuliert hat: Eine unkontrolliert wachsende Menschheit werde die Erde einer Katastrophe entgegentreiben, wenn denn nichts dagegen geschähe. Sein Vorschlag einer allgemeinen Geburtenkontrolle blieb zwar undurchführbar, der „Malthusianismus" wurde indes zum Begriff, den speziell die Katholische Kirche im Meinungskampf um die Empfängnisverhütung wie einen Knüppel verwendete.

Es hatte ja lange genug gedauert, etwa 1500 Jahre, bis sich die Menschheit von 300 Millionen um Christi Geburt verdoppelte. Von 1750 an benötigte die nächste Verdoppelung dank der Segnungen von Wissenschaft und Medizin nur noch 150 Jahre. Und in der menschheitsgeschichtlich kurzen Spanne vom Beginn unseres Jahrhunderts an hat sich die Weltbevölkerung erneut fast verdreifacht. Sie ist jetzt bei 4,67 Milliarden angelangt.

Halbe Menschheit in Ballungsräumen

Wir stehen jedoch nicht primär vor dem Problem der großen Zahl, wir Euopäer haben es mit dem Problem ihrer räumlichen Verteilung zu tun, das durch die Aspekte der Altersschichtung verstärkt wird. Während die Dritte Welt bis zum Jahr 2000 etwa 680 Millionen junge Menschen im arbeitsfähigen Alter „produziert", werden es in den industrialisierten Ländern lediglich 20 Millionen sein. Bald die Hälfte der Menschheit wird dann in den großen Ballungsgebieten leben, die sich zu uferlosen Stadtlandschaften entwickeln. Mexico City wird mehr als 30 Millionen zählen, São Paulo 26, Shanghai 23; Bombay und Djakarta werden auf 17 Millionen anschwellen.

Und dennoch das Plädoyer für eine aktive und konsequente Familien-Politik hier in der Bundesrepublik? Dennoch. Denn die Pflicht der handelnden und gestaltenden Generationen in unserem Lande kann nur darin bestehen, die Lebens- und Kulturchancen der nachwachsenden Generationen dieses Volkes zu sichern. Solange es kein Weltregiment gibt, solange kommt es auf die eigenen Regierungen an.

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, bis eben noch Bundesfamilienminister, hat bekanntlich einiges auf den Weg gebracht, das diesen Überlegungen Rechnung trägt, und das der Familie eine neue Zukunft geben soll. Und er hat dabei nicht nur die heraufziehenden Rentenprobleme gesehen: „Eine ständig sinkende Geburtenzahl bestimmt auch – das wird vielen kaum bewußt sein – die bevölkerungspolitischen Bedingungen kommender Generationen. Bei einem steigenden Bevölkerungswachstum in anderen Ländern können Wanderungsbewegungen in Länder mit abnehmender Bevölkerung nicht vermieden werden. Die damit verbundenen Probleme in kultureller, wirtschaftlicher, sozialer und außenpolitischer Hinsicht müssen schon heute diskutiert und in politischen Entscheidungen mitbedacht werden."

Ein richtiges, aber ein rares Wort.

Morgen in der WELT:

„Unsere soziale Rentenversicherung ist eine Prämierung der Kinderlosigkeit."

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Geistige Verfahrenheit

„Kinder und Kommerz"; WELT vom 27. November

Sehr geehrte Herren,

Ihr Mitarbeiter Enno v. Loewenstern nimmt in ausgezeichneter Sicht Stellung zur Frage der Abtreibung in all' ihren Facetten. Sie wächst sich immer mehr zu einem Skandal aus, betrachtet man die gewundenen Erklärungen verantwortlicher Politiker, die eines gemeinsam haben, nämlich sich entschieden gebärden und Entscheidungen vermeiden. Man versteckt sich hinter Alibimaßnahmen und Vorschlägen, um sich mit dem Kern nicht auseinandersetzen zu müssen.

Herr v. Loewenstern folgert: In einem sozialen Rechtsstaat wäre es kein Verstoß gegen die Menschenwürde, werdende Kinder zu töten. Bringe man sie dagegen zur Welt – über eine andere Frau –, sei dies sehr wohl ein Verstoß gegen die Menschenwürde. Dies ist eine gedanklich logische Interpretation der Gesetze und Äußerungen von Politikern in glasklarer Schärfe. Er schlußfolgert weiter, eindrucksvoller ließe sich die geistige Verfahrenheit einer Epoche wohl nicht darstellen.

Nun, hier handelt es sich ja nicht um die geistige Verfahrenheit der Epoche, in der wir leben, sondern um die geistige Verfahrenheit derjenigen, die als verantwortliche Politiker einer Epoche Form, Inhalt und Gestalt geben. Dies sind in jedem Fall die Regierenden. Es widert einen nachgerade an, sehen zu müssen, wie aus allen Äußerungen Verantwortlicher zu diesem Thema ein opportunistisches Schielen nach vermeintlichen Wählerstimmen deren letztendliches Handeln bestimmt.

Unsere parlamentarischen Abgeordneten nehmen für sich in Anspruch, in ihren Entscheidungen nur ihrem Gewissen gegenüber verantwortlich zu sein. Es grenzt an straflose Volksverdummung, Glauben machen zu wollen, die Abtreibung von 300 000 nicht geborenen Kindern mit einer Notlagensituation vor dem Gewissen vertreten zu können.

Mit freundlichen Grüßen
Henry Brüggemann,
Hamburg 13

*

Sehr geehrte Damen und Herren,
dem Artikel des Herrn v. Loewenstern ist Zeile für Zeile uneingeschränkt zuzustimmen.

Haben wir alle miteinander nichts anderes mehr im Sinn als materielle Dinge und mehr und mehr Habenwollen? Es ist doch deprimierend, wenn der Wunsch nach einem Kind ausschließlich nach Abwägung materieller Vor- oder Nachteile oder möglicher Berufsnachteile für die werdende Mutter erfüllt oder nicht erfüllt wird.

Mit freundlichen Grüßen
Hilde Bergander,
Schalksmühle

Spekulationen

Sehr geehrte Damen und Herren,

in dem Bericht „Riesenhuber: Der Finanzrahmen läßt keine weiteren Verzögerungen zu" und dem dazugehörigen Kommentar von Heinz Heck (WELT v. 30. 11.) wird der Eindruck erweckt, als ob das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen als atomrechtliche Genehmigungsbehörde für „den schleppenden Baufortgang" auf der SNR-Baustelle in Kalkar verantwortlich sei, bzw. daß der Bundesminister für Forschung und Technologie begründeten Anlaß für die ihm unterstellte „Befürchtung" habe, aus dem Genehmigungsverfahren könnten demnächst vermeidbare Verzögerungen bei der Errichtung dieses Reaktor-Prototypen erwachsen.

Beides ist falsch, die entsprechenden Spekulationen entbehren jeder Grundlage.

Herr Minister Reimut Jochimsen hat sowohl in seinem Schreiben an den Vorsitzenden des Forschungsausschusses des Deutschen Bundestages als auch in seinen Gesprächen mit Bundesforschungsminister Riesenhuber, als auch in der Öffentlichkeit wiederholt fesgestellt, daß die Genehmigungsbehörde das Verfahren für den SNR 300 nach Recht und Gesetz und ohne schuldhaftes Zögern durchgeführt hat und weiterhin durchführen wird.

Zum Stand des Genehmigungsverfahrens ist zu bemerken, daß alle genehmigungsfähigen Anträge bereits beschieden worden sind. Die sachlichen und technischen Voraussetzungen für weitere Genehmigungsschritte werden frühestens zum Ende des ersten Quartals vorliegen.

Minister Reimut Jochimsen hat mehrfach davor gewarnt, die Genehmigungsbehörde unter Druck zu setzen: Jeder, der aus politischen oder finanziellen Gründen eine Verkürzung des Genehmigungsverfahrens fordert, verlangt damit von der nordrhein-westfälischen Landesregierung Abstriche an der gebotenen Sicherheitsvorsorge für diesen Reaktor-Prototyp. Solche Abstriche wird der Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie als atomrechtliche Genehmigungsbehörde nicht zulassen.

Ewald B. Schulte,
Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen,
Düsseldorf

Wort des Tages

„Die allerbeste Medizin gegen die Sorgen ist augenblicklich, sich um die anderen bekümmern zu müssen."

Carl Hilty, Schweizer Autor (1833–1909)

Monopolstellung

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Auseinandersetzung um die Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit bangen die Funktionäre des DGB lautstark um das Tarifrecht und sehen bereits die Gewerkschaftsbewegung als solche in Gefahr. Die entsprechenden Darstellungen von seiten des DGB sind irreführend und tendenziös einseitig.

Die Notwendigkeit von Arbeitnehmervertretungen wird von keiner Seite in Frage gestellt.

Es muß aber gefragt werden, ob die Funktionäre des DGB tatsächlich eine Monopolstellung innerhalb der vielfältigen Arbeitnehmervertretungen haben, da es bekanntlich noch eine Vielzahl weiterer Arbeitnehmerorganisationen gibt, die deren Interessen auch arbeitsrechtlich und tarifrechtlich vertreten.

Weiter erhebt sich bei dem derzeitigen Verhalten der Funktionäre die Frage, ob die DGB-Funktionäre das Grundgesetz und die entsprechenden höchstrichterlichen Urteile kennen und bereit sind, diese für alle Bürger ohne Ausnahme gleichermaßen verpflichtenden Fakten anzuerkennen. Wie steht es mit dem Demokratieverständnis und der damit begründeten Chancengleichheit, auch im „Arbeitskampf"?

Steht das Gemeinwohl noch vor den gruppenegoistischen Interessen? Läßt sich die Ämter-Mandatsverfilzung der Funktionäre noch mit der notwendigen parteipolitischen Neutralität vereinbaren?

Nicht weniger irreführend ist, wenn die DGB-Funktionäre fordern, daß Beamte ein Streikrecht bekommen sollen. Das Verhältnis des Beamten zum Staat und seinen nachgeordneten Organen beruht auf Treue- und Fürsorgepflicht. Der Staat ist nicht Arbeitgeber im üblichen Sinne, sondern „Dienstherr". Das in Zweifel zu ziehen bedeutet, die Funktionsfähigkeit des Staates in Gefahr zu bringen. Die Fürsorgepflicht des Staates beantwortet der Beamte mit der entsprechenden Treuepflicht.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Ernst Griesbach,
Fürth

Hohes Haus?

„Wenn das Parlament sich selbst nicht ernst nimmt"; WELT vom 29. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Artikel verdient stärkste Beachtung, vor allem durch das Präsidium des Bundestages, die Bundesregierung und die Verbände der Parteien.

Ist der früher häufiger gewählte Beiname „das Hohe Haus" – man hört ihn gelegentlich heute noch – angebracht? Das äußere Bild, so u. a. in der Bekleidung einzelner Abgeordneter, aber auch besonders der Verlauf der Sitzungen läßt diese Frage leider nur verneinen. Wie halten manche Abgeordnete es mit der Wahrheit und, in welcher abträglichen Weise verlaufen manche Diskussionen!

Ich kann mich auf diese Hinweise beschränken, nachdem gelegentlich Sitzungen des Parlaments durch das Fernsehen übertragen werden, und seitdem das Urteil in der Öffentlichkeit wesentlich negativer geworden ist. Dies läßt sich nur mit großem Bedauern feststellen, denn unser Bundestag sollte ein Kronzeuge für unseren demokratischen Rechtsstaat sein, in dem die „Erwählten unseres Volkes" zu dessen Wohl tätig sind.

Mit freundlichen Grüßen
Bruno Tiedt,
Hamburg 67

Personalien

GEBURTSTAG

Dr. Karl Ernst Maier, Professor für Pädagogik an der Universität Regensburg, feiert am 8. Dezember seinen 65. Geburtstag. Nach seiner Promotion (1955) und Habilitation (1967) setzte er seine wissenschaftlichen Arbeiten durch zahlreiche Veröffentlichungen von Monografien, Beiträgen in Zeitschriften, Sammelbänden und Lexika – vorrangig auf dem Gebiet der Geschichte der Pädagogik und der Jugendbuchliteratur – fort. Um die Lehrerbildung hat sich Professor Dr. Maier sehr verdient gemacht. Besondere Würdigung gebührt dem engagierten Jugendbuchtheoretiker in seiner Funktion als Vizepräsident der Deutschen Akademie für Kinder- und Jugendliteratur.

EHRUNGEN

Für seine Verdienste vor allem im Bereich der biochemischen und serologischen Forschung hat Bayerns Kultusminister **Hans Maier** dem Professor an der Münchner Ludwig-Maximilian-Universität, **Hermann Eyer**, das vom Bundespräsidenten verliehene Bundesverdienstkreuz Erster Klasse ausgehändigt. Die gleiche Auszeichnung erhielten **Heinz Piontek** als einer der bedeutendsten deutschsprachigen Lyriker und Erzähler der Gegenwart, der Schauspieler, Regisseur und Bühnenautor **Maximilian Schell** und der Domkapitular **Heinrich Schultes**. Schultes hat sich als Vorsitzender des Caritasverbandes der Diözese Würzburg und als Mitglied im Zentralverband des Deutschen Caritasverbands vor allem um Einrichtungen für Kinder, Jugendliche, alte Menschen und Kranke verdient gemacht.

*

Papst **Johannes Paul II.** hat den langjährigen Vorsitzenden des Diözesanrats der Katholiken im Erzbistum Freiburg, **Wilderich Graf Bodman**, Ludwigshafen-Bodman, mit dem Komturkreuz zum Silvesterorden ausgezeichnet. Erzbischof **Oskar Saier** überreichte die Insignien der päpstlichen Ehrung in Freiburg. Zugleich überreichte Saier Rektor **Werner Alperowitz**, Mannheim, den ihm vom Papst verliehenen Orden „Pro ecclesia et pontifice".

Mit der Würde eines Ehrendoktors hat die Technische Universität München den Ordinarius an der Technischen Hochschule Aachen, Professor **Gottfried Böhm**, für „seine kreativen Beiträge zur Architektur, seine Lehre und Forschung" ausgezeichnet. Die gleiche Würde wurde auch dem Direktor des Instituts für Nachrichtenübertragung der Universität Stuttgart, Professor **Wolfgang Kaiser**, für „hervorragende Verdienste um die Entwicklung vor allem der digitalen Kommunikationstechnik" zuerkannt. Zum Ehrensenator der TU ernannt wurde Diplom-Ingenieur **Gerhard Hecker**, Vorsitzender der Vereinigung Deutscher Elektrizitätskraftwerke.

*

Im Rahmen der Akademischen Feierstunde der Universität Gießen wurde der mit 10 000 Mark dotierte Preis der Justus-Liebig-Univesität an den Gießener Mediziner Dr. **Reinhard Bretzel** verliehen. Bretzel erhielt den Preis für seine Habilitationsschrift, die sich mit der Problematik der Verpflanzung der sogenannten Langerhans'schen Inseln der Bauchspeicheldrüse befaßt. Diese Inseln, kleine, verstreut in der Bauchspeicheldrüse liegende Zellhäufchen, produzieren das für den Stoffwechsel entscheidend wichtige Hormon Insulin.

*

Anläßlich der Promotionsfeier des Fachbereichs Humanmedizin der Universität Gießen am 6. Dezember 1985 in der Universitätsaula wird der mit 10 000 Mark dotierte Ludwig-Schunk-Preis an den Gießener Privatdozenten und Diplom-Chemiker Dr. rer. nat. **Harald Schütz** verliehen. Der Ludwig-Schunk-Preis wird seit nunmehr 25 Jahren im jährlichen Wechsel an jüngere auswärtige und Gießener Wissenschaftler für besondere wissenschaftliche Leistungen auf Spezialgebieten der Medizin vergeben. Herr Dr. Schütz erhält den Schunk-Preis 1985 für seine richtungsweisenden Untersuchungen über die Analytik, Biotransformation und Pharmakokinetik der Benzodiazepine. (Zu dieser Wirkungsgruppe gehören Medikamente wie Valium, Librium, Adumbran oder Tavor.) Bereits seit Anfang der 70er Jahre beschäftigt sich eine Arbeitsgruppe um Harald Schütz am Institut für Rechtsmedizin der Justus-Liebig-Universität damit, sichere Methoden zum Nachweis von Psychopharmaka zu erarbeiten. Deren Giftigkeit ist zwar relativ gering, sie können jedoch die Verkehrstüchtigkeit negativ beeinflussen. Gefährlich sind insbesondere die Wechselwirkungen zwischen Psychpharmaka und Alkohol.

*

Die Stadt Wolfsburg hat dem Freiburger Künstler **Robert Schad** den Förderpreis „Junge Stadt sieht junge Kunst" zuerkannt. Die Jury entschied sich einstimmig für Schads 2,50 mal 5,00 Meter große Plastik „Feld" aus Vierkant-Baustahl. Der mit 15 000 Mark dotierte, erstmals wieder seit 1969 vergebene Förderpreis wird dem Künstler am 15. März nächsten Jahres überreicht.

ABSCHIED

Mit einem Empfang verabschiedet der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) seinen langjährigen Leiter der Abteilung Absatzwirtschaft, **Hermann H. Kulla**. Hermann Kulla – Jahrgang 1920 – wurde vom Bundespräsidenten für seine Verdienste um den Wiederaufbau der deutschen Handelspolitik, sein Engagement für Berlin und Europa mit dem Verdienstkreuz am Bande geehrt. Im BDI war er einer der „Männer der ersten Stunde", die das unverwechselbare Profil des Industrieverbandes mitprägten. In nationalen und internationalen Gremien genießt er den Ruf eines herausragenden Fachmannes der Kulturpolitik, des Welthandels, des Zoll-, Messe- und Ausstellungswesens sowie der Werbung.

WETTE

„Topp, die Wette gilt", meinte der frühere Bundespräsident **Karl Carstens** zu Pastor **Friedrich Bode** im April beim Festgottesdienst zur 800-Jahr-Feier des Bremer Stadtteils Horn. Carstens hielt mit 300 Mark dagegen, daß die Umweltzerstörung eine Tausendjahrfeier nicht mehr zulasse. Bode steuert nun 100 Mark bei. Sparkassendirektor **Heinrich Frick** hat inzwischen ausgerechnet, daß bei einem Zins von sechs Prozent die evangelische Kirchengemeinde Horn im Jahr 2185 auf 46 Millionen Mark hoffen darf.

Die FDP betreibt noch „Grundlagenforschung“

Die Liberalen im Düsseldorfer Landtag tun sich schwer

WILM HERLYN, **Düsseldorf**

„Sie da“, empörte sich voller Zorn der Düsseldorfer Städtebauminister Christoph Zöpel, „wer rausgeht, muß auch wieder reinkommen.“ Er rief das alte Wehner-Wort der FDP-Fraktion im Landtag nach, die zu dem letzten Mittel parlamentarischen Brauchtums griff, um ihrem Ärger Luft zu verschaffen.

Das kann sie jetzt wieder – seit dem 12. Mai 1985 nach fünfjähriger Abstinenz im Ständehaus am Schwanenspiegel – und erregt auch Aufmerksamkeit.

Der Vorfall ereignete sich am 14. November, als die Opposition den gewerkschaftseigenen Konzern Neue Heimat „rüder frühkapitalistischer Methoden“ bezichtigte. Zöpel eilte ans Mikrophon und ereiferte sich, die Angriffe erfüllten ihn „mit Ekel“, sie seien „scheinheilig“. Die Koalition in Bonn versuche dagegen, durch Veränderungen am Arbeitsrecht die Gewerkschaften faktisch streikunfähig zu machen. Als die CDU-Fraktion diese Bemerkung mit Lachen quittierte, hielt es Zöpel nicht mehr: „Wer darüber lacht, zeigt, daß er verkommen und unmoralisch ist.“ Aber nicht die CDU, sondern die FDP zog die Konsequenz mit ihrem Verlassen des Parlamentssaales.

Zöpel und der SPD wäre es wohl am liebsten gewesen, sie käme nie mehr wieder – denn immerhin treiben die Liberalen eine scharfzüngige Opposition. 14 Mann/Frau stark ist die Fraktion. Dabei hat sie es schwer, neben den beiden Kolossen SPD und CDU zu bestehen. Das zeigt sich nicht nur an den kargen Auftritten, die ihr überlassen werden, sondern auch – noch – an der Zahl der parlamentarischen Initiativen.

„Wir sind noch in der Grundlagenforschung“, sagt ihr Vorsitzender Achim Rohde. Und: „Wir machen täglich zwölf Stunden unsere Schularbeiten, lernen aber unheimlich schnell dazu.“ Das müssen sie auch – denn außer Wolfram Dorn und Horst-Ludwig Riemer sind sie alle *Neulinge, Rohde eingeschlossen.*

Ihnen wird jeden Tag vor Augen geführt, daß sie eigentlich zu wenig sind mit ihren 14 von insgesamt 227 Landtagsmandaten. Sie sind insbesondere auf die Hilfe der anderen Opposition, der CDU, angewiesen. Doch die hält sich bedeckt.

Aber fleißig sind die Liberalen. Schon im Spätsommer legten sie einen detaillierten Entschuldungsplan vor, um die „exorbitante Verschuldung des Landes wieder in den Griff zu bekommen“ (Rohde). Er hält es für unerträglich, daß die Verschuldung des Landes mit 65 Milliarden Mark die Höhe des Haushaltes schon überschritten habe und daß die Zinslasten immer größer würden. Nach der mittelfristigen Finanzplanung sei abzusehen, daß NRW 1990 eine Verschuldung von hundert Milliarden Mark erreicht habe und dann einen jährlichen Zinsdienst von fast zehn Milliarden Mark leisten müsse.

Die FDP legte inzwischen auch Initiativen vor, mit deren *Hilfe sich* lokaler Rundfunk über und durch Verleger entwickeln könnte oder ein neues Gesetz zur Kunst- und Filmförderung. Vehement streiten die Liberalen für die Inbetriebnahme des Schnellen Brüters in Kalkar. „Wenn wir aus Angst vor einem Restrisiko den Brüter stillegen, können wir diesen Reaktortyp nicht später noch glaubwürdig als Exportartikel anbieten“, sagt Rohde.

Doch gibt es Frust-Erlebnisse zuhauf. Sie beginnen beim Gerangel um die *Redezeit und hören damit nicht* auf, daß die FDP im Rundfunkrat nach dem d'Hondtschen Berechnungsverfahren überhaupt nicht vertreten ist.

Unerfreuliches weiß Michael Ruppert aus dem Rechtsausschuß zu berichten: „Die SPD-Fraktionsmit*glieder haben sich so gegeben, als ob* sie selbst in der Regierung sind.“ Und daß vor den Sitzungen der parlamentarischen Gremien *Mitglieder* der SPD-Regierung einträchtig mit den Mitgliedern der Fraktion die Sitzungen absprechen, hält er auch nicht für einen Normalzustand.

Das größte Frust-Erlebnis aber mußten die FDP-Leute in dieser Woche verdauen. Bei der Vorlage des Haushaltes 1986 ging *Finanzminister* Diether Posser mit keiner Silbe auf die FDP-Entschuldungsvorschläge ein. Er sagte auch nichts zu der Idee, eine Exportakademie zu gründen, um neue Produktpaletten mit Marketing und Management zu fördern.

Rohde und seine Mannen will das nicht anfechten. Nach der Euphorie der ersten Parlamentstage und -erfahrung beginnt in den viel zu engen und zu wenigen Räumen nun business as usual, aber mit freidemokratischer *Unbekümmertheit. Das ist die Chan*ce der FDP, meint Rohde, gehört zu werden.

Nasa-Chef seines Postens enthoben

AP, **Washington**

US-Präsident Ronald Reagan hat gestern den Direktor der US-Raumfahrtbehörde Nasa, James Beggs, seines Postens enthoben. Beggs werden *betrügerische Machenschaften auf* Kosten der US-Regierung in der Zeit seiner Tätigkeit für die Firma General Dynamics vorgeworfen. Die Entbindung des Nasa-Chefs von seinen Pflichten wurde in einer kurzen Mitteilung in Washington bekanntgegeben. Es war zunächst nicht klar, ob er weiterhin sein Gehalt empfängt, bis die erhobenen Beschuldigungen geklärt sind. Das Verteidigungsministe*rium hatte schon am Dienstag* bekanntgegeben, daß der Rüstungskonzern General Dynamics bis auf weiteres keine neuen Rüstungsaufträge mehr erhalten wird. Das Unternehmen sowie drei führende Mitarbeiter und der bis 1981 bei dem Konzern tätige Beggs waren am Montag unter Anklage gestellt worden. Dem Unternehmen wird vorgeworfen, Verluste aus einem Rüstungsauftrag zu Lasten der *Staatskasse verbucht zu haben.*

Czaja fordert für Wirtschaftshilfe an Polen Bedingungen

AP, **Bonn**

Der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Herbert Czaja, hat der polnischen Regierung vorgeworfen, grob und rücksichtslos gegen Rechtsver*pflichtungen zu verstoßen, die sie* nach der Unterzeichnung des Warschauer Vertrages am 7. Dezember 1970 eingegangen ist.

Zur Verbesserung der menschenrechtlichen *Situation in Polen schlug* der CDU-Abgeordnete im „Deutschen Ostdienst“ vor, Umschuldungshilfen und Kredite unter entsprechenden Konditionen zu gewähren.

Auf dem Weg zum Ausgleich gelte es, für die gewaltigen finanziellen Leistungen des Westens eine Verbesserung der menschenrechtlichen Situation in Polen durch zähe Verhandlungen zu erreichen, regte Czaja an. „Wenn wir dafür unser politisches wirtschaftliches Gewicht in die Waagschale werfen, wird dadurch konstruktiv vieles an Untaten der Ver*gangenheit aufgearbeitet*“.

Der jugoslawische Regimekritiker Djilas über Chancen und Grenzen Gorbatschows

„Alle Imperien sind zu teuer und daher tödlich“

Von MILOVAN DJILAS

Die Korrektur des sowjetischen Parteiprogramms von 1961 *enthüllt* deutlicher als alles andere die Auffassungen und Methoden des neuen sowjetischen Führers Michail *Gorbatschow. Die Art und Wei*se, in der die inhaltlichen Veränderungen in diesem Programm vorge*nommen wurden, sind um nichts* weniger charakteristisch für seine Eigenschaften und Absichten: Das Programm wurde nicht außer Kraft gesetzt, nicht durch ein neues ersetzt, sondern es wurden aus ihm überambitionierte, illusionistische Wünsche hinausgeworfen und nüchterne, realistischere Beurteilungen eingefügt. Das grundlegende Ziel – der „Aufbau der kommunistischen Gesellschaft“ – ist geblieben, aber anstelle der kategorischen Feststellung, daß bereits „unsere Generation“ in dieser „vollkommenen Welt“ leben werde, konstatiert man jetzt, daß dafür eine lange, zeitlich nicht abzugrenzende Periode notwendig sein werde. Die Verschiebung der Utopie bis in eine unbestimmte Zukunft, das ist viel*leicht die größte und wirkliche* Reform Andropows und Gorbatschows – wenn sich auch beide dieser Tatsache wohl nicht bewußt gewesen sind.

Auf ähnliche Weise wird auch der Internationalismus behandelt. Man erkennt die Unabhängigkeit der ausländischen kommunistischen Parteien an, aber man insistiert gleichzeitig auch die „gemeinsamen Ziele“. Die Betrachtungsweise ist offenkundig realistischer: Alle bedeutenden kommunistischen Parteien – natürlich außerhalb der sowjetischen imperialen Sphäre – haben bereits ihre Unabhängigkeit, wenn auch bis jetzt noch nicht die vollkommene ideologische Unterschiedlichkeit proklamiert. Die neue sowjetische Führung spricht kein Anathema mehr aus, sondern ist bestrebt ihre *Verbindungen* zu den anderen, selbständig gewordenen kommunistischen Parteien aufrechtzuerhalten oder wenigstens nicht ganz zu verlieren.

Einen solchen „Liberalismus“ gibt es nicht gegenüber den unterworfenen osteuropäischen Ländern. Im *Verhältnis zu ihnen insistiert man auf* einer noch festeren ideologischen und seit neuestem auch ökonomischen Bindung. Das ist die Sphäre der realen Macht und dementsprechend – so sieht es jedenfalls aus – auch der realen Möglichkeiten.

Alles in allem: Gorbatschow hat zwar faktisch das Programm verändert, es aber formal nur ergänzt. Aber das beweist keineswegs, daß Gorbatschow sich an das neue Programm halten wird. Er wird das gar nicht können, denn auch dieses realistischere Programm ist nicht real. Seine Politik erscheint als eine Kontinuität mit Veränderungen. Er selber setzt die Linie Andropows fort, denn Andropow hatte mit der Kritik des Chru*schtschow-Programmes aus dem* Jahre 1961 begonnen. Gorbatschow führt das auf frischere, einfallsreichere und kühnere reformistische Weise fort.

Es wäre naiv und verfrüht, eine grundlegende Veränderung des sowjetischen Systems zu erwarten. Eine *solche Veränderung kann niemand* herbeiführen, auch Gorbatschow nicht, selbst wenn er solche Absichten hätte. *Das sowjetische System* ist weder eine Fehlentwicklung, noch ein Zufall. Es ist ein allumfassendes und geschlossenes soziales und imperiales System. Die Veränderungen, die Gorbatschow am erwähnten Programm vornimmt, berühren nicht das System und erst recht nicht die Ideo*logie. Gorbatschow besteht auf einer* realistischeren Einschätzung der Möglichkeiten und auf einer größeren Effizienz und Disziplin bei der Durchführung der Planaufgaben. Gorbatschow sollte man deshalb nicht als Reformator, sondern als Reparator des Systems betrachten. Es versteht sich, daß es falsch wäre, die Reform von der Reparatur zu trennen – denn Reparaturen können weitreichende Konsequenzen haben.

Die Frage stellt sich: Wie weit wird Gorbatschow mit seinen Reform-Reparaturen gehen und welche Folgen werden daraus erwachsen?

Gorbatschow hat aus dem erwähnten Parteiprogramm Chruschtschows die Verstiegenheiten über ein Einholen der USA in der Produktion pro Kopf der Bevölkerung, wie sie bereits *für das Jahr 1971 vorgesehen war,* hinausgeworfen. In der Tat waren diese sinnlose Prahlereien seit lan*gem ebenso lächerlich wie das Auf*einanderfolgen kranker Greise an der Spitze des Staates. Anstelle des Überholens der USA – ein Gedanke, von dem bereits Stalin besessen war – *verspricht das Programm Gorba*tschows für das Jahr 2000 eine Verdoppelung der sowjetischen Produktion und eine Steigerung der Produktivität um 150 Prozent – das heißt um jährlich 10 Prozent.

Obwohl das nicht realistisch ist, klingt es wenigstens nicht utopisch: Gorbatschow wird sich weniger mit Idealisierungen und mehr mit den Realitäten beschäftigen.

Aber nach meiner Meinung hat er zumindest bis jetzt weder das Wesen *der Krise des sowjetischen Systems* erfaßt noch hat er die Schwierigkeiten erkannt, die ihm erst bevorstehen. Er meint, daß das sowjetische System als solches nicht einer Strukturkrise, sondern lediglich einem Zurückbleiben der Organisation, des Elans und der Stimulation bei der Anwendung der *modernen Technologie unterle*gen sei. Deshalb hält er immer noch die Reorganisation der Verwaltung, die *Unterdrückung der Korruption,* die Überwindung der Verschwendung und die Einführung der Arbeitsdisziplin für entscheidend. Diese Maßnahmen sind zweifellos wichtig, aber sie stellen nur ein Reagieren auf die Folgen und nicht auf die Ursachen dar. Gorbatschow sieht die Erscheinungen – die „Erscheinungsformen“ im Sinne Hegels – aber das Wesentliche sieht er nicht annähernd so scharf, wie die sowjetischen Wirtschaftswissenschaftler (wie etwa die Professoren Tatjana Saslawskaja von der Nowosibirsker Filiale der sowjetischen Akademie der Wissenschaften). Gorbatschow insistiert auf der Befreiung der Initiative der Unternehmungen und der Produzenten, aber er will gleichzeitig den Zentralismus und den administrativen „Markt“ aufrechterhalten, was ein Widerspruch in sich selber ist.

Gorbatschows Orientierung erinnert an das Ende der 20er und den Beginn der 30er Jahre, als Elan, Disziplin und massenhafter Terror eine wichtige, wenn nicht sogar die hauptsächliche Voraussetzung für eine schnelle Industrialisierung der Sowjetunion *darstellten. Aber heute* sind andere Zeiten, sogar in der Sowjetunion. Die sowjetische Wirt*schaft und* die sowjetische Gesellschaft sind in eine Phase eingetreten, da nur die freie Initiative und der freie *Markt* eine gleichmäßige und dynamische Entwicklung ermögli*chen. Hinzu kommt, daß die Sowjet*union sich nicht mehr selber genug ist – heute ist das kein einziges entwickeltes Land, nicht einmal die am weitesten entwickelten USA. Die Sowjetunion unternimmt ungeheure Anstrengungen, um sich der westlichen Technologie zu bemächtigen, die sie – *unter freieren Bedingungen* und bei Abschaffung des militärisch-ideologischen Expansionismus – selber produzieren könnte, denn die UdSSR verfügt über Wissen und Kader, die nicht hinter den USA zurückbleiben.

Es ist schon so weit gekommen, daß die Sowjetunion *die Hilfe* der abhängigen osteuropäischen Länder sucht, obwohl diese selber gezwungen sind, immer mehr Hilfe vom Westen zu erbitten („DDR“, Polen, Ungarn). Marxens Formel, wonach die Krise der Gesellschaft beginnt, sobald die Produktionsverhältnisse im *Widerspruch zu den Produktivkräf*ten geraten, bestätigt sich heute am vollkommensten gerade in der marxistischen-leninistischen Sowjetunion; und nicht nur dort, sondern auf eigene, nationale Weise auch in den anderen „sozialistischen“ Ländern. In einfacher Sprache bedeutet dies: Die Eigentumsverhältnisse und die *Metho*den der Verwaltung stimulieren nicht mehr jene, welche die Fäden der Produktion *in ihren Händen halten. Die* Formen der Verwaltung, Verteilung und des Denkens entsprechen eher feudalen und absolutistischen als zeitgemäßen industriellen Bedingungen.

Deshalb unterscheidet sich die Krise – jene Schwierigkeiten und die mangelnde Effizienz, von der die sowjetische Führung in ihren Kampagnen jetzt offen spricht – grundlegend von den Krisen in den „kapitalistischen“ Ländern. Um letztere handelt es sich hauptsächlich um soziale Schwierigkeiten: in erster Linie um die Massenarbeitslosigkeit, die durch die Modernisierung und die Transformation in die postindustrielle Gesellschaft und die Gesellschaft der elektronischen *Technologie ausgelöst* wurde. Eine solche Transformation beginnt auch in der Sowjetunion. Aber während die westliche Organisation und Form des Eigentums imstande ist, sich dieser Transformation anzupassen, *ist das sowjetische* System dazu nicht fähig.



Milovan Djilas, geboren am 12. Juni 1911, gehörte einst zu Titos engstem Führungskreis in der KP Jugoslawiens. Er war Mitglied des Politbüros, Chefideologe und gehörte dem obersten Stab der Partisanenarmee im Zweiten Weltkrieg an. Er verhandelte mit der deutschen Wehrmacht und mit *Stalin – und er war* auch nach dem Kriege einer der mächtigsten *Männer. 1954 verzichtete* er um seiner Überzeugung willen auf Macht und *Privilegien, und mußte* für viele Jahre ins Gefängnis, weil er das kommunistische System analytisch betrachtet und durchschaut hatte(in seinem Buch „Die neue Klasse“). Der Regimekritiker Djilas, der heute als Schriftsteller in Belgrad lebt, ist unter den Dissidenten des Kommunismus der einzige, der die Machtstrukturen wirklich von innen kennt. FOTO: DPA

Offensichtlich ist das sowjetische System ebensowenig immun gegen Krisen wie irgendein anderes. Mehr noch, heute handelt es sich in diesem System nicht um eine „zyklische“ Krise, wie sie Marx und andere Wirtschaftswissenschaftler beschrieben haben und wie sie wirklich in der kapitalistischen Wirtschaft des 19. Jahrhundert zutage trat. Im sowjetischen System – wie in den anderen Systemen *dieser Art* – ist eine Krise der Produktionsweise, sowie der Methoden des Regierens und der Aneignung in Sicht.

Solche Krisen aber werden weder über Nacht noch durch organisatorische und ideologische Maßnahmen gelöst. Die Verbesserung der Organisation und die ideologische Kampagne können nur vorübergehend die besonders *drastischen, häßlichen* Erscheinungen eindämmen. Korruption, Disziplinlosigkeit, Parasitismus und Verschwendung gibt es in allen Systemen. Das sowjetische Problem besteht darin, daß es in diesem System keinen Mechanismus gibt, der solche Erscheinungen als Nebensächlichkeiten an den Rand drückt. Denn diese Erscheinungen sind in das System selber eingebaut – sie ergeben *sich notwendigerweise aus der* Nicht-Rationalität der Wirtschaft und aus der privilegierten, monopolistischen Position der Parteibürokratie.

Die Möglichkeiten und die Reichweite Gorbatschows sind begrenzt und zwar auch dann, wenn man den Widerstand der Bürokratie außer acht lassen würde – einer Bürokratie, die zur Trägheit neigt und in ihren Privilegien unersättlich ist. Die Möglichkeiten Gorbatschows werden schwerlich weiter gehen als in Richtung einer Verjüngung des politischen Apparats, der administrativen Stimulierung der Arbeit unter Einführung moderner Technologie. Darin wird er meiner Meinung nach auch bedeutende Erfolge haben. Aber gerade diese Erfolge, gerade diese Veränderungen werden aufdecken, daß es sich nicht nur um veraltete Methoden und tech*nologisches Zurückbleiben handelt,* sondern um die Krise und die Ineffizienz des eigentlichen Systems. Die Tiefe und *das Wesen der Krise* werden sich erst nach den Veränderungen erfüllen, die Gorbatschow einführt und in *Zukunft noch* einführen wird. Denn die ideologische, monopolistische Herrschaft ist als solche weder willens noch fähig, die Initiative des Volkes oder der einzelnen Person aus den Fesseln zu lösen. Ohne diese Initiative aber ist ein umfassendes, wirksames Funktionieren der modernen Technologie undenkbar. Die Kolchosbauern, deren sozialer Status sich nicht wesentlich von *Staatsleibeigenen unterscheidet,* können und wollen nicht rational produzieren, weder mit der jetzigen, noch mit einer *künftigen elektronischen* Technik. Das ist auch in der Industrie und in anderen Bereichen nicht wesentlich anders.

Möglichkeiten und Reichweite *Gorbatschows* werden *außerdem* auch von den internationalen Umständen abhängen: von der Aufrüstung, den kriegerischen und revolutionären Brennpunkten usw. Nichts läßt den Schluß zu, daß er willens ist, wesentliche Veränderungen in der Außenpolitik vorzunehmen oder sich von der *militärisch-ideologischen* Expansion loszusagen. Jede wesentlichere Veränderung in diesem Bereich müßte Widerstände und Drohungen der ideologischen Parteibürokratie und der Militärbürokratie hervorrufen. Die Schuldigen für die Intervention in Afghanistan werden immer noch auf der anderen Seite gesucht.

Und so wie Gorbatschow und die sowjetische Führung sich des Charakters der Krise ihres Systems nicht *bewußt sind – so sind sie sich auch* nicht der Tatsache bewußt, daß unter den heutigen Bedingungen alle Expansionismen und Imperien zu teuer und daher tödlich sind. Die westlichen Imperien haben ihre Kolonien nicht nur wegen des Kampfes der Kolonialvölker und wegen des *Vorherrschens demokratischer Ideen* in ihren Metropolen aufgegeben, sondern auch deshalb, weil die Aufrechterhaltung der *Kolonien* mehr kostete als der Extraprofit einbrachte, der aus ihnen herausgezogen wurde. Aber die sowjetischen Führungsspitzen denken nicht „wirtschaftlich“ und noch weniger demokratisch. Sie werden noch beflügelt vom Mythos der Ideologie und der Macht des Staates über *Räume und Menschen.*

Gorbatschow ist vor allem ein *Praktiker. Das ist gut, aber es genügt* nicht. Nur das, was man begriffen und erkannt hat, läßt sich auch ändern. Er *glaubt,* daß er das gegebene System vervollkommnen kann. Im *gleichen Maße,* in welchem er damit Erfolg haben sollte – wird die unvermeidliche strukturelle Krise des eigentlichen Systems erst zutage treten. Das hat für die Völker der UdSSR seine Bedeutung. Für die Welt *außerhalb der sowjetischen* Grenzen ist es nicht nur zu früh, zuviel zu erhoffen. Es gibt auch keinen objektiven Grund dafür.

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Giskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100

3000 Hannover 1, Lange Laube 2

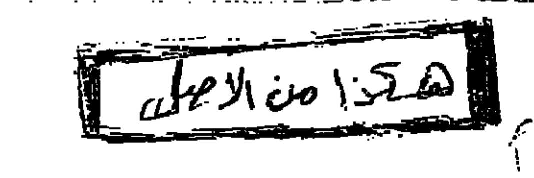
4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a

8000 München 40, Schellingstraße 39–43

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.



WELT-Interview mit Oskar Lafontaine zur Deutschlandpolitik, der SPD-Wahlstrategie und der Situation im Saarland

„Das Grundgesetz kann für mich kein Dogma sein“

WELT: Kurz nachdem Sie zum Ministerpräsidenten gewählt worden sind, haben Sie dem Bundeskanzler damit gedroht, Arbed in den Konkurs gehen zu lassen. Von Konkurs ist seit einiger Zeit nicht mehr die Rede. Haben Sie keine Beschwerden mehr gegen Bonn?

Lafontaine: Sie stellen die Dinge auf den Kopf. Ich mußte darauf hinweisen, was passiert, wenn der Bund weitere Hilfen verweigert. Das Saarland kann die finanziellen Probleme von Saarstahl nicht allein lösen. Wenn dem Saarland vom Bund und den anderen Beteiligten nicht geholfen wird, dann bleibt nur ein Ordnungsverfahren. Die Tatsache, daß es etwas ruhiger geworden ist, ist dadurch zu erklären, daß infolge einer besseren Stahlkonjunktur in den letzten Monaten keine Zuschüsse des Landes für Arbed notwendig waren.

WELT: Aber das Problem eines Ordnungsverfahrens ist nach wie vor nicht vom Tisch.

Lafontaine: Ohne Hilfe des Bundes, der Banken und der Gewerkschaften ist ein Ordnungsverfahren nicht auszuschließen.

WELT: Eine sozialdemokratische Landesregierung will die IG Metall dazu bewegen, einen Vertrag, der die Arbeitnehmer von Arbed vor Massenentlassungen schützt, zu kündigen. Macht man der SPD deswegen Vorwürfe?

Lafontaine: Der Bund, die Banken und das Land fordern einen weiteren

> „Wir sind ein Bundesland mit einer eigenständigen Politik, aber wir halten uns nicht für den Nabel der Welt. Die saarländische Regierung kennt die Rechtslage.“

Arbeitnehmerbeitrag. Natürlich begrüßt es die Gewerkschaft nicht, wenn eine solche Forderung an sie gerichtet wird. Aber wenn das Unternehmen endgültig auf eine gesicherte Grundlage gestellt werden soll, muß jeder einen weiteren Beitrag leisten, auch die betroffenen Arbeitnehmer.

WELT: Bei einer Arbeitslosenquote von rund 13 Prozent im Saarland ist es natürlich bitter, wenn, wie Sie selbst einmal gesagt haben, weitere 3000 Beschäftigte entlassen werden müssen.

Lafontaine: Ich sprach nicht von Entlassungen, sondern von 3000 Arbeitsplätzen, die noch abgebaut werden müssen. In welcher Form, darüber wird derzeit verhandelt. Wir können, und das muß jeder einsehen, auf die Dauer nicht einen Betrieb weiterführen, der jährlich bei relativ guter Konjunktur einen Zuschuß von 150 Millionen, bei schlechter Konjunktur einen noch größeren nötig hat.

WELT: Die Landesregierung will einen Alleingang beim Tempolimit. Die CDU/CSU hat Ihnen deswegen einen Verstoß gegen die Bundestreue vorgeworfen.

Lafontaine: Die saarländische Landesregierung kennt die Rechtslage und weiß, daß sie im Rahmen der Straßenverkehrsordnung Zuständigkeiten hat. Diese Zuständigkeiten wird sie nutzen: Von einer generellen Einführung des Tempolimits im Saarland ist nicht die Rede.

WELT: Aber der zeitliche Zusammenhang zwischen dem Bekanntwerden der Ergebnisse des Großversuchs und der Ankündigung, im Saarland ein Tempolimit einzuführen, legt eher den Schluß nahe, daß es sich dabei um ein Signal in Richtung Bonn handelt.

Lafontaine: Die Rechtslage ist eindeutig und erlaubt es unserem Bundesland nicht, eine generelle Geschwindigkeitsbeschränkung einzuführen.

WELT: Also ist der Eindruck nicht richtig, daß das Saarland quasi eine Art Pilotfunktion für andere SPD-Länder wahrnehmen will …

Lafontaine: Dieser Eindruck ist nicht richtig. Wir sind ein Bundesland mit einer eigenständigen Politik, aber wir halten uns nicht für den Nabel der Welt.

WELT: Ein anderer Vorstoß der Landesregierung gegen die Bundesregierung wird darin gesehen, daß Sie das Saarland zur atomwaffenfreien Zone deklarieren wollen. Wird es dazu kommen?

Lafontaine: Als Oberbürgermeister von Saarbrücken konnte ich einen solchen Beschluß herbeiführen, da die Rechtslage bei den Gemeinden anders ist. Die von mir geführte Regierung hat das Ziel, in Europa zu einer atomwaffenfreien Zone zu kommen, nicht nur im Saarland. Wir können aber als staatliches Organ das Saarland nicht im Alleingang zur atomwaffenfreien Zone erklären, so sehr wir dies von der Sache her wünschen.

WELT: Holger Börner ist eine Koalition mit den Grünen eingegangen. Johannes Rau hat gesagt, er lehne jede Zusammenarbeit mit den Grünen, auch eine Tolerierung, ab. Fühlen Sie sich hier durch Rau, der ja auch Ihr Kanzlerkandidat ist, vertreten?

Lafontaine: Die ganze Diskussion halte ich für unehrlich und überzogen. Es ist bekannt, daß die SPD die Mehrheit der Mandate im Bundestag gewinnen will. Im übrigen: Das parlamentarische System lebt davon, daß eine denkbare Regierungspartei mit demokratisch gestellten Parteien versucht, eine Regierung zustandezubringen.

Die Lage ist allerdings im Bund anders als in den Ländern. Insofern fühle ich mich von Rau und von Börner vertreten. Ihre Koalitionsfähigkeit müssen die Grünen selbst nachweisen. Bei mir hatten sie erklärt, mit dem wollen wir nicht und die Wählerinnen und Wähler haben entsprechend reagiert.

WELT: War es denn auch überzogen, daß – sei es auch nur hypothetisch – bereits der Bundespräsident und sein mögliches Eingreifen ins Spiel gebracht worden sind. Wir erinnern jetzt an die Äußerung Ihres Parteivorsitzenden.

Lafontaine: Wenn Sie den Bundespräsidenten erwähnen, dann möchte ich an einen anderen Sachverhalt erinnern. Die CDU/CSU wollte, als ich die ersten Gehversuche in der Politik gemacht habe, mit der NPD den Bundespräsidenten wählen, sie hätte auch nicht die geringsten Skrupel, zum Zweck des Machterhalts mit den Grünen zu koalieren. Ich wundere mich darüber, daß diese Möglichkeit in der öffentlichen Diskussion so wenig Beachtung findet.

WELT: Halten Sie es denn für denkbar, daß grüne Realos zur SPD überlaufen? Würde das die politischen Gewichte in der SPD verschieben? Stichwort: Wirtschafts- und Verteidigungspolitik.

Lafontaine: Ich glaube nicht, daß dies im Moment, was die Abgeordneten der Grünen angeht, eine aktuelle Frage ist. Ich habe bei der ganzen Behandlung der Frage nicht so sehr die Mandatsträgerinnen und -träger im Auge, sondern die Wählerinnen und Wähler. Und in diesem Sinne würde ich mir sehr wünschen, daß grüne Realos zur SPD überlaufen.

WELT: Vorexerzieren heißt natürlich auch, mit Vorschlägen, mit einem Programm hervorzutreten, das attraktiv für die Realos ist.

Lafontaine: Ja.

WELT: Der Sachverständigenrat hat der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung ein gutes Zeugnis ausgestellt. Er prognostiziert, daß bis 1986 nicht nur ein fortgeschrittener Investitionsboom und geringe Inflation herrschen werden, sondern auch eine Entlastung auf dem Arbeitsmarkt zu erwarten ist. Gibt es überhaupt noch eine Möglichkeit für die SPD, die Themen Wirtschaft, Arbeit und Umwelt erfolgreich zu besetzen?

Lafontaine: Die in ihrer Fragestellung enthaltenen Schlußfolgerungen akzeptiere ich nicht. Die Tatsache, daß sich einige Daten der Wirtschaft im Moment günstig entwickeln, ist nicht zwingend mit den Entscheidungen der Bundesregierung verbunden.

Der Fehlschluß heißt: Weil wir diese Bundesregierung haben, haben wir jetzt Wachstum, sinkende Zinsen und Preise, wobei niemand von den Realzinsen spricht und bei den Preissteigerungsraten niemand den Vergleich mit den anderen Industrieländern zieht. Aber wir haben auch immer noch eine nie dagewesene Massenarbeitslosigkeit. Würde man also die Regierung ursächlich verantwortlich machen für das augenblickliche Zinsniveau und das augenblickliche Preisniveau und die augenblickliche Nachfrage im Inland, dann muß man sie auch für die augenblickliche, extrem hohe Arbeitslosigkeit verantwortlich machen. Ich sehe das aber etwas differenzierter. Ich erinnere an die extreme Verflochtenheit unserer Wirtschaft mit der Weltwirtschaft und die Konjunkturzyklen, die die Regierung Kohl nicht abschaffen kann, auch wenn sie im Moment so tut.

Man könnte auch behaupten, die jetzige wirtschaftliche Entwicklung wäre auch da, wenn sich die Bundesregierung ganz anders zusammensetzte. Der Unterschied liegt in der Verteilungspolitik. Eine SPD-geführte Regierung hätte bei gleichen Preisen, Zinsen und Wachstumsraten anders verteilt, vor allem die Arbeit.

WELT: Eine persönliche Frage: einmal vorausgesetzt, Johannes Rau scheitert 1987?

Lafontaine: Das hätten Sie wohl gerne. Wir haben gute Chancen, 1987 eine Veränderung der Mehrheitsverhältnisse herbeizuführen. Wahlstrategisch ist es gar nicht so schlecht, daß die großen Schwächen dieser Bundesregierung momentan durch ein kleines Zwischenhoch überdeckt werden.

WELT: Würden Sie 1995 als Spitzenkandidat im Saarland kandidieren?

Lafontaine: Sie haben im Moment mehr als Tempo 100. Zunächst müssen wir die Landtagswahl 1990 gewinnen.

WELT: Aber lassen Sie uns dennoch eine Frage nach Ihrer Person und Ihrer persönlichen Einordnung stellen:

Wie verstehen Sie sich eigentlich aufgrund Ihrer Herkunft aus dem saarländischen katholischen Milieu in der Diskussion um den Wertewandel? Kann man sagen, Oskar Lafontaine versteht sich in diesen Fragen als ein Wertkonservativer?

Lafontaine: Ja, ohne jede Einschränkung.

WELT: Im Landtag stand in der vergangenen Woche Ihre umstrittene Äußerung über die Anerkennung einer „DDR-Staatsbürgerschaft“ zur Debatte. Stehen Sie nach den vielleicht zusätzlich gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnissen der vergangenen Tage noch zu dem, was Sie nach Ihrem Besuch in der „DDR“ gesagt haben?

Lafontaine: Ich habe erklärt, daß das jetzige Rechtsgebäude, auf dem die Deutschlandpolitik fußt, auf Dauer so nicht zu halten ist. Ich habe auf die Erfahrungen der Vergangenheit verwiesen (Oder-Neiße-Grenze, Grundlagenvertrag mit der faktischen staatlichen Anerkennung der DDR). Auch die Frage der Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft wird irgendwann eine Regelung finden.

Als Herr Windelen zum gleichen Zeitpunkt die inzwischen korrigierte Aussage gemacht hat, Berlin gehöre rechtlich und formal nicht zur Bundesrepublik, haben all diejenigen geschwiegen, die bei mir große Empörung gezeigt haben. Die dort geschwiegen haben und sich bei mir furchtbar empört haben, zeigen, daß es ihnen eher um vordergründiges parteipolitisches Geschrei geht.

WELT: Es gibt aber doch erhebliche Sperren, zum Beispiel durch das Bundesverfassungsgericht?

Lafontaine: Solange eine qualifizierte Mehrheit im Bundestag den heutigen Rechtszustand nicht verändert, solange ist die Diskussion über die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft eine theoretische. Gleichwohl kann man darüber nachdenken, was in einigen Jahren sein wird. Die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag sind mir bekannt, ebenso die Bestimmung des Grundgesetzes, das davon ausgeht, daß das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 nicht untergegangen ist. Dazu wird jeder sein Urteil haben.

WELT: Nun rühren ja die diesbezüglichen Entscheidungen des Verfassungsgerichtes aus einem Zeitraum von vor zehn Jahren her. Glauben Sie, daß in absehbarer Zeit ein so schneller Wandel vonstatten gehen würde?

Lafontaine: Das Verfassungsgericht kann nur das Grundgesetz zur Grundlage seiner Entscheidungen machen. Solange dieses Grundgesetz besteht, kann das Verfassungsgericht keine anderen Entscheidungen treffen.

WELT: Dem muß man entnehmen, daß Sie durchaus ins Kalkül ziehen, aufgrund einer veränderten Mehrheit im Bundestag eines Tages das Grundgesetz zu ändern?

Lafontaine: Dazu ist zu sagen, daß jede Diskussion, die davon ausgeht, das Grundgesetz sei ein Dogma, falsch ist. Das Grundgesetz ist immer wieder verändert worden. Ein ähnliches Beispiel: In der saarländischen Verfassung waren Konfessionsschulen festgeschrieben. Dies war lange Zeit heftig umkämpft, bis eines Tages alle Parteien einer Veränderung dieser Verfassungsbestimmung zustimmten.

WELT: Kann man das vergleichen?

Lafontaine: Ob die Frage der Konfessionsschulen wichtig oder nicht wichtig ist, ebenso wie die jetzige rechtliche Regelung der Staatsbürgerschaft, dies ist der Beurteilung jedes einzelnen überlassen. Die Konfessionsschule war lange Zeit ein Tabu und jeder, der daran rührte, wurde heftig beschimpft.



Oskar Lafontaine, 1943 in Saarlouis geboren, gilt als Aushängeschild der SPD-Linken. Im April 1985 übernahm der Gegner des Schmidt-Kurses das Amt des saarländischen Ministerpräsidenten. Sein Hauptproblem ist der Arbed-Konzern. Wie sein Vorgänger Werner Zeyer (CDU) ist er auf die Hilfe des Bundes angewiesen. Mit Lafontaine sprachen Gernot Facius und Ulrich Reitz.
FOTO: W. SCHÜRING

WELT: Sehen Sie dann nicht die Gefahr der Ausgrenzung der Berliner im Falle eines so gravierenden Einschnittes?

Lafontaine: Es ist für mich überhaupt keine Frage, daß wir alle unsere Entscheidungen an Freiheit und Selbstbestimmung orientieren müssen. Von Ausgrenzung kann überhaupt nicht die Rede sein. Es ist Aufgabe des Gesetzgebers, rechtliche Regelungen zu finden, um Nachteile für die Berliner zu vermeiden.

Niemand will, daß Bewohner der DDR oder deutschstämmige Bürger jenseits der Oder-Neiße-Grenze sowie die West-Berliner bei zukünftigen rechtlichen Regelungen Nachteile im Vergleich zu ihrem gegenwärtigen Status in Kauf nehmen müssen.

Die Behauptung allerdings, daß nur die jetzige Rechtsgrundlage sie vor Nachteilen bewahrt, die wäre zu beweisen.

WELT: Sie setzen also eher auf ein politisches Moment. Durch ein Inganghalten dieser Diskussion soll ein politisches Äquivalent erreicht werden.

Lafontaine: Ich vertrete exakt das, was der Saarländische Landtag einstimmig beschlossen hat:

„Leitidee der Zusammenarbeit ist das allen Menschen zustehende Selbstbestimmungsrecht. Wie in der Vergangenheit müssen dabei stets die rechtlichen Normen, die der Deutschlandpolitik zugrundeliegen, dahingehend überprüft werden, ob sie dem Ziel, die Menschen zusammenzuführen und ihnen ein Höchstmaß an Selbstbestimmung zu garantieren, förderlich sind.“

WELT: CDU und FDP im Saarländischen Landtag interpretieren diesen gemeinsamen Entschließungsantrag aber so, daß ein Festhalten an einer deutschen Staatsbürgerschaft eindeutig festgeschrieben ist. Sehen Sie das auch so?

Lafontaine: Ich kann nur auf den Wortlaut der Entschließung des Saarländischen Landtags verweisen. Wenn die deutsche Sprache einen Sinn hat, dann sagt der Text nicht mehr und nicht weniger, als daß die Rechtsgrundlagen immer wieder überprüft werden müssen, ob sie dem Ziel, für die Menschen etwas zu erreichen, förderlich sind.

WELT: Gibt es einen Dissens zwischen Ihnen und Ihrem Parteivorsitzenden, der ja über die Respektierung der Staatsbürgerschaft nicht hinausgegangen ist?

Lafontaine: Ich habe nicht den Eindruck, daß der Parteivorsitzende sich von mir distanziert hat. Er ist nur nicht der Versuchung erlegen, mir das Wort im Mund herumzudrehen. Mein Hinweis, daß diese Frage dialektisch zu sehen ist, und daß auch für die DDR eine Anerkennung der Staatsbürgerschaft nicht unproblematisch wäre, wird von den Einäugigen übersehen.

WELT: Aber Sie sprechen weiter von Anerkennung?

Lafontaine: Wir sprechen die ganze Zeit über die Anerkennung.

WELT: Und die ist nach Ihrer Meinung mit der praktischen Anerkennung der DDR gegeben?

Lafontaine: Es gibt Interpretationen des Grundlagenvertrages, die in diese Richtung gehen. Auf dieses Problem weisen auch die zum Grundlagenvertrag abgegebenen zusätzlichen Erklärungen hin. Ich bin aber kein Rechtsgelehrter, sondern Politiker.

WELT: Kurz nach dem Abschluß der Vereinbarung mit der SPD und der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei gab es einen geharnischten Brief aus „Solidarität“-Kreisen an die SPD mit einem Tadel nicht nur an Willy Brandt, sondern auch an andere SPD-Politiker. Sehen Sie nicht die Gefahr, daß sich in der Bevölkerung Polens der Eindruck festsetzt: Hier wird weniger der Kontakt mit den Gruppen der Gesellschaft als mit den Herrschenden gesucht?

Lafontaine: Diese Frage gibt mir die Möglichkeit, auf einen grundsätzlichen Dissens in der Ostpolitik hinzuweisen. Auf dem Gebiet der humanitären Erleichterungen kann man zwei Wege gehen. Der erste Weg ist der, daß man menschliche Erleichterungen öffentlich fordert und im nachhinein, falls sie erreicht werden, sich auch noch feiern läßt. Der andere Weg ist der, daß man sich ohne öffentlichen Wirbel um menschliche Erleichterungen bemüht und sich dabei dem Vorwurf der Leisetreterei und Kumpanei aussetzt. Für mich ist entscheidend, ob es möglich ist, den Menschen zu helfen. Ich bevorzuge dabei leise Töne und nicht das propagandistische Getue, das oft mit Selbstbeweihräucherung verbunden ist und zu Lasten der Menschen geht, denen man angeblich helfen will.

WELT: Stichwort leise Töne: Ihr Wirtschaftsminister Hoffmann hat pikanterweise in Anwesenheit des sowjetischen Botschafters Semjonow das SDI-Projekt kriegstreibend genannt. Er sprach von einer „Perversion des Denkens“. Ist das angemessen?

Lafontaine: Ich sprach von leisen Tönen im Zusammenhang mit menschlichen Erleichterungen, bei denen es oft um schwierige Einzelfälle geht. Hier geht es um das weltweit diskutierte Thema, ob es möglich ist, im Weltraum ein System zu schaffen, das in die Lage versetzt, die atomaren Raketen eines Tages abzufangen. Als Physiker sage ich Ihnen, im überschaubaren Zeitraum ist dies ein Traum, der jeder Grundlage entbehrt. Eine dann zwangsläufig folgende Erhöhung der Zahl der Angriffswaffen kann jedes denkbare System dieser Art unterlaufen. Insofern ist das System destabilisierend. Daher teile ich die Auffassung der vielen Nobelpreisträger, die die amerikanische Regierung davor warnen, dieses System zu entwickeln. Wirtschaftsminister Hoffmann hat in Anwesenheit von Herrn Semjonow auch Kritik an der Überrüstung der UdSSR geübt, warum wird das verschwiegen?

WELT: Gilt diese pessimistische Aussage etwa auch für Eureka?

Lafontaine: Eine ganze Reihe von Forschungen sind wertneutral, weil sie sowohl für zivile als auch für militärische Projekte eingesetzt werden können. Beispiel: Der schnelle Rechner. Sie können ihn in der zivilen Wirtschaft ebenso einsetzen wie für militärische Einrichtungen. Weil man ihn für militärische Einrichtungen gebrauchen kann, darf man nicht zu dem Ergebnis kommen: Wir entwikkeln den Rechner nicht. Eureka ist dann ein sinnvolles Projekt, wenn es der Eigenständigkeit Europas dient, und wenn es dazu dient, die europäi-

> „Wirtschaftsminister Hoffmann hat in Anwesenheit von Herrn Semjonow auch Kritik an der Überrüstung der UdSSR geübt. Warum wird das verschwiegen?“

sche Technologie im Wettbewerb mit anderen nach vorne zu bringen. Unter diesen beiden Gesichtspunkten befürworte ich Eureka.

WELT: Sie gelten als ein Verfechter des NATO-Austritts der Bundesrepublik. Ist das eine unscharfe Formulierung?

Lafontaine: Das ist eine grobe Ungenauigkeit. Ich wende mich gegen die derzeitige militärische Integration, die dem amerikanischen Präsidenten das Recht gibt, in der Bundesrepublik Atomwaffen einzusetzen. Als ich diese Auffassung vorgetragen habe – im Grunde genommen ist das der französische Standpunkt seit de Gaulle – war eine Woche später François Mitterrand im Bundestag und wurde als großer Befürworter der NATO, insbesondere von den Regierungsparteien gefeiert. Ich habe nicht begriffen, wieso der gleiche Standpunkt einmal NATO-feindlich und einmal die große Stütze der NATO sein soll.

WELT: Begreifen Sie sich in dieser Frage als saarländischer Gaullist?

Lafontaine: Das Denken Charles de Gaulles, nach dem die Europäer sich zwischen den Weltmächten behaupten müssen, ist nach wie vor aktuell und gute Tradition der französischen Politik. Der Wille zur Selbständigkeit ist besser als eine übertriebene Anbiederung an die Supermächte.

WELT: Können Sie sich eigentlich vorstellen, daß die Bundesrepublik sich auch ohne NATO-Verbündete gegenüber Moskau behaupten könnte?

Lafontaine: Solange es die Blöcke gibt, braucht man Verbündete. Es liegt im Interesse der Europäer, die Block-Konfrontation abzubauen. Wenn ich Europäer sage, denke ich nicht nur an Westeuropa.

Schmidt meldet sich als „Weltökonom" zurück

Kohl: Wir haben zu Erfolg in Luxemburg beigetragen

PETER PHILIPPS, **Bonn**

Mit einer Regierungserklärung wollte Bundeskanzler Helmut Kohl gestern den Luxemburger EG-Gipfel im Bundestag würdigen. Doch der Schwung des gut dreißigminütigen Vortrags konnte nicht stärker sein als das zugrundeliegende Ereignis selbst. *Und zum anderen hatte etwas anderes seinen Schatten bereits vorausgeworfen, war das mit mehr* Spannung Erwartete. Kohl mag es gespürt haben, wirkte nervös, saß schon lange, bevor er aufgerufen wurde, nur noch auf der vorderen Stuhlkante. Eher verstohlen ließ er während des ersten Teils seiner Regierungserklärung immer einmal den Blick in die dritte Bankreihe der SPD schweifen, wurde wie seit eh' und je mit demonstrativer Nichtachtung gestraft.

„Das Wort hat der Abgeordnete Schmidt – *Hamburg*", *gab der amtierende* Parlamentspräsident Richard Stücklen das mit spürbarer Spannung erwartete Zeichen. Der ehemalige Kanzler meldete sich zurück, nutzte die der SPD zustehende Debattenzeit in alter Brillanz, wenn auch die typische Schärfe einer staatsmännischen Abgeklärtheit, partiell sogar Selbstkritik gewichen ist.

Mehr als eine Stunde lang widmete sich der Welt-Ökonom seinem Lieblingsthema, der Suche nach einer „Grand strategy", einer Gesamtstrategie *für Wirtschafts-*, *Außen-* und Sicherheitspolitik des Westens, die den Europäern trotz der Luxemburger Absichtserklärung unverändert fehlt. Er *gab zu, daß der „in aller Welt so* genannte common market" nicht erst heute *„in Wirklichkeit ziemlich un*common, zu deutsch: ungewöhnlich" *sei: Dies ist gewißlich nicht die* Schuld der Regierung Kohl, sie hat *das allermeiste so vorgefunden*". Aber Helmut Schmidt forderte Bescheidenheit, warf seinem Nachfolger im Kanzleramt vor, „sich hier als die *Erfinder Europas darzustellen*".

Und der ehemalige Kanzler, dessen altes Kabinett entweder im Saal verstreut herumsaß – wie Matthöfer und Franke, auch Lambsdorff – oder unverändert den Platz auf der Regierungsbank hielt, wie Genscher, zählte die deutschen Sünden an der europäischen Einigungspolitik aus jüngster Zeit auf, zuvörderst das erste deutsche Veto in der EG-Geschichte.

Schmidts Appell lief darauf hinaus, daß „wir auf Dauer nur dann bestehen können, unseren Lebensstandard und unsere Beschäftigung nur dann steigern können, wenn wir uns die potentiellen Vorteile der wirtschaftlichen Größenordnung Europas tatsächlich zu Nutze machen". Europa stehe vier wirklichen gemeinsamen Märkten gegenüber, nämlich China, der Sowjetunion, USA und Japan, das „uns bald eingeholt haben" wer*de und selbst damit rechnet, „uns in* absehbarer Zeit im Lebensstandard sogarzu überholen".

Über die Vorschläge der Franzosen Mitterrand und Delors, zu praktischen europäischen Einigungsschritten, *die keine Ratifizierung von Ge*setzen in zwölf Hauptstädten verlangen, *kam Schmidt von der Wirt*schafts- über die gemeinsame Technologie-Politik auch zu Sicherheitsfragen. Die Harmel-Doktrin wurde beispielhaft in Erinnerung gerufen, die gescheiterte Europäische Verteidigungsgemeinschaft als Beispiel dafür, wie pessimistisch man gegenüber „umfassenden Entwürfen" sein müsse. Und bei einer distanzierten, aber die endgültige Antwort offenlassenden Erörterung der „strategischen Revolution SDI", der „in Europa sehr umstrittenen Idee des amerikanischen Präsidenten" konnte sich Schmidt der Zustimmung seines alten Vizekanzlers Genscher gewiß sein.

Der frühere Kanzler zitierte die WELT über das Luxemburger Treffen, wonach Kohl dort gesagt hat, „so geht es nicht weiter" und „im Grunde sind wir völlig überfordert". Er stimme dem zu, aber, dann bleibe es „erstaunlich", wie die CDU/CSU-Fraktion in ihren Resolutuionsentwurf die Formulierung „Durchbruch" hineinschreiben könne.

Bundeskanzler Kohl hatte in seiner Regierungserklärung auch selbst von einem „*Vertragswerk*" gesprochen, das man in Luxemburg beschlossen habe, das „die politische und institutionelle Weiterentwicklung der Gemeinschaft ein entscheidendes Stück voranbringen wird". Die Regierungschefs hätten „wichtige Fortschritte erzielt", und er selbst hoffe, daß „bis zur Unterzeichnung des gesamten Vertragswerkes" auch die Mitgliedstaaten, „die jetzt noch Vorbehalte einlegen, ihre endgültige Zustimmung geben können". Jedenfalls, und hier kam leichter Beifall bei den Regierungskolaitionen auf, könne „die Bundesregierung für sich in Anspruch nehmen, entscheidend zu diesem Erfolg beigetragen zu haben".

Vor allem die „Einigung auf ein *Kapitel* über den Binnenmarkt, die erst nach einer zähen Diskussion erreicht wurde, stellt einen wichtigen Schritt nach vorne da", sagte der Kanzler. Nach den bisher nicht bindenden Anläufen sei nun die Festlegung eines Termins „für die Vollendung des Binnenmarktes", nämlich der 31.12.1992, erfolgt sowie „die Einführung der qualifizierten Mehrheit für die Herstellung der vier Grundfreiheiten im Binnenmarkt".

‚Sicherheitspartnerschaft' verwirrt die Amerikaner

Rau beim Aspen-Institut / Burt: Bei SDI kein Druck auf Bonn

AP, **Berlin**

Bei der viertägigen Diskussion über den Stand der deutsch-amerikanischen Beziehungen in Berlin hat *das deutsche Wort „Sicherheitspartnerschaft"* für einige Verwirrung auf amerikanischer Seite gesorgt. Wie der Leiter des Berliner Aspen-Instituts, Shephard Stone, vor Journalisten berichtete, waren sich die amerikanischen Teilnehmer an der Gesprächsrunde darüber einig, daß dieser Begriff aus den fünfziger und sechziger Jahren ursprünglich für das westliche Bündnis galt.

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) verwendete das Wort bei einer Tischrede vor den Teilnehmern der Runde jedoch – wie schon vor ihm Helmut Schmidt und Willy Brandt – im Sinne *einer Partnerschaft zwischen den* beiden Blöcken. So sagte Rau während der *Tagung unter anderem*: „Wir müssen begreifen, daß nur eine Sicherheitspartnerschaft aller Völker, ungeachtet ihrer gesellschaftlichen Verfassung, den Frieden sicherer machen kann." Er fügte hinzu: „Eine Politik der Sicherheitspartnerschaft geht nur im festen Bündnis der Westeuropäer mit den Vereinigten Staaten". Auch wertete er Genf als „einen positiven Schritt in Richtung" Sicherheitspartnerschaft.

Die Verwendung des Begriffes in diesem Sinne sei bei den meisten amerikanischen Teilnehmern auf ein gewisses Unverständnis gestoßen, berichtete Stone. Zwar verstehe man in den USA gut, daß Deutschland aus allgemeinen und historischen Erwä*gungen heraus ein besonderes Inter*esse an den Beziehungen zu Osteuropa habe. Die Diskussion hat jedoch ergeben, daß dies für die Amerikaner auf nahe Sicht Probleme bringen könnte.

Insgesamt gesehen, sagte Stone, sei man sich in den Diskussionen einig gewesen, daß die Beziehungen zwischen beiden Staaten „in guter Verfassung" seien – auf jeden Fall besser, als man es sich vor 40 Jahren hätte träumen lassen. Die Suche nach der Identität der Deutschen sei ein weiteres Thema der Konferenz gewesen, sagte Stone. *In diesem Punkt seien* sich die Deutschen ihrer Sache weni*ger sicher als ihre Partner*.

Mit einer Außenhandelsbilanz wie *der deutschen ist für die* Bundesrepublik nach Ansicht der amerikani*schen Gesprächsteilnehmer* die Zeit gekommen, eine größere Rolle in anderen Teilen der Welt zu spielen, statt sich nur auf Osteuropa zu konzentrieren.

US-Botschafter Richard Burt, der *ebenfalls am Aspen-Seminar* teilnahm, vertrat auf einer Pressekonferenz die Auffassung, er sei über die langwierige Debatte innerhalb der Bonner Koalition über eine Beteiligung am SDI-Forschungsprogramm „nicht enttäuscht". Diese Entscheidung und auch der Zeitplan dafür, sei eine deutsche Angelegenheit. Die USA übten keinen Druck auf die Bundesregierung aus.

Neues Gesetz betont die Rechte der Kinder

Rechtsausschuß verabschiedete verbessertes Scheidungsfolgerecht

H.-H. HOLZAMER, **Bonn**

Ohne Änderungen passierte gestern ein Papier der Rechtsexperten von CDU/CSU und FDP den Rechtsausschuß, das als „*Synopse zum Ent*wurf eines Gesetzes zur Änderung unterhaltsrechtlicher, verfahrensrechtlicher und anderer Vorschriften" bezeichnet wird. Da es den Segen der Koalitionsfraktionen hat, dürfte die Reform des Scheidungsfolgenrechtes in der kommenden Woche den Bundestag passieren und vom 1. April 1986 an, wie geplant, geltendes Recht werden. Damit findet ein *rechtspolitischer Streit sein Ende*, der mit der Eherechtsreform durch die sozialliberale Regierung *im* Jahre 1977 begann und mehrfach auch das Bundesverfassungsgericht beschäftigte. Die wesentlichen Punkte des neuen Rechts sind:

- Der Unterhalt bis zur Erlangung angemessener Erwerbstätigkeit (Paragraph 1573 BGB) kann zeitlich begrenzt werden.
- Das Maß des Unterhalts bemißt sich nicht mehr uneingeschränkt nach den ehelichen Lebensverhältnissen, sondern kann „auf den angemessenen Lebensbedarf" abgestellt werden. (Paragraph 1578 BGB)
- Der Ausschluß des Unterhalts bei grober Unbilligkeit (Paragraph 1579 BGB) wird konkretisiert. Herausgefallen ist in der Schlußfassung das Fehlverhalten gegenüber nahen Angehörigen, die sogenannte Schwiegermutterklausel.
- Der Schutz des Kindes vor Unterhaltsstreichungen der erziehenden Mutter wird entsprechend einer verfassungsgerichtlichen *Auflage* verstärkt.(Paragraph 1579 BGB)
- Entscheidungen, die *aufgrund des* von der sozialliberalen Koalition ver*abschiedeten Gesetzes ergingen*, können im Wege der Verfahrenswiederaufnahme überprüft werden, „soweit die Aufrechterhaltung des Titels oder die Bindung an die Vereinbarung auch unter besonderer Berücksichtigung des Vertrauens des Berechtigten in die getroffene Regelung für den Verpflichteten unzumutbar ist." (Artikel 6 Übergangsvorschriften)

In einer ersten Stellungnahme sprach der Vorsitzende des Familiengerichtstags, Siegfried Willutzki, gegenüber der WELT von „Verbesserungen", die der Koalitionskompromiß gegenüber den bisherigen Reformvorlagen bringe. Allerdings ließen *die zeitliche Begrenzung* des Unterhalts ebenso wie der Begriff „angemessener Lebensbedarf" die „notwendige Klarheit" vermissen. Gut sei, daß die Rechte der Kinder stärker betont werden, doch sei nicht eindeutig gesagt, wann der Unterhalt der erziehenden Mutter doch eingeschränkt werden könnte.

Ausdrücklich bedauerte Willutzki die Übergangsregelung. Schon heute sei bei vielen, die sich von dem geltenden Recht benachteiligt fühlten, „der Erwartungsdruck sehr hoch." Zu befürchten sei eine Flut von Wiederaufnahmen, die nur in den wenigsten Fällen etwas bringen würden.

Pinochet fragt: Sind wir wirklich eine Kolonie?

flo./DW. **Osorno**

„Meine Regierung wird sich über das Jahr 1989 hinaus erstrecken", sagte der chilenische Staatspräsident General Augusto Pinochet in einer Rede vor etwa 1000 geladenen Gästen in der südchilenischen Stadt Osorno. Die 1980 in einer Volksbefragung angenommene Verfassung sieht Wahlen im Jahr 1989 vor.

„Für mich", *so der Präsident*, *„for*dere ich lediglich einen Platz in vorderster Front im Kampf gegen den Kommunismus." Er antwortete damit auf einen Vorredner, der, obwohl Regierungsanhänger, den Präsidenten bat, möglichst bald Wahlgesetze zu erlassen. Dazu Pinochet: „Wir kennen den Weg zur wahren Demokratie und werden sie zu gegebener Zeit zulassen."

Als „kolonialistische Einmischung in unsere Angelegenheiten" kritisierte der General die Aktivitäten einiger ausländischer Botschafter. Kürzlich hatten sich die Botschafter der Europäischen Gemeinschaft schriftlich für die von der nichtmarxistischen Opposition unterzeichnete „nationale *Übereinkunft für den Übergang zur* Demokratie" ausgesprochen.

Pinochet unterstrich, der „*Feind*" (Marxismus) ruhe „nicht eine Minute". *Die Sowjetunion gebe jährlich* 200 Millionen Dollar für eine Kampagne der *Desinformation* über Chile aus. Milliarden würden für Politiker ausgegeben, die um jeden Preis in Chile an die Macht kommen wollten. Aus diesem Grunde wundere es ihn nicht, daß „ausländische Botschafter sich aufspielen".

Streikparagraph: Einigung angedeutet

● Fortsetzung von Seite 1

men, die IG Metall hat in Nord-Württemberg die 35-Stunden-Woche durchgesetzt, in Bremen streikt sie dafür und als Folge dieses Streiks in Bremen haben die in Nord-Württemberg keine Arbeit mehr, dann muß dort bezahlt werden. Denn die haben schon, wofür die Bremer streiken und die können deshalb an einem Streik nicht interessiert sein."

Andererseits müsse verhindert werden, daß „eine Gewerkschaft mit zwei Gruppen dasselbe erreichen will". Als Beispiel nannte Blüm: „Wenn die IG Metall in Nord-Württemberg für die 35-Stunden-Woche streikt und die Bremer wollen sie auch haben, dann kann in Bremen nicht bezahlt werden. Wenn also mitgestreikt wird im Sinne der gleichen Forderung, dann können hierfür keine Unterstützungen gezahlt werden.". Blüm: „Was gleich ist, so hat die bisherige Anordnung gesagt, wenn nach Art und Umfang die gleiche Forderung gestellt wird. Hier liegt der eigentliche Knackpunkt. Denn diese Formulierung haben die Sozialgerichte in Hessen und Bremen übersetzt mit identisch. Darauf antworte ich: Das kann nicht der Wille des Gesetzgebers sein, das kann nicht die Absicht der Neutralitätsanordnung sein. Denn wenn es identische Forderungen sein müssen, dann hat es eine Gewerkschaft relativ leicht, die Identität dadurch zu umgehen, daß man bei einer Nebensächlichkeit eine Modifikation einführt, und dann ist es eben nicht mehr identisch und dann müßte gezahlt werden.Das heißt, wir müßten faktisch immer zahlen".

pje, **Bonn**

Positiv bewertete Horst Mettke, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG Chemie, die Vermittlungsfunktion der Bundesregierung. Der WELT sagte Mettke: „Die Bundesregierung hat sich als echter Mittler bemüht, einen Konsens zwischen den Tarifparteien herzustellen." Den Arbeitgebern warf Mettke vor, gegenüber dem ersten Gespräch am vergangenen Montag eine noch starrere Haltung eingenommen und Konsensbereitschaft aufgegeben zu haben. Dies habe das zweite Gespräch belastet. „*Unter dieser Prä*misse ist es das Verdienst der Bundesregierung, daß es nicht zum Eklat gekommen ist." Daß es jetzt zu einem Spitzengespräch bei Bundeskanzler Helmut Kohl komme, für das der Bundesarbeitsminister einen Kompromißvorschlag in den noch strittigen Fragen formuliere, nannte Mettke „das eigentliche Geschick" der Bundesregierung.

Auch Karl-Heinz Janzen, geschäftsführendes Mitglied des Vorstands der IG Metall, setzt auf weiteres Bemühen, einen Konsens zu finden. Gegenüber der WELT betonte er: „Es ist besser, daß wir alle Versuche unternehmen, Lösungen zu finden, um damit einen großen politischen Eklat zu verhindern." Dieses Bemühen der Gewerkschaften habe dazu geführt, daß „in der Mitgliedschaft das eine oder andere mißverstanden worden ist; wir wollen aber dennoch alle Möglichkeiten für eine Lösung ausschöpfen".

Weinberger bestätigt den Schutz für die Europäer

● Fortsetzung von Seite 1

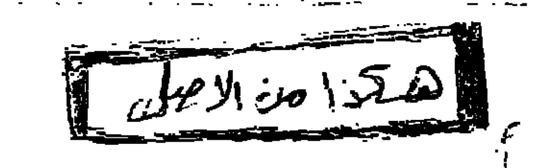
Friedenssicherung dar. Sollte sich das Programm allerdings nicht als machbar erweisen, so werde Washington kein Risiko eingehen, sondern das Gleichgewicht des Schreckens für den Fall einer sowjetischen Aggression aufrechterhalten.

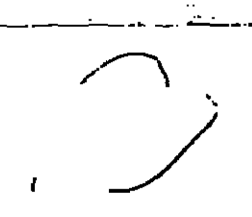
Die von Gorbatschow in Genf geäußerte Bereitschaft zu einem Zwi*schenabkommen über Mittelstrek*kenwaffen kommentierte Weinberger *mit der Bemerkung, er hoffe, daß* ein Abkommen zumindest über eine erhebliche Verminderung der *Mittel*streckenwaffen möglich werde. Da*bei müßten auch die im Fernen Osten* stationierten sowjetischen SS 20-Ra*keten berücksichtigt werden*.

Auf die Möglichkeit einer europäischen Verteidigungsinitiative parallel zu SDI ging Weinberger mit dem Hinweis ein, besser wäre es, eng zusammenzuarbeiten. Denn bei einem getrennten Vorgehen wäre Doppelarbeit unvermeidbar. Allerdings wäre auch ein eigenes europäisches Programm nicht unzulässig.

Bundesverteidigungsminister Wörner präzisierte diesen Punkt, indem er *auf eine* neue Bedrohung Westeuropas durch die gesteigerte Zielgenauigkeit sowjetischer Kurzstreckensysteme aufmerksam machte. Dieser Bedrohung habe der Westen außer der nuklearen Abschreckung nichts entgegenzusetzen. Wenn diese Entwicklung weitergehe, würden die Sowjets schon bei Beginn eines Konflikts das nukleare Potential der NATO gefährden.

Auf eine solche Verstärkung der sowjetischen Offensivfähigkeit müsse – *unabhängig von SDI – eine* Antwort der NATO gefunden werden. *Notwendig sei eine Art erweiterter* europäischer Luftverteidigung. „Die*ser Aufgabe dürfen sich die Europäer* nicht entziehen. Damit ist weder eine *Konkurrenz noch ein Widerspruch zu* SDI verbunden", betonte Wörner.





Freitag, 6. Dezember 1985
Nr. 284

WELT DER WIRTSCHAFT

Falsch geschätzt

HH – Da konnte der Weltwirtschaftskanzler so richtig ins Schwärmen kommen: Männer vom Schlage eines Edward Gierek vermochte Helmut Schmidt sich sehr gut an der Spitze eines Großunternehmens vorzustellen. Nun, die Polen haben Gierek vor Jahren in die Wüste geschickt, und das Großunternehmen Polen ist pleite.

Für die Fehleinschätzung und die massive Kreditgewährung muß Bonn jetzt kräftig bluten. Mit einer Umschuldungsaktion nach der anderen wird derzeit an der Konzernsanierung gearbeitet. Allein 1981 bis 1984 hat die Bundesregierung deutschen Gläubigern über drei Milliarden Mark Entschädigungen gezahlt. Bis Ende dieses Jahres werden es vier Milliarden sein.

In realistischer Einschätzung muß sich Bonn auch in den nächsten Jahren auf Entschädigungszahlungen einrichten: Die gedeckten Fälligkeiten belaufen sich noch auf rund 2,7 Milliarden Mark, Zinsen nicht gerechnet. Damit ist der Rahmen abgesteckt.

Diese Zahlen raten hinsichtlich neuer Engagements zur Vorsicht. Auch wenn das politische Interesse noch so groß sein mag, Warschau zumindest wirtschaftlich ein wenig aus dem Bannkreis Moskaus herauszuhelfen: Nach den Erfahrungen mit dem Versuch Helmut Schmidts stellt sich die Frage, ob dies überhaupt ein taugliches Instrument ist. Der in den siebziger Jahren geflossene Kreditsegen in Milliardenhöhe ist von Großunternehmer Gierek nicht richtig genutzt worden. Fraglich, ob seine Nachfolger das Geschäft besser verstehen.

„Gestorben“

Py. – Nun ist sie also „gestorben“, nach kurzer Krankheit und in voller Schönheit. „Hifivideo 86“, die bislang in jährlichem Turnus zur Berliner Funkausstellung stattfand, fällt 1986 in Düsseldorf aus. Und ob sie – auch mit verändertem Konzept – 1988 wiederersteht, muß bezweifelt werden. Die neun Millionen Mark Umsatzverlust kann die Düsseldorfer Messegesellschaft leicht verschmerzen, 1986 soll – vom Umsatz her – ein neues Rekordjahr werden. Weit schwerer wiegt der Imageverlust des Standorts Düsseldorf für Konsumgütermessen. Und auch der Handel, für den diese Veranstaltung – trotz oder wegen Berlin – wichtig ist oder besser war, beklagt das Fernbleiben vieler prominenter Hersteller und den Ausfall der „Hifivideo“. Sicher sind einige der Absagegründe nicht „echt“, zum Beispiel das Kostenargument zieht so nicht. Aber vielleicht liegt es auch am ungeschickten Umgang mit den Herstellern. So wie man gestern den Medien vorhielt, sie hätten durch das Melden von Absagen manchen Aussteller verunsichert.

EINZELHANDEL / Reales Wachstum zwischen zwei und drei Prozent erwartet

Das Weihnachtsgeschäft soll rund 18 Milliarden Mark Umsatz bringen

INGE ADHAM, Frankfurt

Der Einzelhandel will im kommenden Jahr endlich Anschluß an die allgemeine konjunkturelle Entwicklung finden. Um etwa vier bis 4,5 Prozent, so die Prognosen, könnten im nächsten Jahr die Einzelhandelsumsätze wachsen. Das ist preisbereinigt ein Plus von zwei bis 2,5 Prozent, der Einzelhandel rechnet also weiterhin mit einer moderaten Preisentwicklung.

Die positive Einschätzung begründet die Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels (BAG) mit einem Bündel von Gründen. Entscheidend aber ist, so ihr Vizepräsident Theodor Althoff (Karstadt AG), daß nach Jahren der Einkommensrückgänge 1986 der höchste reale Einkommenszuwachs seit 1979 erreicht wird. Dafür sorgt neben einer moderaten Preisentwicklung vor allem die Steuerreform, die die Verbraucher um rund zehn Millarden Mark entlastet.

Ein Wermutstropfen in den positiven Erwartungen der Einzelhändler ist allerdings die weiter steigende Belastung der Arbeitnehmer aus der gesetzlichen Krankenversicherung. Für den Einzelhandel (ohne Autos und Mineralölprodukte) würde das einen Umsatz von gut 390 Millarden Mark bedeuten, preisbereinigt läge das immer noch unter den Umsätzen des Jahres 1980, betonte Althoff.

Deren Hoffnungen sind nämlich auch in diesem Jahr noch nicht aufgegangen: Für den gesamten Einzelhandel erwartet die BAG in diesem Jahr einen Umsatz von 478 Milliarden Mark, das ist ein Plus von gut zwei Prozent, preisbereinigt von 0,5 Prozent, ein Wert, den auch der Einzelhandel im engeren Sinn (ohne Autos und Mineralölprodukte) mit rund 376 Milliarden Mark erreichen wird. Zur Erinnerung: Der Einzelhandel hatte sich zu Jahresbeginn ein reales Wachstum von 1 bis 1,5 Prozent ausgerechnet.

Wie sehr das schwächer als erwartet ausgefallene Umsatzwachstum den Einzelhandel in die Kostenklemme brachte, zeigt u. a. die Entwicklung bei den Arbeitskräften: Die Branche mit insgesamt rund 1,7 Millionen Beschäftigten (davon 230 000 bei BAG-Unternehmen) baute Vollzeitarbeitskräfte ab und wich in zunehmendem Maße auf Teilzeitbeschäftigte aus. Eine Umfrage unter BAG-Mitgliedern zeigte bei einem Fünftel der Betriebe für 1985 sinkende Erträge.

Vom Weihnachtsgeschäft erwartet der Einzelhandel in diesem Jahr einen zusätzlichen Umsatz von rund 18 Miliarden Mark, im vergangenen Jahr waren es nach BAG-Angaben 17 Milliarden. Renner in diesem Jahr scheinen übrigens die CD-Plattenspieler zu werden, während die Computer-Welle etwas ins Stocken gekommen ist. Die Einkaufspreise für Kleincomputer, Taschenrechner und Elektronikspiele gehen nach Beobachtungen der BAG weiter zurück. Insgesamt mußten die BAG-Betriebe beim Einkauf für das erste Halbjahr 1986 zwischen zwei und drei Prozent mehr zahlen als im ersten Halbjahr dieses Jahres. Dabei liegt die Preissteigerung im Bereich der Nicht-Lebensmittel niedriger als bei Nahrungs- und Genußmitteln.

Beim Einkauf von Damenkleidern, Röcken und Blusen machten die BAG-Betriebe Steigerungsraten von vier bis sieben Prozent aus. In diesem Zusammenhang erinnerte Althoff an die Notwendigkeit eines freien Außenhandels. Der Einzelhandel plädiere mit Nachdruck für eine baldige Aufhebung des Textilprotektionismus, der die Verbraucher in der EG jährlich 15 Mrd. DM koste, betonte der BAG-Vizepräsident mit Hinweis auf das zu Neuverhandlungen anstehende Welttextilabkommen.

Bei einem Anteil von 20 Prozent im gesamten Einzelhandel seien freie Einkaufsmöglichkeiten für Textil- und Bekleidungserzeugnisse besonders wichtig, gerade für die unteren Preislagen, die die europäischen Einkaufsmärkte kaum bieten. Die stark gestiegenen Dollarkurse führten im ersten Halbjahr 85 zu zwölf Prozent Importrückgang beim Einkauf des Einzelhandels, inzwischen hat sich das Importvolumen wieder etwas stabilisiert.

IFO

Die Industrie bleibt auf deutlichem Expansionskurs

DANKWARD SEITZ, München

Von spürbaren Auftriebskräften ist derzeit die konjunkturelle Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe der Bundesrepublik Deutschland geprägt. Und es kann davon ausgegangen werden, daß sich dieser Expansionskurs auch im kommenden Jahr fast unvermindert fortsetzen wird. So rechnet das Münchner Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung für 1986 mit einer Produktionssteigerung in diesem Wirtschaftsbereich von etwa fünf Prozent, nachdem schon das laufende Jahr ein Plus von knapp sechs Prozent bringen wird. In besonderem Maße wird dazu das Inland beitragen, denn die Auslandsbestellungen insgesamt, die bis Anfang 1985 spürbar gestiegen waren, tendieren seither zur Abschwächung.

Begünstigt von dieser Entwicklung ist vor allem der Investitionsgüterbereich, wo die Inlandsnachfrage bis in die jüngste Zeit deutlich angezogen hat. Sie erhöhte sich vom ersten bis zum dritten Quartal 1985 dem Volumen nach, wie das Ifo feststellt, mit einer Jahresrate von etwa zwölf Prozent. Eine deutliche Erholung wird nun auch dem Verbrauchsgütergewerbe sowie dem Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe bescheinigt.

An der Spitze aller Industriegruppen wird 1985, so das Ifo, die Büro- und Datentechnik mit einem Produktionswachstum von etwa 20 Prozent liegen. Und sie wird diese Position voraussichtlich auch 1986 mit einer allerdings etwas geringeren Zuwachsrate von rund zehn Prozent halten können. Produktionssteigerungen um jeweils sieben bis acht Prozent sind für den Maschinenbau zu erwarten. Vor allem aus Kapazitätsgründen wird die Erzeugung von elektrotechnischen Investitionsgütern 1986 mit etwa acht Prozent etwas weniger stark expandieren als im laufenden Jahr.

Die Pkw-Industrie kann nach Einschätzung des Ifo für 1986 mit einer Produktionssteigerung von fünf bis sechs Prozent rechnen. Und auch hier werden sich die Auftriebskräfte auf das Inland verlagern, nachdem schon hier seit dem Sommerhalbjahr ein sprunghafter Anstieg zu verzeichnen ist. 1985 wird die Branche ein wegen der Streikausfälle im Vorjahr überhöhtes Plus von elf Prozent erreichen, wobei ihre Exporte um etwa 16 Prozent höher ausfallen dürften. Eine weitere Besserung für 1986 zeichnet sich auch für die Lkw-Hersteller ab, die für 1985 auf einen Zuwachs von rund acht Prozent kommen werden.

Erstmals seit Mitte der 70er Jahre gingen auch vom Stahlverbrauch im Inland 1985 wieder entscheidende Impulse auf das Wachstum der eisenschaffenden Industrie aus (plus 5,5 Prozent). Einige Abstriche müssen hier allerdings für 1986 gemacht werden. Weiter auf Expansionskurs wird auch die Chemie mit plus vier nach drei Prozent 1985 bleiben; ebenso die Kunststoffverarbeitung mit unverändert fünf Prozent.

Strom aus Frankreich

Von HANS BAUMANN

Die Wirtschaftsministerin von Niedersachsen, Birgit Breuel, mahnt zur Nutzung von Elektrizität aus Kernenergie, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu festigen; Bayern droht mit der Kündigung des Jahrhundertvertrages zwischen Stromerzeugern und Steinkohlenbergbau, falls die Steinkohlenländer sich weiterhin weigerten, die fortschrittliche Technologie der Kernkraft zu nutzen; das Badenwerk denkt öffentlich darüber nach, kostengünstigen Strom aus Frankreich zu importieren; Veba und Bayernwerk treiben eine aggressive Strompreispolitik auf Basis ihrer hohen Kernenergieanteile, und Frankreichs Staatspräsident Mitterrand erinnert die Bundesregierung daran, daß sein Land zur Konvention von 1973 steht, nach der nach dem Superphénix mit internationaler Beteiligung in der Bundesrepublik ein großer Brutreaktor (SNR II) gebaut werden soll.

Die Kernkraft ist weltweit etabliert (Frankreich mit 60 Prozent der Stromerzeugung, Belgien mit 51 Prozent, Schweden und Finnland mit 40 Prozent, die Schweiz mit 36 Prozent und die Bundesrepublik mit 35 Prozent), doch in der Bundesrepublik will der ideologische Streit um diese ungewöhnlich kostengünstige Form der Energiedarbietung nicht enden.

Die jetzigen Regierungen im Saarland, in Hessen und Nordrhein-Westfalen sind ideologisch so festgefahren, daß sie kaum noch das Steuer herumreißen können, ohne das Gesicht zu verlieren. Mit ihrer energiepolitischen Kurzsicht, der jegliche staatsmännische Dimension fehlt, betreiben sie massiv Industriepolitik – auf dem Rücken der Industrie und der in ihr arbeitenden Bürger.

Wer Kernkraftwerke betreibt, hat keine Scherereien mit Schwefeldioxid, Schwefel, Staub oder Sauerstoffverbrauch. Also braucht er auch nicht Milliarden in die Hand zu nehmen, um seine Anlagen umzurüsten. Zum Kostenvorteil der Kernenergie vom Brennstoff her, kommt für die fossilen Kraftwerke der Nachteil, ohne wirtschaftliche Relevanz Milliarden zu investieren, weil sich ein Bundesland auf Kohle verschworen hat.

Solche politischen Eingriffe in die unternehmerische Entscheidungsfreiheit zwingen zu Reaktionen auf der Ebene der Wirtschaft. Warum, so muß man sich fragen, sollte der größte deutsche Stromversorger, das RWE, nicht Strom aus Frankreich nach Nordrhein-Westfalen importieren, wenn es diesen Strom so kostengünstig wie aus eigenen Kernkraftwerken und ebenso sicher beziehen kann.

Die Argumentationsbasis ist solide: Nach dem Energiewirtschaftsgesetz von 1935 haben die Versorger die Aufgabe, kostengünstig und sicher elektrische Energie anzubieten. Kostengünstig ist aber der Strom des RWE nicht mehr, weil er in Nordrhein-Westfalen nicht aus Kernkraft gewonnen werden kann. Den Ruf, der kostengünstigste Stromdarbieter zu sein, hat das RWE längst verloren. Würde es sich mit Strom aus Frankreich gegen weiteren Positionsverlust wehren, es entspräche nur dem unternehmerischen Auftrag seiner Geschäftsführung.

Die Warnung besorgter Stimmen auch aus dem Kreis der Versorger, daß man sich hüten möge, bei den Franzosen in eine Preisfalle zu tappen, da deren Kernkraftbäume auch nicht in den Himmel wachsen, sind eher verbal als sachlich handfest. Daß Mitterrand den Kernkraftkurs Giscards – abgeschwächt – hält, wird niemand bestreiten. 1990 will unser Nachbar 75 Prozent seines Strombedarfs aus Kernkraft gewinnen. Er wird sich dann endgültig von ausländischen Quellen und ihrer Unkalkulierbarkeit abgekoppelt haben. Strom auch für den Wärmemarkt wird auch die Wettbewerbsfähigkeit der französischen Wirtschaft nachhaltig stärken – zum Nachteil für deutsche Arbeitsplätze.

Nach Jean Auroux, Staatssekretär für Energie in Paris, wird Frankreich 1990 40 bis 50 TWh Strom exportieren können. Das sind immerhin fast 50 Prozent der dann in der Bundesrepublik installierten Kernkraftwerksleistung mit geplant 110 TWh Nettoerzeugung.

Zugreifen im Ausland heißt also die Devise, wenn das Zupacken im eigenen Lande politisch tabu ist. Der zu erwartende Aufschrei sollte die Versorger nicht hindern, da ihr Auftrag auch dann noch gilt, wenn ideologisierte Politiker ihr Mandat längst abgegeben haben.

AUF EIN WORT



„Mit Subvention verdrängt man Innovation.“

Elmar Pieroth (CDU), Senator für Wirtschaft und Arbeit, Berlin
FOTO: JUPP DARCHINGER

Kursverluste in Singapur

dpa/VWD, Singapur

Singapurs Aktienbörse, die in dieser Woche für drei Tage nach einer Krise um den Konzern Pan-Electric Industries geschlossen worden war, erlebte bei ihrer gestrigen Wiedereröffnung Kursverfälle auf der ganzen Linie. So eine Schwächung habe es in der Geschichte der Börse noch nicht gegeben, hieß es unter Börsianern. Der Markt sei unter Verkaufsdruck geraten, ohne daß mit einer Erholung in absehbarer Zeit gerechnet werden könne.

Der Zusammenbruch der weit verzweigten Schiffs-, Hotel- und Immobiliengruppe, die bei mehr als 30 Banken mit rund 175 Mill. Dollar verschuldet ist, habe zu einer Verunsicherung der Investoren geführt. Gegenüber den Schlußkursen vom vergangenen Freitag büßten die Kurse acht bis zehn Prozent ein.

UNTERNEHMENSBERATER

Die Honorarkosten sollten nicht subventioniert werden

HEINZ STÜWE, Bad Soden

Der Bundesverband Deutscher Unternehmensberater (BDU) fordert die Abschaffung der Beratungsförderungsprogramme des Bundes und der Länder, die Unternehmen Zuschüsse zu den Honorarkosten gewähren. Das bei ihrer Einführung vor zwölf Jahren propagierte Ziel, kleine und mittlere Unternehmen für die Inanspruchnahme von Beratern aufzuschließen, sei längst erreicht, betonte Verbandspräsident Friedrich A. Meyer auf dem Deutschen Berater-Tag in Bad Soden.

„Es kann doch wohl nicht beabsichtigt sein, die Förderung so lange weiterzuführen, bis jedes deutsche Unternehmen mindestens einmal von einem geförderten Berater besucht worden ist“, meinte Meyer. Bei dem Wildwuchs an Subventionen auf diesem Gebiet verlören die Unternehmen ohnehin den Überblick.

Die Subventionsempfänger teilen offenbar die Skepsis des BDU. Meyer verwies auf eine Umfrage der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer. Danach hätten 43 Prozent der Befragten auch ohne die Aussicht auf staatliche Zuschüsse einen Berater eingeschaltet. Die Förderung nutze nur den Branchenorganisationen, die als Förderleitstellen eine großzügige Kostenerstattung erhalten.

Vom Gesamtumsatz der Deutschen Unternehmensberater von 2,2 Mrd. DM 1985 werden weniger als ein Prozent öffentlich gefördert. Der BDU, der 221 Mitgliedsfirmen repräsentiert, rechnet mit einem weiter steigenden Bedarf an qualifizierter Beratung. 1985 wird die Branche, die 16 000 Mitarbeiter beschäftigt, um zehn Prozent zulegen.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Verhältnis zu den USA hat sich jetzt entspannt

Ha. Brüssel

Die britische Regierung hat gestern ihren Vorbehalt gegen die von der EG-Kommission ausgehandelten Stahlvereinbarungen mit Washington zurückgezogen. Dadurch konnte eine Sondersitzung des Ministerrates vermieden werden. Entspannt hat sich das Verhältnis zu den USA auch durch einen Kompromiß im Streit über Exportsubventionen der EG für Obstkonserven. Hier hatte die amerikanische Regierung der EG ultimativ eine Frist gesetzt.

Die Billigung der in langen Verhandlungen zustande gekommenen Abkommen über Lieferbeschränkungen für europäische Massen- und Spezialstähle sowie für Röhren drohte in Brüssel an Sonderwünschen Londons beim Halbzeug zu scheitern. Die Briten befürchteten, einen mit einer amerikanischen Gesellschaft geschlossenen langfristigen Vertrag nicht einhalten zu können, der eine Aufstockung der britischen Lieferungen vorsieht.

Formell ist die EG bei Halbzeug zwar keine Mengenverpflichtungen eingegangen, doch haben die USA ihre Gesamteinfuhren für 1986 auf 1,7 Mill. Tonnen fixiert und davon bereits 1,2 Mill. Tonnen vergeben. Für die EG bleibt also automatisch weniger übrig als im laufenden Jahr (rund 850 000 Tonnen).

Wichtiger als dieses Problem ist jedoch die Sicherung der EG-Exporte von Fertigerzeugnissen. In Kreisen der Kommission wurde daher das Einlenken der Briten als „Sieg der Vernunft“ begrüßt. Die Stahlexporte der EG, die jährlich einen Wert von rund 2,5 Mrd. Dollar haben, sind durch die Vereinbarungen bis 1989 garantiert. Dabei kann die Gemeinschaft auf ein zusätzliches Kontingent von 150 000 Tonnen rechnen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Hohe Kapitalexporte

Frankfurt (cd.) – Der hohe Leistungsbilanzüberschuß von 6,2 Mrd. DM wurde im Oktober von Kapitalabflüssen (7,3 Mrd. DM) mehr als aufgezehrt. Im langfristigen Kapitalverkehr flossen 2,2 (September: 0,9) Mrd. DM ab. Dazu trugen Inlandskäufe von Währungsanleihen 1,5 Mrd. DM bei, von Auslandsaktien 1,4 Mrd. DM und von ausländischen DM-Anleihen 1,2 Mrd. DM. Gleichzeitig kauftigen Ausländer für 2,1 Mrd. DM deutsche Rentenwerte und 1,2 Mrd. DM Aktien: allerdings floß durch Rückgabe von lSchuldscheinen eine Mrd. DM ab. Im Kurzfristigen Kapitalverkehr kam es sogar zu einem aBfluß von 5,1 Mrd. DM, was vor allem auf das Konto von Geldexperten der Banken (4,6 Mrd. DM) mit Schwerpunkt bei euro-DM- Anlagen ging.

Finanzausgleich geändert

Bonn (HH.) – Der Bundestag hat gestern der Änderung des Finanzausgleichs zwischen Bund und Ländern zugestimmt. Ab 1986 wird danach der Anteil der Länder am Umsatzsteueraufkommen für zwei Jahre um 0,5 auf 35 Prozent erhöht. Der Bundesanteil verringert sich auf 65 Prozent. Hiervon werden 1,5 Prozentpunkte als Bundesergänzungszuweisungen an die sogenannten finanzschwachen Länder abgeführt, so daß dem Bund 63,5 Prozent verbleiben.

Messe abgesagt

Düsseldorf (Py.) – Die für August 1986 geplante Internationale Messe der Unterhaltungselektronik „hifivideo 86“ in Düsseldorf wird nicht stattfinden. Dazu hat sich die veranstaltende Düsseldorfer Mesegesellschaft nach eingehenden diskussionenentschlossen. Messe-Hauptgeschäftsführer Claus Groth: „Die Absage bekannter europäischer Marken hat zunehmend in- und ausländische Firmen verunsichert und das Anmeldeergebnis negativ beeinflußt.“

Gesetz beschlossen

Bonn (HH.) – Der Bundestag hat gestern das Bilanzrichtliniengesetz und verschiedene Begleitgesetze beschlossen, die nun am 20. Dezember im zweiten Durchgang den Bundesrat passieren und am 1. Januar in Kraft treten können. Die Novellierung zielt auf eine schrittweise Harmonisierung des Gesellschaftsrechts in der Europäischen Gemeinschaft und wirkt in das gesamte Unternehmensrecht hinein.

Keine Beschlüsse

Frankfurt (AP) – Der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank hat gestern auf seiner routinemäßigen Sitzung keine kreditpolitischen Beschlüsse gefaßt. Damit liegen der Diskontsatz weiterhin bei vier und der Lombardsatz bei 5,5 Prozent.

Preisunterschiede

Bonn (HH.) – Einige Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU) mit hohem Kernenergieanteil haben bereits seit Jahren ihre Strompreise nicht erhöht, während EVU mit hohem Anteil fossil gefeuerter Kraftwerke (zum Beispiel Kohle) vor allem als Folge hoher Umweltschutzaufwendungen ihre Preise hätten erhöhen müssen. Diese Tendenz wird nach Meinung von Wirtschaftsstaatssekretär Grüner auch in den kommenden Jahren anhalten. Einer bayerischen Untersuchung zufolge wird die dort herrschende Strompreisstabilität „auf den konsequenten Ausbau der Kernenergie zurückgeführt“ (1984: 48,9 Prozent Anteil).

Ministererlaubnis fehlt

Bonn (HH.) – Minister Bangemann scheint nicht geneigt, für den Erwerb der Société Nouvelle Sidéchar durch die Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen (VEW) eine Ministererlaubnis zu erteilen. VEW hatte einen Antrag gestellt, nachdem das Bundeskartellamt den Erwerb des Unternehmens, das mit 8,25 Prozent an der Ruhrkohle AG (RAG) beteiligt ist, untersagt hatte. VEW hätte damit, wie bereits Veba, eine Sperrminorität an der RAG erhalten. Das Kartellamt fürchtete eine Verstärkung der marktbeherrschenden Stellung der VEW als alleinigem Stromanbieter in ihrem Versorgungsgebiet. Die Monopolkommission hatte in ihrer gesetzlich vorgeschriebenen Stellungnahme diese Einschätzung nicht geteilt.

WELTTEXTILABKOMMEN

CDU-Politiker sprechen sich gegen eine Verlängerung aus

Mk. Bonn

Eine Verlängerung des Welttextilabkommens lehnt der Bundesfachausschuss Entwicklungspolitik der CDU ab. Da eine solche Ablehnung gegen vielfältige politische Widerstände nicht durchsetzbar ist, müsse das Verlängerungsabkommen bis zu seinen Ausläufen jährlich schrittweise liberalisiert werden, forderte der Vorsitzende des Ausschusses, Karl Lamers.

Die bisherige Regelung habe die Entwicklungsländer durch mengenmäßige Beschränkungen und administrative Maßnahmen diskriminiert. Textilien und Bekleidungsartikel machten in manchen Entwicklungsländern mehr als 50 Prozent der Exporte in gewerblichen Bereichen aus. Mit dem Welttextilabkommen seien die Entwicklungsländern von einem freien Welthandel ausgegrenzt worden. „Offene Märkte ohne mengenmäßige Beschränkungen bestehen damit nur zwischen den Industrieländern, aber nicht zwischen diesen und den Entwicklungsländern, obwohl die Industrieländer rund 65 Prozent des Welthandels mit Textilien und Bekleidung untereinander abwickeln“, erklärte Lamers.

Wenn die EG nach 25 Jahren Einfuhrschutz eine weitere Verlängerung fordert, so zeige dies, daß einige Länder die Zeit nicht zur Strukturanpassung genutzt hätten. Ganz anders sei die Situation in der Bundesrepublik und in den Niederlanden.

Bei den Liberalisierungsmaßnahmen denkt der Ausschuß unter anderem an die Einführung jährlicher Zuwachsraten, an die Reduzierung der bilateralen Abkommen sowie an die Abschaffung nicht ausgenutzter Quoten.

ÖFFENTLICHER PERSONENNAHVERKEHR / Umwelt-Tickets schaffen Probleme

Die Tarife sind in Bewegung geraten

HANS-J. MAHNKE, Bonn

In die Tariflandschaft des öffentlichen Personennahverkehrs ist Bewegung gekommen. Jahrelang wurden den Fahrpreisen gegenüber anderen Faktoren wie Bequemlichkeit oder Schnelligkeit eine untergeordnete Bedeutung beigemessen. Bei dem inzwischen erreichten Niveau von zum Teil mehr als zwei Mark für den Einzelfahrausweis zeigt sich nach den Erfahrungen des Verbands Öffentlicher Verkehrsbetriebe (VÖV), daß mit gezielten Tarifmaßnahmen auch neue Fahrgäste gewonnen werden können. Gerade die Erfahrungen mit dem Kurzstreckentarif für zum Teil eine Mark sind nach Angaben vom VÖV-Präsident Hans Sattler sehr positive Erfahrungen gemacht worden.

Problematisch für die Unternehmen sei das sogenannte Umwelt-Tikket. Zwar habe sich zum Beispiel in Freiburg gezeigt, daß mit solchen Maßnahmen zusätzlich Fahrgäste auf die Busse und Bahnen gezogen werden können. Aber der Verkehrszuwachs stehe in keinem Verhältnis zu den Einnahmeverlusten. Wenn das politisch gewollt werde, dann müßte dieses auch ausgeglichen werden.

Der Verband kritisiert die „nahverkehrspolitische Abstinenz“ der Bundesregierung. Dies schlage sich nicht nur darin nieder, daß die Befreiung der Verkehrsunternehmen von der Mineralölsteuer nicht wieder eingeführt wird. Auch für Investitionen würden keine zusätzlichen Mittel bereitgestellt. Gleichzeitig würden jedoch starke finanzielle Anreize zur beschleunigten Einführung umweltfreundlicher Autos geschaffen.

Bei den VÖV-Betrieben schlage jetzt auch die konjunkturelle Erholung durch. Für 1985 geht der Verband davon aus, daß das Fahrgast-Aufkommen nicht mehr sinken wird, nachdem im vergangenen Jahr noch ein Minus von 4,4 Prozent registriert wurde. Die Einnahmen dürften 1985 um rund vier Prozent steigen.

Pessimistischer äußern sich die im Bundesverband Deutscher Omnibus-Unternehmer (BDO) zusammengeschlossenen privaten Bus-Unternehmen. Seit 1981 sei ein Viertel des gesamten Beförderungsaufkommens außerhalb der Ballungsräume verlorengegangen. Setze sich dieser Trend fort, dann komme der Nahverkehr in der Fläche bis 1990 völlig zum Erliegen.

Helfen könne nur ein neues Organisationsmodell. Der Vorschlag der privaten Unternehmer sieht die Schaffung zahlreicher, auf einen überschaubaren Verkehrsraum bezogenene Verkehrsgemeinschaften vor, in denen alle Verkehrsunternehmen zusammenarbeiten sollten. Allerdings müßten dafür mehr öffentliche Mittel bereitgestellt, zumindest müßten sie aus anderen Bereichen abgezogen werden.

REEDER / Überangebot an Tonnage drückt auf die Erträge – Schwierigkeiten haben sich noch weiter verschärft

Bessere Ergebnisse gab es nur in der Linienfahrt

JAN BRECH, **Hamburg**

Die Erwartungen der deutschen Seeschiffahrt bleiben gedämpft. Auf der einen Seite läßt das abgekühlte Konjunkturklima in den USA geringere Wachstumsraten im Welthandel erwarten, zum anderen weitet sich das Angebot an Schiffstonnage und Containerstellplatz überproportional aus. Die auf den Markt drängenden Kapazitäten werden die Seeschiffahrt in den nächsten Jahren vor neue, harte Proben stellen.

Wie aus dem Jahresbericht des Verbandes Deutscher Reeder hervorgeht, haben sich die Schwierigkeiten der internationalen Seeschiffahrt 1985 eher noch verschärft. Die Raten- und Erlös-Entwicklung ist in großen Teilmärkten hinter der schon desolaten Lage des Jahres 1984 zurückgeblieben. Das gilt besonders für die große Rohölfahrt, die trockene Massengutfahrt, die Schwergut- und die meisten Bereiche der allgemeinen Trampfahrt.

Hoffnungen, daß das weltwirtschaftliche Wachstum die Entwicklung auf diesen Schiffahrtssektoren positiv beeinflussen werde, haben sich nicht erfüllt. Bei geringsten Anzeichen für eine Stabilisierung der Märkte ist 1985 sofort wieder aufgelegte Tonnage in Fahrt gebracht worden. Die Aussichten, in absehbarer Zeit in diesen Märkten zu einem Ausgleich von Angebot und Nachfrage zu kommen, werden von den Reedern sehr skeptisch beurteilt. Bis Ende 1986 kommen fast 400 Massengutfrachter neu in Fahrt, für die es keine ausreichenden Einsatzmöglichkeiten gibt.

In der Tankfahrt wird geschätzt, daß besonders der Bereich der Großtonnage um die Hälfte überbesetzt ist. Deutsche Tankreeder und auch die Konzernreedereien der großen Ölgesellschaften haben sich in Folge dieser Entwicklung weitgehend aus dem Markt zurückgezogen. Unter deutscher Flagge sind von Tankern mit mehr als 100 000 tdw nur noch sieben Einheiten im Einsatz.

Einen Lichtblick hat es 1985 für die deutsche Linienfahrt gegeben. Der bis weit in das Jahr reichende starke Wirtschaftsaufschwung in den USA sowie der feste Dollar haben wesentlich zu einer Ergebnisverbesserung in diesem Bereich beigetragen. Inzwischen beklagen die Linienreedereien allerdings eine Trendwende. Ursache ist die scharfe Wettbewerbsauseinandersetzung mit den neuen „Rund-um-die-Welt-Diensten", die eine taiwanesische und eine amerikanische Reederei auf den Hauptrouten des Linienverkehrs aufgenommen haben. Bei stagnierendem Transportangebot hat der erneute Kapazitätsschub schwere Ratenkämpfe ausgelöst.

Die wirtschaftliche Lage der gesamten deutschen Schiffahrt stellt sich entsprechend der unterschiedlichen Entwicklung in den Teilmärkten differenziert dar. Den erheblich verbesserten Ergebnissen in der Linienfahrt stehen Flottenbereiche gegenüber, die nur geringen oder gar keinen Ertrag eingefahren haben. Der Frage nach der wirtschaftlichen Effizienz und international wettbewerbsfähiger Kosten der Reedereibetriebe müsse in den nächsten Jahren alle Aufmerksamkeit gewidmet werden, schreibt der Verband.

Die in diesem Zusammenhang an die Schiffahrtspolitik gerichteten Forderungen konkretisieren die Reeder *in drei Punkten. Einmal müsse* dafür gesorgt werden, daß die Märkte nicht durch staatliche Eingriffe anderer Länder eingeengt werden. Zweitens dürfte die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Schiffahrt nicht durch hohe fiskalische Belastungen beeinträchtigt werden. Schließlich seien Initiativen zur Lösung der Frage erforderlich, wie eine überhöhte Werftkapazität an geringere Nachfrage angepaßt werden könne.

Die Deutsche Seeschiffahrt verfügt zur Zeit über 724 Schiffe, von denen 299 unter fremden Flaggen fahren. Neu bestellt sind 38 Handelsschiffe, 34 davon auf deutschen Werften. Am Auftragsbestand der Schiffbau-Industrie sind die deutschen Reeder mit gut 40 Prozent beteiligt. Die Bestellungen betreffen in erster Linie mittelgroße Containerschiffe.

WELTBÖRSEN / Kräftige Abgabeneigung in London – Kursanstieg an der Pariser Börse

Schon wieder neuer Rekord in New York

New York (DW.) – Die Rekordfahrt der Aktienkurse an der New Yorker Börse hält an. Der Dow-Jones-Index für 30 Industriewerte kletterte am Mittwoch auf das neue Hoch von 1484,40 Punkten und schloß damit um 8,71 Punkte über dem Wert eine Woche zuvor. *Auch der Umsatz* bewegte sich wieder auf höherem Niveau – 153,80 Millionen Aktien. Anfang der Woche war bei recht uneinheitlicher Entwicklung mit 104,14 und 110,05 Millionen Aktien relativ wenig umgesetzt worden. Der Handel verwies allerdings darauf, daß die jüngste Aufwärtsbewegung durch Anschaffungen ausgelöst wurde, die nahe an Panikkäufe herankämen. Nichtsdestotrotz sei die Hausse breit angelegt und nicht „kopflastig".

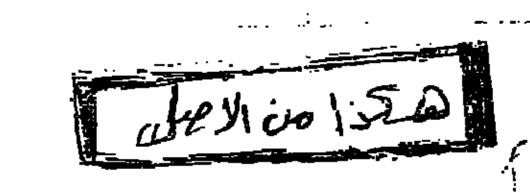
London (fu) – An der London Stock Exchange hat nach einem langen Höhenflug eine kräftige Abgabeneigung eingesetzt. Sie wurde in erster Linie von Gewinnmitnahmen ausgelöst, nachdem der Financial-Times-Index für 30 führende Werte Anfang der Vorwoche mit 1146,9 Punkten einen Rekordstand erreicht hatte. Zwar gab die Übernahmewelle im britischen Warenhausbereich Ende letzter Woche noch einmal Kaufimpulse ab; aber in dieser Woche setzte die Talfahrt ein. Negativ beeinflußt durch die Börsenkrisen in Singapur und *Kuala Lumpur sowie durch Befürchtungen*, daß der Londoner Markt knapp an Mitteln geworden ist, rutschte der Financial-Times-Index bis Mittwoch auf 1115,8 Punkte ab. Eine baldige Erholung wird erwartet.

Wohin tendieren die Weltbörsen? – Unter diesem Motto veröffentlicht die WELT einmal in der Woche – jeweils in der Freitagausgabe – einen Überblick über den Trend an den internationalen Aktienmärkten.

Paris (J. Sch.) – Die Konsolidierungsphase an der Pariser Börse ist zunächst einmal beendet. Mit einem Kursanstieg von 1,6 Prozent am Mittwoch wurde, wie man in Maklerkreisen meint, das Signal zu einer neuen Hausse gegeben. Für die Berichtswoche verblieb im Endergebnis allerdings immer noch ein leichtes Minus. Der Tendenzindex des Statistischen Amtes (INSEE) (Ende 1984=100) schwächte sich auf 142,3 (142,5) und der Index der Maklerkammer CAC (Ende 1981=100) auf 245,4 (248,7) Punkte ab. In den vorangegangenen vier Wochen hatten diese Indizes 20 Prozent zugelegt. Wie damals beruht der neue Kursanstieg auf verstärkten ausländischen Käufen.

Tokio (DW.) – Uneinheitlich verlief in der Berichtswoche (Mittwoch bis Mittwoch) das Geschehen an der Tokioter Börse. Anfang der Woche büßte *der Durchschnittskurs* für 225 Aktien (Nikkai-Dow-Jones-Index) einige Punkte ein. Offenbar wurden vor allem bei den klassischen Werten (Fujitsu, Oki Electric, Sony, Toyota, Honda und Canon) Gewinnmitnahmen realisiert. Doch das war nur ein kurzfristiger Kursrückgang. Im Wochenverlauf legte der Index leicht zu um 33,40 Punkte auf 12 811,20 Punkte.

FINANZANZEIGEN



SALAMANDER / Diversifikation jenseits der Schuhsparte

Aktienkapital wird erhöht

W. NEITZEL, Kornwestheim

„Salamander ist ein Schuh-Unternehmen und wird diese Rolle keinesfalls aufgeben." Vorstandsvorsitzender Franz Josef Dazert läßt aber keinen Zweifel daran, daß er über die regionale Diversifikation des Geschäfts hinaus auch eine weitere Verbreiterung des Programms ins Visier genommen hat.

Ein neuer Baustein in dieser Richtung ist der per Anfang 1986 wirksame Erwerb von zwei Drittel des 0,5 Mill. DM betragenden Stammkapitals der Deutschen Industriewartung GmbH (DIW), München, dem mit einem für dieses Jahr erwarteten Umsatz von 120 Mill. DM mit Abstand größten deutschen Serviceunternehmen dieser Art. Das restliche Drittel der DIW-Anteile wird von der J. M. Voith GmbH, Heidenheim, übernommen. In Voith sieht Dazert den richtigen mit viel Know-how versehenen Partner. Übernommen werden die DIW-Anteile von der Deutschen Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt, einer Tochter der Deutschen Bank.

Im Zusammenhang mit der Transaktion macht Salamander von dem bestehenden genehmigten Kapital von 6 Mill. DM Gebrauch. Mit Wirkung vom 1. Januar 1986 wird das Aktienkapital von 66 auf 72 Mill. DM erhöht. Die neuen Aktien werden zum Kurs von 185 DM pro Aktie im Verhältnis 11:1 angeboten.

Die DIW, die ihren Sitz nach Stuttgart verlegen wird und in der Rechtsform einer GmbH & Co. geführt werden soll, arbeitet mit 1800 festangestellten gewerblichen Mitarbeitern und zusätzlich 2800 Teilzeitbeschäftigten auf dem wachsenden Markt für Wartungsdienstleistungen mit Großkunden aus der Autobranche, dem Zulieferbereich, der Elektroindustrie, Großchemie, Maschinenbau usw.

Für Salamander selbt ist der Einstieg bei der DIW die Fortsetzung einer Verbreiterungsstrategie, die mit der Tochter Chemische Werke Salamander GmbH (Lederfaserstoffe, Täschnerware, Kunststoffprofile, Klebtoffe) begann. Es folgt die Übernahme der Klawitter-Gruppe, die sich mit der Vermarktung von Produkten aus der „DDR" befaßt, in der Salamander eine umfangreiche Lizenzproduktion unterhält. Im Sommer dieses Jahres wurde die Bock Manufaktur-Porzellane Handels GmbH übernommen, die Meißener Porzellan in der Bundesrepublik vertreibt.

Für das laufende Jahr erwartet Salamander einen Umsatzzuwachs von 10 Prozent auf dann etwa 1,15 Mrd. DM im Konzern. Der Zuwachs stammt dabei ausschließlich aus dem Export. Allein über 2 Mill. der 8 Mill. Paar produzierten Schuhe gehen in die Sowjetunion. Im Inland sei das Geschäft zunehmend schwieriger. Mit dem Neuerwerb DIW steuert Salamander, dessen Ertragsentwicklung Dazert mit „vernünftig" und „befriedigend" beschreibt, auf einen Umsatzanteil der Diversifikationssparten von 25 Prozent zu.

FERROSTAAL / Glanzvoller Jahresabschluß – Entwicklungsländer kaufen wieder

Belebung auf den Auslandsmärkten

JOACHIM GEHLHOFF, Essen

Nach vier Jahren vergeblicher Versuche, erzählt der Vorstand der Essener Ferrostaal AG, habe man es nun doch geschafft, eine Schiffsladung Stahl aus Brasilien an die Japaner zu liefern, denen solche Importe ja noch als „unmoralisch" gelten. Die Handels- und Organtochter der Gutehoffnungshütte Aktienverein AG (GHH) illustriert so nicht nur die weithin im Welt-Stahlhandel dominierenden Importbarrieren. Das zum halben Dutzend der größten deutschen Stahlhändler zählende Unternehmen registriert auch mit einigem Stolz, daß von seiner 1984/85 (30. 6.) auf 2,47 (2,38) Mill. t gestiegenen Handelsmenge erstmals mehr als die Hälfte (1,25 nach 1,08 Mill. t) auf Auslandsmärkten abgesetzt und überwiegend auch außerhalb der EG eingekauft wurde.

Eine „Internationalisierung", die für das Handelshaus in seiner zweiten Sparte, dem „Technischen Geschäft" der Anlagengüterlieferungen, seit eh und je täglich Brot ist. In dieser Sparte sind die früher gewohnten Großaufträge zwar immer noch rar geblieben. Doch das „Detailgeschäft" von Erstausrüstung und Ersatzbeschaffung bei Einzelmaschinen und kleineren Anlagenkomplexen gleicht das mittlerweile aus. Obendrein konstatiert Vorstandsvorsitzender Hans Singer mit Befriedigung, daß erstmals seit der anfangs der 80er Jahre kritisch gewordenen Verschuldung der Entwicklungsländer nun der Auftragseingang im „Technischen Geschäft" 1984/85 wieder die Umsatzhöhe erreichte, die er 1985/86 sogar erheblich übertreffen werde.

Der Ferrostaal-Chef fügt zur Relativierung besagter „Schuldenkrise" ein weiteres hinzu. Seit 1950 habe die Bundesrepublik 500 Mrd. DM hermesverbürgte Lieferantenkredite für Exporte in Entwicklungsländer vergeben. Davon seien bisher 70 Prozent getilgt; nur zwei Prozent mit der Hermes-Notbremse. Gewiß stecke in den restlichen 30 Prozent ein Risiko – „doch wenn wir den Entwicklungsländern dauernd einreden, sie könnten nie bezahlen, dann tun sie's schließlich wirklich nicht."

Ungeachtet solcher Relativierung hat Ferrostaal 1984/85 seinen duch Abrechnung etlicher alter Großaufträge sehr stark gewachsenen Ertrag vornehmlich zur Risikovorsorge genutzt. „Die Schraube der konservativen Bewertung wurde aufs äußerste festgedreht", räumt der Vorstand ein. So mußte sich die Konzernmutter mit einer nur um neun Prozent erhöhten Netto-Organgewinnabführung begnügen. Immerhin ist das eine Rendite von 18,3 (16,0) Prozent für 130 Mill. DM Aktienkapital.

Nachdem die Blüte des Stahlhandelsgeschäfts zumal im Ausland (und da mit reichlich 20 Prozent Umsatzplus) zur Hälfte aus dem starken Dollar stammte, rechnet der Vorstand für 1985/86 da wegen des Dollarabstiegs mit rauheren Zeiten – dafür aber mit stärkerer Belebung des inländischen Stahlverbrauchs.

Ferrostaal	1984/85	±%
Gesamtumsatz (Mill. DM)	3976	+ 3,5
dav. Stahlhandel (%)	61	(57)
Exportanteil (%)	66	(65)
Ferrostaal AG:		
Umsatz	2550	+ 39,0
Rohertrag	495	+130,2
Zinsertragsaldo	74,0	+ 1,4
Jahresüberschuß	28,8	+ 11,5
Gewinnabführung	23,8	+ 9,2

KAISER'S KAFFEE / Flächenexpansion als Vorleistung

Rendite stark unter Druck

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Dem im Berichtsjahr 1984/85 (30.6.) flauen Konsumklima hat auch die einst vor Ertragskraft strotzende Kaiser's Kaffee-Geschäft AG, Viersen, hohen Tribut zollen müssen. Das mit 50 Mill. DM Aktienkapital voll zur Tengelmann-Gruppe gehörende Unternehmen kürzte seine vom Eigentümer noch zu versteuernde Gewinnabführung um vier Zehntel auf nur noch 0,7 (1,3) Prozent des Filialumsatzes. Dieser hielt sich zwar mit einer Plusrate von 2,4 (10,3) Prozent recht gut im Vergleich zum gesamten deutschen Lebensmittelhandel mit sogar nur noch 0,9 Prozent Umsatzplus.

Kaiser's konnte diesen kleinen Vorsprung nur mit Vorleistungen in die weitere Verkaufsflächenexpansion erzielen. Die Kosten daraus ließen sich unter hartem Wettbewerbsdruck nicht mit der nur leicht verbesserten Handelsspanne auffangen. Vorstandsvorsitzender André Deselaers einfache Rechnung dazu: Bei 18 Mill. DM Rohertragsbesserung Anstieg der Personalkosten um rund 15 und der „sonstigen Aufwendungen" um knapp 16 Mill. DM, darin allein um 6,5 Mill. DM höhere Mietkosten.

Mit besserer Rendite und größerem Umsatzplus als die Lebensmittelfilialen glänzten Kaiser's nunmehr 236 (207) Drugstores, inwzischen mit gut 400 (350) Mill. DM Umsatz zur zweitgrößten deutschen Drogeriekette emporgewachsen. Kaiser's verfügte innerhalb der Tengelmann-Gruppe zum Bilanzstichtag über 437 (459) Supermärkte, 11 (9) Verbrauchermärkte und weiterhin 7 Heimwerkermärkte (davon 6 in Berlin). Für letztere ist der Verbleib noch ungeklärt, nachdem sich Tengelmann nun maßgeblich bei der Obi Handels-GmbH & Co. KG, Wermelskirchen, beteiligt hat, die im Bundesgebiet circa 130 solcher Märkte betreibt.

Im Lebensmittelbereich ist der Schwerpunkt der Investitionen, die erstmals nicht mehr voll aus der Innenfinanzierungskraft bestritten werden konnten, bei etwa 1000 Quadratmeter Verkaufsflächen umfassenden Filialen geblieben. Da soll er auch künftig bleiben. In den ersten fünf Monaten von 1985/86 besserte sich Kaiser's gesamter Filialumsatz zwar um 3,4 Prozent. Aber die per Ende November um 4.4 Prozent größer als vor Jahresfrist liegende Verkaufsfläche zeigt immer noch das Problem einer der Nachfrage vorauseilenden Expansions-Vorleistung. So sei denn auch das Betriebsergebnis bislang auf der mager gewordenen Vorjahreshöhe geblieben.

Kaiser's Kaffee	1984/85	±%
Umsatz (Mill. DM) [1]	3013	+ 2,9
dav. Filialumsatz	2650	+ 2,4
Verkaufsfläche (qm)	296 344	+ 4,0
Beschäftigte [2]	8502	+ 1,6
Personalaufwand	322	+ 4,2
Sachinvestitionen	48,2	+ 11,1
Netto-Cash-flow [3]	36,4	- 8,0
Rohertrag	636	+ 2,8
Gewinnabführung	19,8	- 41,1

[1] Mit MWSt.; [2] Umgerechnet auf Vollbeschäftigte zum Bilanzstichtag; [3] Abschreibungen + Zuführ. Pensionsrückstellungen.

Umsatzminus für die Möbelindustrie

hy. Köln

Mit einem Umsatzminus von 3,5 Prozent (hochgerechnet) wird die deutsche Möbelindustrie das Jahr 1985 abschließen. Im Vorjahr lag der Umsatz noch bei 19,05 Mrd. DM. Der Geschäftsführer des Verbandes der Deutschen Möbelindustrie, Erich Naumann, begründete den Rückgang mit zwei Argumenten: Bis 1980, dem Rekordjahr, habe die Branche vorwiegend von einem stetig wachsenden Wohnungsbau und von einem kontinuierlichen Ersatz der Nachkriegsmöbel gelebt.

Inzwischen aber müsse die Möbelindustrie ihre Umsätze vor allem mit Ersatz- und Ergänzungsbedarf machen, da die Sättigungsgrenze erreicht sei. Außerdem fehle die Stimulierung durch den Wohnungsbau. Zufrieden sei die Branche 1985 nur mit ihrem Exportergebnis: Es sei mit einem Plus von acht Prozent zu rechnen, bei den Importen dagegen nur mit einer Steigerung von vier Prozent.

Seit 1980 ist die Zahl der Betriebe von 1664 auf 1366 zurückgegangen. Die Zahl der Beschäftigten sank in diesem Zeitraum von 169 922 auf 128 939, das ist ein Verlust von 40 983 Arbeitsplätzen. Die vielfältigen Trends und Tendenzen aber hätten dazu geführt, daß in der Möbelindustrie jeglicher Konzentrationsprozeß unterblieben sei. Die mittleren Unternehmen erhöhten ihren Marktanteil sogar auf Kosten der größeren Anbieter.

Hoffnung setzt Naumann darauf, daß vom kommenden Jahr an die unverbindlichen Preisempfehlungen wegfallen. Damit soll der Tendenz zu „Mondpreisen" entgegengewirkt werden. Er veröffentlichte diese Zahlen anläßlich der Internationalen Möbelmesse in Köln, zu der vom 14. bis 19. Januar 1986 etwa 1400 Aussteller erwartet werden.

Bavaria: Bei Bier ein Plus gezapft

JB. Hamburg

Eine Ausweitung des Bierabsatzes um 4,7 Prozent meldet die Bavaria-St. Pauli-Brauerei AG, Hamburg, für die ersten zehn Monate des Geschäftsjahres 1985. Als besonders erfolgreich wird die Entwicklung der Marke Jever Pilsener bezeichnet, die ein Plus von 15 Prozent erreichte und sowohl im Norden als auch im Süden der Bundesrepublik wuchs. Bei alkoholfreien Getränken mußte die Brauerei demgegenüber einen Rückgang von 8,7 Prozent hinnehmen. Der gesamte Getränkeabsatz der AG stieg um 4,2 Prozent. Den Umsatz (ohne Mieten und Pachten) gibt die zweitgrößte Hamburger Brau-Gruppe, die mehrheitlich zum Reemtsma-Konzern gehört, mit 214 Mill. DM an. Die Zuwachsrate von 3,7 Prozent liegt infolge rückläufiger Verkäufe von Gaststätteneinrichtungen leicht unter dem Mengenplus von 4,2 Prozent.

Zur Ertragslage heißt es, daß man mit Erfolg Kostensteigerungen entgegengewirkt habe und das Zwischenergebnis per Ende Oktober günstiger als im Vorjahr zu beurteilen sei. Insgesamt werde man 1985 besser als im Vorjahr abschneiden, bekräftigt der Vorstand in einem Aktionärsbrief. Andeutungen über die Dividendenhöhe werden allerdings nicht gemacht. Im Vorjahr hatte Bavaria 3 DM gezahlt.

Zum Anfang des neue Jahres kündigt die Braugruppe eine Vereinfachung der Beteiligungsstruktur an. Verschiedene Gesellschaften sollen verschmolzen und nicht mehr benötigte Firmen aufgelöst werden. Zu den wesentlichen Beteiligungen gehören die Steinike & Weinlig GmbH, die das Geschäft mit alkoholfreien Getränken betreibt, die Norddeutsche Gaststätten GmbH sowie die Lück Brauerei zur Walkmühle, Lübeck. In der Gruppe beschäftigt Bavaria 1428 Mitarbeiter.

Kräftiges Wachstum bei Kugelfischer

sz. München

Eine „erfreuliche" Geschäftsentwicklung in den ersten zehn Monaten 1985 verzeichnete die FAG Kugelfischer KGaA, Schweinfurt. Und es kann davon ausgegangen werden, wie der Vorstand in einem Zwischenbericht schreibt, daß sich diese Situation nicht nur bis zum Jahresende, sondern auch 1986 fortsetzen wird.

So könne insgesamt für 1985 mit einer Steigerung des Weltumsatzes im Konzern um rund 10,5 Prozent auf über 3 Mrd. DM und bei der KGaA von etwa 10 Prozent auf annähernd 2,1 Mrd. DM gerechnet werden. Deutlich übertroffen werden dürfte auch der Jahresüberschuß von 1984, so daß es aus heutiger Sicht möglich sein dürfte, „neben einer weiteren Stärkung der Rücklagen eine angemessene Dividende auszuschütten".

In den ersten zehn Monaten erzielte die FAG Kugelfischer KGaA, deren Aktien im Oktober in den amtlichen Börsenhandel eingeführt worden waren, gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit einen Umsatzzuwachs von 11 Prozent auf 1,77 Mrd. DM. Weltweit ergab sich ein Plus von 10,5 Prozent auf rund 2,53 Mrd. DM.

Mit über 2,12 Mrd. DM stieg der Auftragseingang bei der KGaA sogar um rund 20 Prozent, wobei die Sparten Lagerungstechnik und Industrietechnik partizipierten. Dies führte zu einem Auftragsbestand per Ende Oktober von rund 1,33 Mrd. DM (plus 40 Prozent), was rein rechnerisch einer durchschnittlichen Reichweite von 7,6 Monaten entspricht. Die Kapazitätsauslastung wird mit 93 Prozent angegeben.

Diese positive Entwicklung erlaubte es auch, so der Vorstand, die Zahl der Mitarbeiter in der KGaA seit Jahresanfang um 1098 auf 21 316 Beschäftigte aufzustocken. Weltweit sind es nun 29 718 Mitarbeiter (plus 1656).

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

VIAG geht an die Börse

Bonn (dpa/VWD) – Der bundeseigene Energie-, Aluminium- und Chemiekonzern VIAG AG, Berlin/Bonn, will an die Börse gehen. Bei der für Juni 1986 geplanten Börseneinführung werden rund 40 Prozent des Grundkapitals von 580 Mill. DM privaten Anlegern angeboten werden. An der VIAG ist der Bund mit 87 Prozent und die Kreditanstalt für Wiederaufbau, Fankfurt, mit 13 Prozent beteiligt. 1984 hatte die VIAG-Gruppe einschließlich der nichtkonsolidierten Beteiligungen einen Gesamtumsatz von 12 Mrd. DM und einen Jahresüberschuß von 125 Mill. DM erwirtschaftet.

Bonbon für Aktionäre

Darmstadt (adh.) – Eine Kapitalerhöhung um 10 Mill. DM und ein Bezugsrecht 12 : 1 : pari schlägt die Wella AG, Darmstadt, ihren Aktionären auf einer außerordentlichen HV am 14. Januar vor. Die „sehr preiswerte" Verbreiterung der Dividendenbasis sieht Wella als „gewinnorientierte Ausschüttungspolitik". Gleichzeitig soll die HV 8 Mill. DM bedingtes Kapital beschließen, das zur Begebung einer Optionsanleihe in der Größenordnung von 100 bis 130 Mill. DM zur Verfügung stehen soll; damit will Wella die weitere Expansion zinsgünstig und langfristig finanzieren. Die gesamte Kapitalerhöhung von 10 Mill. DM soll börsennotiert werden, gleichzeitig wird die amtliche Notierung in Zürich, Genf und Basel beantragt. Bereits jetzt werden gut 70 Prozent der notierten Wella-Aktien in Ausländerdepots gehalten.

BBC: Umsatz steigt

Mannheim (adh) – Von mehr Aufträgen in allen Bereichen spricht der Vorstand der BBC, Mannheim, in einem Bericht über die ersten zehn Monate dieses Jahres. Bis Ende Oktober wurden 4,44 Mrd. DM Auftragseingang erreicht und damit „deutlich mehr" als im Vorjahr, heißt es im Anschluß an eine Aufsichtsratssitzung, die sich allerdings noch nicht mit dem beabsichtigten Unternehmensvertrag mit der Schweizer Mutter befaßte. Der Umsatz liegt nach den ersten zehn Monaten bei 3,86 Mrd. DM, dabei wuchsen die Inlandsumsätze um zehn, die im Ausland um drei Prozent. Die Zahl der Mitarbeiter ist leicht auf 36 344 gestiegen, bei der Verbesserung des Ertrages ist BBC offensichtlich noch nicht vorangekommen: Nach größeren Auftragsabrechnungen in den letzten Monaten des Jahres wird ein Ergebnis in der Höhe des Vorjahres erwartet.

Künftig Betriebsabteilung

Oberhausen (dpa/VWD) – Die Thyssen Niederrhein AG, Oberhausen, wird bei der Umstrukturierung des Stahlkonzerns ihre Selbständigkeit verlieren. Die Niederrhein-Werke in Oberhausen und Duisburg-Hochfeld sollen zur Straffung der Profilstahlerzeugung künftig als Betriebsabteilungen der Thyssen Stahl AG geführt werden.

KABELMETAL / Vom Konjunkturaufschwung profitiert

Höherer Auftragseingang

KLAUS WÄGE, Hannover

Die Kabel- und Metallwerke Gutehoffnungshütte AG (Kabelmetal), Osnabrück, will im Geschäftsjahr 1985/86 (30. 6.) einen Jahresüberschuß erwirtschaften, der eine angemessene Dividende gestattet. Für 1984/85 hatte das Unternehmen 5,50 (1983/84: 5) DM je Aktie auf das Aktienkapital von 135 Mill. DM ausgeschüttet. In den ersten drei Monaten des laufenden Geschäftsjahres konnten sowohl Auftragseingang als auch Umsatz jeweils um acht Prozent gesteigert werden. Der Gewinn, so Vorstandsvorsitzender Jörg Stegmann, habe mit dieser Entwicklung Schritt gehalten.

1984/85 hatten der günstige Konjunkturverlauf bei den Industriekunden, eine weitere Erhöhung der Produktivität und deutlich verbesserte Ergebnisse der Tochter- und Beteiligungsgesellschaften zu einer positiven Entwicklung bei Kabelmetal geführt. Der Jahresüberschuß der AG erhöhte sich auf 14,9 (13,5) Mill. DM, der Umsatz stieg auf 680,8 (662,5) Mill. DM. Die dominierende Abhängigkeit von der Bauwirtschaft konnte leicht verringert werden.

Der Außenumsatz einschließlich der wesentlichen produzierenden Inlandsbeteiligungen stellte sich auf 1,12 (1,07) Mrd. DM. Alle Tochter- und Beteiligungsgesellschaften hatten gegenüber dem Vorjahr höhere Umsätze. Bei Kabelmetal Messing Berlin und bei der Neumeyer-Vliespressen GmbH, Nürnberg, wurde der erwirtschaftete Jahresüberschuß jeweils zum teilweisen Abbau des Verlustvortrages verwendet. Stegmann räumte ein, daß Messing Berlin noch mehr als ein Jahr benötige, um an die Mutter Gewinn ausschütten zu können. Die übrigen Tochter- und Beteiligungsgesellschaften erzielten deutlich bessere Ergebnisse und führten „erfreuliche Gewinne" ab.

In der Bilanz werden die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen und Beteiligungen mit 9,48 (4,77) Mill. DM ausgewiesen. Davon kamen allein von der 25prozentigen Beteiligung an der Cables de Lyon/Clichy (Frankreich) gut 3 Mill. DM. Wie im Vorjahr bestanden 1984/85 keine Zwänge zu außerordentlichen Aufwendungen. Daher habe man deutlich mehr als im Vorjahr für die Zukunftssicherung tun können. Die Rückstellungen erhöhten sich um 15,9 Mill. DM auf 140,3 Mill. DM. Den Cash-flow gibt das Unternehmen mit 37,9 nach 38,6 Mill. DM an, den Gewinn je Aktie nach Steuern mit 9,04 (9,20) DM.

Nach Sachanlageninvestitionen in 1984/85 in Höhe von 23 Mill. DM sollen im laufenden Geschäftsjahr weit über 30 Mill. DM investiert werden. Die Zahl der Mitarbeiter stieg in der AG im abgelaufenen Geschäftsjahr leicht auf 2687 (2656) und dürfte sich 1985/86 laut Stegmann kaum verändern. Nach wie vor ist der GHH-Konzern an Kabelmetal mit 76,9 Prozent beteiligt.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Bundesbahn

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

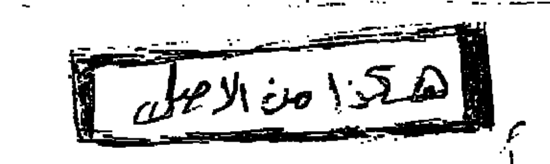
Langläufer weiter abwärts

Donnerstag blieb die Situation auf dem deutschen Rentenmarkt unverändert. Sie wird geprägt durch betonte Zurückhaltung der inländischen Anleger. Ausländer konnten teilweise für die neue Postanleihe interessiert werden. Die Aufnahmebereitschaft für DM-Auslandsanleihen ist noch eng begrenzt. Jede Neuemission führt bei einigen Banken zu einem Anstieg eigener Bestände. Das Angebot beschränkte sich bei den öffentlichen Anleihen auf Langläufer, die wie am Vortag bis zu 0,30 Prozentpunkte zurückgenommen wurden, während Kurzläufer fast unverändert blieben.

F	7½ Jap. Synth. 82 m.O.	180G	180G
F	7½ dgl. 82 o. O.	101,5G	101,5G
F	5¾ Jusco 83 m. O.	188,25G	188G
F	5¾ dgl. 83 o. O.	99,25	99,25bG
F	3½ Kansai Paint 84 m.O.	118G	118
F	3½ dgl. 84 o. O.	91bG	91G
F	3½ Kaufhof 84 m. O.	146	146
F	3½ Kaufhof 84 o. O.	77,75bG	78,75
F	3½ Linde Int. m. O.	157T	155T
F	3½ dgl. o. O.	74,5	77
F	3½ Mitsubishi 84 m. O.	158T	156G
F	3½ dgl. 84 o. O.	91,75	92
F	3½ Nippon Flour 84 m.O	114	114T

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen



Warenpreise – Termine

Mit leichten Verlusten schlossen am Mittwoch die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Fester ging Kupfer aus dem Markt. Kaffee notierte schwächer, Kakao uneinheitlich bzw. in entfernteren Sichten unverändert.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)	4.12.	3.12.
Dez.	345,00	341,00
März	344,50	341,75
Mai	320,00	317,50

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.		
St.L. 1 CW	286,70	285,60
Am. Durum	283,64	282,54

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)		
Dez.	125,10	125,00
März	130,30	129,50
Mai	132,90	132,10

HAFER Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	101,90	101,90
März	103,00	103,20
Mai	104,40	105,00

HAFER Chicago (c/bush)		
Dez.	126,75	122,75
März	134,50	131,75
Mai	136,50	135,25

MAIS Chicago (c/bush)		
Dez.	244,80	244,50
März	245,50	245,25
Mai	248,50	247,00

GERSTE Winnipeg (can.$/t)		
Dez.	107,40	107,00
März	112,20	112,20
Mai	115,20	115,00

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)	4.12.	3.12.
Dez.	168,50	169,75
März	174,00	175,00
Mai	178,25	178,75

KAKAO New York ($/t)	4.12.	3.12.
Dez.	2130	2129
März	2194	2196
Mai	2244	2250
Umsatz	1203	1570

ZUCKER New York (c/lb)		
Nr. 11 Jan.	5,35	5,35
März	6,31	6,33
Mai	6,50	6,51
Juli	6,67	6,66
Sept.	6,82	6,80
Umsatz	7304	7579

Ica-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	5,69	5,56

KAFFEE London (£/t) Robusta	4.12.	3.12.
Jan.	1915-1920	1955-1960
März	1965-1966	2007-2008
Mai	1996-1997	2039-2040
Umsatz	4350	8422

KAKAO London (£/t)		
Dez.	1616-1618	1619-1623
März	1668-1669	1671-1672
Mai	1686-1687	1691-1692
Umsatz	1860	1958

ZUCKER London (£/t) Nr.6	4.12.	3.12.
März	164,00-164,40	164,00-164,60
Mai	167,60-168,20	168,00-168,60
Aug.	172,60-173,00	173,00-174,00
Umsatz	1594	1570

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg	5.12.	4.12.
schw. Saraw.spez.	907,50	907,50
weiß.Saraw.	1080,00	1080,00
weiß.Munt.	1090,00	1090,00

ORANGENSAFT New York (c/lb)	4.12.	3.12.
Jan.	113,20	113,15
März	115,40	115,40
Mai	115,75	115,75
Juli	116,10	115,75
Sept.	111,50	111,75
Umsatz	500	700

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	4.12.	3.12.
	37,00	38,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk		
	20,25	25,25

SOJAÖL Chicago (c/lb)		
Dez.	19,90	19,12
Jan.	20,00	19,25
März	20,35	19,50
Mai	20,75	19,80
Juli	20,80	20,00
Aug.	20,80	20,00
Sept.	20,80	19,80

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk.		
	17,50	17,50

SCHMALZ Chicago (c/lb)		
loco lose	17,50	17,50
Choise white hog 4 % fr. F.	12,50	12,50

TALG New York (c/lb)		
top white	14,75	14,75
fancy	14,25	14,25
bleichf.	14,00	14,00
yellow max. 10% fr.F	10,75	10,75

SCHWEINE Chicago (c/lb)		
Dez.	49,50	48,85
Feb.	47,60	46,25
April	42,82	42,30

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)		
Feb.	63,60	63,40
März	63,75	63,60
Mai	64,75	64,80

HÄUTE Chicago (c/lb)	4.12.	3.12.
Ochsen einh. schwere River-Northern	63,00	63,00
Kühe einh. schwere River Northern	50,00	54,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)		
Jan.	511,00	504,50
März	519,50	511,50
Mai	528,50	518,50
Juli	534,00	524,50
Aug.	533,00	523,50
Sept.	515,00	513,00
Nov.	514,50	512,00

SOJASCHROT Chicago ($/sht)		
Dez.	146,70	145,80
Jan.	146,40	145,80
März	146,20	145,50
Mai	147,00	147,00
Juli	147,00	147,00
Aug.	147,20	146,50
Sept.	144,10	145,00

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)	4.12.	3.12.
Dez.	304,00	299,70
März	313,50	310,00
Mai	318,80	315,00

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk	4.12.	3.12.
	17,00	17,00

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk.	5.12.	4.12.
cif	900,00	900,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank		
	500,00	485,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra		
cif	372,50	370,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk		
	130,50	127,50

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen		
cif	390,00	390,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1		
cif	247,50	244,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb) Kontr.Nr2	4.12.	3.12.
Dez.	61,55	61,50
März	60,65	60,75
Mai	61,00	60,95
Juli	59,50	59,57
Okt.	53,95	53,70
Dez.	52,05	51,85

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1		
	41,00	41,00

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.	5.12.	4.12.
Jan.	464-468	464-468
März	475-480	–
Mai	485-490	485-488
Umsatz	21	96

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.	4.12.	3.12.
Dez.	49,50	49,50
März	48	48
Mai	48,50	48,50
Juli	48	48
Umsatz	8	0
Tendenz: ruhig		

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard	4.12.	3.12.
Dez.	562,00-570,00	561,00-571,00
März	602,00-608,00	603,00-605,00
Mai	615,00-620,00	616,00-625,00
Umsatz	50erh.	–

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen	5.12.	4.12.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager	4.12.	3.12.
Dez.	12226	12213
Jan.	12300	12285

KAUTSCHUK London (p/kg)	4.12.	3.12.
Nr.1 loco	55,50-58,50	55,50-58,50
Dez.	–	–
Jan.	–	–
Febr.	–	–
Tendenz: ruhig		

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)	4.12.	3.12.
Jan.	177,00-178,00	176,50-177,50
Febr.	178,00-179,00	177,50-178,50
Nr. 2 Jan.	172,00-173,00	171,50-172,50
Nr. 3 Jan.	169,50-170,50	169,00-170,00
Nr. 4 Jan.	164,50-165,50	164,00-165,00
Tendenz: ruhig		

JUTE London (£/lgt)	5.12.	4.12.
BWC	375	375
BWD	350	350
BTC	375	375
BTD	350	350

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	5.12.	4.12.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	247,28-247,47	245,51-245,89
dritt. M.	255,88-256,26	254,90-255,27
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	102,69-102,88	102,48-102,58
dritt. M.	104,75-104,94	105,49-105,68
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	1008,72-1002,59	1002,32-1006,07
dritt. M.	1021,29-1021,67	1019,21-1021,09
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	165,75-166,85	155,79-156,27
Prod.-Pr.	169,55	169,27
REINZINN 99,9 %	ausg.	ausg.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)	5.12.	4.12.
	ausg.	ausg.

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	5.12.	4.12.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke		
DEL-Not.*	356,70-359,88	353,25-356,44
BLEI in Kabeln	110,50-111,50	110,25-111,25
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	5.12.	4.12.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	316-320	314-318
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	351-353	347-348
MS 63	339-342	337-339

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	5.12.	4.12.
Leg. 225	315-325	315-325
Leg. 226	317-327	317-327
Leg. 231	350-362	350-362
Leg. 233	360-372	360-372

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	5.12.	4.12.
PLATIN (DM/g)	30,40	30,65
GOLD (DM/kg Feingold)		
Bank-Vkfpr.	26800	26800
Rückn.-Pr.	26050	26050
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	26760	26870
Rückn.-Pr.	26060	26170
verarbeitet	28070	28190
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	26265	26330
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	505,20	506,20
Rückn.-Pr.	490,10	491,10
verarbeitet	527,40	528,40

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze) London	5.12.	4.12.
10.30	322,50	324,50
15.00	322,80	324,20
Zürich mit.	322,40-324,10	324,40-324,90
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	80300	80600
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	410,00	409,15
3 Mon.	420,85	420,65
6 Mon.	432,25	431,95
12 Mon.	453,75	453,95
PLATIN (£/Feinunze) London	4.12.	3.12.
fr. Markt	235,15	235,60
PALLADIUM (£/Feinunze) London	4.12.	3.12.
f. Händl.-Pr.	68,40	67,90

New Yorker Metallbörse

	4.12.	3.12.
GOLD H & H Ankauf	324,00	322,85
SILBER H & H Ankauf	606,00	608,00
PLATIN		
f.Händl.-Pr.	332,00-334,50	332,00-334,50
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM		
f. Händl.-Pr.	101,50-102,50	101,50-102,50
Prod.-Pr.	150,00	150,00
SILBER (c/Feinunze)		
Dez.	604,00	606,00
Jan.	608,60	610,10
März	616,50	618,00
Mai	625,00	626,80
Juli	634,00	635,50
Sept.	643,00	644,00
Dez.	657,00	658,50
Umsatz	19000	17000

KUPFER (c/lb)	4.12.	3.12.
Dez.	62,10	60,90
Jan.	62,30	61,15
März	62,95	61,50
Mai	63,00	61,85
Juli	63,25	62,25
Sept.	63,65	62,60
Dez.	64,15	63,15
Umsatz	6000	5100

Londoner Metallbörse

ALUMINIUM (£/t)	5.12.	4.12.
mitt. Kasse	661,00-661,50	660,50-661,50
3 Mon.	684,00-685,00	684,50-685,00
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	274,50-275,00	275,00-275,50
3 Mon.	280,00-280,50	278,50-279,00
KUPFER Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	953,00-953,50	920,00-921,00
3 Monate	952,50-953,00	941,50-942,00
ab. Kasse	–	922,00-923,00
3 Monate	–	943,50-944,00
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	916,00-917,00	910,00-913,00
3 Monate	935,00-937,00	932,00-935,00
ZINK (£/t)		
mitt. Kasse	443,00-444,00	418,00-421,00
3 Monate	–	–
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate	ausg.	ausg.
QUECKSILBER ($/FL)	–	260-275
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	–	57-62

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)	4.12.	3.12.
Jan.	84,05-84,20	85,80-85,95
Febr.	83,28-83,50	85,00-85,10
März	78,50-78,80	80,05-80,30
April	73,60-73,85	75,00

GASÖL – London ($/t)	4.12.	3.12.
Dez.	259,25-259,50	264,00-264,50
Jan.	255,75-256,00	258,75-259,00
Febr.	250,50-250,75	254,00-254,50
März.	240,25-242,00	242,75-243,20
April	231,00-232,80	233,00-233,50
Mai	222,75-224,00	225,25-225,50
Juni	224,00-225,00	–225,75

BENZIN – New York (c/Gallone)	4.12.	3.12.
Jan.	74,10-74,50	75,00-75,25
Febr.	73,55-73,80	74,15-74,20
März	73,80-73,90	74,10-74,70
April	73,95-74,00	74,00-74,20
Mai	74,00	74,50

ROHÖL – New York ($/Barrel)	4.12.	3.12.
Jan.	28,60-28,70	29,00-29,13
Febr.	27,88-28,01	28,40-28,55
März	27,20-27,25	27,65-27,75
April	26,60-26,65	27,00-27,07
Mai	26,20	26,62

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob	4.12.	3.12.
Arabian Lg.	28,80	28,80
Arabian Hv.	25,85	25,85
Iran Li.	27,70N	27,70N
Forties	28,60	28,60
N.Sea Brent	29,00	29,00
Bonny Light	29,65N	29,90N

Kartoffeln

London (£/t)	4.12.	3.12.
Febr.	82,80	81,50
April	92,30	92,10
Mai	97,40	97,00
Nov.	73,80	73,80

New York (c/lb)	4.12.	3.12.
März	2,16-2,18	2,16-2,24
April	2,16-2,30	2,16-2,26
Mai	2,35-2,38	2,35-2,37
Juni	3,39-3,42	3,39

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)	4.12.	3.12.
Jan.	146,00-145,90	145,60-145,50
März	151,30	150,70-151,00
Mai	156,00	155,80
Juli	160,30	160,30

Devisenterminmarkt

In einem ruhigen Markt notierten die Termine am 5. 12. wenig verändert auf Vortagsniveau.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,80-0,70	2,19-2,09	4,27-4,02
Pfund/Dollar	0,42-0,40	1,17-1,14	2,17-2,12
Pfund/DM	2,90-1,50	6,80-5,40	12,3-10,9
FF/DM	22-6	50-34	101-85

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 5.12.: Tagesgeld 4,60-4,75 Prozent; Monatsgeld 4,75-4,90 Prozent; Dreimonatsgeld 4,75-4,85 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,85 Prozent, 6 Mon. 4,90 Prozent.

Privatdiskontsätze am 5.12.: 10 bis 29 Tage 3,55 G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G–3,40B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 4.12.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 5.12.85, Redaktionsschluß 14.30 Uhr.

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	8¹⁄₁₆-8³⁄₁₆	4⅝-4⅞	4-4¼
3 Monate	8⅛-8⅜	4⅝-4⅞	4-4¼
6 Monate	8⅛-8⅜	4⅝-4⅞	4-4¼
12 Monate	8¼-8½	4¾-5	4⅛-4⅜

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 5.12. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 18,00; Verkauf 21,00 DM West, Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 5.12. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1195,00	1544,70
5 US-Dollar (Indiana)**	795,00	957,65
5 US-Dollar (Liberty)	465,00	644,10
1 £ Sovereign alt	193,75	243,68
1 £ Sovereign Elizabeth II.	189,50	238,83
20 belgische Franken	147,25	196,37
10 Rubel Tscherwonez	201,25	256,79
2 südafrikanische Rand	181,75	228,86
Krüger Rand, neu	811,00	964,44
Maple Leaf	828,50	984,39
Platin Noble Man	901,50	1067,61
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	213,50	271,89
20 schweiz. Franken „Vreneli"	164,75	216,32
20 franz. Franken „Napoleon"	156,75	207,20
100 österr. Kronen (Neuprägung)	767,75	939,08
20 österr. Kronen (Neuprägung)	152,75	196,94
10 österr. Kronen (Neuprägung)	78,50	106,59
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	362,00	446,88
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	81,75	116,00

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Nov. 1985 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/13 (Typ A) 4,00 (4,00) – 6,50 (5,22) – 6,75 (5,70) – 7,00 (5,99) – 7,50 (6,26) – 8,50 (6,57). Ausgabe 1985/14 (Typ B) 4,00 (4,00) – 6,50 (5,24) – 6,75 (5,74) – 7,00 (6,06) – 7,50 (6,34) – 8,50 (6,70) – 8,50 (6,95). **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,55, 2 Jahre 5,40. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,50, Kurs 100,30, Rendite 6,43

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Datum	Kurs 5.12.85	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	52,555	6,95
BW-Bank E.70	192,16	1.7.95	100,989	6,95
Berl. Bk. E.54	100,00	1.7.95	53,73	6,70
Berl. Bk. E.55	100,00	1.7.00	38,06	6,85
Commerzbank	100,00	22.5.95	53,50	6,83
Commerzbank	100,00	4.8.00	37,25	6,96
Deutsche Bk. S	287,00	23.1.95	116,00	10,43
DSL-Bank R.264	957,01	2.7.90	102,37	6,57
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	74,72	6,57
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	51,78	7,05
Fr. Hyp. KO 468	196,72	1.6.95	103,48	7,00
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	48,25	7,04
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	53,35	6,84
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	36,99	7,10
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	52,87	6,94
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	25,54	7,22
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	25,42	7,12
SGZ-Bank 060	100,00	12.6.95	52,75	6,95
WestLB 600	100,00	2.5.95	53,50	6,88
WestLB 601	100,00	2.5.00	37,35	7,08
WestLB 602	100,00	3.10.05	25,05	7,23
WestLB 500	126,86	16.2.89	106,75	5,56
WestLB 501	137,01	16.2.90	107,05	6,06
WestLB 503	115,76	3.10.88	99,95	5,34
WestLB 504	141,85	1.10.91	98,80	6,42
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	109,75	6,39
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	147,80	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,70
Prud Realty	$ 100	15.1.99	69,40	11,34
Emittenten (Dollar)				
Wells Fargo(AA)	100,00	4.2.88	82,25	9,39
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	57,375	9,41
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	50,00	11,85
Xerox (AA)	400,00	11.2.92	55,125	10,09
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	54,875	10,07
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	51,875	9,53
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	43,125	10,81
Penney (A+)	100,00	17.2.94	44,50	10,36
Sears (AA)	100,00	27.5.94	44,00	10,15
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	45,75	19,19
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	43,875	9,30

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.% (Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	5,08 (5,03)	100,0	101,0	101,8	102,9	103,7	104,7
2	5,57 (5,55)	98,8	100,8	102,5	104,3	106,2	108,0
3	6,05 (6,04)	97,0	99,9	102,3	105,0	107,6	110,3
4	6,52 (6,50)	94,5	97,9	101,3	104,7	108,2	111,6
5	6,73 (6,73)	92,5	96,6	100,7	104,8	109,0	113,1
6	6,85 (6,85)	90,7	95,5	100,7	105,0	109,8	114,6
7	7,03 (7,03)	88,6	94,0	99,9	104,7	110,1	115,4
8	7,13 (7,13)	86,8	92,7	99,3	104,6	110,5	116,4
9	7,20 (7,18)	85,2	91,7	98,7	104,5	111,0	117,4
10	7,25 (7,23)	83,8	90,7	98,3	104,5	111,4	118,3
15	7,50 (7,50)	77,2	86,0	94,8	103,5	112,3	121,1

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 110,022 (110,039)
Performance-Rentenindex: 230,730 (230,711)
Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	4 Dez	8,375-9,75
Commercial Paper (Direktplazierung)	30–59 Tage	7,90
	60–270 Tage	7,70
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	7,95
	60 Tage	7,90
	90 Tage	7,90
Certificates of Deposit	1 Monat	7,85
	2 Monate	7,85
	3 Monate	7,85
	6 Monate	7,85
	12 Monate	8,05
US-Schatzwechsel	13 Wochen	7,21
	26 Wochen	7,29
US-Staatsanleihe	10 Jahre	9,59
	30 Jahre	9,86
US-Diskontsatz		7,50
US-Primerate		9,50
Geldmenge M1	18 Nov	616,6 Mrd $ (+ 2,8 Mill.$)

NYSE-Aktienindex (New York)		
Dezember	118,60	116,60
März	120,40	117,85

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	4.12.	3.12.
11% EEC 90	105	105,625
10% EIB 93	104,5	104,625
11 dgl. 91	105,375	105,75
11½ dgl. 98	106,875	107,25
11% dgl. 95	109,875	110,375
12 dgl. 95	110,25	110,5
12½ dgl. 90	109,75	110,25
12% dgl. 94	114,5	115,125
13 dgl. 96	114,125	114,25
10% Wld Bk 95	101,5	101,375
10% dgl. 88	102,875	103
10% dgl. 90	104,75	105,125
10% dgl. 95	105,125	105,75
11 dgl. 92	104,875	105,625
11½ dgl. 98	108	108,375
11% dgl. 88	105	105,375
11% dgl. 90	106,25	106,625
11% dgl. 89	105,375	105,625
11½ dgl. 90	107	107,5
12 dgl. 95	110,75	111,375
12% dgl. 94	112	112,875
12% dgl. 94	114,875	115,375
6% Sallie 92	98,5	98,625
6% Sears 91	103	103
6% Swed.Ex.91	100,125	100,125
7 TRW 94	100,75	100,5
6% Un.Tech.92	101	101
6% World Bk90	100,125	100,25
6½ dgl. 94	98,875	98,75
7 dgl. 94	101,25	101,25
7½ dgl. 93	104,25	104
8 dgl. 93	106,125	106

Euro-Yen

	4.12.	3.12.
6% Al.Corp 91	101,375	101,375
5% ADB 88	97,375	97,25
7% dgl. 94	103,5	103,625
7 Austria 95	100,875	101
6% Avon 91	99,875	99,875
7 BP 92	103	103
6% Danmark 92	99,5	99,625
7 Denn.Bk. 92	100,375	100,125
7 Dow Chem.94	102,25	102,375
6% EDF 95	100,875	100,875
6% Eurofima86	99,5	99,5
6% dgl. 95	97,625	97,5
6% dgl. 92	100	99,625
7% dgl. 94	103,25	103,125
6% Fannie 92	99,625	99,625
6% Finl.Rep90	100,375	100,375
6% GMAC 90	100,875	100,875
7% Goodyear95	101,25	101,25
6½ dgl. 94	100,25	100
6% ITT 92	100,625	100,625
6½ McDonal.92	100,875	100,625
7% N.Bruns.95	101,125	101,125
7% N.Zeald.90	102,25	102,25
7% dgl. 89	103,125	103,125
7 Pac.Gas 94	102,25	102,25
6% Penney 92	99,875	100
6% Procter 92	101,75	101,5

Lux. Franc Bonds

	4.12.	3.12.
9% Akzo 87	99,75	99,75
9% Asea 89	100,5	100,5
6% Asian Dv87	97,25	97,25
10% BFG Lux90	103	103
11 BNP 90	101,5	101,5
9 dgl. 93	101,25	101,25
10% Paribas89	103	103
10% Ceca 94	105	105
11 dgl. 92	105,75	105,75
13 dgl. 91	104	104
12½ Comalf92	106	105
8 Coptel 88	98,25	98,25
8% dgl. 89	98,5	98,5
11 Cz.Lyon.88	102,5	102,5
13 dgl. 89	101	101
7% Den.Mtg 88	96,5	96,5
10% Euratom96	105	105
11 dgl. 93	103	103
12% dgl. 88	100,75	100,75
12½ dgl. 92	102,5	102,5
10 Eurofima91	103,25	–
10 dgl. 94	103,5	103,25
11% dgl. 89	102,5	102,5
8 EIB 91	98	98
9½ dgl. 95	102,75	102,75
9% dgl. 88	101,25	101,25
9% dgl. 93	102,75	102,75
10½ dgl. 94	106	106
11½ dgl. 88	101	101
12% dgl. 90	102,5	102,5
9% Hypo Bk.88	101,5	101,25
9% Ind.B.F.95	101,25	101,5
11 Krediet.93	106,5	106,5
8 Kredietc 86	99	99
10 dgl. 98	102,75	102,75
11% dgl. 89	103,25	103,25
8 Luxair 87	98,75	98,75
8% dgl. 87	99	99
10% Lux Bk.91	102,25	102,25
12% dgl. 89	100,75	–
9 Mat.Chin 95	100,5	100,5
12½ Nord L.89	102	102
8 Norges 86	98,5	98,5
8 Oslo 89	98,25	98,25
8½ dgl. 87	98,5	98,5
9 Paribas 92	100	100
8 Philips 89	97,75	97,75
7% Renault 88	96,5	96,5
9% Sogenal 92	101,25	101,25
10% Solvay 87	102	–
10% Stockh.86	99,5	99,5
8 Sveriges 88	98,25	98,25
9% Volvo 87	100	100
9% WorldBk.90	102,75	–
10% dgl. 89	102,25	102,25

Rechnungs-Einheiten RE 9 DM 2,60418

	4.12.	3.12.
8% Cop City91	97	97
8% CCA 91	97	97
9% Gaz d Fr86	99	99
11% Ned. G.88	101,5	101,5
9% Queb. P.94	99	99
8½ SDR 94	97	97

ECU

	4.12.	3.12.
10% Al.Dbk89	102,75	102,75
10% dgl. 91	103,75	103,875
9½ ABN 92	102,625	102,75
All Nippon 95	99	99
9% ANZ 92	102,375	102,375
10% Austria93	107,25	107,375
10 BNDA 97	101,75	101,875
9 M.+Hope 92	100,75	101,125
9 Bk.Hels.96	97,25	97,5
9% Bk.Tok.90	101,875	102,125
10% dgl. 91	103	103,25
10% dgl. 91	102,625	103
8% BNP 95	98,25	98,375
8% Bay.Vbk.88	101	101,125
8% BFCE 95	97,75	97,875
9% dgl. 92	103	103,375
9% dgl. 95	103,125	103,375
9½ Bell 92	98,5	98,75
9% CNT 92	103,25	103,5
9% dgl. 95	103,25	103,625
8% Cargill 95	97,5	97,5
10% Ceca 89	106,75	107
11% dgl.94/I	108,625	108,875
11% dgl.94/II	108,75	108,75
9 Chrysl. 92	97,5	97,75
10 dgl. 91	102,625	102,875
10½ dgl. 93	102,875	102,875
9 ClubMed 88	100,75	101,125
9% Comalf 92	101,875	102
9½ dgl. 95	102,125	102,25
9% CCF 95	100,625	100,75
9% CrdNord 91	102,5	102,5
11% CrdFonc90	106,5	106,75
11% dgl. 90	107,5	107,75
8% CrdNat 95	99,125	99,375
10% dgl. 94	106,125	106,25
8% Crdanst.94	99,125	99,25
9% Credito 92	101,375	101,5
9% Denmark 90	100	100
10% Denmark91	106,625	104,875
9% Dresd.bk93	102,5	102,625
9 EDF 97	99,125	99,5
8% EEC 95	99,125	99,375
8% Elf-Aqu. 88	98,875	99,25
9 Enso Gut 91	98,75	99
9% dgl. 93	99,125	99,375
10 Euratom 97	104,5	104,625
9% Eurofima93	102,5	102,625
11 dgl. 92	108,375	108,625
8% EIB 95	99,75	99,75
9% dgl. 95	103,5	103,75
10% dgl. 94	104,375	104,375
10% dgl. 89	105,5	105,625
10% dgl. 94	105,875	106,125
10% dgl. 90	106,5	106,625
11% dgl. 92	107,875	108
11% dgl. 94	109,5	109,75
9 Eutelsat 93	99	99,25
8% Fiat 90	99	99,125
9 IBKFinal 95	98	98,125
8% Ford C.93	98,125	98,125
11 Genfin.90	106,875	106,875
10% Girozt. 95	107,125	107,375
10% GTE 92	108	108
10 IADB 95	105,75	103,875
8% IBM 90	101,125	101,25
11 IRI 89	105	105,125
9% Italia 89	101,375	101,375
10½ dgl. 92	105	105,125
11½ dgl. 90	107,875	107,875
9% Kansall 92	100,75	101
9% Kbiffuso 92	101,375	101,375
11% LTCB 90	106,75	107,5
10% Megal 95	105,75	105,875
8% Mits.Tr.95	97,625	97,625
9 MoetHen.91	99,5	99,625
9% Mol 90	101,5	101,5
8% Morgan 90	98,875	99
8% Motorola92	99,5	99,5
9 Nerna 95	98,125	98,25
9% N.Zeal. 90	101,25	101,375
9% N.Zeal.92	101,75	101,75
11 Nipp.Crb91	106,5	106,625
9 Ostlbk. 89	100,75	100,75
8% Olivetti93	98,125	98,25
10 Pechin.90	102,375	103
9 Petroc.95	96,625	97
9% Peugeot 90	100,375	100,625
10% dgl. 90	103,125	103,375
9 Philips 95	102,25	102,25
9% Pitco 92	103,75	103,75
10 Prvbk. 92	102,875	103
11% Queb.Pr89	106,75	106,75
10% RATP 92	105,125	105,125
9% Rabobk. 95	103,5	103,5
8% Reynolds91	98,625	98,875
10% Roybk.Ca89	104,125	104,25
9 SAS 95	99,875	100
9 Sanwa 95	98,375	98,375
8% Secpac 90	98,75	98,625
11% SNCF 94	109,75	109,75
9 SNCI 95	99,625	99,625
10% Sparkas91	103,875	104
9% Sumitcorp93	100,375	100,5
9 Sumitfin 93	100,125	100,25
9 Unibk.Nor.95	99,375	99,375
9% WestLB 90	104,5	104,5
9% Westpac92	101,75	102
8% Worldbk 93	98,75	98,75
9% dgl. 95	103,625	103,75
9% dgl. 92	103,25	103,375
10% dgl. 89	105,375	105,375
10% dgl. 88	105,625	105,5
10% dgl. 94	106,75	106,75
11 dgl. 93	106,875	107

ECU-Tageswerte

	4.12.	3.12.
Dollar	0,876347	0,714854
Bfr	44,8118	44,8303
DM	2,20637	2,20622
Hfl	2,48268	2,48301
L	0,589534	0,589707
Dkr	7,98567	7,98686
FF	6,72768	6,73086
Lira	1504,68	1501,89
I-£	0,713654	0,714034
Sfr	1,83681	1,84065
öS	15,4937	15,5020
Peseta	136,184	136,045
Skr	6,78185	6,69543
Nkr	6,65232	6,64426
Kan-$	1,21715	1,20987
Esc	140,653	139,780
Fmk	4,77256	4,77419
Yen	177,854	178,97
Drachme	131,066	131,040

Spitzenkurse nicht gehalten

Größere Schwankungen bei den Bankaktien

DW. – Die unter dem Eindruck der Flick-Transaktion ausgelöste neue Kaufwelle auf dem Aktienmarkt flachte sich im Verlaufe spürbar ab. Die Spitzenkurse des Tages konnten nicht gehalten werden, da auf der erhöhten Kursbasis die Abgabeneigung wuchs. Dennoch gab es in einzelnen Papieren noch Aufwärtsbewegungen, so vor allem im Automobilbereich bei Henkel und einigen Bankaktien. Die Papiere der Deutschen Bank gaben während der Börsenzeit unter lebhaften Umsätzen merklich nach, schlossen aber noch über Vortagsstand.

Aus dem Rahmen fiel die BHF-Bank, wo die dementierten Aufkaufabsichten für einen Rückschlag um mehr als 35 DM sorgten. Sehr fest tendierten andererseits die beiden bayerischen Großbanken. Offensichtlich profitierten sie zumindest stimmungsmäßig von den Schwierigkeiten der genossenschaftlichen Spitzenbank in ihrem Bereich. Auf dem Elektrosektor lagen Siemens-Aktien zunächst fest, fielen später aber auf den Vortagskurs zurück. Bei den Maschinenbauaktien gab es noch überwiegend steigende Notierungen. Von spektakulären Bewegungen konnte aber keine Rede sein. Chemieaktien waren überwiegend widerstandsfähig, hier ist die Glattstellungsneigung nur gering ausgeprägt. Aktien des Konsumbereiches waren fast unverändert, bei den Versicherungen ergaben sich ebenfalls keine nennenswerten Verschiebungen. Die spekulativen Käufe bei Aachen-Münchener Beteiligung haben seit geraumer Zeit aufgehört.

Frankfurt: Cassella zogen um 28 DM und Wella um 30 DM an. Braun AG verbesserten sich um 30 DM. Adler verminderten sich um 14 DM, Henniger um 4,40 DM und Metallgesellschaft um 8 DM.

Düsseldorf: *Aseag stiegen um 5 DM,* Bilfinger um 6 DM und Hochtief um 15 DM. Rheag gaben um 10 DM nach, Stahl Bochum sanken um 5 DM und Zanders fielen um 4 DM.

Hamburg: Beiersdorf wurden *mit plus 6 DM,* Phoenix Gummi mit plus 1 DM und Bremer Vulkan mit plus 1,50 DM gehandelt. HEW lagen mit minus 1 DM etwas leichter und Triton mußten um 6 DM zurückgenommen werden.

Berlin: Rheinmetall St. gewan*nen 12 DM und* Berliner Elektro 5 DM. Detewe büßten 8 DM, Berliner Bank 4,50 DM und DUB-Schultheiss 4 DM ein. Schering lagen um 2,50 DM und Herlitz Vz. um 2 DM leichter.

München: Ackermann erholten *sich um 1 DM, Agrob St. um 4 DM* und AKS um 2 DM. Audi gaben um 43 DM nach, Blattmetall sanken um 20 DM und Wanderer verminderten sich um 10 DM.

Stuttgart: Daimler verteuerten sich um 18 DM und Mercedes um 15 DM. Porsche machten 15 DM gut. IWKA zogen um 6 DM an. Württembergische Cattun erhö*thens sich um 5 DM.* Stuttgarter Hofbräu gaben um 20 DM und die Vorzüge um 9 DM nach.

Nachbörse: *uneinheitlich*

WELT-Aktienindex: 249,19 (245,84)
WELT-Umsatzindex: 4791 (5148)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

		5.12.	4.12.
H	Aach M Berl 10	1780	1775
H	Aach. M. Vers. 7	1200G	1140
D	Aach. Rück. 9	3340	3340
D	Aseag *4	415T	410T
M	Ack-Gögg 6	149	148bG
H	Adca 3	169	165
D	Adler 9	305G	305G
F	Adt 0	45	47
F	AEG 0	227	223,7
D	AEG KABEL 9	325	323,5
S	Aesculap 9	469	469bB
F	AGAB 5	121	121,5

		5.12.	4.12.
D	Conc. Chem 4,5+3	343T	340T
B	Conc. Spinne - 0	400T	400T
D	Contigas 7,5	357	354,5
D	Conti Gummi 3	161,6	157
D	Dahlb. St. 7,65	283	280
D	dgl. Vz. 14,55	420G	420G
S	Daimler 10,5	1172	1154bG
M	Deckel AG 0	218	216
D	Dt. Atl. Tel.10+1	590bG	580G
H	Doag 5	340bB	328
D	Dt. Babcock St. 3	208	211
D	dgl. Vz. 3,5	198	200
F	Dt. Bank 12	717	694
D	Dt. Centralboden 12	620G	620bG

		5.12.	4.12.
H	Hb.Hochb *4+0,64	97	–
H	HEW 5	116,5	117,1
H	Hdl Lüb. 9	450	449
Hn	Hann. Papier 5,5	134	136,5
H	Harmstorf 0	107,5	106,9
D	Harpener 11	350	349
F	Hartm. & B.St. 4	890B	–
F	dgl. Vz. 4	810G	820G
M	Hasen-Bräu 9	1000bG	1020
S	Heidelb. Zem. 7	405bG	405G
M	Heilit & W. 5	290bG	293G
D	Hein. Lehm. *0	270T	265
D	Helnr. Ind. *14+4	590	590G
H	Hemmoor 12,5	-G	-G
D	Henkel	392	374
F	Henninger 7	145	149,4

		5.12.	4.12.
F	MAB 6,5+1	430T	470T
F	dgl. Vz. 6,5+1	–	–
D	Mannesmann 4	264	262
F	Mannh. Vers. 8	855	850
H	Markt & K. 7	209G	208G
F	MAN St. 0	194	185
F	dgl. Vz. 0	185,5	184
F	MAN-Rol. 20,2	570bB	570T
S	M.Mühl.Weing. *0	350	350bG
D	Mauser 0	104,5	102bB
F	Mercedes 10,5	1070	1056
F	Metallges. 0	302	310
S	Met. u. Lack 0	120G	120bG
S	Müag 6,5	421bG	418bG
F	Moenus 0	96,5	100
F	Monachia 5	2300G	2300bG

Oslo

	5.12.	4.12.
Bergen Bank	169,5	168
Borregaard	455	452,5
Den Norske Cred.	181,5	180
Elkem	109,5	105
Kreditkassen	179	180
Norsk Data	447,5	–
Norsk Hydro	157,5	–
Storebrand	290	287
OSE Ind. Index	397,29	397,29

Optionshandel

Frankfurt: 5. 12. 1985
4204 Optionen = 224 100 (171 200) Aktien,
davon 912 Verkaufsoptionen = 46 100 Aktien

Kaufoptionen: **AEG** 1-160/68, 170/68; 280/2,5; 4-160/71,25; 240/19,4; 250/14,8; 260/11, 300/6; 7-200/40; 220/35, 260/20, 270/14; 300/7; **BASF** 1-198/67; 217/48; 227/38; 237/28; 247/18; 248/17; 258/11,2; 260/11,1; 270/6; 280/2; 300/1; 4-250/33, 260/26; 270/17,5; 280/14,1; 290/11,2, 300/9; 310/7, 7-280/26; 290/24,5; 310/12; 320/10; **Bayer** 1-230/24; 240/21; 251/10; 260/5,5; 270/2; 280/1,5, 250/25; 4-260/18; 270/13; 280/9,4; 300/7, 320/4,1; 7-260/25; 270/13, 280/17; 300/12,9, **BHF** 7-480/69,9, 490/68; 510/44,4; **Bay. Hypo** 4-400/70,75; 500/18; **Bekula** 1-100/11; 110/2,6; 4-120/3,4. **BMW** 1-550/40; 560/20; 4-600/38; 660/30; 700/20; **Bay. Vereinsbk.** 1-420/45; 440/29; 4-450/37; **Commerzbk.** 1-220/52,5; 230/45; 250/23,5; 260/18,6; 270/13; 280/6,5, 290/6, 300/5,5; 4-230/60; 240/54; 250/39,6; 260/34,9; 270/29; 290/25; 310/15; 320/11; 7-270/42, 280/36,9; 300/30, 310/26; 320/23; 330/18; 340/15; **Conti** 1-160/6; 170/3,6; 4-160/14,4; 170/12; 180/8; 190/4,5; 7-170/19; 180/16, 190/10; **Daimler** 1-1300/24, 4-1500/40; 7-1300/128,75; 1400/95, 2000/35; **Dt. Babcock** St. 4-200/35; 220/23,9, 230/20; 7-25/20; 240/25,7; **Deutsche Bk.** 1-602,90/110; 632,90/94; 642,90/90, 700/48; 720/30; 4-632,90/140, 700/91; 750/88, 770/55, 780/45; 7-750/88; 760/70; 770/50; 800/35; **Degussa** 4-470/25; **Dresdner Bk.** 1-230/114; 240/104; 280/64; 300/48; 330/23, 350/11; 370/4,9; 4-320/47; 350/40; 390/32; 400/24; 410/15; 420/13; 7-380/38; 410/30, 420/22, 430/18; 450/10; **GHH** Vz. 1-170/31; 4-210/19,8; **Hoechst** 1-240/19,6; 260/6,5; 270/2; 280/1,5; 4-230/40, 240/30, 260/15; 270/13,5; 280/11, 300/7, 7-280/18; 290/13; 300/9,2; 330/6; **Hoesch** 1-140/22; 150/16; 160/8,5; 170/3,5; 180/1; 4-120/52; 130/43, 140/32, 150/24; 160/18, 170/17; 180/11, 190/10, 200/8; 210/4; 7-150/33; 160/28,7; 170/21,2; 180/18; 190/15, 200/12; 210/8; 220/6,35; **Karstadt** 1-310/29,2; 4-360/33; 370/29,2, 400/10, **Kaufhof** 7-400/16,5; **Klöckner** 1-60/35, 65/30; 70/25; 75/20; 80/15; 90/6, 95/4,4; 100/3,6; 4-75/24; 80/20; 85/16,1; 90/10; 110/5,4, 110/8,1, 7-75/27, 85/26, 95/19; 100/12; 110/9; 120/6, 130/5, **Lufthansa** St 4-240/14,4; **Metallges.** 1-300/16, 4-340/24,6; **Mannesmann** 1-200/64, 216/48; 220/44, 230/34, 250/20; 260/8,9; 270/6,5; 280/4,2; 4-250/35; 260/29; 270/11, 280/19; 290/14; 300/10; 7-240/58; 270/35; 270/35; 300/20; 320/13; **Nixdorf** 4-600/30; **Preussag** 1-270/3; 4-300/10; 7-280/17; **RWE** St. 1-200/5; 210/3,5; 4-200/12,3; 210/10; 7-230/7; **RWE Vz.** 1-180/25; **Schering** 4-750/29,2; **Kali + Salz** 1-350/1; 7-340/25; **Siemens** 1-600/58; 630/37; 640/20; 650/18; 660/14,8; 680/10; 700/8; 720/3,4; 730/2; 4-600/96; 610/90; 620/80; 650/65; 700/41; 720/31; 730/38; 7-610/105; 620/95; 700/56; 730/41; **Thyssen** 1-120/52; 130/42; 140/33; 160/17; 170/7,5; 180/4,4; 4-140/41; 150/32,35; 160/26; 170/20; 180/17; 190/10; 200/10; 210/9; 220/4,5; 7-180/25; 200/18; 210/11; 220/7; 230/5; **Veba** 1-230/45; 231/43; 241/33; 261/14,6; 270/11,5; 280/5; 290/3,4; 4-251/30; 270/23,5; 280/16,8; 290/14; 300/11,4; 7-260/38; 270/30, 290/21; 300/17; **VW** 1-360/48; 365/45; 370/41; 375/40; 380/39; 395/17,6; 400/17; 420/10,4; 430/6; 450/4,5; 460/4; 500/1,5; 4-380/60; 390/40; 400/38; 420/32; 460/24,2; 500/12; 550/6,5; 7-450/63; 460/84; 500/28; 520/24; 550/15; 600/9,5; **Alcan** 7-75/7,5; **Chrysler** 1-100/18; 4-120/10; 130/8; 7-130/13; **Elf** 4-70/5; **General Motors** 1-190/8,1; 200/2,6; 4-210/15,6; 230/11; 7-230/14,4; **IBM** 1-370/18, 400/3,5; 4-370/39; 400/26,9; 420/17,6; 7-400/30; 440/20,2; **Norsk Hydro** 1-40/11,4; 4-45/9; 50/6,4; 7-40/18; 45/12,1; 50/10; 55/7,5; 60/6,3; 70/3; **Philips** 1-45/5,95; 50/3; 55/1,3; 4-45/9,9; 50/4,5; 50/6,4; 60/3,5; 7-40/15,1; 45/11,1; 60/6; 70/3; **Sony** 4-49,70/3,5; **Xerox** 1-160/5,4; 4-140/28; 150/23; 7-150/30; 160/25,9.

Verkaufsoptionen: **AEG** 1-220/7, 4-210/8; 220/10; 7-220/15; **BASF** 1-260/1; 4-240/1,5; 250/2; 260/6; 270/11; 7-220/1; 240/1,6; 2690/10; **Bayer** 1-250/1,2; 4-240/1,5; 250/4; 7-240/5; 250/7; **BHF** 4-460/10; **BMW** 4-540/16; **Commerzbk.** 1-270/2; 4-260/6; 7-250/5; 260/8; 270/12; **Conti** 1-160/3; 4-150/2,4; 160/5,9; **Daimler** 7-1050/35; 1100/55; **Deutsche Bk.** 1-690/5; 4-690/10; 700/15; 7-690/14,4; 700/25; **Dresdner Bk.** 1-330/3; 4-330/5,5; 7-330/9; **GHH** St. 1-210/3; **Hoechst** 1-250/1,5; 4-230/1; 240/2; 250/5, 4; 7-250/6,7; **Hoesch** 1-160/2,5; 7-150/3; 160/8; **Karstadt** 4-300/4; **Klöckner** 4-90/5; 7-80/3; 95/8,6; **Lufthansa** St. 7-210/7; **Metallges.** 4-300/8; **Mannesmann** 1-250/1,5; 260/2,5; 4-250/2; 260/7; 7-250/5; **Preussag** 4-250/15; **RWE** St. 4-190/3,9; 7-190/6,6; **Schering** 4-600/13; **Siemens** 1-640/5; 650/6; 4-630/7; 640/8; 7-630/20; **Thyssen** 1-170/2,5; 180/8; 4-150/2; 160/3,5; 170/6; 7-150/2,1; 160/5; 170/7; **Veba** 1-270/4; 4-270/9,5; 7-260/6; **VW** 1-390/3; 4-570/3,9; 380/6; 390/10,4; 400/11; 7-350/5; 380/20; **Alcan** 7-60/2; **General Motors** 4-170/2,05; 180/7; 7-170/4; **IBM** 1-350/4,5; **Philips** 4-50/2; 7-50/2,2; **Royal Dutch** 1-170/12.

WELT-Aktien-Indices

Chemiewerte: 151,70 (150,64); Elektrowerte: 296,42 (289,45); Autowerte: 591,91 (581,52); Maschinenbau: 168,03 (167,00); Versorgungsaktien: 149,74 (148,50); Banken: 346,04 (337,50); Warenhäuser: 128,00 (130,51); Bauwirtschaft: 385,45 (385,60); Konsumgüterindustrie: 131,24 (129,08); Versicherung: 1291,37 (1282,59); Stahlpapiere: 167,49 (168,99)

Kursgewinner:

Chem. Brockh.	395,00	+45,00	+12,8%
Gerling Vz.	450,00	+38,00	+9,2%
Wibau	13,00	+1,00	+8,3%
Gerling	5000,00	+350,0	+7,5%
Krupp-Stahl	170,00	+12,00	+7,5%
M. Fahr	430,00	+30,00	+7,5%
MG. Rück. Inhab.	2225,00	+115,0	+5,4%
Triumph Int.	58,00	+3,00	+5,4%
Alexanderw.	106,00	+5,00	+4,9%
Braun Vz.	655,00	+30,00	+4,9%

Kursverlierer:

Dm. Hansa	180,00	-20,00	-10,0%
Hanfw. Obera.	235,00	-15,00	-6,0%
Veith-Pirelli	295,00	-15,00	-4,8%
Adler	291,00	-14,00	-4,5%
Adt	45,00	-2,00	-4,2%
Wanderer	500,00	-20,00	-3,8%
Eisen u. Hütt.	395,00	-15,00	-3,6%
Moenus	96,50	-3,50	-3,5%
VDM	315,00	-10,00	-3,0%
WMF Vz.	143,50	-4,50	-3,0%

Junge Aktien

Berlin: Hermes 580,00 T, Köttitzer 1920,00 G, VAB 3000,00 G
Düsseldorf: BASF 256,00, Contigas 335,00, IWK –, Linde 582,00 G, Metallges. 288,00 T. Nixdorf 585,00, Schering 610,00, VEW 132,00
Frankfurt: Allweiler St. 270,00, Allweiler Vz. 213,00 bG, BASF 256,50, Contigas 340,50, Frankona 4??,00, IWK 308,00, Linde 565,00, Magdeburger Feuer 500,00 G, Magdeburger Feuer NA 1520,00, Metallges. 295,00, Moto Meter 203,00 G, Nixdorf 538,00, Schering 612,00, VEW 134,00 bG, Wibau 9,90
Hamburg: Schering 610,00
München: BASF 253,00 bG, Bremer Wolle 187,00 G, Contigas 328,00 G, Isar Amper 348,00, IWK 310,00, Linde 560,00 G, Metallges. 305,00 Grt, Nixdorf 525,00 bG, Schering 610,00 G, Stumpf 120,00 B, VAB 3050,00 G, VEW 133,00 bG, Wanderer 495,00 B
Bezugsrecht: Lehmann 13,00 DM.

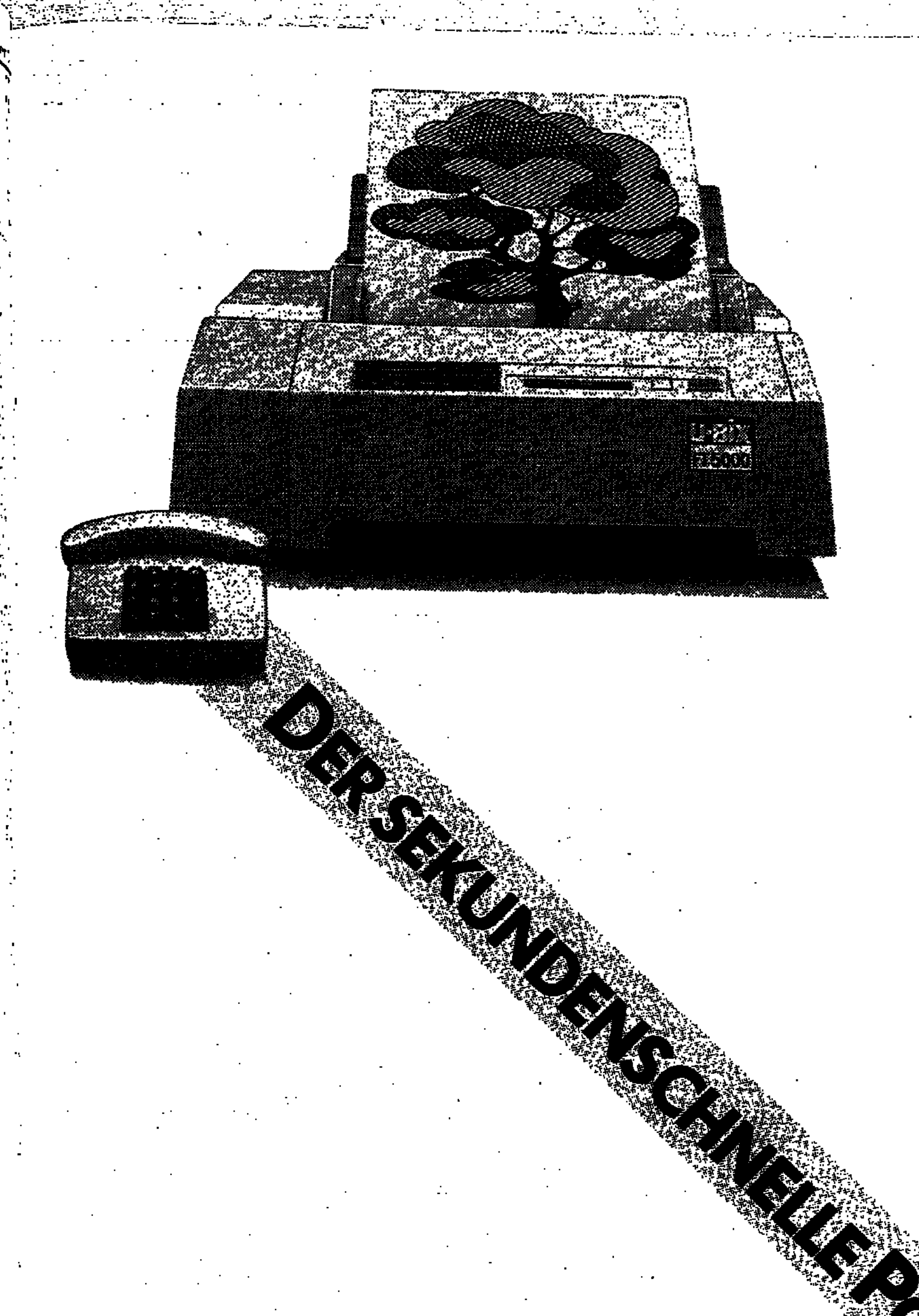
Devisenmärkte

Die Grundstimmung für den US-Dollar blieb am 5. Dezember freundlich. Nachdem anfangs der Woche der Versuch, den US-Dollar unter 2,50 zu drücken, nicht erfolgreich war, scheint man sich auf eine dauerhafte Stabilisierung des Kurses einzustellen. In den USA war man gestern recht zuversichtlich, daß sich die bevorstehende Verabschiedung des Gesetzentwurfs zur Reduzierung des Budgetdefizits positiv auswirken würde. Im Tagesverlauf verfestigte sich der US-Dollar auf 2,5300. Amtlich wurde er mit 2,5266 festgestellt. Die Bundesbank stand abseits. Die Kursentwicklung der übrigen Währungen verlief uneinheitlich. Der Japanische Yen zog auf 1,2430 an. US-Dollar in: Amsterdam 2,8415, Brüssel 51,3075, Paris 7,7035; Mailand 1723,25; Wien 17,7570, Zürich 2,102; Ir Pfund/DM 3,089; Pfund/Dollar 1,4779, Pfund/DM 3,734.

Devisen und Sorten

5.12.85	Frankf. Devisen Geld	Frankf. Devisen Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten* Ankauf	Frankf. Sorten* Verkauf
New York[1]	2,5226	2,5306	2,4972	2,47	2,56
London[2]	3,727	3,741	3,672	3,66	3,81
Dublin[2]	3,082	3,096	3,049	2,99	3,14
Montreal[1]	1,81	1,818	1,7905	1,76	1,86
Amsterd.	88,78	89,00	88,655	87,75	89,50
Zürich	120,10	120,30	120,15	118,25	121,00
Brüssel	4,915	4,935	4,875	4,80	5,00
Paris	32,705	32,865	32,36	31,75	33,50
Kopenh.	27,57	27,69	27,34	26,50	28,25
Oslo	33,11	33,23	32,57	31,75	33,50
Stockh.**	32,85	33,01	32,315	32,00	33,75
Mailand[3]**	1,46	1,47	1,4255	1,41	1,51
Wien	14,213	14,253	14,171	14,13	14,35
Madrid**	1,617	1,627	1,575	1,54	1,66
Lissabon**	1,575	1,595	1,485	1,10	1,90
Tokio	1,2415	1,2445	–	1,20	1,26
Helsinki	46,11	46,31	45,485	45,00	47,00
Buen.Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,05	0,18
Athen* **	1,658	1,712	–	0,95	1,75
Frankf.	–	–	–	1,71	1,80
Sydney*	1,714	1,733	–	1,68	1,78
Johannbg.*	0,895	0,927	–	0,70	1,02
Hongkong*	32,31	32,59	–	30,00	36,00

Alles in Hundert; [1]1 Dollar; [2]1 Pfund; [3]1000 Lire
[4]Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage. * nicht amtlich notiert
** Einfuhr begrenzt gestattet.



DER SEKUNDENSCHNELLE POSTWEG VON TELEFON ZU TELEFON.



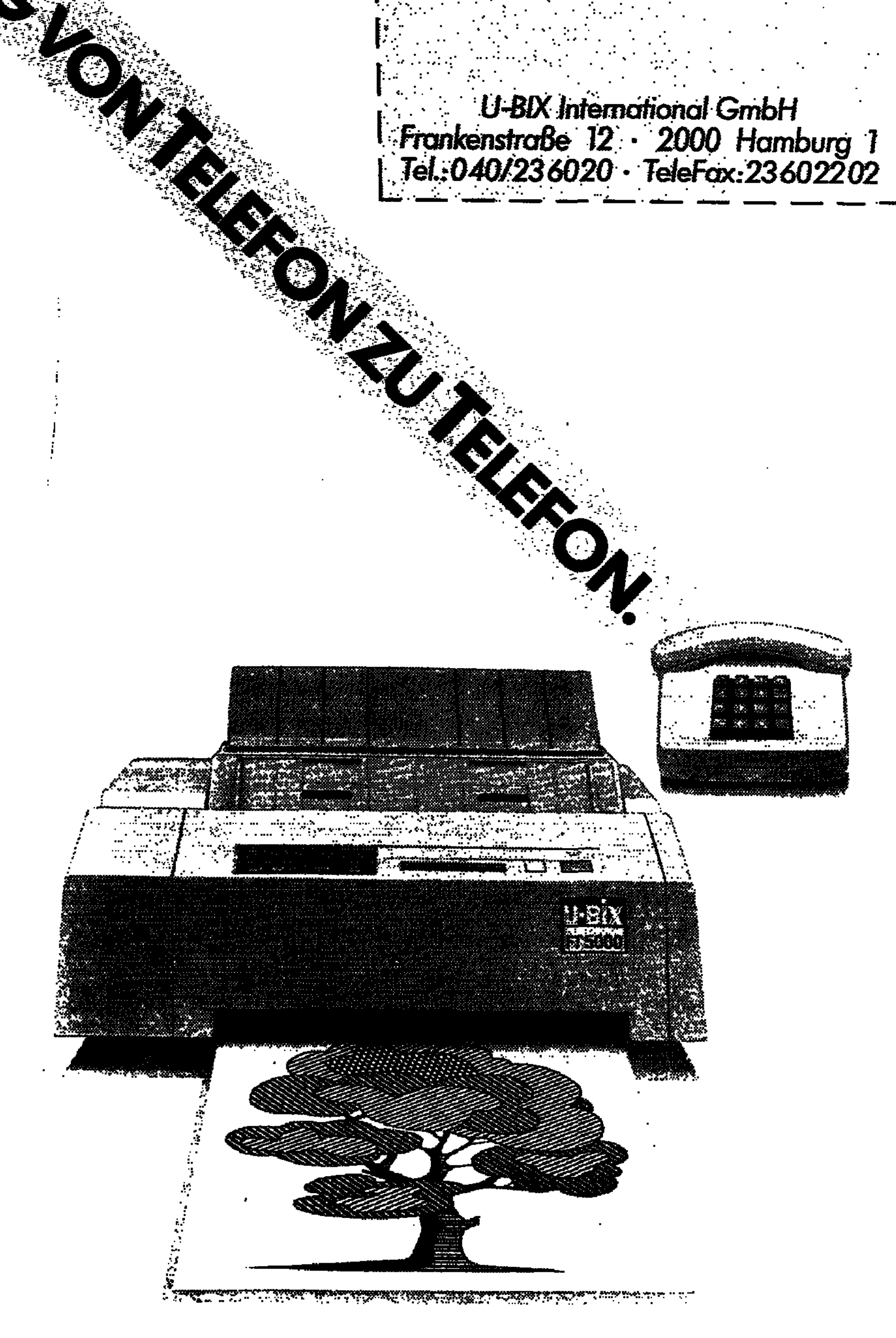
»BAUMSTARK« *Mit meinem Telefon kann ich auch fernkopieren. Von überallher… nach überallhin. Soweit das Telefon-Netz reicht. Nach 20 Sekunden ist der Empfänger im Bilde:*

SCHWARZ AUF WEISS.
ORIGINALGETREU.
IN BILD UND TEXT.
UNMISSVERSTÄNDLICH.

In dieser Zeit bin ich noch nicht mal am Briefkasten – und die Gebühren fürs Fernkopieren sind oft billiger als Briefmarken.
Fehlt nur noch ein TeleFax-Gerät von U-BIX. Genau das will ich jetzt kennenlernen:

Hier meine Anschrift:

U-BIX International GmbH
Frankenstraße 12 · 2000 Hamburg 1
Tel.: 040/236020 · TeleFax: 23602202



ZWEITE LIGA / FC Homburg geht nach 4:1-Sieg in Wattenscheid als Spitzenreiter in die Rückrunde

Wenn es Ärger gibt, greift Trainer Fritz Fuchs zur Gitarre und beruhigt die Feierabend-Profis

BERND WEBER, Homburg

Es ist nun gewiß nicht so, daß alle 44 000 Einwohner von Homburg, „der umweltfreundlichen Stadt an der Saar" (so eine Werbebroschüre), total fußballverrückt geworden sind. Aber der Fußball ist in der Stadt immerhin stark in den Blickpunkt gerückt, spätestens seitdem der FC Homburg 08 am Mittwochabend durch einen 4:1-Sieg bei Wattenscheid 09 die erste Runde der Zweiten Liga als Erster der Tabelle abschloß.

„Wir haben", so sagt denn auch Oberbürgermeister Reiner Ulmcke, der sich kaum ein Heimspiel des FC entgehen läßt, „durch unseren Verein einen weiteren sympathischen Werbeträger für unsere Stadt gefunden." Womit er sicherlich recht hat, denn zumindest in der nächsten Zeit werden die Homburger Fußballer sogar die „Homburger Meisterkonzerte" in den Schatten stellen, bei denen in regelmäßigen Abständen auch Hermann Prey, einer der berühmtesten deutschen Sänger, auftritt.

In Homburg ist Fußball zur Zeit in. Und die, die dafür verantwortlich zeichnen, sind optimistisch, daß dieser Zustand noch eine ganze Weile andauern wird. Zum Beispiel Trainer Fritz Fuchs (42), der zu Saisonbeginn kam und der seine Verpflichtung nur einem Zufall zu verdanken hat. Der Tatsache nämlich, daß sein 18 Jahre alter Sohn Uwe, der schon seit weit über einem Jahr bei den Homburgern spielt, „ein paar Flausen im Kopf hatte". Vereinsvorsitzender Udo Geitlinger (46), ein erfolgreicher Hotelier und Bauunternehmer, der schon seit über 16 Jahren im Amt ist, bat Fuchs sen. zu sich, um mit ihm zu besprechen, wie denn Fuchs jun. härter an die Kandarre zu nehmen sei, um sein großes Talent als Mittelstürmer nicht verschludern zu lassen. Am Ende des langen Gesprächs war Vater Fuchs, der gerade ohne Engagement war, als Trainer verpflichtet. Es war dies der Start zu einem Sensationstrip in die neue Meisterschaftssaison.

Denn schließlich schafften die Homburger in der letzten Saison erst am letzten Spieltag den Klassenerhalt, und der neue Trainer hatte sich lediglich zum Ziel gesetzt, mit der Mannschaft nicht wieder in Abstiegsgefahr zu geraten. Fritz Fuchs zur WELT: „Als es aber gleich beim Start so gut lief, dämmerte mir, daß in den Spielern mehr steckt. Und inzwischen sind sie dank ihrer Erfolge so selbstbewußt geworden, daß sie sich oben in der Tabellenspitze halten können. Allerdings, wir sind keine Spinner. Vom Aufstieg reden wir nicht."

Nein, Fuchs spricht derzeit lieber von den Gefahren, die seiner Mannschaft drohen. „Auf einmal sind unsere Leute für die Medien interessant geworden. Sie erhalten von allen Seiten Einladungen und von überall her kommen die Schulterklopfer. Da ist es nicht einfach, auf dem Teppich zu bleiben." Dies aber zu garantieren, sagt der Trainer, müsse nun sein Hauptziel sein.

In der familiären Atmosphäre des 700 Mitglieder starken Vereins müßte das eigentlich gelingen. „Auf jeden Fall", fügte Vorsitzender Geitlinger hinzu, „werden wir unserer besonderen Spar- und Personalpolitik treu bleiben." In Zahlen ausgedrückt sieht diese Politik so aus: Alle Homburger Spieler beziehen ein Grundgehalt von 1000 Mark, für jeden Sieg gibt es einen Zuschlag von 500 DM. Damit müssen sie freilich nicht auskommen, denn alle in der Mannschaft üben noch einen Beruf aus.

Kapitän Werner Mörsdorf (29) ist Polizeibeamter auf der Autobahnwache Kaiserslautern, Uwe Fuchs wird zum Hotelkaufmann ausgebildet, Mittelfeldspieler Klaus Müller arbeitet in einer Bergwerks-Werkstatt. Und – diese Konstellation ist einmalig im bezahlten deutschen Fußball – Libero Gerd Schwickert (36) ist gleichzeitig Geschäftsführer des Vereins. Noch einmal Fuchs: „Es war zunächst nicht einfach für mich, mit der Rolle Schwickerts klar zu kommen. Auf dem Fußballplatz bin ich sein Chef. Aber wenn es um die Angelegenheiten des Klubs geht, muß ich akzeptieren, daß er in vielen Dingen das Sagen hat. Wir haben nach einigen harten, aber stets sachlichen Auseinandersetzungen zu einer gemeinsamen Linie gefunden."

Was sicherlich nicht zuletzt daran liegt, daß Fuchs ein Mensch ist, der die Harmonie liebt. Wenn der Haussegen einmal schief hängt, greift er zum Beispiel zur Gitarre und singt seinen Spielern etwas vor. Dies vorzugsweise nach dem Training, das viermal in der Woche ab 17.00 Uhr stattfindet.

Stürmt Homburg also mit seinen Feierabend-Fußballern in die Erste Liga? Vorsitzender Geitlinger meint, daß er daran nicht so recht glauben könne, „schließlich machen jetzt alle Jagd auf uns". Aber eines ist klar: Sollte der große Wurf gelingen, dann wird an dem Modell „Feierabend-Fußball" nicht festhalten, dann sollen alle Spieler zunächst einmal für ein Jahr von ihren Arbeitgebern beurlaubt werden. Das, so meint der Vereinsboß, sei vielleicht machbar.

Doch bis es soweit ist, wird noch viel Wasser die Saar hinunterfließen. Nach dem Triumph in Wattenscheid haben die Spieler der besten Mannschaft nach der Hinrunde erst einmal richtig gefeiert. Nachts um zwei Uhr kam ihr Bus in Homburg an. Trainer Fuchs: „Keiner war mehr nüchtern. Nur der Fahrer, selbstverständlich."

Seit 40 Jahren auf der Bühne: Ray Charles – ein Selfmademan par excellence

Der heftige Herzschlag des Blues

So ergreifend erklang seine Interpretation des guten alten „Georgia On My Mind", daß der Bundesstaat von „Vom Winde verweht" und Präsident Jimmy Carter 1978 seine Fassung zur „Nationalhymne" erklärte. Oder „Lucky Ole Sun": Da singt einer, der mit knapp sechs Jahren die Sonne zum letzten Male mit eigenen Augen schaute, als stülpte er, ohne Motown-Kunstgewerbe und Soulklischee, seine Seele nach außen. Spirituals dichtete er in Blues-Hits um, und niemand, der in den frühen Sechzigern begann, die aufregende Welt der Popularmusik immer tiefer zu ergründen, wird seinen Supererfolg von „What d'I Say" vergessen, trotz Elvis, Beatles und all der anderen weißen Paradenstürmer.

Ray Charles Robinson, Sohn eines Bahnarbeiters und einer Wäscherin aus Albany in Georgia, ist noch heute eine Institution, deren größtes Verdienst wohl stets gewesen, Mauern zwischen Stilen und damit zwischen Rassen eingerissen und zu Brücken um-musiziert zu haben. Er ist ein Mann, aus dessen Musik nicht nur die frühzeitige Erblindung, sondern auch der frühe Tod der Eltern spricht, ein Mann, der an einer Blindenschule in Florida ersten Musikunterricht erhielt und alsbald mit diversen Jazz- und Dancebands Georgia und Florida bereiste, um sich ungefähr 1949 – da war er gerade 19 – auf Solopfade zu begeben.

Sein großes Idol hieß Nat „King" Cole, schwarzer Pianist und Sänger aus dem Jazzlager, dem auch Ray Charles sich seiner musikalischen Herkunft nach zeitlebens verpflichtet gefühlt hat – zum Teil zum Entsetzen von Musikerkollegen wie beispielsweise des Blues-Meisters Big Bill Broonzy, der zu Protokoll gab: „Der hat nun mal 'ne Kirchenstimme, und da gehört er hin." Charles selber sagt zwar von sich, er „liebe kitschige Balladen", aber er ergänzt auch: „Alles, was ich anpacke, wird schwarz."

Ray Charles – A man and his soul, 0.10 Uhr, ZDF

Ray Charles, der „mit den Ohren sieht", hat es formidabel hinbekommen, Schubladendenker auszumanövrieren. Für das Jazzblatt „downbeat" ehedem bester Jazzsänger, hat Ray Charles in den sechziger Jahren nicht einmal davor zurückgeschreckt, sich – welch ketzerischer Akt! – in das sorgsam von Weißen gehütete Terrain der Country & Western-Musik zu begeben. Dem Rock 'n' Roll von damals hat er wesentliche Impulse gegeben, genauso wie dem Rhythm 'n' Blues. Er heimste einen Grammy nach dem anderen ein, sammelte Goldene Schallplatten und animierte den Musikkritiker Tom Thompson, im Magazin „Life" zu schreiben, er habe „sich aus allen Musikströmen etwas herausgesogen und daraus einen Fluß gemacht, auf dem wir alle fahren können".

Die neunzehn Jahre Heroin-Abhängigkeit, die ihn ins Gefängnis und dann in die ersehnte Entziehung gebracht hatten, haben seiner musikalischen Ausdruckskraft nichts anhaben können. „Soul ist wie Elektrizität", sagt er, „wie ein Geist, wie ein Magnet, wie eine Kraft", und nur wirklich Selbsterlebtes sei imstande, diese Kraft freizusetzen. Und diese Kraft muß es wohl auch sein, die den Mann aus Albany, Georgia, zum leidenschaftlichen Alleinmarschierer gemacht hat. Von seiner Frau Della, mit der er drei Kinder hat, mauserte der Vater so vieler unehelicher Kinder, daß er selber deren Zahl nicht genau kennt, sich gerade nach seiner Befreiung vom Rauschgift zum erfolgreichen Selfmademan, der sich im Gebäude seiner Firma Recording, Publishing, Management RPM an Los Angeles' Washington Boulevard in seinem Element fühlt – in einem Reich, in das ihm kein Mensch dreinreden darf.

ALEXANDER SCHMITZ

NACHRICHTEN

Anja Wilhelm Dritte

Montreaux (sid) – Die deutsche Meisterin Anja Wilhelm überraschte bei einem internationalen Kunstturn-Wettkampf in Montreaux. Sie belegte im Kür-Vierkampf Platz drei hinter den Rumäninnen Ecaterina Szabo und Daniela Silivas.

Pakistan Weltmeister

Kairo (dpa) – Pakistan verteidigte in Kairo seinen Titel als Mannschafts-Weltmeister im Squash mit einem 2:1-Finalsieg über Neuseeland. Deutschland belegte Platz acht.

Schneller K.-o.-Sieg

London (sid) – Frank Bruno, britischer Europameister der Profiboxer im Schwergewicht, schlug den Amerikaner Larry Frazier in London in der zweiten Runde K.o.. Es war sein 27. Sieg im 28. Kampf.

Zurbriggen gestürzt

Val d'Isere (sid) – Weltmeister Pirmin Zurbriggen (Schweiz) stürzte beim Training zum alpinen Abfahrtslauf in Val d'Isere. Er zog sich Hüftprellungen zu. Das Rennen, das morgen ausgetragen werden soll, ist stark gefährdet. Die für den 13. Dezember geplante Abfahrt des alpinen Ski-Weltcups der Damen in Villars (Schweiz) wurde wegen Schneemangels abgesagt. Gestern fiel bereits die Abfahrt in Puy St. Vincent (Frankreich) aus.

Zur Revanche bereit

Moskau (dpa) – Der entthronte Schach-Weltmeister Anatoli Karpow ist zur Revanche gegen seinen Bezwinger Garri Kasparow bereit. Er teilte dem Weltverband mit, daß er von seinem Recht auf Herausforderung des neuen Titelträgers Gebrauch mache. Als Termin wurde der Zeitraum 10. Februar bis 21. April festgesetzt. Der Spielort ist noch nicht benannt.

Stielike bester Ausländer

Zürich (sid) – Der frühere deutsche Fußball-Nationalspieler Uli Stielike ist von der Züricher Fachzeitung „Sport" zum besten ausländischen Spieler in der Hinrunde der Schweizer Liga gewählt worden. Stielike kam von Real Madrid zu Xamax Neuchatel und führte den Klub an die Tabellenspitze.

ZAHLEN

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren, 9. Spieltag: Düsseldorf – Altena 9:2.

FUSSBALL

Freundschaftsspiel: Westfalia Rhynen – Spartak Moskau 0:8. – **EM-Qualifikation** (U 18), Gruppe 4 in Neapel: Italien – Malta 4:0.

BASKETBALL

Bundesliga, Herren, 12. Spieltag: Bamberg – Osnabrück 91:87, Charlottenburg – Köln 71:75, Gießen – Bayreuth 80:81, SSV Hagen – Oldenburg 93:73, Langen – TSV Hagen 79:77, Leverkusen – Göttingen 109:88.

TENNIS

Offene Australische Meisterschaften in Melbourne, Damen, Halbfinale: Evert-Lloyd (USA) – Kohde (Deutschland) 6:1, 7:6 (8:6), Navratilova (USA) – Mandlikova (CSSR) 6:7, 6:1, 6:4. – Herren, Viertelfinale: Lendl (CSSR) – Lloyd (England) 7:6, 6:2, 6:1, Edberg (Schweden) – Schapers (Holland) 6:0, 7:5, 6:4. – Doppel, Achtelfinale: Annacone/van Rensburg (USA/Südafrika) – Becker/Zivojinovic (Deutschland/Jugoslawien) 4:6, 7:6, 5:7, 7:6, 9:7, Wilander/Nystroem (Schweden) – Dickson/Wilkison (USA) 6:3, 6:4, 7:6.

GEWINNZAHLEN

Mittwochslotto: 11, 25, 26, 29, 31, 34, 38, Zusatzzahl: 3. – **Quoten:** Klasse 1: 447 422,10, 2: 51 625,60, 3: 4565,50, 4: 79,10, 5: 6,70. – **Spiel 77:** 0 5 7 8 9 6 6. (Ohne Gewähr.)

TENNIS / Boris Becker verlor auch im Doppel

Claudia Kohde verärgert: „Punkt und Satz gestohlen"

dpa/sid, Melbourne

Christ Evert-Lloyd bleibt die einzige Spielerin der Weltspitze, die von Claudia Kohde noch nicht besiegt werden konnte. Diesmal half der Amerikanerin auch noch der Schiedsrichter. Sie gewann 6:1, 7:6 und ließ im Halbfinale der Tennis-Meisterschaften von Australien in Melbourne eine empörte Claudia Kohde zurück: „Den Punkt und den Satz hat man mir gestohlen."

Geschehen war dies: Claudia Kohde verschlief gleichsam den ersten Satz und lag auch im zweiten bereits 2:5 zurück. Dann holte sie zum 5:5 auf, erreichte den Tiebreak („Chris wurde immer nervöser"). Doch als Claudia Kohde dann einen Matchball hatte und die Amerikanerin den Ball für alle sichtbar ins Aus setzte und trotzdem einen Punkt gutgeschrieben bekam, war alles beendet. Die völlig konsternierte Claudia Kohde vergab anschließend einen leichten Volley, verschlug hastig eine Vorhand – und Chris Evert-Lloyd gewann auch den zehnten Vergleich der beiden Spielerinnen.

Nach dem Spiel gab es böse Worte und Vorwürfe. Die Vorwürfe kamen von Jürgen Kilsch und Olaf Merkel, Stiefvater und Trainer von Claudia Kohde. Beide warfen ihrem Schützling vor, nicht kräftig genug protestiert zu haben. Claudia Kohde: „Ich habe mich doch beschwert." Doch dieser Protest bestand nur aus etwa 20 Sekunden Schweigen.

Später sagte die beste deutsche Spielerin: „Chris hatte die Schiedsrichter doch von Anfang an auf ihrer Seite. Und nach ihrem Sieg hat sie kein einziges Wort zu mir gesagt. Eine Martina Navratilova hat sogar dann noch ein gutes Wort für die Gegnerin übrig, wenn sie verloren hat." Stiefvater Jürgen Kilsch: „Der Ball war nicht knapp, sondern fast einen halben Meter aus."

Trotz der unglücklichen Niederlage ist Claudia Kohde mit ihrem Abschneiden in Melbourne zufrieden: „Es war mein fünftes Halbfinale in diesem Jahr. Das ist doch schon eine ganze Menge." Zusammen mit ihrer tschechoslowakischen Partnerin Helena Sukova steht sie auch im Halbfinale des Doppels (gegen die Amerikanerinnen Potter und Walsh).

Im Finale spielt Chris Evert-Lloyd einmal mehr gegen Martina Navratilova, die Hana Mandlikova mit 7:6, 1:6, 7:6 besiegte. Es ist das siebte Aufeinandertreffen der beiden in diesem Jahr, beide haben jeweils dreimal gewonnen. Wer morgen im Finale (ab 8.00 Uhr original in der ARD) vorne liegt, schließt das Jahr als Nummer eins der Weltrangliste ab.

Boris Becker kann endgültig nach Hause fahren. Der Wimbledonsieger und sein Partner Slobodan Zivojinovic hatten im Doppel gegen die amerikanisch/südafrikanische Kombination Paul Annacone/Christo van Rensburg im vierten Satz beim Stande von 6:5 und 40:30 sogar einen Matchball. Eine Stunde später aber, insgesamt nach vier Stunden, hatten sie 6:4, 6:7, 7:5, 6:7, 7:9 verloren. Auch in diesem Spiel zeigte sich deutlich, daß Becker nicht mehr die Frische der letzten Wochen besitzt. Er machte viele Fehler, wurde aber von Trainer Günter Bosch verteidigt: „Zivojinovic verschlug auch viele leichte Bälle. Boris konnte diese Fehler nicht immer kompensieren."

Becker zog sich auf den Standpunkt zurück, den er schon nach seiner Einzel-Niederlage gegen den Holländer Michiel Schapers eingenommen hatte: „An manchen Tagen im Jahr läuft es eben nicht so glücklich. Und ich hatte ja in diesem Jahr schon einiges Glück."

Becker kehrt morgen nach Deutschland zurück und will dann in Beckenbauers Tenniscenter in Sarnen (Schweiz) ausspannen. Am 12. Dezember erhält er in Bonn von Bundesinnenminister Zimmermann das Silberne Lorbeerblatt, am Abend desselben Tages wird er in Baden-Baden wahrscheinlich als Deutschlands Sportler des Jahres geehrt. Am 14. Dezember beginnt dann in München die Vorbereitung auf das Davispokal-Finale gegen Schweden.

DÜSSELDORF

Brei vor der Entlassung

sid, Düsseldorf

Das sportliche Debakel des Fußball-Bundesligaklubs Fortuna Düsseldorf (Tabellenletzter) führt in eine immer ernstere Führungskrise. Trainer Dieter Brei scheint vor der Entlassung zu stehen.

Um das Patt zwischen zwei völlig zerstrittenen Parteien im Präsidium aufzulösen, wurde das Vierer-Gremium per Gerichtsbeschluß um einen fünften Mann erweitert. Das Amtsgericht Düsseldorf trug den Notvorstand Reinhard Vossen, bislang nicht einmal Insidern des Vereins bekannt, auf dem bislang vakanten Vorstandsposten ins Register ein. Der Antrag dazu kam von Schatzmeister Norbert Hengstermann, der zusammen mit seinem Vorstandskollegen Frank Weickert in Opposition zu Präsident Peter Förster und dessen Sympathisanten Heinz Heßling steht.

Hengstermann fordert seit einiger Zeit die Ablösung von Dieter Brei, was bisher bei Stimmengleichheit nur am Votum von Förster scheiterte. Der neue, vom Gericht eingesetzte Mann, Arbeitsrichter von Beruf, gilt als guter Bekannter von Hengstermann. Seine Stimme könnte nun den Ausschlag gegen Brei geben. Hengstermann paßte nicht, daß die Verpflichtung von Rolf Rüßmann als Manager des Vereins abgelehnt wurde und daß sich Brei weigerte, Spieler zu verpflichten, die von Berater Holger Klemme betreut werden (zum Beispiel der nun für Saarbrücken spielende Franko Foda).

Wie es weitergehen soll, konnte gestern niemand sagen. Präsident Förster: „Ich will noch keine Stellungnahme abgeben, ich muß erst mit Reinhard Vossen reden." Der Verein verschliß in elf Jahren neun Trainer.

Die Mannschaft von Fortuna Düsseldorf, die in den 17 Spielen der Hinrunde nur neun Punkte holte, muß heute abend bei Waldhof Mannheim antreten. Außerdem spielen Bayer Leverkusen gegen Hannover 96 und Borussia Dortmund gegen den 1. FC Saarbrücken.

KRITIK

Wahrheit und Wirklichkeit in Schwedt

Gesprächspartner werden „vorsortiert", Umfragen verboten, Drehorte genehmigt und durch einen staatlichen „Aufnahmeberater" im Blick behalten – die jüngste Ausgabe des Jugendmagazins **direkt** (ZDF) zeigte wieder einmal deutlich, was es heißt, als Journalist in der „DDR" arbeiten zu wollen. Vier Jugendliche aus der Oder-Stadt Schwedt wurden stellvertretend für ihre Altersgenossen vorgestellt: zu Hause und im Betrieb, als Hobbymusiker und in der Schule. Der anfängliche Hinweis auf die vorsichtige Ausdrucksweise vor der West-Kamera und dem „DDR"-eigenen Betreuer war nur zu berechtigt. Denn jugendliche Aussagen wie „geschenkt wird einem nichts, aber wenn man sich anstrengt, klappt es", vermittelten nur einen unvollkommenen Eindruck von den Nöten, die Jugendliche in der „DDR" auch erfahren können. Daß es „keinen Zwang" gäbe für die Mitgliedschaft in der FDJ und daß der mitteldeutsche Staatsjugendverband allein die Aufgabe habe, die Jugend von der „Straße" zu holen und ihr verheißungsvolle Kulturprogramme zu offerieren, war eine Formel mehr, die die befragten Jugendlichen aus eigener Anschauung im privaten Kreis so kaum wiederholen dürften. Näher an der Wahrheit war der 17jährige Jochen, FDJ-Kulturfunktionär(!) seiner Klasse und angehender Medizinstudent: „Ich würd' schon gern mal in die Bundesrepublik fahren." Er hatte in seinem Zimmer ein Plakat der Kölner Rockgruppe BAP hängen, die wegen eines kritischen Lieds über die Politiker-„Clique" in der „DDR" nicht auftreten durfte. Jochen hoffte, daß Reiseerleichterungen und Dialog weitergehen und „daß dem nicht so viel Steine in den Weg gelegt werden wie jetzt". Solcherart in Schutz genommen, wagten sich auch die anderen drei Jugendlichen an das für die „DDR" heikle Thema Reisen heran. Daß ausgerechnet ein FDJ-Funktionär derartiges anspricht, zeigte deutlich, daß auch organisierte Jugendliche zumindest auf unterer Ebene das haßstrotzende „Feindbild BRD" ihrer Parteioberen nicht ohne weiteres akzeptieren. „Die Informationen, die wir haben, kommen doch alle aus den Medien, und ob wir denen trauen können ..." formulierte Jochen. Vorerst wird der Reiseverkehr freilich trotzdem einseitig bleiben, denn „ändern," so Jochen, könnten die „DDR"-Jugendlichen daran nichts.

HERMANN SCHMIDTENDORF

Pilotprojekt Argusauge im Turnen

Der Gerechtigkeit eine Gasse – und sei sie noch so schmal. Sie wird schon ans Ziel kommen, die Gerechtigkeit. Vielleicht schon am Wochenende, bei den Turnern in Stuttgart. Da werden nämlich statt vier gleich acht Kampfrichter am Gerät sitzen, manchmal sogar zwölf und ihr Augenmerk auf die Weltmeister aus Shanghai und Sachsen richten – zwecks Wahrheitsfindung, sprich: Notengebung. Das Pilotprojekt Argusauge, vom früheren Reck-Weltmeister Eberhard Gienger ausgetüftelt, ist das derzeit modernste „Experiment zur Objektivierung des Kunstturnens" (Gienger).

Mehr Kampfrichter, mehr Gerechtigkeit? Also die Hoffnung, der eine schaue dem anderen mehr auf die Finger als bisher und schwärze ihn notfalls an, wenn ...

Viel Feind, viel Ehr', oder? Wenn da Giengers Gerechtigkeit mal nicht zur Augenwischerei wird.

Denn Kampfrichter im Kunstturnen, ob sie nun einzeln oder in Kompaniestärke auftreten, sind ja zwischen den Fronten nicht einfach unparteiisch, sondern in erster Linie Machtfaktoren, die man stets ein bißchen auf seiner Seite haben sollte, wenn man etwas werden will in diesem Sport. Denn zur ohnedies subjektiven Beurteilung kommen nicht erst seit Einführung des „Code de Pointage" im Jahre 1954 die mehr oder weniger freundlichen Hinweise aus diesem oder jenem Lager.

Warum auch nicht? Schließlich muß sich so ein armes Kampfrichterlein auch eine Meinung bilden, bevor es ans Gerät gelassen wird. Noch bevor es der Turner mit Grätsche und

STAND ● PUNKT

Salto (ver)zweifeln läßt. Oder der Oberkampfrichter. Oder gar der Präsident.

Aber das sind ja Träumereien. Oberkampfrichter lassen nicht zweifeln, Oberkampfrichter weisen in aller Regel an – ohne Widerspruch. Nicht nur die sowjetischen, auch die deutschen. Beim Reck-Kampf zwischen Jürgen Garziella und Kurt Szillier um die deutsche Meisterschaft 1984 trug sich zum Beispiel folgendes zu: Für Szillier zogen die vier Kampfrichter Noten, die einen Mittelwert von 9,35 ergaben. In dem Falle hätte Garziella, der zuvor 9,45 erhalten hatte, gewonnen. Irgend jemand am deutschen Kunstturner-Himmel aber wollte es anders, also geschah es. Der Oberkampfrichter rief seine drei Mitstreiter barsch zur Ordnung. So kam man auf notwendige 9,55 Punkte für Szillier – und flugs war die Sache im Lot.

Präsidenten greifen auch ein, ob nun bei vier oder vierzig Kampfrichtern. Jedenfalls hält es Jurij Titow so und der sitzt dem internationalen Verband und dessen Jury d'Appell vor. Der Genosse Titow greift stets voll hinein in die ach so schön ausgetüftelte Notengebung, kraft seines Amtes de jure und kraft seiner Statur auch noch de facto.

Bei den Gymnastik-Europameisterschaften in Wien hat er auf diese Weise die Note seiner sowjetischen Landsmännin Galina Beloglasowa aufgebessert, was ihr ebenso die Goldmedaille einbrachte wie der Bulgarin Anelia Ralenkowa. Die trat daraufhin zurück, und der Präsident sagte: „Mit einer Goldmedaille läßt sich auch besser aufhören."

Aber in Stuttgart wird endlich alles ganz anders werden. Wirklich?

KLAUS BLUME



III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Der große Preis
Mit Wim Thoelke
11.25 Titel, Thesen, Temperamente
12.10 Gesundheitsmagazin Praxis
Die Milliardenfrage
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

15.00 Evas Töchter (5)
16.00 Tagesschau
16.10 Vorhang auf – Film ab
16.20 Dagmar
Spielfilm für Jugendliche (1985)
17.50 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 Von Augenblick zu Augenblick
Amerikanischer Spielfilm (1978)
Mit Lily Tomlin, John Travolta u. a.
Trisha Rawlings, eine frustrierte Ehefrau aus dem Prominentenviertel Beverly Hills, läßt sich zögernd mit dem wesentlich jüngeren Strip ein. Durch ihn gewinnt die enttäuschte Frau schließlich neues Selbstvertrauen.
21.45 Plusminus
Vorgesehene Themen: Drachenflüge – China kauft den Airbus / Ölpoker in Niedersachsen / Der heimliche Technologietransfer: Wirtschaftsspionage / Fast Food – besser als sein Ruf?
22.30 Tagesthemen
mit Bericht aus Bonn
23.00 Sportschau
23.25 Die Unbestechlichen
Amerikanischer Spielfilm (1976)
Mit Robert Redford, Dustin Hoffmann u. a.
Regie: Alan J. Pakula
Bob Woodward ist erst neun Monate bei der „Washington Post" und journalistisch noch ein unbeschriebenes Blatt, als er für die Zeitung einen Gerichtstermin gegen fünf Männer wahrnimmt. Sie wurden nachts beim Einbruch in die Washingtoner Zentrale der Demokratischen Partei überrascht.
1.35 Tagesschau
1.40 Nachtgedanken

ZDF

14.45 Programmvorschau
14.50 Die Csardasfürstin
Operette von Emmerich Kalman
Mit Anna Moffo, René Kollo, Dagmar Koller u. a.
Regie: Miklos Szinetar
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.30 Freizeit
Winterliches Holland mit Rudi Carrell
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Väter der Klamotte
Der chinesische Freund
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Rück-Show
Das waren Leute – das waren Schlager
Vorgestellt von Hugo Egon Balder
19.00 heute
19.30 auslandsjournal
Moderation: Horst Kalbus
20.15 Der Alte
Kriminalfilm
Die Angst des Apothekers
Gerade aus Ibiza zurückgekommen fährt Frank Zodek zu Apotheker Martin Spohn, um ihn zu erpressen. Spohn habe auf der spanischen Insel nämlich einen Jungen mit seinem Motorboot überfahren. Zodek und ein Fischer wollen die zerfetzte Luftmatratze des Jungen gefunden und versteckt haben ...
21.15 Vorsicht, Falle!
Nepper, Schlepper, Bauernfänger
Eine Sendung von Eduard Zimmermann
21.45 heute-journal
22.05 Aspekte-Literatur
23.20 Die Profis
Liebe ist kein Alibi
0.10 Ray Charles – A man and his soul
1.10 heute

SAT 1

19.40 Sandbaggers
Geheim-Akte Ost/West
Anschließend: APF Wetterblick
20.30 Extrablatt
21.30 APF blick
Aktuelles,
Show und Künstler,
Sport und Wetter
22.15 BUNTE Talkshow
23.15 APF blick
23.30 Chicago 1930
Die kühle Georgia
0.10 Gefährten des Todes
Amerikanischer Spielfilm (1961)
Mit Maureen O'Hara u. a.
Regie: Sam Peckinpah

22.00 Das Reither Nikolausspiel
Film von Wolfgang Pfaundler
Nur alle sieben Jahre wird in Reith im Tiroler Alpbachtal das Nikolausspiel aufgeführt. Niemand kann genau sagen, wie alt das Spiel ist, jedenfalls stammen manche Teile wohl noch aus dem späten Mittelalter, aus dem Barock, und aus der Zeit der Gegenreformation.
Anschl. 3SAT-Nachrichten

3SAT

18.00 Lorn, der Schlangenboy
19.00 heute
19.30 Zur Sache
Politisches Magazin
20.15 Das Traumschiff
Urlaubsgeschichten auf See (5)
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Tagebuch
Aus der Katholischen Kirche

RTL-plus

19.30 Kinoparade
Zuschauer wählen zwischen
1. Das verrückte Polizeirevier
Italienischer Spielfilm (1980)
2. Serenade für zwei Spione
Deutsch-franz. Spielfilm (1965)
20.55 RTL-Spiel
21.05 Bewaffnet und gefährlich
Italienischer Spielfilm (1976)
22.45 Wetter
Horoskop
Betthupferl

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Hallo Spencer
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Tier-Report
Wilde Pferde Afrikas
21.00 Die Erde lebt (11)
Im Meer
21.45 Landesspiegel
RuhrgeBeat
Die wilden 60er Jahre
22.15 August Strindberg (4)
Der dänische Sommer 1888–1891
23.25 Rockpalast
Die kanadische Sängerin Lisa Dalbello
.15 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Hallo Spencer
18.30 News of the Week
18.45 Sehen statt Hören
19.15 Prisma
Spacelab D 1
20.00 Tagesschau
20.15 Rufen Sie uns an
Gespräche über Arbeit und Beruf
21.15 Die Stadt der Weißkragen
La Défense: Beobachtungen zwischen Bürotürmen
22.00 III nach neun
Die Bremer Talkshow
0.00 Nachrichten

HESSEN
18.15 Hobbythek
19.05 Treffpunkt Airport
Unterhaltsames vom Flughafen Frankfurt
20.00 Haus – Herd – Garten
Ein Magazin zum Mit- und Selbermachen
20.45 Gegen Gift und Krankheit mit Analyse und Test
Die Aufgaben des Bundesgesundheitsamts Berlin
21.30 Drei aktuell
22.00 III nach neun
Bremer Talkshow

SÜDWEST
18.00 Das Geheimnis des Weidenkorbes (8)
Anschl. Die kleine Dampflok
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Formel Eins
20.15 Sonde
21.00 Touristik-Tip
21.15 Die Zukunft im Visier
Rüdiger Proske im Gespräch mit Professor Karl Kaiser vom Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn
21.45 Wortwechsel
22.30 Die grüne Brigade (1)
23.30 Nachrichten

BAYERN
19.00 Bergauf – bergab
19.45 Magnum
Rückkehr von den Toten
20.30 Das Forschungsobjekt
Englische Komödie
21.25 Z. E. N.
21.30 Rundschau
21.45 Showmaster
22.30 Nix für ungut!
22.35 Sport heute
22.50 Nacht der Indios
23.50 Rundschau
23.55 Actualités

Marc Aurel in Aspik

M. v. Z. – Rom verdankt seine Existenz der kapitolinischen Wölfin, die Romulus und Remus, die Stadtgründer, nährte. Die Gänse der Juno auf dem Kapitol retteten dann anno 387 v. Chr. durch ihr Schnattern, das die schlafenden Beschützer weckte, diesen Teil der Stadt vor der Zerstörung durch die Gallier. Und nun haben die Römer erneut ihre Hoffnung auf ein Tier gesetzt. Die Kühe sollen helfen, die von zerstörerischen Umwelteinflüssen bedrohten Antiken am Fuße des Kapitols zu bewahren.

An Ideen, wie die klassischen Monumente geschützt werden könnten, hat es bislang nicht gemangelt – aber an Erfolgen. So hatte man sich von einer luftdichten Versiegelung des Marmors mit Hilfe einer Harzlösung viel versprochen, aber dabei nicht bedacht, daß die gefährliche Schwefelsäure, deren Eindringen in den Stein damit verhindert werden sollte, bereits unter der Schutzschicht saß und den Marmor von innen her zerfraß.

Die Fachleute vom Politechnikum in Turin entwickelten erst unlängst eine Idee, wie man die Marc-Aurel-Säule im luftverschmutzten Herzen Roms erhalten könnte. Sie schlugen vor, die Säule in einen fünfzig Meter hohen Kristallzylinder einzuschließen – worauf die Römer das Wort von „Marc Aurel in Aspik“ prägten.

Nun aber sind ein paar Leute auf eine ganz neue Idee gekommen, die eigentlich schon uralt ist. Bei nahezu fünfjährigen systematischen Recherchen mit den neuesten Apparaten und den modernsten Methoden stießen sie auf eine Lösung – über die bereits Vitruv 25 v. Chr. in seiner „De architectura“ und der ältere Plinius (23/24–79 n. Chr.) in seiner „Naturalis historia“ geschrieben haben. Sie empfahlen, zum Schutz des antiken Marmors regelmäßig eine Schicht aus Magermilch und Kalk aufzutragen. Untersuchungen an antiken Gebäuden ergaben, daß sie bis in die neuere Zeit damit gepflegt wurden. Und Versuchsreihen, die man danach anstellte, bewiesen, daß dieses Verfahren die Steine sogar vor der Schwefelsäure schützt. So wurde nun beschlossen, im nächsten Jahr zuerst das Forum Palatinum zu Füßen des Kapitols einer solchen Milchkur zu unterziehen.

Das geflügelte Wort von den Kühen, die auf dem Forum Romanum grasen, haben wir offenbar gründlich mißinterpretiert.

Die Verschlimmbesserer – Wider den Hochmut der deutschen Übersetzer

Alter Mönch – strenger Greis

Es klingt wie ein fauler Witz, wenn Umberto Eco, der Verfasser des Bestsellers „Il nome della rosa“ („Der Name der Rose“), in der 1984 erschienenen „Nachschrift“ zu seinem Buch auf die Frage, „womit sich ein Autor identifiziere“, antwortet: „Mit den Adverbien natürlich“. Er hätte auch das Adjektiv nennen können. Daß ein Autor sich mit diesen kleinen, unscheinbaren Wörtern „identifiziert“, mag zwar übertrieben sein, aber die Färbung, die sie dem Dargestellten geben – oder nicht geben –, pflegt fast immer indirekt den Erzähler ins Spiel zu bringen. Wer sollte es denn sonst sein, als er, der einen Papst als „alten Fuchs“ apostrophiert und von seinem „grenzenlos diskreditierten Namen“ spricht oder der von der „geheimnisvollen Mission“ eines Menschen redet, der von einem „nimmermüden Streben nach Wahrheit“ ausgefüllt war?

All das sind qualifizierende Äußerungen, die – um mit Umberto Eco zu sprechen – die „Enunziationsinstanz“, eben den Erzähler, in einer Weise wirksam werden lassen, die den Leser für oder gegen die Person einnehmen. Es sind Sympathie- oder Antipathielenker. Erst recht gilt das für die „turn ancillaries“, wie Eco sagt, die Hilfsausdrücke, mit denen Reden eingeführt oder abgeschlossen werden, also Wendungen wie „sagte er“, „fügte er hinzu“ usw. Auch sie fixieren die Perspektiven, bestimmen das Licht, in dem etwas gesehen werden soll – und bezeugen so die heimliche Einflußnahme des Autors auf Wohlwollen oder Zurückhaltung des Lesers. Es ist z. B. nicht gleichgültig, ob der Redende schlicht als „alter Mönch“ oder als „gestrenger Greis“ eingeführt wird.

Alle diese Beispiele – der Leser wird es gemerkt haben – entstammen dem Anfang der im Hanser Verlag erschienenen Übersetzung von Ecos Roman, übersetzt von Burkhart Kroeber. Daß der im Klostermilieu des Spätmittelalters angesiedelte historische Kriminalroman nicht leicht zu übersetzen war, ist sicher. Es bedurfte erheblicher, vor allem theologischer und kirchengeschichtlicher Kenntnisse – vom Lateinischen und dem Sprachmischmasch einer der Figuren erst gar nicht zu reden.

Also: grundsätzlich Hut ab vor der Leistung des Übersetzers. Aber warum mußte er Johannes Paul XXII., den Papst, von dem der Autor sagt, er sei bei seiner Wahl 72 Jahre alt gewesen, einen *alten Fuchs* nennen? Warum mußte er die Äußerung des Autors, dieser Papst sei „den guten Menschen verhaßt“, emporstilisieren zu „grenzenlos diskreditiert“? Warum mußte er dem schlichten Wort „Mission“ das Adjektiv „geheimnisvoll“ hinzufügen und das simple „Streben nach Wahrheit“ „nimmermüde“ nennen?

All das hat der Autor absichtlich vermieden. Er wollte seinen Bericht in möglichst trockenem Tone darbieten und es der Intelligenz des Lesers überlassen, herauszufinden, daß der fragliche Papst gerissen, die Mission des Mönches geheim und William von Baskervilles Streben nach Wahrheit groß war. Durch die färbenden, emotionalisierenden Hinzufügungen fälscht der Übersetzer den Ton, er macht den Autor zum Pädagogen und verdummt den Leser – dem er auf die Nase bindet, wie er zu empfinden habe. „Monaco anziano“, das heißt „alter Mönch“ – und nicht „gestrenger Greis“. Und erzählt einer im Scriptorium Witze, so lachen bei Eco die Mönche ringsum nur („i monaci intorno risero“), sie „prusteten“ nicht „los“, wie man bei Kroeber liest.

So finden sich auf fast jeder Seite ein bis zwei Hinzufügungen (selten Weglassungen), die den deutschen Leser, alles in allem, ein ganz anderes Buch lesen lassen als den italienischen – oder französischen oder englischen. Denn weder der französische Übersetzer unseres Bestsellers, Jean-Noel Schifano, noch der englische, William Weaver, sind der Versuchung unseres deutschen erlegen, den Stil des Semiotikprofessors derart ausschmücken und verdeutlichen zu wollen. Zu einer guten Übersetzung gehört nicht zuletzt, daß sie den Urtext nicht verbessert, denn meist wird eine Verschlechterung daraus. Wir reden hier nicht von Übersetzerfehlern, nicht von sprachlichen, sondern von stilistischen Mängeln. Sie zu vermeiden, bedarf es nicht so sehr einer linguistischen als vielmehr einer literaturwissenschaftlichen Schulung.

Eine der dringendsten Aufgaben des Literaturstudiums in den fremdsprachlichen Philologien – und warum nicht auch der Germanistik? – wäre es, sich der literarischen Übersetzung anzunehmen, kritisch, vergleichend, analysierend, durch Übungen, in denen vorliegende Übersetzungen untersucht werden, und aktiv, einübend, indem die Studierenden sich selbst im Übersetzen literarischer Texte schulen. Das geschieht so gut wie nicht an den deutschen Universitäten. Ausnahmen, wie das Heidelberger Dolmetscher-Institut oder neuerdings der Sonderforschungsbereich „Literarische Übersetzung“ in Göttingen, bestätigen nur die Regel.

Natürlich ist das kein Rezept, um die Philologen-Misere zu beheben. Um mehr als den bekannten Tropfen auf einen heißen Stein kann es nicht gehen. Aber besser ein Tropfen als gar nichts. (Vielleicht „höhlt er den Stein“ dann auch ein wenig und bricht bei Verlagen der Erkenntnis Bahn, daß nicht nur neue Werke, wie der „Name der Rose“, sondern auch die bereits übersetzten Klassiker sachkundig übersetzt werden müssen – und, wo sie es nicht sind, eben neu übersetzt zu werden verdienen.)

Ein Wort noch dazu aus romanistischer Sicht. Mindestens zwanzig der größten französischen Klassiker, von Molière über Voltaire bis zu Stendhal, Flaubert und Zola, liegen auf deutsch in der Übersetzung des Schweizers Walter Widmer vor (bei Artemis und Winkler wunderschön präsentiert). Leider war auch dieser emsige Übersetzer, der selbst ein übersetzungskritisches Buch („Fug und Unfug des Übersetzens“) verfaßt hat, ein notorischer Verbesserer seiner Autoren. Nannte Voltaire seinen tumben Westfalenjunker Candide und fügte nichts weiter hinzu, so wußte der Leser, den der Autor im Sinn hatte, was der Name bedeutete. Widmer fügt in seiner Übersetzung (dtv Bibliothek Kubin, als Lizenzausgabe nach Winkler) hinzu: „Candide, *das heißt ohne Falsch und Arg*.“ So verdummt auch dieser Übersetzer den Leser.

Und das tut er nicht bloß in seiner Candide-Übersetzung, sondern auch bei Stendhal, der nicht zufällig behauptete, er habe vorm Schreiben seiner Romane im Code Napoléon gelesen. „Un fameux coeur“ verwandelt sich da in „Nerven aus Stahl“ (das bezieht sich auf den Helden von „Rot und Schwarz“, Julien Sorel), „un homme actif“ wird zu einem „rührigen, umsichtigen Herrn“, ein „wohlerzogener und rechtlicher Mensch“ ist im Original einfach „un honnête homme“, und hinter „Wonne und Heiterkeit der Dienerschaft“ verbirgt sich das schlichte „la joie des valets“. Empfiehlt zu Anfang von Flauberts „Madame Bovary“ der Schuldirektor einen neuen Schüler, so „legt“ dieser ihn bei Widmer dem Lehrer „besonders ans Herz“, ein Prahler wird zum „Säbelrassler“, Unmut wird eine „griesgrämige Laune“ usw. Das alles ist zu dick aufgetragen.

Walter Widmer, dieser marktbeherrschende Übersetzer französischer Klassiker, der nicht zufällig Schullehrer war, lebt nicht mehr. Aber die Tradition der verbessern wollenden Übersetzung, die in Wahrheit nur Besserwisserei ist, lebt weiter. Daß Sachlichkeit Größe bedeuten kann, scheint eine Erkenntnis zu sein, die sich bei unseren Übersetzern bis heute noch nicht herumgesprochen hat. JÜRGEN v. STACKELBERG



Blick auf Monde und Demimonde von Paris: „Im Moulin Rouge“ (1892) von Toulouse-Lautrec, aus der New Yorker Ausstellung FOTO: KATALOG

Magnet in New York: Henri de Toulouse-Lautrec

Ein Hauch Moosgrün

So wie Henri de Toulouse-Lautrec hat kein anderer die Monde und Demimonde des Paris der Jahrhundertwende dargestellt. Lautrecs Dandys und Nutten, seine abgehalfterten Schauspieler und Clowns, die breitbeinigen Kokotten und feisten Lebemänner sind für immer in unser visuelles Vokabular eingegangen, nicht zuletzt wohl dank der unermüdlichen Poster-Druckerei seit 90 Jahren.

Kann eine Ausstellung da Neugierde wecken? Sie kann. Denn erstens wird sie von dem renommierten Museum of Modern Art in New York ausgerichtet, und zweitens steht hinter ihr Wolfgang Wittrock. Wittrock, der jedem Grafik-Liebhaber als eine Autorität für Drucke des 19. und 20. Jahrhunderts geläufig ist, hat in jahrelanger Forschungsarbeit einen Werkkatalog der Grafiken des Künstlers Lautrec erstellt, der nun von einer über 300 Exponate umfassenden Ausstellung begleitet wird.

In die Ausstellung selbst zu gelangen ist überaus schwierig, denn der Name Toulouse-Lautrec zieht geradezu magnetisch die Menschenmassen an. Die Schlange, die vor dem Eingang auf der 53. Straße auf Einlaß wartet, erinnert an die Mob-Szenen, die sich anläßlich der Picasso-Ausstellung 1980 abspielten. Wenigstens herrscht in den Ausstellungsräumen diszipliniertes Gedränge. Säuberlich defiliert die dicke Menschenschlange an Lithos und Gemälden, an Lautrecs Entwürfen von Theaterprogrammen, Buchumschlägen, Einladungen und Plakaten vorbei. Der chronologische Fluß hat etwas Suggestives, zumal Wittrock sehr häufig die Evolution einer Grafik aus einem Ölgemälde oder einer Gouache belegt. Da ist es dann faszinierend, zu sehen, wie aus der Vorlage das Litho entsteht, wie die verschiedenen Versionen – je nachdem, mit welchen Steinfarben sie gedruckt werden – ganz unterschiedliche Stimmungen und Wertigkeiten entwickeln.

„Miss Loie Fuller“ (1893) ist eine fast abstrakte, ins Ätherische aufgelöste Form: die Tänzerin Fuller, die mit wehenden Schleiern, von verschiedenfarbigen Lichtern angestrahlt, in den Folies-Bergère auftrat, erscheint in fünf verschiedenfarbigen Lithos, die von schwarz-weiß über rosabraun und blau-braun zu einem geheimnisvollen Moosgrün reichen. Diese Lithographien geben Aufschluß über Toulouse-Lautrecs Fähigkeit, den Druckprozeß auf seine Weise zu beleben. Er verwarf die damals übliche Technik des Dreifarbensystems, bei der hintereinander gelb, rot, blau und dann schwarz gedruckt wurde, zugunsten einer Technik, die es erlaubt, die Farben nebeneinander statt hintereinander zu drucken, um so die gewünschten satt-farbigen Effekte zu erzielen.

Von Licht und Schatten kann keine Rede sein, auch nicht von großen Untiefen. Vieles ist nur angedeutet, leicht hingeworfen, Striche formieren sich zu charakteristischen Umrissen – doch was für Striche! So locker ist das und so frei, wie da zum Beispiel Mme. Eglantines Tanzgruppe hingehaucht wird, wie da in „The Swoon“ (1894) die Schauspielerin wie ein elegantes, schwarzes Handtuch über dem Arm ihres Begleiters hängt – kein Wunder, daß der große Degas, den Lautrec zeitlebens schüchtern bewunderte, ihm grummelnd bescheinigte: „Man sieht, Lautrec, daß du dich auskennst“.

Die Ausstellung geizt auch nicht mit kleinen Überraschungen: Neben der farbensprühenden Gouache „Jane Avril Dancing“ hängt eine ganz anders geartete Avril aus der Café-Concert-Serie von 1893, wo die Avril etwas von einem höchst intensiven, gnomenhaften Kind an sich hat. Oder die humorvolle Konfrontation, bei der sich ein Pferd und eine Bulldogge gegenüberstehen, wobei die Bulldogge eine Pfeife raucht (1899). All das kleine Szenen am Rande des Schaffens, die aber viel über den Künstler und den Blick, mit dem er die Welt mißt, mitteilen.

Dieser Blick war wohl einer der schärfsten im damaligen Paris, und wie er das Amüsiervölkchen der Metropole einfängt, das hat nicht seinesgleichen. Lautrec hat mehr als nur den spontanen Moment festgehalten; er hat – der Katalog zitiert Baudelaire – „das Ewige aus dem Vergänglichen“ destilliert. (Bis 26. Jan.; Kat. 22,50, geb. 60 Dollar; am 13. 12. startet in Hamburg die Ausstellung „Pariser Leben – Toulouse-Lautrec und seine Welt“.) VERA GRAAF

JOURNAL

Onassis-Stiftung will Kulturzentren errichten

dpa. Athen

Die gemeinnützige Alexander-Onassis-Stiftung hat ihren Plan, ein modernes Herzchirurgie-Hospital mit 110 Betten in Athen zu errichten, endügltig zu den Akten gelegt. Die Stiftung hat damit einen Schlußstrich unter ein jahreslanges Tauziehen mit der sozialistischen Regierung über die Bedingungen der geplanten Schenkung gezogen. Für die 40 Millionen Dollar, die für das Krankenhaus vorgesehen waren, sollen nunmehr zwei Kulturzentren geschaffen werden, eines in Athen, das andere in New York.

Streit um Fassbinder flammt wieder auf

AP, Frankfurt

Nur kurz nach dem Verzicht der Frankfurter Städtischen Bühnen auf weitere Aufführungen ist der Streit um das Fassbinder-Stück „Der Müll, die Stadt und der Tod“ erneut aufgeflammt. Der Verlag der Autoren, der über die Bühnenrechte verfügt, kommt zu der Auffassung, daß die geschlossene Pressevorstellung in Frankfurt am 4. November rechtlich als Uraufführung gelten kann. Der Verlag will das Werk daher jetzt für andere interessierte Bühnen freigeben. Diese Entscheidung ist sowohl bei der Stadt als auch bei der Frankfurter Jüdischen Gemeinde auf heftige Kritik gestoßen.

Verleger fordert Boykott der Literaturpreise

dpa, Paris

Der französische Verleger Pierre Belfond hat seine Kollegen aufgefordert, in Zukunft die Jurys der großen Literatur-Preise, wie „Goncourt“, „Renaudot“, „Femina“, „Medicis“ und „Interallié“, zu boykottieren. In „Le Monde“ kritisierte er die „Personal-Union“ der „Autoren-Kritiker-Juroren“ und die Vergabe der meisten Preise an die Verlage „Gallimard“, „Grasset“ und „Le Seuil“. Das bereits im Volksmund „Galligrasseuil“ genannte Trio erhielt im vergangenen Vierteljahrhundert 18 „Goncourt“, 21 „Renaudot“, 24 „Femina“, 21 „Interallié“ und 19 „Medicis“.

Weltkongreß der Kritiker 1987 in Ost-Berlin

dpa, Rom

Der 10. Weltkongreß der Internationalen Theaterkritikervereinigung findet 1987 in Ost-Berlin statt. Das wurde auf dem jetzt in Rom beendeten 9. Weltkongreß der Vereinigung, die dem Internationalen Theaterinstitut angeschlossen ist, beschlossen. Auf dem Kongreß, der „aus Anlaß der 750-Jahr-Feier der Gründung der Stadt Berlin“ im Osten der geteilten Stadt durchgeführt werden soll, ist ein Symposium zum Thema „Die Rolle des Theaters in der Geschichte einer Stadt, eines Territoriums und einer Region“ geplant.

Frankreich: Nationales Orchester für Jazz

AFP, Paris

In Paris ist ein „Nationales Jazz-Orchester“ gegründet worden. Die Leitung des Ensembles wurde für das erste Jahr, 1986, dem Saxophonisten François Jeanneau (50) übertragen. Der Orchesterchef wird jährlich neu gewählt. Die Band verfügt über ein Jahresbudget von umgerechnet 2,6 Millionen Mark. Das Eröffnungskonzert findet am 3. Februar im Pariser Théâtre des Champs-Elysées statt.

Hebbels „Nibelungen“ oder Siegfried im Pissoir

dpa, Dresden

Die bereits im vergangenen Jahr als Neuinszenierung herausgebrachte „Nibelungen“-Trilogie von Friedrich Hebbel am Staatsschauspiel Dresden ist inzwischen überarbeitet worden und hat sich jetzt als Publikumsrenner erwiesen, wie das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ berichtete. Insgesamt suche der Regisseur, Wolfgang Engel, nicht die ferne Größe der Recken, sondern ihre profane Alltäglichkeit. „So wird die Intrige zwischen Hagen, Gunther und Siegfried gegen Brunhild ordinär in einem neonbeleuchteten, bespiegelten und weiß gekachelten Pissoir ausgehandelt“, schreibt das Blatt.

Hermann Ziock †

dpa, Bonn

Der Journalist, Schriftsteller und frühere Diplomat Hermann Ziock ist im Alter von 72 in Bonn gestorben. Als einer der ersten deutschen Auslandskorrespondenten der Nachkriegszeit arbeitete Ziock Anfang der 50er Jahre in Ägypten. 1956 wechselte er als Pressereferent der Deutschen Botschaft Kairo in den diplomatischen Dienst, der ihn nach Indien und wieder zurück nach Kairo führte. Ziock gab Anthologien ägyptischer und indischer Schriftsteller heraus und schrieb außerdem eigene Bücher, deren letztes, das Kriegstagebuch „Jeder geht seinen Weg allein“ (1981), allgemeine Beachtung fand.

Musils „Vinzenz“ am Wiener Akademietheater

Die Tiefe der Oberfläche

Wäre das autobiographische Moment bei Robert Musil nicht so vorherrschend gewesen, sein berühmter „Mann ohne Eigenschaften“ hätte vielleicht nicht Fragment bleiben müssen. So aber stellt er selber einmal souverän fest: „Erst auf seinen Tod warten zu müssen, um leben zu dürfen, ist doch ein rechtes ontologisches Kunststück.“ Auch in dem nun vom Akademietheater in Wien aufgeführten, von ihm als „Posse“ bezeichneten Stück aus dem Jahr 1924, „Vinzenz und die Freundin bedeutender Männer“ (in der Regie von Erwin Axer, der bereits Musils „Schwärmer“ hier inszeniert hat), geht der Vierundvierzigjährige mitleidlos mit sich, sprich: mit der Mittelpunktsfigur Vinzenz, ins Gericht.

Das ist auch so ein Mann ohne Eigenschaften, ein Wandelbarer von hoher geistiger Potenz, ein Unfaßbarer, der sich überall auf seine Weise zurechtfindet und miserabel zu enden kühl entschlossen scheint. Mit diplomatischem Geschick ausgerüstet, versteht er es auch dank reicher Phantasie, heikle Situationen zu entschärfen, freilich oft mit faustdicken Lügen: Er steht über der gängigen Moral, ist amoralisch, aber nicht unmoralisch, ein echter „Kakanier“ in seiner unverbrüchlichen Liebenswürdigkeit und der tief versteckten Melancholie.

Als einer der Anbeter, die im Titel als bedeutende Männer bezeichnet werden, aber im Grunde eben doch nur Durchschnittsfiguren sind, mit einem großen Blumenstrauß erscheint, den ein anderer mit cholerischer Geste auf den Boden wirft, tritt Vinzenz hinzu, hebt die Blumen schweigend auf und steckt sie in eine Vase. Keiner wird ihm ein lautes Wort entlocken.

Seine Gegenspielerin ist eine längst verjährte Geliebte dieses Mannes ohne Beruf, des lockeren Vogels, der da feststellt: „Findet man sein eigenes Leben nicht, so muß man hinter einem fremden dreingehen. Und da ist es das beste, es nicht aus Begeisterung zu tun.“ Die umschwärmte junge Alpha also ähnelt ihm in ihrer Leichtlebigkeit und ihrer klugen Grazie, besitzt aber ein stürmisches Temperament, das im Stück von der unvergleichlichen Andrea Jonasson bis an die Grenze südländischer Exaltation ausgespielt wird. Sie beherrscht ihre Anbeter wie eine Dompteuse die Wildkatzen und belohnt sie allenfalls mit Zuckerstückchen, aber nicht mit sich selber.

Ihr Herz gehört immer noch dem von Romantik umspielten Vinzenz, dem Wolfgang Hübsch bei aller kakanischen Ungeniertheit eine sichere Kontur gibt. Die beiden gehören zusammen, sie sind, um mit Musil zu sprechen, einer dem anderen deswegen so fremd, weil sie einander so ähnlich sind. Und das ist ja auch dann das Ende des Stückes, das allerdings nicht plump vor Augen geführt, sondern nur mit einem Seitenblick gestreift wird.

Da im Laufe des Abends auch Schüsse eines Bewerbers fallen und höchst dramatische Auseinandersetzungen stattfinden, fragt man sich am Ende, ob das nun eine Posse war oder doch ein Stück mit ernstem Hintergrund. Hier gibt Hofmannsthal die Antwort (die Hermann Broch in einem Brief mitteilt, der sich mit Musil befaßt): „Die Tiefe muß man verstekken. Wo? An der Oberfläche.“ Und das ist's, was Musil so genial zu tun vermag. Es geht oft recht heiter zu, auch in ernster Lage.

ERIK G. WICKENBURG

Karlsruhe: Verdis „La Traviata“ unter del Monaco

Fieber im Kühlraum

Die ostasiatische Kamelienblüte, mit der sich Verdis Violetta Valery so gerne schmückt, blühte in der Karlsruher Inszenierung Giancarlo del Monacos in einer künstlichen, ausgedünnten Luft. Nicht wundern würde man sich, hätte diese Violetta ihre weiß-keusche Welt mit den immer blühenden Objekten der Seidenfloristen ausgestattet. In dieser Hinsicht paßt del Monacos Aufführung vorzüglich in die mit blumig umschleiften, glitzernden Päckchen verklärte Vorweihnachtszeit. Das hübsch Verpackte ist die Kunst, den Inhalt vergessen zu machen.

Del Monacos „Traviata“ – die hypertrophe Boudoir-Kultur der Demimonde verleitet dazu – ist solch ein Präsent, dessen Inhalt man nicht zu genau untersuchen sollte. Nun ist er nicht der exzessiven Kulinarik Zeffirellis verfallen (er bedient sich nur dessen schon in den 50er Jahren in Amerika angewandter Rückblende von Violettas Sterbebett aus), sondern eher der nüchternen, den New-Wave-Schummer in eine klassizistische Monumentalität packenden Ästhetik der Pizzi, Ronconi, Damiani. Michael Scott hat seinen hallengroßen, von klassizistischen Arkadenreihen umgebenen Liebestempel des Zweiten Kaiserreichs in Kamelienweiß getaucht und ein schickes Spiegelparkett verlegt. Die Kühlraumtemperatur der Szene hat die Fieberkurve der Handlung um einige Grade dezimiert.

Natalia Troitskaya als Violetta und James Dietsch als Georg Germont FOTO: GERD WEISS

Del Monacos Ansicht, daß sich die Grausamkeit der Handlung in der ästhetisch überreizten Welt verstärken würde, überzeugt nicht. Die Verpackung ersetzt den Inhalt. Natürlich gelingen dem Regisseur Momente, welche die Handlung wie im Fadenkreuz verdichten. Beispielhaft die Reihe der Nebengestalten: der abgeblitzte senile Liebhaber, der tumbe, popanzige Marquis, der sarkastische, nur Violetta verehrende Arzt sowie die gesamte, Violetta und Alfredo kaum aus dem Auge lassende Gesellschaft.

Stimmlich nutzt nur einer die Chance der aufgewerteten Episode, ein Star in der Provinz: John Paul Bogarts Grenvil. Gröber zeichnet del Monaco das Trio der Hauptfiguren. Alfredo ist ein kläglich versagender, von Violettas Krankheit offensichtlich gezeichneter Liebhaber, dessen grell aufgepiekste Höhen sich schnell ins Flüstern verlieren (Antonio Ordonez). Germont, ein mit dem Stock fuchtelnder Fiesling, wird von James Dietsch ebenso eindimensional, mit kernig durchdringender Wucht, dargestellt.

Natalia Troitskaya wird mit nicht ganz problemlos aufgehelltem Sopran der Verzichtsgeste der heiligen Hure eher gerecht als der koloraturschäumenden Lebensglut der Kurtisane, wobei eine pointiertere Phrasierung, eine weniger abrupte Atemführung und weniger schwammige Diktion vorteilhaft gewesen wären.

Für kein Konzept entscheiden konnte sich der neue GMD, der Spanier José Maria Collado, der in Italien mit Erfolg die sicher durch ihr eisernes Repertoire navigierenden Orchester der großen Bühnen geleitet hatte. Vermindert gegenüber seiner Einstandspremiere „Carmen“, wenn auch nicht behoben, waren die Koordinationsprobleme mit dem Bühnenapparat. Collados Gespür für feine Klangfarben verhuscht schnell ins Larmoyante und kann durch sängerunfreundliche, brachiale Forteeinsätze nicht ausgeglichen werden. Verwundert registriert man, daß dieser Chef mit dem Feeling für impressionistische Valeurs sich nicht Zandonais „Francesca da Rimini“, welche im Frühjahr Premiere hat, reserviert hat. Seine GMD-Präsenz scheint, was die Oper anbelangt, mit „Traviata“ abgegolten zu sein. ROLF FATH

Der Jazzer Dave W. Brubeck wird 65 Jahre alt

Mit schrägen Metren

Jazz-Puristen, vor allem die des nicht so „coolen“ Bop der 50er und noch der 60er Jahre, befehdeten ihn aufgrund seiner kommerziellen Erfolge: Wie kaum sonst ein seriöser Jazzmusiker vermochte er es fast ungeschoren, ein Ohrwurmstück aus der Feder seines Saxophonisten Paul Desmond in die amerikanischen Pop-Hitparaden zu transportieren: „Take Five“, ein Ewigseller, der den Fünf-Viertel-Takt für den cool jazz salon- wie klubfähig machte.

Überhaupt hatte es David Warren Brubeck, geboren heute vor 65 Jahren im kalifornischen Concord, immerzu mit „schrägen“ Metren, obwohl er 1973 dem US-Jazzmogul Leonard Feather sagte: „Es mag überraschen, aber gegen die Jungen mit ihren völlig verqueren Metren habe ich keine Chance mehr. Eigentlich seltsam, nicht wahr, weil wir doch mit ‚Take Five‘ und verschiedenen Zeitmaßen assoziiert wurden, die noch vor zehn Jahren als ihrer Zeit weit voraus galten; heute aber können die Jungen mal eben ganz lässig ihre 7/4, 11/4 aus dem Ärmel schütteln oder sogar in 35/4 improvisieren.“

Dave Brubeck, der Pianist mit dem markant-langnasigen Häuptlingsgesicht, den dunkelbuschigen Brauen und dem Silberhaar, weiß das aus erster Hand. Denn seit sich 1967 nach knapp 17 Jahren sein originales, weltberühmtes Quartett auflöste und dann daraus bis 1971 ein neues mit Gerry Mulligan, Jack Six und Alan Dawson entwickelte, zieht Vater Brubeck fast ausschließlich mit seinen Söhnen Chris (34), Danny (31) und Darius (39) durch die Konzertsäle der Welt. Die Sprößlinge, allesamt Köpfe erfolgreicher eigener Gruppen und daneben mit Daddy unter dem Signum „Two Generations of Brubeck“ unterwegs, ersetzen dem Familienhäuptling die Vorgänger bestens.

Die vielen Aspekte des Mr. Brubeck: schräge Metren, „Unsquare Dance“, „Brandenburg Gate“, er erarbeitete mit Leonard Bernstein jede Menge Kantatenwerke (wie „The Gates of Justice“, „The Light in the Wilderness“) und schuf eine ethnische Tondichtung („They All Sang Yankee Doodle“). Der leidenschaftliche Tristano-Schüler, Komponist und Dichter Brubeck ist ein hochgebildeter, komplexer Exponent eines Jazzstils geblieben, in dessen kühler Intellektualität eine quicklebendig swingende Musik wohnt, die tief aus – weißer – Seele kommt: white collar jazz. ALEXANDER SCHMITZ

KULTURNOTIZEN

„**Heinz Piontek** – Wurzeln und Werk eines Dichters aus Oberschlesien“ heißt eine Ausstellung im Oberschlesischen Landesmuseum Ratingen-Hösel, die heute abend eröffnet wird. Sie dauert bis 2. Februar.

Eine **Brüder-Grimm-Forschungsstelle** soll im Januar an der Humboldt-Universität in Ost-Berlin eingerichtet werden.

Die **32. Westdeutschen Kurzfilmtage** in Oberhausen (21. bis 26. April) werden sich erstmals auch mit künstlerischen Videos auseinandersetzen.

Professor Felix Böhl (Freiburg/Br.) ist zum neuen Vorsitzenden des „Verbandes der Judaisten in der BRD“ gewählt worden.

Die **Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen** will mit einer Retrospektive des Werkes des amerikanischen Bildhauers David Smith im kommenden März ihr neues Haus in Düsseldorf eröffnen.

„**Volkskunst aus Südpolen**“ zeigt eine Ausstellung in der Marktkirche in Hannover bis zum 22. Dezember.

Frohe Botschaft für die Kinder der Dritten Welt

RUDOLF ZEWELL, **Bonn**

Die Bilder sind holzschnittartig, einfach, eindringlich, die Texte ebenso. Das Büchlein wendet sich an Kinder. Es ist eine Auswahl aus dem Alten und Neuen Testament – eine Bibel für die Dritte Welt. Und das kleine Buch ist ein Erfolg. Mehr als zehn Millionen Exemplare sind davon bereits gedruckt worden, übersetzt wurde es in vierzig Sprachen, darunter auch in Urdu, das in Pakistan gesprochen wird. Das Geld für Druck und Vertrieb – eine Mark pro Exemplar – kommt aus Deutschland, aus den Spenden der jährlichen „Sternsinger"-Aktion.

Der Erfolg der Frohen Botschaft im Miniformat hat den Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) und das Päpstliche Kindermissionswerk in Deutschland nicht ruhen lassen. Unter der Federführung deutscher Katecheten wurde jetzt eine Bibel für Jugendliche in den Entwicklungsländern aufgelegt, deren erste (spanische) Exemplare gestern in Bonn vorgestellt wurden. Französische und englische Ausgaben sollen in den nächsten Wochen folgen.

Die Bibel in Oktavformat, einem Umfang von zirka 160 Seiten und einem Preis von drei Mark – der aus der erwähnten Sternsingeraktion getragen wird – soll in den kommenden Wochen den Bischöfen in Lateinamerika, Afrika und Asien in mehreren Fassungen vorgelegt werden.

Die Herausgeber der Jugendbibel sind didaktisch neue Wege gegangen.




Evangelium für die Kleinen: Kinderbibel in Urdu, der Staatssprache Pakistans FOTO: DIE WELT

Den ausgewählten Texten aus dem Alten und Neuen Testament werden jeweils kurzgefaßte kommentierende Einführungen vorangestellt, etwa: Jesus habe sich ausgezeichnet durch „ungewöhnliches, oft provokatives Verhalten ... seine besondere Zuneigung gilt dabei den Kindern, den Armen, den Kranken, den Verachteten und Unterdrückten". Die soziale Problematik in den Entwicklungsländern wird nicht ausgeklammert. Über Veränderungen darf gesprochen werden, aber „sie sollten immer aufbauen auf der Bibel", wie Prälat Arnold Poll vom Missionswerk feststellte.

Peter Bleeser vom BDKJ wehrte sich gegen die Kritik an dieser Aktion, für die jährlich eine Million Mark ausgegeben wird: „Man wirft uns vor, Hungernden Bibeln zu geben. Die jungen Kirchen in der Dritten Welt sollten aber von uns nicht nur Geld erhalten, sondern auch ein Stück der geistigen Grundlagen Europas. Immerhin gehen neun von zehn Mark des BDKJ und des Missionswerkes in soziale Projekte dieser Länder."

10 Downing Street – Ausdruck britischen Understatements / Die Queen kam zum Jubiläum

Dreimal 10 Downing Street: Links die wohl berühmteste Ansicht. Der Eingang mit Bobby davor. In der Mitte die Kabinettsrunde unter dem erste Premier Walpole. Britanniens ranghöchste Damen – die Queen und „Ihr" Premier – verbrachten einen Abend zusammen. FOTOS: SVEN SIMON/ILLUSTRATED NEWS/AP

Das berühmteste Reihenhaus der Welt wird 250 Jahre

REINER GATERMANN, **London**

Königin Elizabeth II. verbrachte den Mittwochabend einmal außer Hause. Ihre Abendadresse: 10 Downing Street statt Buckingham-Palace. Ihr Gesprächspartner: Margaret Thatcher statt Prinz Philip. Besuche der Königin im Amtssitz „ihres" Premiers sind rar. Das entspricht britischem Politikverständnis und königlicher Zurückhaltung. So war es erst der dritte Besuch in ihrer 32jährigen Regentschaft. Die beiden Male davor galten dem Farewell zweier Großer: 1955 verabschiedete die Queen Winston Churchill, 21 Jahre später Harold Wilson. Diesmal war der Grund wesentlich weniger wehmütig und galt dem Haus selbst, das sein 250jähriges Jubiläum – als Amtssitz des Premierministers – begeht.

Das unscheinbare Sträßchen zwischen der Parade-Avenue Whitehall und dem St. James Park hat nichts von dem, was die Regierungsburgen anderer Großmächte kennzeichnet. 10 Downing Street, dieser dunkle Ziegelsteinbau, ist ein Beispiel britischen Understatements. Aber, so die derzeitige Hausherrin, Margaret Thatcher: „Geschichte zählt mehr als Großartigkeit."

Und an Geschichte mangelt es nicht. Es war Oliver Cromwells Geheimdienstchef George Downing, der 1654 aus Spekulationsgründen das Land zwischen dem Außenministerium und dem Paradeplatz der Kavallerie-Garde erwarb. Aus verschiedenen (politischen) Gründen konnte er mit dem Bau der fünfzehn Häuser dieser Straße erst 1682 beginnen. Erste Bezieher war zwei Jahre später der uneheliche Sohn Charles II., der Earl of Lichfield. Später residierte hier der Repräsentant Hannovers.

Erst König Georg II. machte aus 10 Downing Street das, was es heute ist, den Sitz des Chefs der Exekutive. Aber auch diese Entscheidung machte Schwierigkeiten. Der König wollte das Gebäude, ein Reihenhaus, seinem „Ersten Minister" Sir Robert Walpole als persönliches Geschenk überlassen. Dieser lehnte höflich ab, wollte es jedoch gern für die Regierung übernehmen, vorausgesetzt, daß es mit dem Haus Nummer 11, dem Schatzamt, verbunden werde. Und so kam es, daß die britischen Premierminister nicht in ihrer Eigenschaft als Regierungschef in 10 Downing Street einzogen, sondern als First Lord of the Treasury. In dieser Funktion war Walpole ursprünglich berufen worden und dieser Titel ziert noch heute den Briefeinwurf.

So recht beliebt schien das Haus freilich nicht. Häufig ließen sich daher anstelle der Premiers die Schatzkanzler hier nieder. Erst Disraeli machte es 1877 zum Amts- und Wohnsitz; seitdem hat es nur zwei Premiers gegeben, die nicht durchgehend hier wohnten: Lord Salisbury und Harold Wilson. Dieser kehrte nach seiner Wiederwahl 1974 nicht wieder in die schmale Gasse zurück.

Trotzdem scheinen sich die Regierungschefs hier immer wohl gefühlt zu haben. Margaret Thatcher sprach schon von der Wehmut des Abschieds, die ja in aller Regel einhergeht mit dem unfreiwilligen Machtverlust. Ausnahme auch hier Wilson, der 1976 „freiwillig" privatisierte. Das Haus hat seinen Stil. Fast alle Bewohner haben sich nach anfänglichen Schwierigkeiten in diesem Komplex aus mehr als hundert Räumen wohlgefühlt. Jeder hat versucht, dem Haus eine persönliche Note zu geben.

Harold Macmillan holte sämtliche Porträts seiner Vorgänger von der Wand des Treppenaufgangs, Harold Wilson ließ sie dort wieder anbringen. Edward Heath stellte den ersten Flügel auf, tauschte aber wiederum zahlreiche Gemälde aus, die Frau Wilson „scheußlich" fand. Anstelle klassischer Interpreten lud ihr Mann Künstler, Popsänger und andere Vertreter der leichten Unterhaltung in die Residenz.

Die heutige Hausherrin „haßt dunkle Tapeten", ersetzte sie in der kleinen Privatwohnung im Dachgeschoß „auf eigene Kosten" durch helle, und verwandelte Churchills Schlaf- in ihr Arbeitszimmer. „Im ganzen Haus gab es kein Silber", also zog Margaret Thatcher durch die staatlichen Kunstsammlungen und Museen. Jetzt fühle sie sich wohl in „ihrem" Haus, in dem sie kein einziges Möbelstück ihr eigen nennen kann. Nur: „Die Küche ist zu klein."

Seit 1774 hat sich die Außenfassade von 10 Downing Street nicht mehr verändert. Aber da die Häuser ganz im Zeichen der Spekulation schnell und billig gebaut worden waren, stellten sich schon bald erhebliche bauliche Mängel heraus. Das Gebälk knisterte und die Hellhörigkeit machte den Bewohnern zu schaffen. Während des Zweiten Weltkrieges wurde bald nicht eine einzige heile Scheibe gezählt. Das Haus sah so traurig aus, daß die britische Zensur die Veröffentlichung irgendwelcher zeitgenössischer Aufnahmen verbot. Das Staatshaus – ein Armenhaus.

Noch 1945 begannen die Renovierungsarbeiten. Dennoch kehrten schon 1960 die Handwerker zurück. Sie blieben drei Jahre, unterbrochen von nicht weniger als vierzehn Streiks. Glanz und Elend des britischen „way of life".

Teuerstes Bild der Welt doch keine Fälschung?

dpa, **London**

Britische Kunsthistoriker wollen sich der Meinung ihres Kollegen Peter Collins von der Kunsthochschule Dundee nicht anschließen, wonach das Gemälde „Die Anbetung der Heiligen Drei Könige" nicht von dem italienischen Renaissance-Maler Andrea Mantegna (1431–1506) stammt, sondern von einem Fälscher im 19. Jahrhundert angefertigt wurde. Das Bild hatte im April dieses Jahres im Londoner Auktionshaus Christie's mit 8,25 Millionen Pfund (32 Millionen Mark) den höchsten Preis erzielt, der jemals auf einer Versteigerung für einen Alten Meister gezahlt wurde. Käufer ist das J.-Paul-Getty-Museum in Malibu (Kalifornien). Allerdings haben britische Museen noch bis zum Ablauf der Ausfuhrsperre am 11. Dezember Gelegenheit, das Kunstwerk in Großbritannien zu erhalten. Bis dahin muß die schottische Nationalgalerie in Edinburgh, die das Bild behalten möchte, den Kaufpreis aus einer öffentlichen Sammlung aufbringen.

Zwölf Jahre Haft

dpa, **Köln**

Das Kölner Schwurgericht verurteilte gestern den 32jährigen Rauschgiftsüchtigen, der an Silvester 1984 einen 54jährigen Rentner beraubte und erstach und dann eine Ärztin entführte (die WELT berichtete), wegen Totschlags, schwerer räuberischer Erpressung und Menschenraubs zu zwölf Jahren Haft. Anschließend soll der Mann in eine psychiatrische Klinik eingewiesen werden.

„Petros" gestorben

dpa, **Athen**

Der Pelikan „Petros" (Foto), seit Jahrzehnten für Touristen und Einheimische geliebtes Maskottchen der griechischen Insel Mykonos, kam bei



einem Verkehrsunfall ums Leben. 33 Jahre lang begrüßte er Urlauber und Fischerboote im Hafen von Mykonos und posierte auf zahlreichen Erinnerungsfotos.

Bankier-Mord vor Gericht

dpa, **Berlin**

Fast ein Jahr nach dem Mord an dem 49jährigen Vorstandsvorsitzenden der Berliner Grundkreditbank, Ulrich Jancke (die WELT berichtete), kam der Fall am Mittwoch vor einer Jugendkammer des Berliner Landgerichts zur Sprache. Der 21jährige Hauptangeklagte stellte die Ereignisse in der Silvesternacht als Unglücksfall dar. Der Prozeß gegen insgesamt sechs Angeklagte drehte sich an den vergangenen Verhandlungstagen um andere Straftaten.

Aufschub für Scholl

Das Gericht ordnete eine psychiatrische Untersuchung an

rtr, **Stuttgart**

Die Große Strafkammer des Landgerichts Baden-Baden ordnete eine psychiatrische Untersuchung des wegen Juwelenraubes angeklagten früheren rheinland-pfälzischen FDP-Vorsitzenden Hans-Otto Scholl an. Das teilte ein Sprecher des Gerichts gestern mit. Weiter sagte er auf die Frage, ob die Strafkammer Scholl damit als Täter für überführt halte, diesen Schluß könne man ziehen.

Mit ihrem Beschluß entsprach die Große Strafkammer einem Hilfsbeweisantrag von Scholls Verteidiger Egon Geis. Dieser hatte die psychiatrische Untersuchung des Angeklagten für den Fall beantragt, daß das Gericht Scholl für den Täter halten sollte. Nach Angaben des Gerichtssprechers soll der Psychiater Achim Mechler, der Scholl zeitweise schon während des Prozesses beobachtet hatte, den Angeklagten auf eine mögliche Aufhebung oder erhebliche Einschränkung seiner Schuldfähigkeit zur Tatzeit begutachten.

Die für Montag geplante Fortsetzung der Verhandlung wurde vom Gericht auf den 19. Dezember verschoben. Dann soll auch der Sachverständige Mechler vernommen werden. Juristen hatten das Urteil am kommenden Montag erwartet, nachdem das Gericht Scholl vor einer Woche das letzte Wort erteilt hatte.

Rechtsanwalt Geis bestätigte, aus dem Umstand, daß sein Hilfsantrag zum Zuge komme, ließen sich „über die Tendenz des Gerichts Schlüsse ziehen". Der Antrag sei nur für den Fall gestellt worden, daß kein Freispruch ergehe. Hätte das Gericht Scholl freisprechen wollen, dann hätte es über den Antrag nicht entscheiden müssen, sagte Geis.

Er teilte ferner mit, daß die Kammer auch dem Antrag stattgegeben habe, Scholl körperlich untersuchen zu lassen. Scholl ist wegen schweren Raubes und gefährlicher Körperverletzung angeklagt. Er bestreitet den ihm zur Last gelegten Überfall auf das Baden-Badener Juweliergeschäft Koch Ende 1984. Seine beiden anderen Verteidiger haben auf Freispruch plädiert, während die Staatsanwaltschaft sieben Jahre Haft beantragte.

Soldaten entschädigen

Verhandlungen über Spätfolgen nach atomaren Tests

DW. **London**

Großbritannien hat sich gestern bereit erklärt, Verhandlungen über Empfehlungen einer australischen Untersuchungskommission aufzunehmen, die die Umwelt- und Gesundheitsschäden durch die 20 zwischen 1952 und 1958 in Australien und im Südpazifik erfolgten britischen Nukleartests geprüft hatte. Staatssekretär Norman Lamont vom britischen Verteidigungsministerium begrüßte den Bericht und kündigte an, daß die britische Regierung ihn sorgfältig studieren werde. Die Diskussionen über die Empfehlungen würden „sobald wie möglich" aufgenommen werden.

London hatte während der Hearings der australischen Studienkommission erklärt, die Tests so veranstaltet zu haben, daß keiner der Beteiligten gefährdet gewesen sei. Bereits 1983 hatte sie alle noch erreichbaren 12 000 Teilnehmer an den Tests medizinisch untersuchen lassen, um mögliche Spätfolgen statistisch einwandfrei erfassen zu können.

In dem australischen Bericht wird empfohlen, daß Großbritannien für die Entseuchung der Atomwaffen-Testgebiete von Maralinga und Emu in Südaustralien und auf den Monte-Bello-Inseln vor Westaustralien aufkommen soll. Gleichzeitig empfiehlt die Kommission, die etwa 15 000 Menschen, die an den Tests teilgenommen hatten und die seitdem mit einem erhöhten Krebsrisiko leben müssen, finanziell zu entschädigen, und zwar Soldaten und Zivilisten in gleicher Weise.

Ken McGinley, der Vorsitzende einer Organisation ehemaliger britischer Soldaten, die an den Tests in Australien teilgenommen hatten, fühlt sich von der Entschädigungsempfehlung der Kommission ermutigt. Er glaubt, daß dies den Druck auf die britische Regierung zur Zahlung von Entschädigungen und zur medizinischen Fürsorge für die Teilnehmer an den atomaren Tests verstärken wird. Sie dürfen aufgrund gesetzlicher Bestimmungen nicht auf Entschädigung für Gesundheitsschäden klagen, die sie während ihrer Dienstzeit erlitten haben.

LEUTE HEUTE

Auslieferung beantragt

Die Entscheidung über die Auslieferung der ehemaligen Bhagwan-Vertrauten **Ma Amand Sheela Birnstiel** an die USA liegt jetzt beim Justizministerium in Bonn. Die US-Behörden haben das Material, das eine Auslieferung rechtfertigen soll, fristgerecht eingereicht. Der 36jährigen wird „Absprache zum Mord, versuchter Mord und vorsätzliche schwere Körperverletzung" vorgeworfen.

Zuflucht gesucht

Der Schlagersänger **Julio Iglesias**, zweifelt an seinem Erfolg, an sich und der Welt. Diese Krise äußerte sich in einer Depression, die sechs Monate anhielt. Jetzt hat der Herzensbrecher mit der weichen Stimme Zuflucht auf den Bahamas gesucht.

Durchbruch gelungen

Die Ortschaft Laguiole im Departement Aveyron wird vermutlich ein neues Mekka für Gourmets. Denn einem fast unbekannten Koch ist der Durchbruch gelungen: Im neuen Gault-Millau-Führer 1986 erhielt **Michel Bras** (38) von den Gastronomie-Kritikern 19 von 20 möglichen Punkten. Zu zivilen Preisen serviert er unter anderem die Ernte des eigenen Gartens. Bras zählt jetzt zu den achtzehn besten Köchen Frankreichs.

ZU GUTER LETZT

„Voll auf Erfolg setzte in München in einer Zeitungsanzeige der Besitzer von zwei begehrten Tickets für das Daviscupfinale zwischen Deutschland und Schweden (20. bis 22. Dezember) in der bayerischen Metropole. Er annoncierte: ‚Biete zwei Karten für das DC-Finale gegen eine Zwei- bis Dreizimmer-Wohnung in guter Lage.'" – Das meldete der Sport-Informations-Dienst.

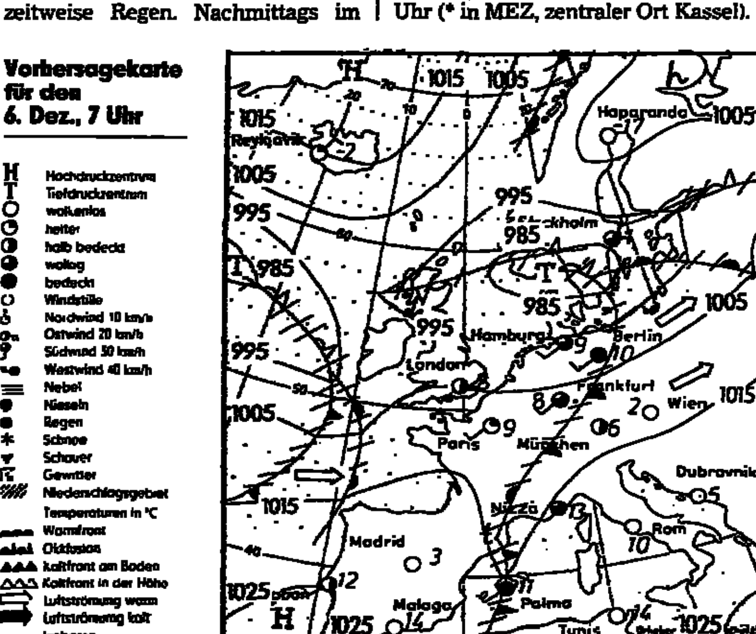
WETTER: Weiterhin mild

Lage: Die Kaltfront eines Tiefs über dem Skagerak beeinflußt anfangs noch den Südosten Deutschlands. Am Abend greift das südwestlich von Irland angelangte Frontensystem auf den Westen und Nordwesten Deutschlands über. Dabei hält der Zustrom milder Meeresluft nach Mitteleuropa an.

Vorhersage für Freitag: Anfangs im Südosten noch stark bewölkt und zeitweise Regen. Nachmittags im Nordwesten Bewölkungszunahme und abends von West nach Ost fortschreitend Regen. Tageshöchsttemperaturen 8 bis 13 Grad, nachts 5 bis 9 Grad. Mäßiger Südwestwind.

Weitere Aussichten: Überwiegend stark bewölkt mit zeitweiligen Regenfällen, weiterhin mild.

Sonnenaufgang am Samstag: 8.12 Uhr*, Untergang: 16.14 Uhr; **Mondaufgang:** 1.45 Uhr, Untergang: 13.52 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Donnerstag, 12 Uhr (MEZ):

Ort	°C	Wetter
Deutschland:		
Berlin	14	be
Bielefeld	14	be
Braunlage	10	be
Bremen	12	bd
Dortmund	14	be
Dresden	15	be
Düsseldorf	14	bw
Erfurt	14	be
Essen	12	bd
Feldberg/S.	11	be
Flensburg	10	Sp
Frankfurt/M.	13	be
Freiburg	13	he
Garmisch	12	be
Greifswald	11	bw
Hamburg	13	bw
Hannover	13	bw
Kahler Asten	8	he
Kassel	12	be
Kempten	13	be
Kiel	10	R
Koblenz	15	he
Köln-Bonn	17	be
Konstanz	1	Ne
Leipzig	14	be
List/Sylt	7	R
Lübeck	12	bd
Mannheim	14	be
München	13	he
Münster	13	bd
Norderney	9	R
Nürnberg	15	he
Oberstdorf	16	be
Passau	6	be
Saarbrücken	13	be
Stuttgart	13	be
Trier	15	be
Zugspitze	1	be
Ausland:		
Algier	18	be
Amsterdam	10	bw
Athen	18	he
Barcelona	17	bw
Belgrad	15	wl
Bordeaux	12	bw
Bozen	4	bd
Brüssel	13	bw
Budapest	1	Ne
Bukarest	16	he
Casablanca	20	bw
Dublin	8	bw
Dubrovnik	14	be
Edinburgh	9	bw
Faro	16	bw
Florenz	13	bw
Genf	14	be
Helsinki	-7	Sr
Hongkong	23	bw
Innsbruck	8	be
Istanbul	15	wl
Kairo	20	be
Klagenfurt	-2	Ne
Konstanza	16	be
Kopenhagen	7	R
Korfu	15	bd
Las Palmas	24	he
Leningrad	-7	S
Lissabon	16	he
Locarno	9	bw
London	12	bd
Los Angeles	–	–
Luxemburg	12	he
Madrid	9	R
Mailand	8	Ne
Malaga	11	R
Mallorca	19	he
Moskau	-6	S
Neapel	12	bw
New York	–	–
Nizza	13	bw
Oslo	-5	S
Ostende	10	bw
Palermo	16	he
Paris	13	bw
Peking	-1	be
Prag	13	be
Rhodos	20	he
Rom	14	bw
Salzburg	13	he
Singapur	30	bw
Split	13	bw
Stockholm	0	bd
Straßburg	14	he
Tel Aviv	19	he
Tokio	17	he
Tunis	23	he
Valencia	16	bw
Varna	21	he
Venedig	6	bw
Warschau	12	bd
Wien	0	Ne
Zürich	7	he

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall; Ss = Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos

WINTERSPORTBERICHT

Deutschland: Die frühlinghaften Temperaturen *ließen* die weiße Pracht in den deutschen Mittelgebirgen und Alpen dahinschmelzen. Skifahren kann man nur auf dem Zugspitzplatt.

(Die folgenden Abkürzungen bedeuten der Reihenfolge nach: Schneehöhen im Tal/Skigebiet (in Zentimetern); ta: Abfahrt ins Tal möglich; tab: Abfahrt ins Tal bedingt möglich; tan: Abfahrt ins Tal nicht möglich; Kilometer gespurte Langlaufloipen; wo: Lifte nur am Wochenende)

Schweiz: In der Schweiz ist Wintersport nach wie vor nur auf den Gletschern möglich. In nachstehenden Skigebieten sind Lifte in Betrieb.

Andermatt/Gemsstock: eine Kabinenbahn; Arosa: von morgen an fünf Lifte; Saas Fee: „Metro Alpin" und „Felskinn-Bahn"; St. Moritz: Corvatsch und Diavolezza je zwei Lifte.

Österreich: Der Wärmeeinbruch der letzten Tage hat die Schneedecke erheblich reduziert. Skifahren ist nur auf den Gletschern und in einigen hochgelegenen Skigebieten, Talabfahren sind nur in Kärnten möglich.

KÄRNTEN: Turracher Höhe: 70/90/ta/10; Bad Kleinkirchheim: 50/90/ta/8; Heiligenblut: 20/100/ta; Karnische Skiregion: 0/85/tan/35; Mallnitz: 40/50/tan/20.

SALZBURG: Badgastein: 15/60/tab/10; Kitzsteinhorn: 0/100; Obertauern: 30/50/tab/7.

TIROL: Hintertuxer Gletscher: 0/140/tan; Pitztaler Gletscher: 0/50/10; Ischgl: 10/70/tan; St. Anton: 35/80/ta/10; St. Christoph: 40/95/ta; Rettenbachferner/Tiefenbachferner: 0/200; Obergurgl/Hochgurgl: 0/35–50/tan; Stubaier Gletscher: 0/65/tan.

OSTTIROL: Kals: 24/27/tan/10; Lienz: 15/50/ta/30; Matrei: 30/60/ta/20.

VORARLBERG: Lech: 20/30–40/tan; Zürs: 30/40/tan.

Italien: In den Italienischen Alpen hat sich der Schnee durch niedrige Temperaturen gut gehalten. Talabfahrten sind in höher gelegenen Orten möglich; die Loipen sind gespurt.

BELLUNO: Arabba: 35/50/ta/3; Nevegal: 30/60/ta/wo.

SÜDTIROL: Ahrntal/Speikboden: 20/70/tab/37; Bruneck/Kronplatz: 10/60/ta/20; Corvara: 20/40/ta/3; Gossensaß/Ladurns: 20/60/ta/16; Grödnertal: 20/45/ta/30; Sexten: 20/70/ta/22; Schnalstaler Gletscher: 40/150/tan; Seiseralm: 20/40/20; Sterzing: 10/50/tab/8; Sulden: 40/60/ta/3; Welschnofen/Obereggen: 20/50/ta/26.

TRENTINO: Canazei: 20/70–90/tab; Cavalese: 40/50; Folgaria: 15/35/tab/5; Madonna di Campiglio: 40/100/tab; Monte Bondone: 25/50/tab; Tonalepaß: 50/130/tab.

VELTIN: Aprica: 40/80/ta/6; Livigno: 30/40/tab/10.

Die Angaben basieren auf dem Wintersportbericht des ADAC und des Deutschen Ski-Verbands vom 4. Dezember. (Ohne Gewähr)

Cannae für Wahrsager

Psychologen legten amerikanische Top-Astrologen aufs Kreuz

SIEGFRIED HELM, **London**

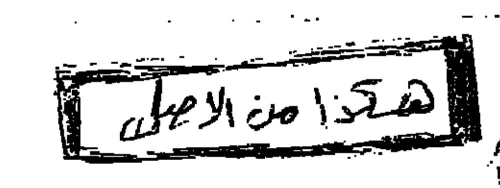
Bei einem wissenschaftlichen Wettstreit zwischen Psychologen und Astrologen haben letztere eine vernichtende Niederlage erlitten. 28 namhafte US-Astrologen hatten bei diesem Test ihrer Prognosemethoden mitgewirkt. Die Ergebnisse der Untersuchung, für die sich 300 Testpersonen zur Verfügung stellten, veröffentlichte jetzt Shawn Carlson von der Universität von Kalifornien, Berkeley, in der jüngsten Ausgabe der renommierten Zeitschrift „Nature".

Die großangelegte Untersuchung kam zum Schluß, daß das Sternzeichen, unter dem man geboren ist, keinerlei Einfluß auf die Persönlichkeit hat. In der Zeitschrift wird detailliert über die Testmethoden des „Handwerks" der Sterndeuter berichtet. Diese Methoden waren unter aktiver Mitwirkung der Top-Astrologen erarbeitet worden. Die vernichtenden Ergebnisse ihrer eigenen Testmethoden konnten sie peinlicherweise nicht voraussehen.

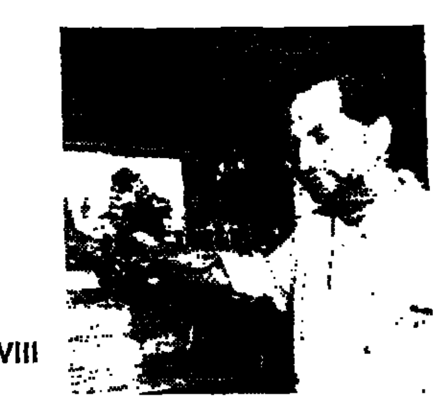
Bei der Untersuchung wurden zwei Methoden zugrundegelegt: einmal die von Psychologen zur Bestimmung des Persönlichkeitsbildes erarbeiteten und von vielen Betriebspsychologen angewandten Tests und andererseits die Voraussagen über Charakter und Sternbild. Die sämtlich von ihrer Berufsvereinigung, dem „Nationalen Geokosmischen Forschungsrat", empfohlenen Astrologen konnten bei den kombinierten Tests mit mehreren Gruppen ausschließlich Zufallstreffer erzielen.

Die Testpersonen hatten zunächst die Informationen geliefert, auf Grund derer die Astrologen die Determination der Persönlichkeit durch das betreffende Sternbild erstellten. Dann wurden die Testpersonen aufgefordert, ihr eigenes Horoskop aus einer Anzahl von Horoskopen herauszusuchen, die neben dem eigenen auch die von zwei beliebigen anderen Personen enthielt.

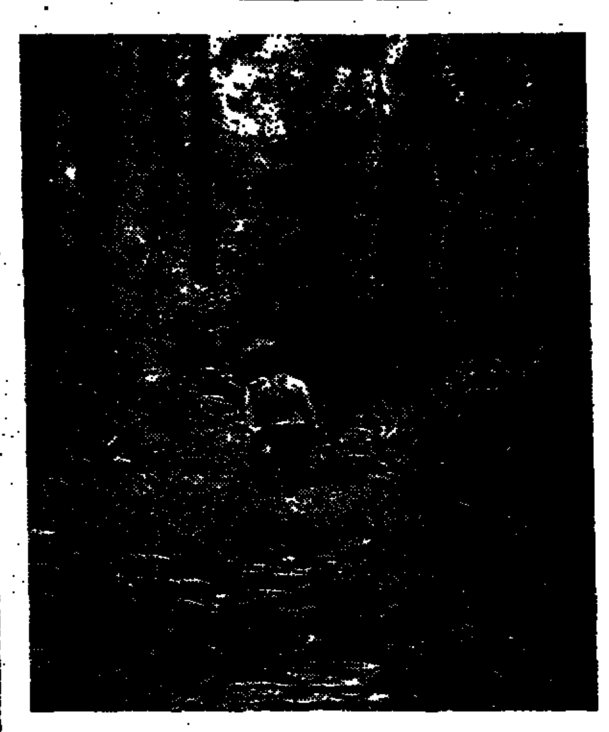
Die Astrologen hatten eine über 50prozentige Erfolgsrate vorausgesagt. Doch nach der Wahrscheinlichkeitsrechnung kamen nur unrepräsentative Zufallstreffer dabei heraus. Projektleiter Carlson faßte zusammen: „Wir haben uns große Mühe gegeben, die Experimente unvoreingenommen vorzunehmen und der Astrologie vernünftige Erfolgschancen zu geben. Doch sie konnte sich nicht behaupten." (SAD)











Sieben Meter Regen pro Jahr und Myriaden beißender Sandfliegen, glitschige Saumpfade und reißende Gebirgsbäche, traumhafte Wasserfälle und ein gigantisches Gebirgspanorama – Wanderer aus aller Welt halten den Milford Track für den Superlativ unter den Mehrtagestouren. Rund 54 Kilometer windet er sich durch eine wildromantische Gebirgslandschaft am Ende der Welt: in Neuseeland. Mit gut 12 000 Quadratkilometern erstreckt sich am südlichsten Zipfel der grünen Doppelinsel der größte aller zehn neuseeländischen Nationalparks. Vier Tage braucht der Wanderer, um den Gebirgszug zu überwinden, der den Milford Sound (Foto rechts) vom Inland abriegelt.

FOTOS: ANTHONY/DIE WELT



Mit dem Rucksack durch den Regenwald

Am frühen Morgen beginnt das Abenteuer Milford mit einer zweistündigen Fahrt über den Lake Te Anau. Die Überfahrt auf der altersschwachen „Tawera", die seit 1899 Touristen befördert, ist die einzige Möglichkeit, an den Startpunkt des Tracks zu gelangen. Dann lautet die Parole „Vorwärts!", egal, ob Schnee, Regen oder Sonnenschein, denn die Hüttenplätze sind abgezählt. Die Nationalparkverwaltung läßt täglich nur 24 „Freedom Walker" zu. Für ein paar Tage sind wir auf uns selbst angewiesen, können die Wanderung nicht abbrechen, sondern müssen uns bis zum Ziel durchkämpfen.

Gleich nach der Landung, auf dem wackeligen Holzsteg, erfahren wir die erste Spezialität des Milford Tracks am eigenen Leibe. Sandfliegen, nur ein bis zwei Millimeter groß, stürzen sich hungrig auf die Neuankömmlinge. Die Bisse hinterlassen tagelang juckende Schwellungen. Bei flottem Wanderschritt bleiben die Sandfliegen auf der Strecke – nur stehenbleiben darf man nicht. Kaum haben wir uns etwas von der Truppe entfernt, läßt der lästige Ansturm deutlich nach, und wir haben Zeit, uns etwas umzusehen. Wir stehen in einem Märchenwald, beeindruckend und beängstigend zugleich. Moos, wo wir auch hinsehen, überall Moos. Der Fiordland-Nationalpark ist einer der nassesten Plätze der Welt. Von der Tasman-See werden bis zu 7200 Millimeter Niederschlag pro Jahr an die Küste geweht. Es schüttet fast jeden Tag vom Himmel, und die Sonnentage des Jahres sind an einer Hand abzuzählen.

Acht Kilometer, und wir erreichen Clinton Forks Hut, unsere Bleibe für die erste Nacht. Eine Hütte, in der zwei große Holztische mit Bänken und 24 Pritschen das Mobiliar bilden …

Am nächsten Morgen ist die Luft feucht, der Nebel hebt sich langsam. Es verspricht einer der wenigen sonnigen Tage zu werden. Uns umgibt ein dichtes Geflecht aus Moosen, Farnen, Schlingpflanzen, Bäumen, Sträuchern und Lianen. Hoch über unseren Köpfen schließt sich der subtropische Regenwald zu einem dichten Dach, das nur selten einen Blick auf die schneebedeckten Bergspitzen freigibt. Tanzende Sonnenstrahlen durchdringen das immergrüne Dunkel und erwecken Tautropfen zu schillerndem Leben. Moose, die als armdicke Bündel von den Bäumen herabhängen, verwandeln sich im Gegenlicht in schimmernde, perlenbesetzte Gebilde. Der anfangs großzügig ausgebaute Weg verengt sich zu einem schmalen, glitschigen Pfad, der den Urwaldcharakter ebenso unterstreicht wie das vielstimmige Vogelgezwitscher, das uns umgibt.

Die Berge zu beiden Seiten des Canyons rücken immer näher, verengen das Tal mehr und mehr. Für einige Kilometer weicht der Urwald einer Heide- und Moorlandschaft. Zum ersten Mal sehen wir den Mackinnon-Paß deutlich vor uns, doch mit jedem Schritt scheint diese Hürde größer zu werden. Die rauhe, unwirkliche Landschaft ist bedrückend. Nach drei Seiten schließen hohe Felswände die Schlucht ab. Fast auf der gesamten Strecke stürzen in regelmäßigen Abständen Wasserfälle herab. Als reißende Gebirgsbäche stellen sie ständige Hindernisse unserer Wanderstrecke dar. Auf abenteuerlichen Hängebrücken werden die größeren überwunden.

„Kenntnisse über Flußdurchquerungen sind erforderlich", heißt es in einem Informationsblatt der Parkbehörde. Teilweise markieren Pfähle den Weg zum rettenden Ufer. Halteseile geben angesichts der reißenden Gewässer zumindest eine psychologische Stütze. Die Wanderung beginnt anstrengend zu werden.

In der Mintaro-Hütte, am Fuße des Mackinnon-Passes, sammeln sich die Wanderer zum Abendessen. Die Strapazen des heutigen Tages haben in den meisten Gesichtern Spuren hinterlassen. Blasen, Sandfliegen, wunde Füße, Druckstellen von schlecht sitzenden Rucksäcken, aber auch die Begeisterung über das warme Sonnenwetter beherrschen den Hüttenabend.

Milford-Wetter. Bei dichtem Nebel stehen wir auf dem Paß. Anstatt der phantastischen Aussicht, die Reiseführer versprechen, umgibt uns eine dichte graue Suppe. Vor einem plötzlich hochziehenden Gewitter suchen wir Schutz in der Paßhütte. Das Unwetter vermittelt einen Eindruck von den Schwierigkeiten, denen Quintin Mackinnon und Ernest Mitchell begegneten, als sie sich 1888 für 30 englische Pfund bereit erklärten, einen Weg von Te Anau aus durch den Wald zu schlagen. Kälte, Hunger und Nässe kennzeichneten die ersten Wochen ihrer Arbeit. Im Regen konnten sie kein Feuer anzünden, nach drei Wochen hatten sie nur wenige Kilometer geschafft. Bei der Rückkehr zum Basislager mußten sie feststellen, daß der angeschwollene Fluß alles vernichtet hatte. Die Bedingungen wurden auch bei einem erneuten Anlauf nicht besser, doch die beiden kämpften sich durch das unwegsame Gelände, bis sie nach sechs Wochen als erste Europäer auf der Paßhöhe standen. Auf dem weiteren Weg trafen sie die Expedition, die von der Seeseite her einen Weg in Richtung Te Anau suchte. Nach vielen erfolglosen Versuchen war damit der Landweg zum Milford Sound entdeckt.

Sieben Kilometer windet sich der Pfad, über weite Strecken fast der Fallinie folgend, ins Tal. Wegen akuter Schneelawinengefahr müssen wir zeitweise einem „Notweg" folgen, der mit dem Bett eines Gebirgsbaches identisch ist. Jeder Schritt muß überlegt sein, das Fußgelenk ist ständig einer anderen Belastung ausgesetzt. Gefährliche Abgründe sind durch Fangnetze abgesichert worden. Wasser überspült stellenweise den Weg, aber wir schätzen uns noch glücklich: Nur eine Woche zuvor mußte eine Wandergruppe weite Strecken schwimmend zurücklegen, die Rucksäcke vor sich herschiebend. Auch wir kommen nur mühsam voran.

Vier Kilometer vom Hauptweg entfernt liegen die Sutherland-Fälle, die in drei Terrassen 580 Meter in die Tiefe stürzen. Wir sind bereit, sie im wahrsten Sinne des Wortes links liegenzulassen. Die Füße gehorchen nur nach zweimaliger Aufforderung, und an eine Ruhepause ist angesichts der heute besonders aggressiven Sandfliegen nicht zu denken.

Wir müssen mit den Händen nachgreifen, so steil und rutschig ist der Anstieg zum Fuß der Fälle. In gut 100 Meter Entfernung werden wir bereits naß bis auf die Haut. Schließlich vor uns das tosende Wasser, das wir schon seit einem Kilometer mit den Händen glaubten greifen zu können. Doch die gewaltige Höhe der Fälle verliert sich in der Unermeßlichkeit des grünen Dschungels und im Grau des Himmels. Statistische Größe muß nicht immer mit Ergriffenheit vor der Schönheit der Natur verbunden sein: Manch anderer Fall auf dem Track hat uns mehr begeistert.

20 Kilometer sind am letzten Tag zurückzulegen. Bereits um zwei Uhr am Nachmittag müssen wir den Sandfly Point erreicht haben, um von einem Boot dort abgeholt zu werden. Verspätungen empfehlen sich ebensowenig wie eine zu zeitige Ankunft. Die Sandfliegen waren nicht zufällig Paten bei der Namensgebung.

Am letzten Tag spüren wir, was die Neuseeländer unter der Herausforderung des Milford Tracks verstehen. Seit uns die „Tawera" ans Ufer gesetzt hatte, waren wir auf uns selber gestellt. Keine Straße ist in der Nähe, kein Ort erreichbar, wo wir auf ein bequemes Transportmittel hätten umsteigen können. Und auf dieser letzten Teilstrecke würden wir viel für einen Platz in einem Omnibus zahlen. Der Weg entlang zweier Seen ist am Berghang in den Felsen gehauen, von riesigen Baumfarnen bestanden, führt über Moorflächen und gewaltige Hängebrücken. Dies ist die schönste Teilstrecke, und sämtliche Teilnehmer bedauern, unter Zeitdruck zu stehen, vermissen einen Ruhetag auf dem Track, um den gequälten Füßen Erholung zu geben.

Unsere Aufnahmefähigkeit ist erschöpft. Wir können uns kaum noch an den traumhaften Wasserfällen, türkisfarbenen Bächen und dem gigantischen Gebirgspanorama erfreuen. Fast auf die Minute genau erreichen wir den Bootsanleger.

PETER WOESTE

*

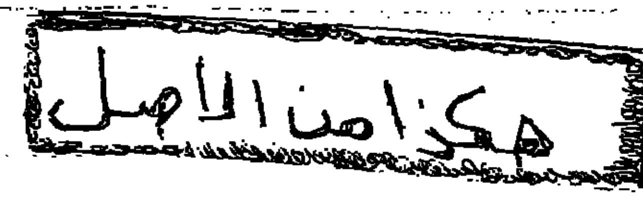
Auskunft: Fremdenverkehrsamt von Neuseeland, Kaiserhofstraße 7, 6000 Frankfurt 1.

TOURISTIK

Zu jeder Anschrift gehört die Postleitzahl

„Die Reise erscheint uns allen etwas wie eine Frau, die auf uns zukommt. Eine Frau, die in der Menge verloren ist und die es zu entdecken gilt."

Antoine de Saint-Exupéry



Sportliche Alternativen für Pistenfans

Ort und Höhenlage	Tennis: Anzahl der Plätze	Tennis: Miete pro Stunde	Reiten: Reitpferde	Reiten: Preis für Gruppenstunde	Reiten: Preis für Einzelstunde	Schwimmen: Hotelhallenschwimmbäder	Schwimmen: Öffentl. Hallenschwimmbäder	Squash: Plätze	Squash: Miete pro halbe Stunde	Eislaufen: Fläche in Quadratmetern	Eislaufen: Preis für Langlaufzeit
Schweiz											
Einsiedeln, 900m	–	–	8	20	24	1	–	–	–	–	–
Engelberg, 1050m	2	26–29	–	–	–	2	ja	–	–	2368	4.50
Melchsee-Frutt, 1920m	–	–	–	–	–	1	–	1	10	–	–
Leysin, 1250m	1	26	15	20	25	1	–	–	–	2400	–
Villars, 1300m	–	–	–	–	–	4	ja	–	–	1800	gratis
Arosa, 1800m	3	30	–	–	–	11	–	5	12	1800	3.50
Bad Tarasp-Vulp., 1250m	3	24–28	–	–	–	1	–	–	–	–	–
Davos, 1560m	4	32–38	20	–	–	16	ja	4	8–20	3600	3.50
Disentis, 1150m	2	22–28	–	–	–	2	–	–	–	–	–
Flims, 1050m	2	30	–	–	–	5	–	–	–	–	–
Klosters, 1206m	–	–	–	–	–	4	–	2	15	–	–
Laax, 1050m	2	22–25	–	–	–	6	ja	3	8	–	–
Lenzerh.-Valbella, 1500m	2	25–35	–	–	–	9	ja	2	16	1800	4
Pontresina, 1800m	–	–	–	–	–	2	ja	1	–	–	–
Samedan, 1720m	2	20	–	–	–	1	–	–	–	–	–
St. Moritz, 1856m	4	27–41	10	30	55	9	ja	2	11–20	1800	4
Savognin, 1200m	2	18	–	–	–	1	–	–	–	–	–
Sils, 1812m	1	25	–	–	–	2	–	–	–	–	–
Zuoz, 1712m	1	25	–	–	–	–	–	1	8	–	–
Bad Ragaz, 510m	3	27	–	–	–	3	–	2	18	–	–
Wildhaus, 1100m	–	–	–	–	–	5	–	–	–	1296	4
Adelboden, 1400m	–	–	–	–	–	2	–	–	–	1800	gratis
Grindelwald, 1050m	–	–	–	–	–	6	ja	–	–	1800	3–6
Gstaad, 1050m	3	34–38	12	25	48	2	ja	1	10	1600	5
Kandersteg, 1200m	–	–	–	–	–	4	–	–	–	1512	4
Mürren, 1650m	1	20	–	–	–	1	ja	2	gratis	1800	8
Schönried, 1230m	–	–	–	–	–	2	–	1	12	–	–
Wengen, 1274m	–	–	–	–	–	2	–	–	–	2800	3.50
Bettmeralp, 1950m	2	25–30	–	–	–	1	ja	–	–	–	–
Champery, 1053m	–	–	–	–	–	1	ja	–	–	675	5
Crans-Montana, 1500m	5	25–27	8	25	50	11	–	1	12	2640	5
Fiesch, 1050m	–	–	–	–	–	–	ja	2	5	–	–
Haute Nendaz, 1300m	–	–	–	–	–	1	ja	1	12	–	–
Leukerbad, 1411m	–	–	–	–	–	5	ja	–	–	2060	4
Morgins, 1400m	2	27–30	–	–	–	1	ja	–	–	–	–
Saas Fee, 1800m	2	22	–	–	–	5	ja	–	–	–	–
Verbier, 1500m	–	–	–	–	–	2	ja	2	9–18	1800	6
Zermatt, 1620m	2	20–22	–	–	–	13	–	2	11	–	–
Italien											
Brixen, 560m	4	15 000	–	–	–	7	–	–	–	50	2500
Bruneck, 835m	2	15 000	8	18 000	18 000	6	ja	–	–	1800	–
La Villa, 1400m	2	16 000	–	–	–	6	ja	1	6000	–	–
Meran, 314m	3	18 000	5	15 000	24 000	24	–	–	–	1800	2000
Sexten, 1310m	2	15 000	–	–	–	5	–	–	–	–	–
St. Ulrich, 1236m	–	–	–	–	–	4	ja	–	–	1800	4000
Sterzing, 950m	3	–	–	–	–	1	ja	–	–	–	–
Schlern, 1004m	3	16 000	–	–	–	16	–	1	–	–	–
Cortina d'Ampezzo, 1224m	1	–	–	–	–	1	ja	–	–	1800	–
La Thuile, 1450m	–	–	–	–	–	1	ja	1	5000	800	5000
Ponte di Legno, 1258m	–	–	–	–	–	2	–	3	–	–	–
Frankreich											
Tignes, 2100m	2	–	–	–	–	–	–	3	–	–	–
Meribel, 1600m	–	–	–	–	–	2	ja	1	–	1456	14
Chamonix, 1035m	1	–	8	50	65	–	ja	–	–	1800	–
Courchevel, 1850m	–	–	–	–	–	6	–	–	–	1800	–
Les deux Alpes, 1650m	–	–	–	–	–	4	–	–	–	1800	–
Val Thorens, 2300m	6	65–145	–	–	–	1	ja	2	35–65	–	–
Megeve, 1113m	1	125	5	–	65	4	ja	–	–	3425	14
Pra Loup, 1630m	2	50	20	–	–	–	–	–	–	–	–

Nach deutschen und österreichischen Wintersportorten, in denen man bei schlechtem Wetter in die Sporthalle ausweichen kann, hier nun Tennis- und Squashhallen, Hallenbäder, Reithallen und Kunsteisstadien in der Schweiz, in Italien und Frankreich, ohne Anspruch auf Vollständigkeit (Preise in der Landeswährung).

Autoreisezüge im Winter 1985/86 – Günstige Verbindungen in den Süden

Huckepack sicher und bequem ans Urlaubsziel

RW. Bonn

Gerade im Winter macht sich die Fahrt mit dem Autoreisezug bezahlt. Wenn mehrere Personen gemeinsam reisen, gilt für Auto und Fahrer eine Pauschale, für weitere Mitfahrer sind die Preise niedrig. Ermäßigung gibt es auch, wenn man die Rückfahrt gleich mitbucht, sofern sie innerhalb von zwei Monaten angetreten wird. Und besonders günstig fahren Kinder von vier bis elf Jahren.

Zielländer sind auch in diesem Winter Österreich, die Schweiz, Italien und Frankreich. Zahlreiche Autoreisezüge fahren zwischen den nord- und westdeutschen Zentren und den Wintersportgebieten in Süddeutschland. In Österreich sind Innsbruck von Hamburg und Hannover, Salzburg und Villach von Düsseldorf, Köln, Neu-Isenburg und Kornwestheim aus erreichbar. Ziel in der Schweiz ist Chur, wo nach Samaden Anschluß mit einem Autozug der Rhätischen Bahn besteht, ab Hamburg, Hannover und Neu-Isenburg. Nach Italien fahren ab Düsseldorf, Köln und Neu-Isenburg Autozüge bis Bozen und Mailand. Die meisten Verbindungen bestehen mit Frankreich. Avignon ist von Hamburg, Hannover und Neu-Isenburg, am 20. Dezember auch von Köln und am 21. Dezember von Kassel und Karlsruhe zu erreichen, Fréjus-St. Raphael von Düsseldorf, Köln und Neu-Isenburg, Narbonne außerdem von Kassel und Karlsruhe sowie von München und Kornwestheim.

Zwischen Berlin und dem Bundesgebiet fahren Autoreisezüge in den Verbindungen mit München, Karlsruhe und Lörrach bei Basel sowie Niebüll und Westerland auf Sylt. Innerhalb der Bundesrepublik sind vor allem die drei „Expreß"-Züge „Christoforus-Express", Düsseldorf–Köln–München, „Auto-Traum-Express" Hamburg–Bremen, Hannover–München und „Hochrhein-Auto-Express" Hamburg, Bremen, Hannover–Lörrach mit einer Wagengruppe Hamburg–Karlsruhe von Bedeutung. Außerdem gibt es Verbindungen mit Sonthofen ab Hamburg und Hannover, zusätzlich auch mit München ab Münster, Hagen und Siegen. Von Düsseldorf und Köln fahren Autozüge schließlich auch nach Karlsruhe und Lörrach sowie nach Lindau. Die drei „Expreß"-Züge verkehren ab 1. März bis Ende Oktober täglich.



FOTO: DB BILDERDIENST

Für die meisten Verbindungen sind die Fahrpeise nach den Stufen I, II und III unterteilt. Die Preisstufe richtet sich nach Saisonzeiten und ist für alle Verkehrstage der Autoreisezüge festgelegt. In Stufe I sind die Preise am günstigsten. Wer seine Termine frei bestimmen kann, fährt am besten zu den „Sparterminen", zu denen die Bahn besondere Billigpreise bietet. Preissenkungen treten bei Fahrten nach Österreich und von und nach Frankreich ein.

Hier ein Beispiel für die Preisberechnung im Binnenverkehr, bei der es wie im Verkehr mit Österreich keine Preisunterschiede nach 1. und 2. Klasse gibt. Wir nehmen zwei Erwachsene und zwei Kinder zwischen vier und elf Jahren an, die an Tagen mit Preisstufe I den Auto-Traum-Express zwischen Hamburg-Altona und München-Ost benutzen. Auto und Fahrer kosten in der einfachen Fahrt 343 Mark, bei Hin- und Rückfahrt 531 Mark. Der zweite Erwachsene zahlt 73 Mark (96), jedes der beiden Kinder 33 Mark (56). Das addiert sich bei einfacher Fahrt auf 482 Mark, bei Hin- und Rückfahrt auf 739 Mark.

Der Prospekt „Autoreisezüge Winter 1985/86" enthält alles Wissenswerte, Fahrpläne und Preise. Er ist bei den Fahrkartenausgaben und in Reisebüros mit Fahrkartenverkauf zu haben; Buchungen sind dort sowie bei den Automobilclubs möglich.

NACHRICHTEN

Plus für Griechenland

Die Zahl der Griechenland-Urlauber ist weiter gestiegen. Zwischen Januar und Oktober dieses Jahres haben 6,7 Millionen ausländische Touristen Griechenland besucht (16,6 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum). Briten (1,3 Millionen) und Deutsche (1 Million) stellten vor den Amerikanern (440 000) den größten Teil der Urlauber.

„Vorkasse" bleibt

Pauschalurlauber werden auch in Zukunft vor Antritt ihrer Ferien den vollen Reisepreis entrichten müssen. In einem seit vier Jahren geführten Rechtsstreit zwischen dem Verbraucherschutzverein (VSV) in Berlin und dem deutschen Reisebüro-Verband (DRV) entschied das Oberlandesgericht in Frankfurt, daß die sogenannte „Vorkasse" rechtens sei. Die Konsumentenvertreter hatten gefordert, daß Urlauber vor Antritt der Reise nur einen Teilbetrag bezahlen sollten und den Rest, wenn die Ferien auch zu ihrer Zufriedenheit verlaufen seien (AZ.: 6 u 167/84).

Asienflüge billiger

Linienflüge nach Asien werden billiger. Spätestens im Sommer nächsten Jahres sollen die Tarife der sogenannten „Holiday"-Angebote um zehn bis 15 Prozent fallen. Wie ein Sprecher der Deutschen Lufthansa in Sydney mitteilte, seien die Preisreduzierungen – obwohl eine Genehmigung der Behörden noch ausstehe – nach Japan, Indonesien und Korea so gut wie sicher. Auch aus Indien und Pakistan erwarte man „grünes Licht".

Schweiz pauschal

Auch für diesen Winter hat die Schweizerische Verkehrszentrale (SVZ) die Wintersport-Pauschalwochen in einem viersprachigen Faltprospekt zusammengestellt. Neben den traditionellen Kursen für Skifahrer und Langläufer bieten vier Orte – Bad Scuol, Rigi, Charmey und Les Collons – Telemarkunterricht an. Tennis und Skifahren lassen sich in Disentis, St. Moritz, Gstaad, Meiringen und Grächen kombinieren. Wer im Winter Lust hat, in aller Ruhe eine Stadt und deren Sehenswürdigkeiten zu besuchen, findet rund 30 Angebote mit Museumsbesuchen, Stadtrundfahrten, Ausflügen und Fondue-Parties.

NORDSEE · NIEDERSACHSEN · SCHLESWIG-HOLSTEIN · OSTSEE

Die Vorwahl-Nummer gehört zu jeder Telefon-Nummern-Angabe. Bitte denken Sie daran.

SAUERLAND

SCHWARZWALD

BAYERN · ALLGÄU

Für alle
die sich auf ihre Urlaubsreise freuen oder Ferienerinnerungen auffrischen wollen, sind die „Reise-Welt" in der WELT und „Modernes Reisen" in WELT am SONNTAG jede Woche willkommene Lesestoffe

Zu jeder Anschrift gehört die Postleitzahl

Urlaubsplanung
In den Reiseteilen von WELT und WELT am SONNTAG gibt's Anregungen und Angebote in Hülle und Fülle. Für jeden Geschmack und jeden Geldbeutel.

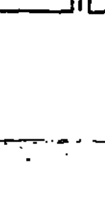
EIFEL

NORDRHEIN-WESTFALEN

WESERBERGLAND

„Die Reise erscheint uns allen etwas wie eine Frau, die auf uns zukommt. Eine Frau, die in der Menge verloren ist und die es zu entdecken gilt."

Antoine de Saint-Exupéry



„Nur wenige sind sich bewußt, daß sie nicht nur reisen, um fremde Länder kennenzulernen, sondern auch um fremden Ländern die Kenntnis des eigenen zu vermitteln."

William Somerset Maugham

BÜCHER

Der Merian Himalaya führt in liebliche Täler Kaschmirs und zu den heiligen Männern am Ganges-Fluß. Die Autoren berichten über die Hochwüste Ladakh, die freundlichen Menschen im Hindu-Königreich Nepal und ihre Weltstadt Katmandu. Arnulf Baring beschreibt das zweifelhafte Vergnügen einer Trekkingtour und Asienexpertin Gisela Bonn Bhutan, wo noch die Lamas in trutzigen Klosterburgen im Schein der Butterlampen ihre Gebete murmeln. Und Reinhold Messner macht sich Gedanken über einen absurden Zeitvertreib – das Bergsteigen. (Hoffmann und Campe Verlag, 12,80 Mark.)

*

In der Dokumentation zwar lückenhaft und in der Prognose zu voreilig – noch kann man vom Untergang der Afghanen nicht sprechen –, dafür in Umfang gewichtig und Aufmachung wertvoll präsentiert der Pinguin-Verlag Innsbruck einen Bildband „Afghanistan" mit Beiträgen verschiedener Autoren und Fotos der Herausgeberin M. R. Nicod. Das Schwergewicht liegt nicht auf einer Wiedergabe der Kriegsgeschehnisse seit dem sowjetischen Einmarsch vor fast sechs Jahren, sondern auf einer Porträtierung des Landes durch Geschichte, Religion, Bevölkerung und Kultur.

*

Für alle, die sich für die Regionen hinter dem Ural interessieren, gibt es nun das Buch **Sibirien und Zentralasien**. Es behandelt Geographie, Geschichte und Kunstgeschichte sibirischer Städte wie Bratsk, Irkutsk, Nowosibirsk oder Akademgorodok und zentralasiatische Regionen wie Taschkent, Fergana, die Oase Chiwa, Buchara, Samarkand und Pendschikent. (160 Seiten, 24 Fotos, 39,80 Mark, Kohlhammer Kunst- und Reiseführer.)

*

Rund 300 ausgewählte Hotels stellt der neue Führer **Freizei-Hotels** für Wochenende und Zweiturlaub vor: mit einleitendem Text, der auch auf die Umgebung Bezug nimmt, mit Fotos, einer Gebietsübersichtsskizze und dem „blauen Kasten", wo verschiedene Sport- und Unterhaltungsmöglichkeiten, Zimmerausstattung und Küche sowie die nahen Sehenswürdigkeiten aufgezeigt sind. (208 Seiten, 29,80 Mark, Verlagsgruppe Fink-Kümmerly + Frey.)

Nach Malta, nicht nur der Englisch-Sprachkurse wegen

Valetta

Englischunterricht im Lande – da denkt man gleich an Großbritannien und den Londoner Nebel. Oder an Amerika und lange teure Flüge. Doch es gibt auch andere Möglichkeiten. Englischsprachkurse auf Malta sind eine solche Alternative. Da erlebt man den Sprachunterricht unter der warmen Mittelmeersonne, zwischen kulturhistorischen Kostbarkeiten und idyllischen Felsbuchten – und in der Unterrichtspause erfrischt ein Sprung ins kristallklare Wasser.

Malta, das Tor zum Mittleren Osten, liegt etwa 95 Kilometer südlich von Sizilien. Der Staat, bestehend aus den Inseln Gozo, Comino und Malta, ist seit 1964 unabhängig von Großbritannien. In seiner 7000jährigen Geschichte wurde Malta von unzähligen Eroberern und deren Kulturen geprägt. Heute verbinden sich hier südländische Gastfreundschaft und englischer Charme, dazu kommt ein Hauch Orient; das alles macht den typisch maltesischen Charakter aus, der den heutigen Besucher so fasziniert wie schon vor vielen Jahren Odysseus. Der sagenhafte griechische Seefahrer soll von der kargen Schönheit der Natur und den blauen Lagunen so beeindruckt gewesen sein, daß er sieben Jahre lang in der Grotte der Kalypso verweilte.

Unter dem Motto „Learning and Leisure" (Lernen und Erholen) bietet der Düsseldorfer Veranstalter Kompaß-Sprachreisen in Zusammenarbeit mit dem „International Institute of English Language Studies" Englischkurse für Schüler und Erwachsene an. Persönliche Betreuung durch ausgebildete Lehrer in kleinen, gemütlichen Klassenräumen mit nicht mehr als zehn Schülern gewährleistet einen Fortschritt der Englischkenntnisse, der am freien Nachmittag bei Einkaufsbummel, Ausflug oder Besichtigungen gleich ausprobiert werden kann. Gewöhnungsbedürftig ist allerdings die teilweise maltesisch gefärbte Aussprache der Lehrer.

Die Sprachferien auf Malta dauern für Erwachsene zumeist zwei Wochen und sind ganzjährig zu buchen. So kosten in der Zeit vom 1. Januar bis 13. März beispielsweise Kurse 1610 Mark in der Familienunterkunft (pro Person im Doppelzimmer inklusive Halbpension) oder 2516 Mark mit Übernachtung und Frühstück im First-Class-Hotel. Im Preis enthalten ist neben Flug (ab/bis München), Transfers, Mitgliedskarte für einen Wassersportclub, Versicherungspaket und Kursgebühren auch das Unterrichtsmaterial. Neben den Hauptkursen, das sind 20 Lektionen zu je 45 Minuten pro Woche, können zusätzlich Intensivkurse (255 Mark pro Woche für jeweils zwei Stunden Einzelunterricht am Nachmittag) oder Spezialkurse in Geschäftsenglisch (139 Mark pro Woche) belegt werden.

Die Schule organisiert auch Ausflüge auf den Inseln. Dabei faszinieren besonders die prächtigen Paläste und Kirchen der Großmeister des Malteser-Ritterordens, die uralten Tempel und die mittelalterlichen Befestigungsanlagen überall auf Malta. Die Hauptstadt Valetta, die alte Festungsstadt Mdina und die romantische Insel Gozo lohnen den Besuch.

UTE KAMPHAUSEN

*

Veranstalter: Kompaß-Sprachreisen, Limburgstraße 11, 4000 Düsseldorf 1.



Der Hafen von Gozo — FOTO: UTE KAMPHAUSEN



Der Kurfürstendamm mit Weihnachtsschmuck, im Hintergrund die Gedächtniskirche — FOTO: DIE WELT

BERLIN IM WINTER / Ku'damm-Bummel mit Kultur

Berlin

Tausende Glühbirnen in Rot, Gelb, Blau und Weiß bauen schillernde Reklamebilder auf. Passanten schlendern über das breite Trottoir. Stoßstange an Stoßstange schieben sich Autos vorbei. Der Kurfürstendamm kurz vor Mitternacht. Wer denkt ans Schlafen, wenn die 3,5 Kilometer lange Konsummeile die Hektik des Tages abgestreift hat, wenn Flaneure wie einst zu Kaisers Zeiten wieder den Rhythmus auf dem Boulevard bestimmen?

Am Tage diktiert das Tempo die wohlbekannte Großstadt-Nervosität, doch bei Nacht umgibt sich der „Ku'damm" mit dem eleganten Flair vergangener Zeiten, präsentiert sich die Prachtstraße selbstbewußt als Mittelpunkt der Metropole. Im Dunkeln, wenn die Lichter den Billig-Nepp und die schmuddeligen Sex-Shops überstrahlen, ist diese Straße in ihrem Element.

Denn auch, wenn das Café des Westens heute ein anderes Publikum hat als anno dazumal, reizt doch der Gedanke: Hier war der Treffpunkt der Bohème, der Dichter und Maler. Heute ist Berlin Treffpunkt vieler Nationen: 290 000 ausländische Gäste beherbergte die geteilte Stadt 1984 – zusammen mit den 1,23 Millionen Bundesbürgern, denen Berlin eine Reise wert war, der absolute Rekord seit 1948. Das ist gut so, denn die Stadt braucht Touristen. Fremdenverkehr steht mit 2,5 Milliarden Mark Umsatz an fünfter Stelle der Wirtschaftsstatistik.

Berlin ist aktiv, das Leben pulsiert, allen Widrigkeiten zum Trotz. Der Rundfahrten-Bus nimmt die traditionelle Touristen-Route: Wir sehen Deutsche Oper, Kongreßhalle, Charlottenburger Schloß. Aber auch die Wundstellen: Brandenburger Tor und Reichstag. Wir passieren Ruinen, originell bemalte Brandmauern, Beton-Architektur der fünfziger und sechziger Jahre und neuzeitliche Wohnkultur der Internationalen Bauausstellung.

Doch dann entfliehen wir der Großstadt und fahren aufs Land. Eine Fiktion, scheint es zunächst, doch feucht-kühle, erdige Realität offenbart sich da dem City-Touristen. Vierzig Prozent Berlins sind Grünfläche oder Wasser. Allein die Waldgebiete in Tegel, Düppel, Spandau und Grunewald umspannen 7607 Hektar.

Die Reiseführerin lotst uns durch das Westend, die Villenstadt vieler Film- und Fernsehstars, in den Grunewald, den wohl jüngsten Wald dieses Landes. Siebzig Prozent seines Bestandes wurden im letzten Krieg verwüstet oder danach von der frierenden Bevölkerung abgeholzt. Erst von 1949 an machten sich zwei Jahre lang rund 2000 Waldarbeiter daran, die Bombentrichter zuzuschütten und rund 18 Millionen Laubbäume anzupflanzen.

Bei Wind und Nieselregen rascheln nur wenige Wanderer durch das welke Laub, um in dieser Ruhe Energie für das Tempo des Zentrums zu tanken. Vereinsamt ist um diese Jahreszeit der aus rotem Backstein erbaute Grunewaldturm – einst benannt nach Kaiser Wilhelm, der marmorn in der Eingangshalle steht. Nach 204 Treppenstufen wird der Blick frei auf die Havel, über die einige Segler, kaum im Kontrast zu dem neblig grauen Himmel, geruhsam Fahrt machen. Jetzt, wo die Berliner nicht mehr ihre Erholungsgebiete stürmen, haben auch die Angler wieder Ruhe, ihre Rute nach Hecht und Dorsch auszuwerfen. Über den Wannsee gleiten lautlos Enten und Schwäne. Der Yachthafen liegt verwaist.

Hier draußen atmet Berlin tief durch, hier genießt es seine Weite, und hier spürt es bei aller Entspannung die Enge besonders deutlich. Nicht ohne Bitterkeit deutet unsere Begleiterin auf die Glienicker Brücke. Einst von Kurfürsten und Königen benutzt als nächster Weg nach Potsdam, ist sie heute Grenze zwischen Ost und West.

„Die Berliner müssen tagtäglich mit der Selbstbehauptung ihrer Position leben, und dabei geht von ‚Herz und Schnauze' leider das Herz allzu oft verloren", bedauert die Berlinerin und weist auf eine Gruppe Motorradfans, die den Sprint nach Westen, nach Helmstedt zur Gewohnheit gemacht haben. Mauer, Grenzposten, Klein-Amerika, -England und -Frankreich – eine Tour, die in wenigen Stunden jahrzehntelange Geschichte dokumentiert, aber dabei keinesfalls die Vitalität dieser Stadt vergißt.

Wir treffen auf eine Szene, die seit den zwanziger Jahren hier amüsiert und emsig mit Paris Schritt hält: Travestie – im Altberliner Gasthaus mal frivol und exaltiert, mal betont seriös und mondän. Zwischen Plüsch ud Troddeln, Messing und Milchglas enthüllt sich eine Kabarettwelt, so alt und jung wie ihre Akteure. Denn traditionelles, von „Altmeistern" präsentiertes Show-Repertoire steht hier neben dem Geschlechter-Rollentausch.

Der ist übrigens zur Zeit in Berlin höchst aktuell, beherbergt es doch „la cage aux folles" (bis 5. Januar, Karten im dreiwöchigen Vorverkauf in der Kantstraße 12, 1000 Berlin 12). Dieser Käfig voller Narren im Theater des Westens ist so spritzig und amüsant, so mitreißend und vollkommen verwirrend, mit Raffinesse und Charme nur so vollgestopft, daß das altehrwürdige Haus nach den „standing ovations" ein wie von Champagner trunkenes Publikum in den nächtlichen Menschenstrom einer Weltstadt entläßt.

MARTINA SCHLINGMANN

*

Auskunft: Verkehrsamt Berlin, Europacenter, 1000 Berlin 30.

ÖSTERREICH





Weihnachten/Neujahr inmitten der Pisten
im Bergsporthotel Falkertsee, 1875 m, Kärnten. Skivergnügen für die ganze Familie (Raum Bad Kleinkirchheim/Turrach). Komfort und Gemütlichkeit, Sprudelbad, Sauna, Dampfbad. Geselliges Wochenprogramm. Wir haben schon Schnee in Mengen, und es gibt noch Platz für alte und neue Freunde.
Ruf doch gleich an: Tel. 00 43 / 42 75 / 2 55
Familie Hans Köfer, A-9546 Falkert-Patengassen

Bad Hofgastein – Neu in Österreichs größtem Skigebiet! Aparthotel Pyrkerhöhe
A-5630 Bad Hofgastein, Tel. 06 43 / 64 32 / 64 44 oder 61 89, Tx 67 671
85 Betten in Appartements od. Zi., gem. eingerichtet. HP ab DM 50,-. An der Schloßalm-Skiabfahrt gelegen. Sauna, Solarium, Sonnenterrasse. 250 km Pisten, 54 Lifte u. 98 km Loipen. Skipauschale DM 565,– pro Woche ab 4. 1.–25. 1.. Parkplatz neben dem Haus. Zu Ostern schneesicher. Bitte Unterlagen anfordern!

Osterskilauf in Saalbach (Österreich)

HOTEL HINTERHAG

direkt am Kohlmaislifthang, sonnig, ruhig, heuer erstmals schneesicher durch Schneekanonen. – Sie können mit den Brettln bis zur Haustür fahren. Wohnschlafzimmer und Luxusappartements mit Himmelbetten von DM 83,– bis DM 127,– inklusive Frühstücksbuffet bis 12 Uhr mittags sowie Sauna u. Solarium. (Alle Zimmer mit Panoramablick, Bad, WC, Telefon und Balkon.) Kinder bis 5 Jahre frei, 30% Kinderermäßigung.
5 Fußminuten weiter sorgt die bekannte HINTERHAG-ALM für Stimmung. Alt und jung trifft sich hier, nachmittags um vier. Tanz mit Skischuhen, Jägertee vom offenen Feuer. Abends Treffpunkt für Feinschmecker. Fünf Köche kochen eine gesunde Naturküche. (Gault Millau, eine Haube.) Fordern Sie unser Hausbüchl mit allen Informationen an.
HOTEL HINTERHAG, Familie Sepp und Evi Fersterer
A-5753 Saalbach, Tel. 00 43 / 65 41 / 72 82, Telex 66 512 hiss

Bad Hofgastein
Komfortable Appartements mit vollem Hotelservice, für 2–4 Personen.
Telefon: 00 43 / 64 32 / 82 47

Zu jeder Anschrift gehört die Postleitzahl

„Es gibt Reisen, die man wieder und immer wieder macht, wie Bücher, die man liest, oder Musik, die man hört, wie Gesichter, die man sieht, Menschen, zu denen man spricht und jedesmal ist etwas verändert und etwas gleich geblieben." William Saroyan

Vielfältige Anregungen und Informationen über Urlaub und Freizeit erhalten Sie jeden Freitag in der WELT und jeden Sonntag in WELT am SONNTAG. S 411

Gasthof-Pension **Nussbaumer**
Hallenbad, Sauna, Solarium
Tel. 0043/6229/275
A-5322 Hof bei Salzburg
2 Skilifte direkt beim Haus mit Flutlicht
15 km zur Festspielstadt; Komf.-Haus, alle Zimmer m. DU/WC, Balkon; ruhige Lage, mit eigenem Hallenbad, Sauna und Solarium. Ab 28. 12. 1985 – 6. 1. 1986 HP DM 49,–, bis 28. 12. 1985 und ab 6. 1. 86 HP DM 45,–, Zi/Fr. DM 34,–; Wochenpauschale pro Person DM 285,–. Inkl. Hallenbadbenutzung und aller Abgaben. Kinderermäßigung! Weihnachten–Silvester noch Zimmer frei!

KUREN

FIT FERIEN+KUREN



Unser Jubiläumsangebot:
Einmalig 1986 die geographische Gerechtigkeit: Bei einem dreiwöchigen Kuraufenthalt im ungarischen Thermal- und Sporthotel BÜK gibt es gestaffelte Reisekostenzuschüsse für Familien bei Autofahrt je nach Reisestrecke von DM 300 bis DM 550; für Einzelreisende Busfahrt hin und zurück ab München und Frankfurt zum gleichen Jubiläumspreis von DM 10.
Geruhsame Reise nach Ägypten im schönen März mit Nilkreuzfahrt - ein deutscher Arzt ist dabei.
Gesunde Tage in Andermatt und Fahrt mit dem Glacier-Express nach Zermatt.
67 Jubiläumsreisen zu gewinnen
Verlangen Sie den 116 Seiten Katalog FIT-Ferien + Kuren in Ihrem Reisebüro mit DER und FIT-Agenturen
Katalog auch von
Fit Gesellschaft für gesundes Reisen mbH
Ravensteinstr. 2 · 6000 Frankfurt
☎ 0 69/43 99 93

Tirol

Informationen und Prospekte durch:
TIROL-INFORMATION A-6010 Innsbruck · Bozner Platz 6

Kühtai 2.020 m
Winter- und Sonnenparadies * 9 Skilifte * 20 km Loipe * Rodelbahn * Eislaufplatz und Eisschießbahnen * Skischule mit Ski- und Gäste-Kindergarten * familienfreundlich * günstige Pauschalangebote im Januar!
Informationen: Fremdenverkehrsverband A-6183 Kühtai 6 - Tirol * Tel. 0043-5239-222

Hotel Mooshaus, A-6183 Kühtai - TIROL
Tel. 0043/52 39/2 77 od. 00 43/54 17/51 45
SUPER-PULVERSCHNEE-ERLEBNISSE
1 Woche im Januar
7 Tage HP öS 3010,- (ca. DM 437,–)
inkl. Frühstücksbuffet/Bioecke, Empfangscocktail, Galadinner bei Kerzenlicht, Bauernbuffet u. Tanzabende mit Live-Musik.
Wir freuen uns über Ihre Anfrage oder Buchung

Hotel Jagdschloß Kühtai TIROL 2000
Besitzer Graf Karl zu Stolberg
Romantikurlaub im ehemaligen Jagdsitz der TIROLER Landesfürsten (15. Jhdt.) — Januar: Sportwochen vom 8. 1. bis 1. 2. '86, 7 Tage HP und 6 Tage Skiliftkarte zu öS 4.480,— (= DM 640,—). Zimmer mit Bad, WC, Telefon. Kinder unter 5 Jahren im Zimmer d. Eltern gratis.
A-6183 KÜHTAI - TIROL. Telefon: 0043-5239/201 oder 225

Pfunds Tirol 970 m – 1400 m
(Dreiländereck: Österreich–Italien–Schweiz)
Winterhit für Sport und Spaß.
Ausgangspunkt i. berühmte internationale Skigebiete (bis 2864 m). Gratisskibusse in die Silvretta-Schiarena Samnaun/Ischgl und Nauders. Skischule, Skiverleih, Langlaufloipen, Rodelbahnen, geräumte Wanderwege, Pferdeschlitten, Eislaufplatz, Après-Ski.
Informationen: Verkehrsbüro A-6542 Pfunds, Tel. 00 43 / 54 74 / 52 29

Hotel Austria***, A-6542 Pfunds/Tirol, Tel. 00 43 / 54 74 / 52 61. Sauna, Solarium, Lift, Hotelbar m. Tanz, alle Zi. m. D/B/WC, App. Radio, Tel., TV, Minibar, HP m. Frühstücksbüfett, 4-Gang-Menü, Begrüßungstrunk, Bauernbüfett, Rodelpartie, Wochenpauschale ab 5. 1. – 8. 2. 86 u. v. 10. 3. – 22. 3. 86, DM 315,– b. DM 385,–

Alpenhotel Berwanger Hof – 4-Sterne-Sporthotel
Herrliche Skiferien im Gebirge können Sie noch kurzfristig buchen; in einem der schönsten Bergdörfer Tirols. Großes Hallenbad 10 x 25 m, Sauna, Whirlpool, Massage, Fitneßraum, Sonnenbank, Friseur, Restaurants, Tanzkapelle – 5-Uhr-Tanztee – gepfl. Skipisten direkt am Hause. Sonderangebot in unserer Dependance Thaneller Hof (unmittelbar neben Hauptgebäude) bei Mitbenutzung aller Einrichtungen des Haupthauses. Zi., Bad, WC, Bk., Vollp. DM 58,–.
Alpenhotel Berwanger Hof, A-6622 Berwang/Tirol, Tel. 00 43 / 56 74 / 82 88, Telex: 5 549

Zillertaler Tuxer Tal Tirol 1300–3250 m
SCHNEE- UND PISTENKENNER KOMMEN IM JÄNNER
Nach der Skigebietserweiterung Eggalm-Lämmerbichl, neue Panorama-Gondeln und neuer Schlepplift am Tuxer Gletscher. Tuxer Skipaß für 33 Seilbahnen und Lifte — auch auf weiteren 97 Anlagen im Zillertal gültig. Kostenloser Skibus im Tuxertal.
WEISSE WOCHEN 11.01.—01.02.86
7 Übernachtungen mit

Frühstück/Fließwasser	ab DM 110.-
Frühstück/Dusche/WC	ab DM 168.-
Halbpension/Dusche/WC	ab DM 280.-
6 Tage Tuxer Skipaß	ab DM 127.-

Fremdenverkehrsverband Tux, A-6293 Lanersbach / Tirol
Tel. 0043/5287/207 oder 374
Telex: 047-53155 fvtux a

TIROL
In Alpbach, auserwählt zum schönsten Dorf Österreichs, möchten wir Ihnen in unserem Landhaus mit ländlich-gemütlich eingerichteten Appartements, ausgestattet mit Kachelofen und offenem Kamin, einen ruhigen, erholsamen Urlaub bieten.
Fam. Daxenbichler, Landhaus Alpbach, A-6236 Alpbach 542
Tel. 00 43 / 53 36 / 53 16

Skifahr'n statt Skisteh'n
Tel. 0043/5357/2309
Kirchberg
Schnee...und Sie mittendrin Tirol

Weihnachten in **Hinterriß/Tirol**
21. 12.–28. 12. 85 Langlaufferien im herzoglichen Alpenhof Karwendel, 1 Wo. Halbpension Zi. m. Du./WC DM 399,– pr. Pers. 00 43 / 5 24 52 07

Telefon-Vorwahl aus D: 00 43: Aschau Tel. 5282/2923 · Bruck Tel. 5288/3390 od. 2829 · Dornauberg-Ginzling Tel. 5286/270 od. 218 · Fankenberg Tel. 5285/2673 · Fügen-Fügenberg Tel. 5288/2262 od. 2459 · Gerlos Tel. 5284/5244 · Hart im Zillertal Tel. 5288/2309 od. 2331 · Hippach Tel. 5282/2593 · Kaltenbach Tel. 5283/2218 · Mayrhofen Tel. 5285/2305 od. 2635 · Ried Tel. 5283/2307 · Schlitters Tel. 5288/2847 · Strass Tel. 5244/2144 · Stumm Tel. 5283/2229 · Stummerberg-Gattererberg Tel. 5283/2704 · Tuxertal Tel. 5287/207 od. 374 · Uderns Tel. 5288/2384 · Wald-Königsleiten Tel. 6564/8212 · Zell am Ziller Tel. 5282/2281.

Zillertaler SUPER-SKI-PASS mit dem die Stimmung ständig steigt Tirol

KUPON: Schicken Sie uns den Kupon. Die Zillertal-Panorama-Karte ist so gut wie unterwegs zu Ihnen
Zillertaler Super-Ski-Paß, A-6280 Zillertal, Postf. 32 C
Tel. 00 43 / 52 82 / 71 65
Name: ______
Adresse: ______

Wen wundert's. Schließlich gilt er im meistbesungenen Tal Tirols, auf 450 Abfahrts-Kilometern und heuer erstmals auch für die Gletscherbahnen. Zillertaler Super-Ski-Paß: 4 bis 21 Tage Stimmung, Spaß und Schneevergnügen.

Prägraten am Großvenediger 1312 m
Ruhe, Erholung, Schnee, ideales Skigelände in Ortsnähe f. Familien; 3 Lifte, Babylift, Skischule. Wanderloipe - 15 km, ideales Tourenskigebiet. Wanderwege. Zi./Fr. ab DM 15,–, HP ab DM 25,–. Anfragen, Prospekte Winter oder Sommer: Verkehrsbüro A-9974 Prägraten 35b, Tel.: 0043/4877/5217

Berghotel Bergierwald
A-6653 Bach/Lechtal, Tirol, 1250 m, Tel.: 00 43 / 56 34 / 63 63
Neue Doppelsesselbahn 200 m vom Haus entfernt, führt auf 1800 m – 4 km Abfahrt. Komfort.-Hotel in herrl. ruhiger Lage auf dem Sonnenplateau. Zi. m. jegl. Komfort, Bad/Dusche, WC, Balkon; Hausbar. Appartements f. 3–6 Pers., schönes Skiparadies direkt b. Haus, Skischule, Skiverleih, Wildfütterung. VP DM 40,-/51,-, HP möglich; Menüwahl; v. 12. 1.–6. 2. 86 ca. 10% Ermäßigung! Ab 4. 1. Zimmer frei!

Das ERSTE Skigebiet südlich der Tauern!
Matrei in Osttirol 1000–2500 m
Winterspaß mal drei: Ski fahren, Reiten, Tennisspielen.
Matreier Goldried – beste Schneeverhältnisse.
Ab 7. Dezember in vollem Betrieb.
Für Schnellbucher Tel. 00 43/48 75/65 27
Verkehrsbüro A-9971 Matrei i. Osttirol

Warum fährt Prinzessin C. nicht in Ischgl Ski?

Weil bei uns die Skilehrer Sepp und Franzl heißen — und nicht Stephano oder so. Und weil wir mit der riesigen Silvretta-Skiarena über 150 km Abfahrten haben, die verflixt sportlich sind. Nicht zu reden vom Ischgler Nachtleben, bei dem es locker und lustig zugeht. Ischgl in Tirol, einer der Großen in den Alpen.
25 Bahnen und Lifte, keine Wartezeiten, keine Langeweile, 25 km Loipe, viel schwitzen, Mini-Bob-Run, 9 Eisstockbahnen, Schlittschuhbahn, 6 Discotheken und Nachtclubs, viel anbandeln.

PREISWERT IM JÄNNER
11.01.—31.01.1986
7 Übernachtungen
+ 6-Tagesskipaß ab DM 360.—
Nähere Informationen:
Fremdenverkehrsverband
A-6561 Ischgl / Tirol
Tel. 0043/5444/5266
Telex 047-58148 fvvsvr a

Coupon Tirol


Bitte schicken Sie mir ausführliches Prospektmaterial zum sportlichen, lustigen Ischgl.

PARTH-WERBUNG

FERIENHÄUSER · FERIENWOHNUNGEN

INLAND

Nordsee



ganzjährig Inselurlaub mit Sonne, Sand und Meer
Fewo-Ring auf Wangerooge
Nordseebad - Telefon 0 44 69 – 3 73, auch Sa./So.
40 Wohnungen, 2–5 Personen, zu vermitteln

Borkum
Ferienwohnungen in Spitzenlage bitte Prospekt anfordern.
E. Kolls, Postfach 11 44, 2963 Georgsheil
Tel. 0 49 42 / 7 08 oder 17 08

Kampen / Sylt
2-Zi.-App., Weihnachten / Neujahr frei, DM 775,–. Tel. 0 41 01 / 4 47 71

Morsum, Kliff-Nähe
Komfortwohnung (OG), 4 Pers.
Tel. 0 30 / 2 11 18 82 (montags–freitags)

Sylt Komf.-Whgen. in 2-Fam.-Haus, 2–6 Pers., ruh. Tel., TV, Sauna, u. a. m. Tel. 0 40 / 8 00 43 86 u. 0 41 93 / 7 97 00

Sylt Kampen, allerbeste Lage, Zi. m. Frühst. u. Komf.-App. ab 20. 12. frei.
Telefon 0 46 51 / 2 28 96

Sylt-Ferienhaus
in Keitum-Munkmarsch für gehobene Ansprüche.
Telefon 0 41 02 / 6 21 39

SYLT W'ld.-Süd, anspruchsv., priv., 100-m²-Friesenhaus, Gart. u. jg. Komft., 5 Pers./200,- DM/Tag, an Weihnachten Tage: 0 69 / 75 28 15, abends 0 61 74 / 2 26 62

Weihn./Silv. auf Sylt
Komf.-App's in ruh. Lage noch frei. Tel. 0 46 51 / 2 55 05

Weihnachten/Neujahr in Wenningstedt auf Sylt
Komf.-App. (4–6 Pers.), ruh. strandn. Lage, frei.
Tel. 0 46 51 / 4 29 18 (werktags)
2 55 03 (ab 18 Uhr + sonntag)

Weihnachten u. Silvester
Sylt/Wenningstedt, App., 2 Pers.
☎ 0 46 51 / 4 22 17

Westerland/Sylt
Gästehaus „Gunlis", komf. FeWo für 2–6 Pers., m. Terr., in Strandnähe frei.
Tel. 0 46 51 / 2 19 74

Weihnachten/Neujahr
in KAMPEN auf Sylt im LOTSENHOF UND GODEWIND
Tel. 0 46 51 / 4 11 10

Weihnachtsferien im gemütlichen Reetdachhaus bei St. Peter/Nordsee.
Telefon 0 40 / 48 59 05

2 Ferienwohnungen
2–5 Personen, an der Nordsee, frei vom 6. 12. T. 0 48 42 / 5 76

Amrum
Weihn.- Ferien am Meer, gemütl. Fewos 2–4 Pers., Seebl., Schwimmb., Sauna, Farb-TV, DM 50,–/80,–/Tag.
Tel. 0 46 82 / 26 23

Weihn./Silv. auf Amrum/Nebel
Komf.-FeWo im Landhs., 2–6 P., Farb-TV, Tel., DM 120,–. Reserv. 86 DM 95,– b. 190,–. Tel. 0 52 04 / 56 42

Sylt Komf.-Whg. für 2–6 Pers. Farb-TV, Tel., Schwimmb., Sauna, Tel. 0 41 06 / 44 57

Sylt
Jetzt ist Sylt am erholsamsten. Wir haben Einzel-/Doppelzi., 1-, 2- u. 3-Zi.-Lux.-App. m. Kamin fr. Sie wohnen i. mod. App.-Hot., w'-lands Schw'bad, Whirlpool, Sauna-Dampfbad u. kl. Rest. Str./Nordsee u. Kurv. i. nur 300–500 m Entf., jetzt 30–40 Proz. Preisnachl., ab 35,- pro Pers. Großer Hausprospekt, lassen Sie sich überraschen. „Appart-Hotel" Sylter Hahn, Pf. 15 05, 2280 Westerl./Sylt, Tel. 0 46 51 / 75 85 od. 73 74

KAMPEN / SYLT
EXCLUSIVE FERIENWOHNUNGEN MIT ALLEM KOMFORT UND VIEL PLATZ FÜR 4 BIS 6 PERSONEN
WEIHNACHTEN NOCH EINIGE TERMINE FREI
HAUSPROSPEKT
☎ 0 40 / 8 99 35 45 u. 0 46 51 / 4 25 29

SYLT
SILVESTER FEIERN AUF SYLT!
● 1-Zi.-FeWo. (2 P.), pro Tag 66,-. FeWo. m. Du./WC, Farb-TV, Kochni., Schwimmb., Sauna, Solarium.
Sylt-Ferienpartner, Viktoriastr. 1, 2280 Westerl./S., Prospekt anf.!
04651-7004

Herrl. Reetdachhaus in Kampen
und exkl. Frieseneinzelhaus ab 2. 1. 1986 frei. Tel. 09 11 / 54 02 03 od. 0 46 51 / 2 55 11

SYLT ist bei jedem Wetter schön
Hübsche Ferienwohnungen und Häuser in jeder Größe und Lage, in Westerland und anderen Inselorten frei.
App.-Verm. Christiansen
Kampende 42, 2280 Tinnum/Sylt
Tel. 0 46 51 / 3 18 86

INSEL SYLT
Appartement-Vermietg. Billy Henke
Ferien-Whgn. auf der gesamt. Insel
2280 Westerland, Wilhelmstr. 6
Tel. 0 46 51 / 2 25 74

Ostsee

Timmendorfer Strand
Golf- u. Sporthotel, Dez. priv., 1 Lux.-App. f. 2 Pers. frei.
☎ 0 40 / 6 01 87 87

Heiligenhafen (Ostsee)
Kft.-Wohnung im Ferienpark, Seeblick, gute Ausstattung, Wellenbad kostenlos.
Tel. 0 41 02 / 6 21 39

Travemünde Maritim
2.–29. Stock, Topausstattung, Telefon, Farb-TV, Schwimmbad.
Privatverm. P/T 22,50–32,50.
☎ 02 21 / 61 29 42 + 86 21 64

Bayern

Lux.-Ferienlandhs. Allgäu
absol. Alleinlage, aller Komf., Sauna etc., ideal f. Langl. + Wandern, für 5–9 Pers., Tel. 0 83 05 / 87 07

Berchtesgaden
Verleben Sie Ihren Winterurlaub in alleinbewohnb. Lux.-Landhs. z. Werbepreis.
Tel. 0 86 52 / 45 47 u. 0 86 28 / 21 01

Garmisch-Partenkirchen
Neuerb. komf. Ferienwohnungen, ruh., beste Lage, 2–4 Pers.
Landhaus Glässel
Von-Müller-Str. 11, Tel. 0 88 21 / 47 12

Garmisch-Part. Neu erb. Komf.-Ferienwohnungen, ruh. Lg., 2–5 P. J. Ostler, Gästeh. Boarlehof, Brauhausstraße 9. Tel. 0 88 21 / 5 06 02

Reit im Winkl
Weihnachten/Neujahr
Krankheitshalber frei, komf., sehr ruh. FeWo f. 4 Pers., 2 sep. Schlafzi., Tel.: 0 89 / 4 30 99 18

Reit im Winkl
Komf. Ferienwhng. bis 4 Pers. im Zweifamilienhs., schönste, ruhige Waldrandlage, 2 Zi., Balk., Bad, Du., Wohnkü., TV, Liegewiese, ab 7. 1. frei. Tel. 0 55 41 – 3 36 96

Ski- u. Ferienparadies Lenggries/Obb.
gemütl. komf. Ferienhs. (b. 4 Pers.), 3 Schlafzi., Garage, frei ab Jan. Tel. 0 40 / 7 12 29 17

Zum Wintersport nach Oberbayern in den Luftkurort Siegsdorf. Komf. Ferienapp. im Landhs. Hochfellen, Tel. 0 86 62 / 91 93, ab 15 Uhr.

Rettenberg/Allgäu
2 komf. 2-Zi.-App. f. 2–4 Pers. frei.
Telefon 0 71 51 / 8 14 89

Ferienwohnungen Inzell/Obb.
Ideal für Eislauf, Langlauf und Alpin-Ski
1, 2 und 3-Raum-Appartements für 2 bis 5 Personen im neuen Gästehaus des DORINT Inzell. Aller Komfort incl. Farb-TV, Telefon, Balkon, Hallenbad, Sauna im Hause. 150 km Wanderwege, großes Loipen-Netz, Eislauf-Zentrum, Ski-alpin für Anfänger und mittlere Läufer. Bis Salzburg nur 30 Minuten.
Appartement für 4 Personen 1 Woche ab 525,–
Buchung/Prospekte: Dorint 8221 Inzell, Lärchenstr. Tel. 08665-6051

Schwarzwald

Vogelweide
Das herrlich gelegene, individuelle, in seinem besonderen Stil einmalige und führende Haus in
HINTERZARTEN
mit Ferienwohnungen im exclusiven Landhausstil und mehreren Gesellschaftsräumen.
Gr. Farbprosp. ☎ 07652/5040+1737
Familie Witta, 7824 Hinterzarten

Weihnachten und Neujahr in **BADEN-BADEN**
Komf.-App., Kitchinette, 120,– DM f. 2 Pers.
Prospekt anfordern: Apart-Hotel „Seligmatten" Tel. 0 72 21 / 2 33 85

Versch. Inland

Weihnachten und Silvester im Yacht-Hof Edersee
mit Programm, in Top-Ferienwohnungen dir. am See.
Tel. 0 56 23 / 46 89 o. 0 56 34 / 17 12

Besinnl. Weihnachten, Nh. Himmelpforten, **Kft.-Fewo**
Telefon 0 41 40 / 4 43

AUSLAND

Dänemark

DÄNEMARK – KATALOG 1986 SOEBEN ERSCHIENEN!
Was Sie wissen sollten: Er ist umfangreich – 1500 Ferienhäuser im ganzen Land, auch auf Bornholm – spannend – mit Aktivitätsangeboten, Grundrissen/Fotos – gratis. Bei uns: Freundliche Beratung, Wissen und Können, das überzeugt!
Büro SONNE UND STRAND, DK-9492 BLOKHUS
9–20 Uhr täglich, auch samstags und sonntags. Tel. 00458-245600

Frankreich/Dänemark/Ferienhs.
Sörensen, Dorfstr. 36 A
3012 Lgh. 8, Tel. 05 11 / 74 10 11

Ferienhäuser/Dänemark
Nord- und Ostsee
z. B. 4 Pers. ab DM 195,–
Katalog gratis bei:
dantour Schleswiger Str. 68
2390 Flensburg - Telefon 0461/9 70 21

DanCenter
Vom führenden Dänemark-Spezialisten:
JUMBO-KATALOG
mit über 4000 Ferienhäusern gleich kostenlos bestellen! Größte Auswahl!
Spitalerstr. 16, 2 Hamburg 1, ☎ 040 32 27 81

Moderne Ferienhäuser
Vor-/Nachsaison ab DM 195,–/Wo.
Euro Tourist, Vesterbro 89
DK-9000 Aalborg, Tel. 0 04 58/11 34 00

Urlaub in Dänemark
Ferienhäuser überall an den schönsten Stränden Dänemarks. - Katalog kostenlos:
Ferienhausvermittlung BERND KNEITZ
SENNELS DK-7700 THISTED
TELF: 0045 7 983468
NEU AB 1986 jetzt auch Lokalbüro in Nr. Vorupör

Schweden

Schweden
Ferienhäuser, Blockhäuser, Bauernhöfe
Katalog anfordern!!!
Südschwedische Ferienhaus-Vermittlung
Box 117, S-28900 Knislinge, T. 004644-60655

Die schwedische Seenplatte
Vaermland, Dalsland, Vaester gotland. Tel. 00 46 / 54 / 10 21 70

Geben Sie bitte die Vorwahl-Nummer mit an, wenn Sie in Ihrer Anzeige eine Telefon-Nummer nennen

Frankreich

Ferienhäuser am Atlantik
z. T. Traumhäuser
Südbretagne · Aquitanien
Appartements in Paris
strengste Auswahl pers. getroffen
Vermittelt seit 10 Jahren
Margit Stichert
D-7590 Achern-Önsbach, Tel. 0 78 41 / 2 61 64

Monte Carlo – Cap Martin
Elegante Villenetage, 2–6 Pers., einmalige Panoramalage, dir. Meernähe, div. Termine 1986.
Tel. 0 83 82 / 51 81

Ihr Spezialist für France –
Villen – (auch luxuriöse m. Pool), Appart., Hotels an allen Küsten einschließlich Korsika – ausführlicher Bildkatalog
Agence Française
Friedhofstraße 25
7000 Stuttgart 1
Tel 07 11/25 10 10
25 10 19

Bretagne, Loire, Provence
5-Sterne-Lux.-Villen, Pool, Tennis etc.
Mildes, Sternwald 24, 7800 Freiburg

Côte d'Azur
Ferienwohnungen, Villen, Hotels zw. Nizza, Cannes, St. Tropez, Cap d'Agde u. Korsika; Alle Jahreszeiten. Weihnachten. Saison '86. Gratis-Farbkatalog anfordern: COTE D'AZUR RESIDENCES GMBH
Frau Tr. Schmidt-Spälter · Fehrenkötn 123
D-2000 Hamburg 71 · Tel. 0 40 / 645 14 45

Schweiz

Splügen 1750 m/CH
Ferienwohnungen zu vermieten.
Telefon 0 21 01 / 27 12 21

AROSA ● Graubünden/Schweiz, „Rothornblick": Die Top-Appartements ab Fr. 950,– p. Woche. Großes Hallenbad, Tennis- u. Squashhallen.
Tel. 00 41 81 / 31 02 11

Arosa, Lux. einger. 3-Zi.-FeWo, Spitzenlage unmittelbar Nähe Hörnli-Gondelbahn/Sammelpl. Skischule, Innerarosa, frei 10. 1. – 15. 2.
Tel. 0 40 / 8 80 79 10 ab So. 17 Uhr

WALLIS / SCHWEIZ
Chalet in exklusiver Ausstattung mit ausgewähltem Komfort für 4–6 Personen. Herrl. Skigebiet in unmittelb. Nähe. Über Weihnachten/Neujahr und in der Skisaison von Privat zu vermieten.
Telefon 0 41 69 / 93 22

Crans Montana
Gut einger. Fewo f. 5 Pers. (3 Schlafräume). Nähe Golfplatz Crans (bestes Skigebiet) zu vermieten.
Tel. 0 23 04 / 87 38

Chalets, Appartements, Hotels in den besten Ferienorten in der Schweiz + Deutschland
Katalog anfordern bei:
V + S FERIENSERVICE AG
Krefelder Str. 57 · 4040 Neuss 1
Telefon: 0 21 01 / 27 12 21
Telex: 08 517 449

Klosters
3-Zi.-Komf.-Whg., n. f. Weihn. frei. Woche 1000 sfr. Tel. 05 31 / 69 61 60

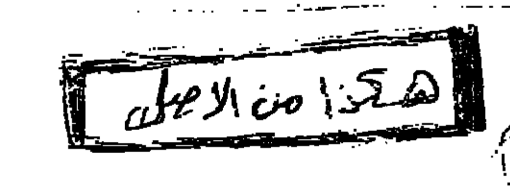
Italien

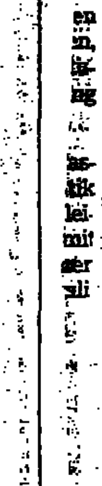
TOSKANA UMBRIEN
1000 Ferienwohnungen + Häuser, Landgüter + Villen; ruhige Lagen · Qualität im Kunstdruckkatalog '86 · Einführungsangebote! Inform. + Buchung: Fuoth + Partner · Cuendet-Generalvertretung Süd · Postfach 4218 · 7750 Konstanz ☎ 07531/43054+44985 auch Sa./So.

Insel Elba!
Einzelhaus für 6 Pers., 500 m zum Sandstrand für 86 frei.
Tel. 0 41 01 / 7 11 48

Gesuch

Gardasee Limone/Malcesine
komf. Ferienhaus oder gr. Wohnung, mögl. m. Swimmingpool, in ruhiger Lage, vom 9. bis 30. 9. 86 gesucht. 4 Erw. u. 2 Kinder.
Ang. u. PL 48984 an WELT-Verl., Postf., 2000 Hamburg 36.





SCHACH MIT GROSSMEISTER LUDEK PACHMANN

Wird München nun auch im Schach die „heimliche Hauptstadt Deutschlands"? In der ersten „Doppelrunde" der 1. Bundesliga haben jedenfalls beide Münchner Vereine große Erfolge gefeiert: Bayern München besiegte Köln-Porz 6½:1½ (!) und Wuppertal 6:2; München 1836 siegte über Porz 4½:3½ und gegen Wuppertal 5½:2½.

Im erstgenannten Spiel war natürlich in erster Linie folgendes Großmeisterduell mit Spannung erwartet:

Caro – Kann. Unzicker – Miles

1.e4 c6 2.d4 d5 3.Sc3 de4: 4.Se4: Sf6 5.Sf6:+ gf6: (Miles spielt sehr gerne wenig solide Eröffnungssysteme, gegen den „Klassiker" Wolfgang Unzikker wird er diesmal scheitern:) **6.Lc4** (Noch präziser ist m. E. 6.c3 Lf5 7.Se2 – der weiße Königsläufer kommt dann ohne Tempoverlust auf e2!) **Lf5 7.Se2 e6 8.Sg3 Lg6 9.c3 Sd7 10.h4 h5 11.Le2!** (Trotz des Tempoverlustes chancenreicher als 11.Lf4 Ld6 usw.) **Da5 12.b4 Dd5?** (Dieser seit Jahren als weniger gut geltende Zug ist bei Miles überraschend! Richtig ist allein Dc7! 13.Sh5: a5!) **13.0-0** (Stark ist auch 13.Lf3 Dc4 14.Db3!, aber auch nach dem ruhigen Entwicklungszug hat Schwarz Schwierigkeiten – es droht in erster Linie 14.c4.) **Sb6 14.a4! Dd8** (Macht das Feld d5 für den Springer frei, aber vielleicht wäre Le7 etwas besser!) **15.b5! f5?** (Und dagegen muß man bereits starke Bedenken äußern!) **16.bc6: bc6: 17.Lf3 Tc8 18.a5 Sd5 19.c4 Sb4 20.Lg5! Le7 21.Le7: De7: 22.Dd2 Td8 23.Dc3!** (Wegen des drohenden Durchbruchs 24.d5 muß Schwarz kurz rochieren – sein König wird gleich stark exponiert.) **0-0 24.Tfe1 Tfe8 25.Lh5: Lh5: 26.Sh5: Dh4: 27.Te3! e5!** (Noch am besten, denn Dh5: hätte nach 28.Tg3+ Kf8 29.Db4:+ Te7 30.Th3 sofort verloren. Nun wäre der Qualitätsgewinn mit 28.Th3 Dd4: 29.Sf6+ Kf8 30.Se8: wegen Sc2! keineswegs klar – Unzicker entscheidet sich deshalb für die Fortsetzung des Angriffs:) **28.de5:! Dh5: 29.Th3 Td1+ 30.Td1:** (30.Kh2 wäre wegen Td3! 31.Dd3: Sd3: 32.Th5: Sf2: weniger gut.) **Dd1:+ 31.Kh2 e5 32.Tg3+ Kh7 33.Db4: Te6 34.Th3+ Th6** (Nur so ist der Mattangriff abzuwehren – Kg6 35.Db8! – aber das Damenendspiel ist für Schwarz nicht haltbar:) **35.Th6:+ Kh6: 36.Dc3! Kg6 37.g3 Kf6 38.De3 Ke6 39.c6! Dd4 40.Dh6+ f6 41.Kg1 Dc4: 42.Dg7! Dc1+ 43.Kh2 Dc6: 44.Da7: Kd6 45.a6 Ke6** (Dc7? 46.Dc7:+ Kc7: 47.Kh3 usw.) **46.Db7 Dc2 47.Kg2 e4 48.a7 Dd3** (Die letzte Hoffnung – Dauerschach!) **49.Db6+ Kf7 50.De3 Da6 51.De5 Kg6 52.Dd4 Da3 53.Dd7!** (Mit der Absicht Df3+ 54.Kg1 e3 55.De8+ nebst 56.De3:) **f4 54.gf4: f5 55.Kh2! Da2 56.Kg3 Dg8** (Da3+ 57.Kh4 Df3 58.De6+ Kg7 59.De7+ nebst 60.Dg5+ und gew.) **57.De7 Dc8 58.Da3 Da8 59.Dd6+ Kf7 60.Dc7+ Kg6 61.Db8 Dc6 62.a8D Dc3+ 63.Kh2 aufgegeben.**

Ein lehrreiches Damenendspiel, in dem Unzicker seinen Freibauern überzeugend verwertet hat!

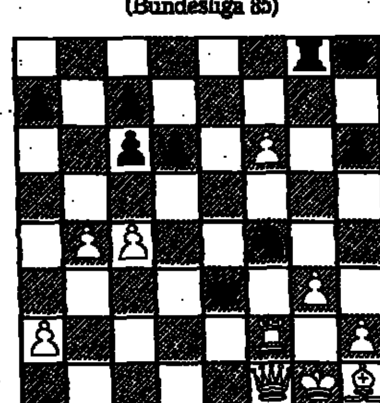
Lösung vom 29. November

(Kh1,Df7,Tf1,Lh3,h6,Sg5,Bb3,c2,e4,g3,h2;Kh8,Db2,Tb8,e8,Lg7,Se7,Ba7,b7,c5,g6,h7):

1.e5! De5: 2.Le6! (drohend 3.Dg8+! Tg8: 4.Sf7 matt) Tf8 3.Df8:+ Tf8: 4.Tf8:+ Lf8: 5.Sf7+ Kg8 6.Se5:+ aufgegeben.

Smejkal – Schneider

(Bundesliga 85)



Schwarz am Zug gewann

(Kg1,Df1,Tf2,Lh1,Ba2,b4,c4,f6,g3,h2; Kh8,De3,Tg8,Sf4,Ba7,c6,c7,d6,h6)

DENKSPIELE

Halb-Zoologisches

br br br
br bär br
br br

Wer ist gemeint?

Einfach drücken ...

Die Düse einer Spraydose besteht bekanntlich nur aus einem einfachen, feinen Loch. Und es gelangt auch nur die Flüssigkeit, nicht aber Treibgas aus dem freien Raum darüber dorthin. Warum entsteht dann statt eines einfachen Strahls ein feiner Nebel? Als Tip: Warum kann das Zerstäuben durch Schütteln verbessert werden?

Wer zählt die Häupter?

Susi feiert Geburtstag. 16 kleine Gäste sind gekommen. Susi zählt die Kuchenstücke, die Mama brachte: „Prima. Es sind 55 Stück." Dann verkündet sie weise: „Alle meine guten Freundinnen bekommen vier Törtchen, meine Freundinnen nur drei. Das geht glatt auf." Wieviele „Nur-Freundinnen" waren da?

Scharadoid

Das Zweite ist uralt sumerische Stadt / in der auch das Erste erwuchs. / Doch auch das Ganze hat dort seinen Ursprung.

Auflösungen vom 29. Nov.

Alter Rebus

s & a in SLN = Sundainseln.

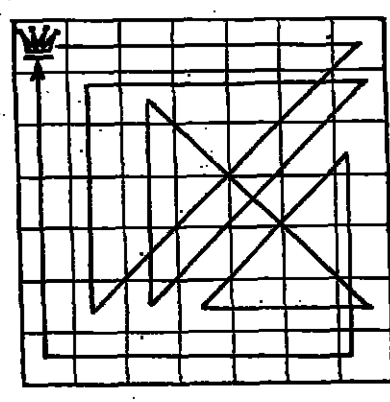
Verlust-Vergnügen

FREUNDE – N = FREUDE.

Reihenweise

Die jeweils nächste Zahl der Reihe entstand, indem 2 abgezogen oder, im Wechsel damit, durch 2 dividiert wurde. Die nächste Zahl ist 8.

Damenwanderung



Die Dame schafft es, in zwölf Zügen alle Felder zu besuchen.

Das große Kreuzworträtsel

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11

246

Noch gibt es keinen Impfstoff gegen das Dengue-Fieber

Man kann mit Dengue-Epidemien zwischen dem Äquator und dem zwanzigsten Breitengrad Nord in Ostafrika rechnen, soweit die Aedes-aegyti-Moskito-Stechmücke dort vorkommt. Das Dengue-Fieber wird durch ein Flavivirus verursacht. Es gibt vier unterschiedliche Serotypen des Dengue-Virus, die nur eine etwa dreimonatige Kreuzimmunität nach Ablauf der Infektion hinterlassen. Die Vermehrung erfolgt im Darmepithel, Hirn und in der Speicheldrüse der Stechmücken.

In Menschen und Primaten verteilt es sich rasch von der Stichstelle aus in der Haut und im zirkulierenden Blut. Zwei bis drei Tage nach dieser Virusinvasion findet es sich im ganzen Körper des Infizierten, besonders in der Haut, in Milz, Lymphknoten, Thymus, Herz, Muskeln und in den Lymphozyten des Blutes. Der Krankheitsausbruch erfolgt zwei bis sieben Tage nach dem Aedes-Stich plötzlich mit hohem Fieber, Hautausschlägen, Haut- und Schleimhautblutungen wechselnder Ausprägung, Bluterbrechen und/oder blutigen Durchfällen. Das Fieber dauert sechs bis sieben Tage, wobei es öfters zweiphasig verläuft. Dann folgen starke Muskelschmerzen, Übelkeitszustände mit Erbrechen sowie oft erhebliche Knochenschmerzen. Jetzt kann es, wenngleich nicht regelmäßig, zu erneuten, nunmehr vom Rumpf ausgehend und sich auf die Gliedmaßen ausbreitenden Hautausschlägen von masernähnlichem Aussehen kommen. Hirn- und Hirnhautentzündungen treten gelegentlich hinzu. Bei einer Zweitinfektion kann, insbesondere wenn diese durch den Typ II verursacht und die erste Infektion den Typen I, II oder IV zuzuschreiben war, das gefürchtete hämorrhagische (blutige) Dengue-Fieber ausbrechen. Diese Verlaufsform, die vor allem in Südostasien beobachtet wird, verläuft zu 50 Prozent tödlich. Das Dengue-Fieber wurde vermutlich zuerst in Afrika beschrieben und mit dem Sklavenhandel über die Karibik in die USA eingeschleppt, wo es bis zum Jahre 1945 zu vielen kleineren Epidemien gekommen ist. Ende der siebziger Jahre traten erneut in Südmexiko, Kuba und Texas zahlreiche Fälle auf. Grundsätzlich kann es, was jeder in die Tropen Reisende wissen sollte, in all jenen tropischen und subtropischen Gebieten zu Infektionen kommen, wo die Aedes-Stechmücke zu Hause ist. Sie legt ihre Eier in stehendem Wasser ab. Blumenvasen und andere Behälter und Töpfe mit Wasser reichen als Brutplatz aus. So ist denn derzeit auch, solange es noch keine für die Zivilbevölkerung zur Verfügung stehenden Schutzimpfungen gibt, die Ausrottung der Moskitos mit Hilfe von Insektiziden und die Trockenlegung der Brutstätten die wirksamste Methode der Bekämpfung dieser ernstzunehmenden Tropenkrankheit. Der prophylaktische Schutz mit Gammaglobulingaben ist unsicher. Die Entwicklung von Impfstoffen wird zwar eifrig betrieben, und es existieren auch schon Impfstoffe für militärische Sondergruppen. Diese können aber noch nicht flächendeckend eingesetzt werden, weil aufgrund der Eigenständigkeit der vier verschiedenen Virustypen mehrere Impfungen nötig sind. Die vor Jahrzehnten aufgestellte Behauptung, daß Gelbfieber gegen Dengue und umgekehrt schützt, ist nicht mehr haltbar.

MEDIZIN auf Reisen

JULIKA OLDENBURG

BRIDGE

Problem Nr. 25/85

West		Nord		Ost
		♠ 6 5 4 3 2 ♡ A 9 ♢ K D 4 2 ♣ K		
♠ K 10 8 ♡ D 5 4 ♢ 7 5 3 ♣ D B 10 3	W	N / S	O	♠ D 7 ♡ 7 6 3 2 ♢ 10 9 6 ♣ 6 5 4 2
		♠ A 9 ♡ K B 10 8 ♢ A B 8 ♣ A 9 8 7		

Süd hatte 1SA eröffnet und muß nun – nach einer Transfer-Reizung – „6 Pik" spielen. West greift mit Treff-Dame an. Kann Süd jetzt gewinnen?

Lösung Nr. 24/85

Süd nimmt den Pik-Angriff und spielt alle hohen Treffs ab, auf die sich der Tisch von zwei Coeurs trennt. West kommt in Bedrängnis: Wirft er Karo und zweimal Pik ab, kann sich Süd gefahrlos die Karos hochspielen. West gibt also zwei Karos und nur eine Pik-Karte. Jetzt spielt Süd Coeur (West muß ein Bild legen), nimmt am Tisch und wechselt auf Karo. Ost kann zwar sein As einsetzen und Pik bringen. West muß jedoch am Schluß von seinem besetzten Coeur-Bild in As und Zehn am Tisch hineinspielen.

Welcher Angriff hätte den Kontrakt zu Fall gebracht? Ein Coeur-Bild: Süd verliert jetzt entweder einmal Coeur und vier Stiche in Karo und Pik, oder Ost nimmt den ersten Karo und bringt Pik durch. West hat noch Karo-König als Entrée. U. A.

REISE ● WELT
MAGAZIN FÜR DIE FREIZEIT
mit Auto, Hobby, Sport, Spiel
Verantwortlich: Heinz Horrmann
Redaktion:
Birgit Cremers-Schiemann
Heinz-R. Scheika

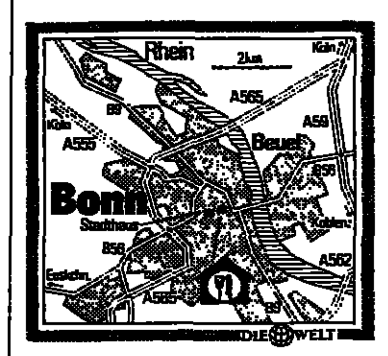
Godesberger Allee 99, 5300 Bonn 2
Telefon (02 28) 30 41

AUFLÖSUNG DES LETZTEN RÄTSELS

WAAGERECHT: 2. REIHE Sirmione – Ventimiglia 3. REIHE Osker – Athos 4. REIHE Tiara – Praga – Adua 5. REIHE Degas – Seeland 6. REIHE Robber – F. J. – ei – K. o. 7. REIHE Ara – Imola – teuer 8. REIHE Scala – Orion 9. REIHE Oberth – Kippe – Uri 10. REIHE an – Dinar – Sorben 11. REIHE Laertes – Anet – Kant 12. REIHE Keule – Molukken 13. REIHE Asti – Ase – Igor 14. REIHE Rosinante – Be – Sian 15. REIHE er – Tau – Weber – Sa. 16. REIHE Ines – Reger – Paket 17. REIHE Tobel – Liter 18. REIHE Model – Athen – Ter 19. REIHE tea – Stele – Renata 20. REIHE Lappe – Broeger – non 21. REIHE Reuss – Albaner – Island

SENKRECHT: 2. SPALTE Riviera – Balearen – Meer 3. SPALTE Ortenau – Oregon 4. SPALTE Amor – Ba. – Eli – Im. 5. SPALTE Isa – Store – Texas 6. SPALTE OK – Deich – Anatol 7. SPALTE Neger – Dessau – Spa 8. SPALTE der – Iltis – Roetel 9. SPALTE Palma – Mittel 10. SPALTE Avers – Kano – Alba 11. SPALTE Flair – Western 12. SPALTE Nagoja – Auster – Oe. 13. SPALTE Etsa – Opanke – Leger 14. SPALTE Segre – Benin 15. SPALTE Mosel – Steher – Rei 16. SPALTE Eis – Togo – Peters 17. SPALTE Alsen – Istar 18. SPALTE Leda – Ubangi – Tana 19. SPALTE Unke – Ren – Oase – Eton 20. SPALTE Matador – Internat – Rand – ETAGENBETT

GOURMET-TIP



Anreise: *Vom Autobahn-Verteilerkreis über die Köln- oder die Bornheimer Straße in Richtung Innenstadt (Wilhelmstraße). Parkhäuser ganz in der Nähe.*
Öffnungszeiten: 11.30 bis 15.00 Uhr, abends ab 18 Uhr. Ruhetag: Sonntag und Montag. Tischbestellungen ratsam.
Anschrift: Le Petit Poisson, Wilhelmstraße 23a, 5300 Bonn 1, Telefon: 0228/63 38 83.

Le Petit Poisson

Schon die Bezeichnung „Gourmet-Tip" beinhaltet eine positive Wertung für eine gute Küche und (oder) Anerkennung für ein außergewöhnliches Restaurant. Wer in unserer Reihe vorgestellt wird, bietet in jedem Fall etwas Besonderes und ist unter dem Strich empfehlenswert. Die WELT verzichtet auch in Zukunft auf die Vergabe von Kochmützen, Sternen und Punkte-Wertungen (wie es einige Leser gefordert haben), nicht aber auf notwendige Kritik und den Hinweis auf Ungereimtheiten, die auch bei den ausgewählt Guten häufig festzustellen sind.

Diese Standortbestimmung ist 18 Monate nach dem Start der Feinschmeckerserie und vor dem Einstieg in die Beurteilung des Bonner Restaurants „Le Petit Poisson" noch einmal ganz nützlich.

Rudolf Ludwig Reinarz' Küche mit besonders guten und frischen Grundprodukten, erstklassigen Fischgerichten, bei denen durch behutsames Würzen der Eigengeschmack nur unterstrichen und nie verfremdet wird, oder einer Stopfgansleber, die kaum noch besser zubereitet werden kann, gehört sicherlich zur westdeutschen Spitzenklasse. Das Lokal selber ist warm und gemütlich eingerichtet, mit einem Hauch von Nostalgie: Jugendstilelemente, viel Blumenschmuck, Bienenwachskerzen und Silber.

Der Tip der Tips also? Beinahe, wenn da nicht – und da sind wir beim einleitenden Hinweis – so deutliche Abstriche im Service gemacht werden müßten und die unverhältnismäßig langen Wartezeiten auf die feinen französisch orientierten Speisefolgen wären. Nun kann eine Küche natürlich einmal überlastet sein, jeder Gourmet würde das verzeihen. Doch hier resultiert der Fehler leider aus der persönlichen Einstellung des Küchenchefs. Sowie er grundsätzlich nur mit Lehrlingen arbeitet, weil ihm heutzutage alle fertigen Köche zu schlecht und zu teuer sind, sitzt er auch in seinem Verhältnis zum Gast auf dem hohen Roß. Mit dem unausgesprochenen Gedanken im Hintergrund, daß die Gäste eben warten oder anderswo hingehen sollen, liegt er natürlich im ständigen Clinch mit den Küchenpäpsten der Gourmetführer.

Diesen Nachteil, der aus der Eigenwilligkeit des Inhabers resultiert, muß der Gast einkalkulieren.

Wir wollen über diese Schwachstelle im Gesamtbild aber nicht die vorzüglichen Gerichte und die perfekt zusammengestellte Weinkarte aus den Augen verlieren. Bei den Vorspeisen ist beispielsweise der ausgefallene Hummer-Linseneintopf (35 Mark), das Carpaccio vom *Charolaisfilet mit einer wirklich* kräftigen Portion Kaviar auf Crème fraiche (38 Mark) und die bereits angesprochene gebratene Gänsestopfleber auf karamelisiertem Apfel-Rotkraut (32 Mark) besonders hervorzuheben.

Das gilt ebenso für die Fischhauptgerichte, für den nur selten zu bekommenen St. Pierre in rosa Butter mit grünem Stangenspargel (40 Mark) beispielsweise, oder den auf den Punkt gegarten Wildlachs mit Meerrettichkruste in Schnittlauchcrème (39 Mark).

Höhepunkte der Küchenleistung im „Kleinen Fisch" sind die eigenwilligen, leichten Saucen. Reinarz wechselt sie seit sieben Jahren regelmäßig. Er haßt den Einheitsstil: Reduzierter Fond mit Crème fraiche und ein bißchen Cognac parfümiert.

Die Desserts sind nicht nur frisch und fruchtig, sondern auch besonders attraktiv angerichtet. Wählen Sie doch einmal die frischen blauen Feigen mit Zimteis und Champagnersabayone (12 Mark), leicht und köstlich!

Das tägliche Degustationsmenü (ab 2 Personen) kostet 95 Mark. Die Folge bei unserem Besuch war sehr ausgewogen: Stopfentensülze mit ihrer Leber an Salat Meslin, Selleriecreme mit Flußkrebsen, St. Pierre an rosa Butter, Apfel-Calvados-Sorbet (optimal, ohne Bindemittel), Lammsattel im Kartoffelkleid mit Rosmarinjus und Sahnekohlrabis (leicht, aber kräftig im Geschmack), Käse und Mousse Varié.

Das Weinangebot pflegt Reinarz mit Sorgfalt und Liebe. Seinen Gesamtbestand schätzt er auf 300 000 Mark. Von guten deutschen Lagen (zumeist trocken ausgebaute Weine) wie den 83er Schloß Reinhartshausen-Hottenheimer Nuß (die halbe Flasche zu 19 Mark) gibt es eine ebenso große Auswahl wie von preiswerten Elsässer Jahrgängen (der 81er Riesling „Hügel" kostet 36 Mark) und den edlen französischen Spitzengewächsen. Ein Beispiel: Der Baron de L. Pouilly Fumé (85 Mark). Eine Seltenheit in dieser Klasse Gourmet-Restaurants sind *die offenen Weine, die glasweise* angeboten werden.

Wer sich nach dem Essen noch ein wenig die Füße vertreten möchte, hat bei einem Bummel durch die gemütliche Innenstadt direkt vor der Tür oder im nahe gelegenen Hofgarten Gelegenheit dazu.

HEINZ HORRMANN



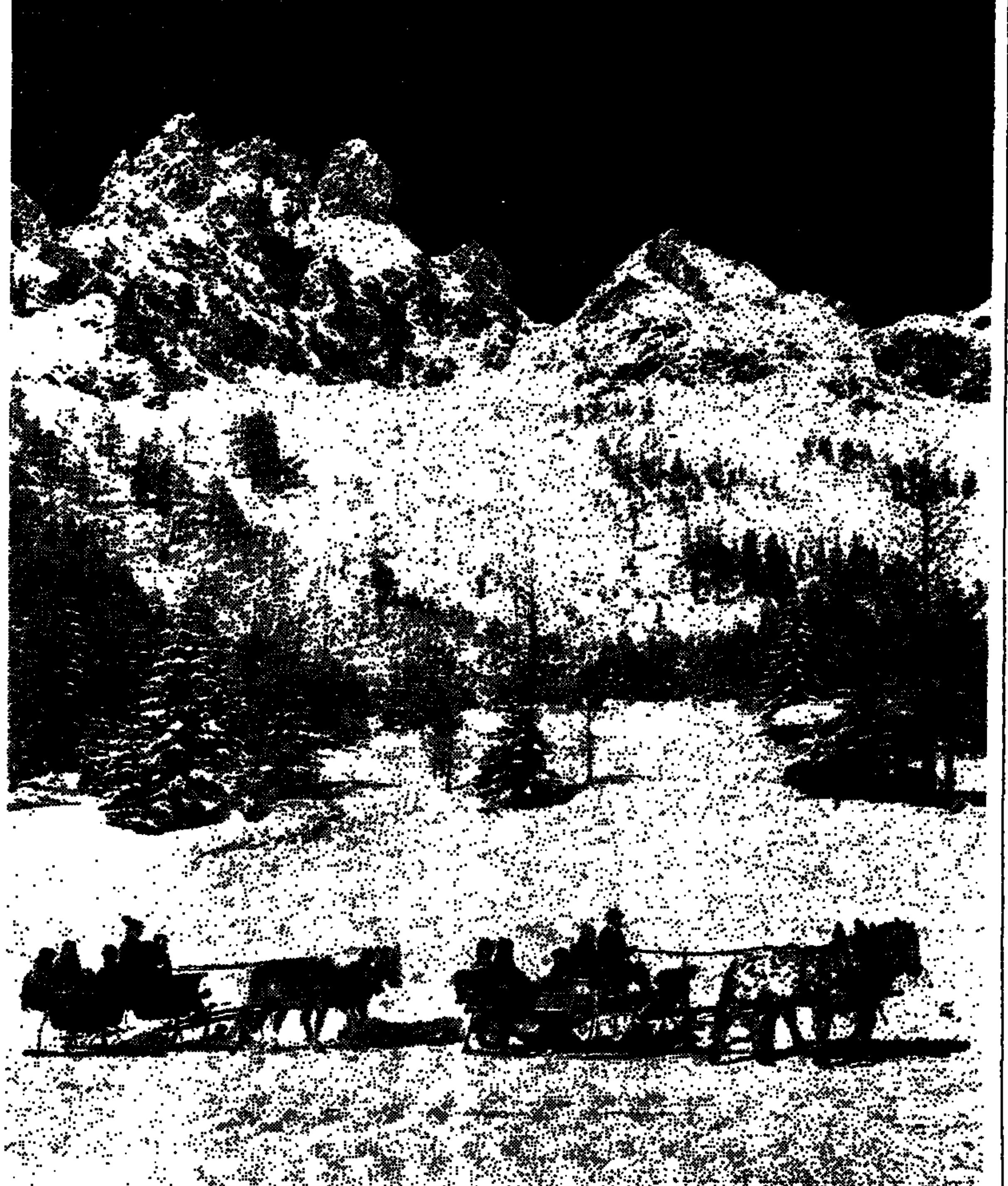
Rudolf Ludwig und Johanna Reinarz in ihrem kleinen, gemütlich eingerichteten Restaurant in der Bonner Wilhelmstraße FOTO: BERND KOLLMANN

Filzmooser Schlittenfahrt

„Eine liebenswürdige Dorfschönheit mit ansehnlicher Mitgift" – so hat Filzmoos einmal einer genannt, der sich auskannte mit den Skidörfern Österreichs. 1050 Meter hoch im Salzburger Land liegt der kleine beschauliche Ort. Die ringsum aufsteigenden wohlgerundeten Berge reichen bis auf 1700 Meter und sind locker bewaldet. Den eindrucksvollen Talschluß bildet die markante doppeltürmige Bischofsmütze (2545 Meter), die zu den charakteristischen Erscheinungen der Nördlichen Kalkalpen gehört. Ein bißchen weiter, in angemessener Distanz, ragt das gewaltige *Dachsteinmassiv (3004 Meter) in* den blauen Himmel.

Der Wintertourismus in Filzmoos mit seinen zwei bäuerlichen Weilern Neuberg und Hachau begann vor gut zwanzig Jahren, als der erste Großlift, der Roßbrand-Schlepplift, errichtet wurde. In den folgenden Jahren entstanden weitere Beförderungsanlagen, die leichte bis mittelschwere Skiabfahrten ermöglichten. So richtig interessant aber ist das Pistengebiet erst seit dem letzten Winter durch die „Skischaukel Filzmoos–Neuberg", die *aus einem neuen Doppelsessellift* und zwei Schleppliften besteht. Insgesamt kann man sich nun mit zwölf Liften bis auf 1700 Meter hinaufhieven lassen. Für sie gilt ein Skipaß, in dem auch der Skibus mit eingeschlossen ist.

Die breit eingewalzten Schneehänge mit zusammen fast dreißig Kilometer Pistenlänge garantieren unbeschwerte Abfahrtsfreuden. Die längste Piste mißt gut drei Kilometer. Familien mit Kindern und Mittelklasse-Fahrer fühlen sich hier pudelwohl. Skilangläufer finden in *den Ortsteilen Neuberg und Hachau* je eine kleine Skiwanderloipe sowie eine doppelt gespurte, acht Kilometer lange Langlaufloipe im Filzmooser Tal. Wer es sportlicher liebt, wird bestimmt zwischendurch in die zwölf Kilometer ent*fernte Ramsau überwechseln, wo* 120 Kilometer Loipen aller Schwierigkeitsgrade locken. Darüber hinaus gibt es zwei Eisschießbahnen, zwei Schlittenwege, ein Hallenschwimmbad, 50 Kilometer Winterwanderwege und 14 Pferdeschlitten. FOTO: WALTER STORTO



Lockende Bilder

Er ist die Lieblingslandschaft der Nation, wenn er da so über die Mattscheibe flimmert, eindrucksvoll, schweigend und saftig grün: der schöne Schwarzwald. Die TV-Serie, die schon bei der Premiere Millionen gesehen haben, zeigt in 23 *Folgen – neben Leben und Sterben* in einer Klinik – die umgebende Landschaft des Schwarzwaldes als Ferienidyll, dessen Erholungswert ungeschmälert ist, trotz so oft zitierten Tannensterbens.

Seit der Premiere des Films „Schwarzwaldklinik" ist – verglichen mit dem Vorjahr – die Zahl der Prospektanfragen und Anrufe sprunghaft gestiegen – und viele Gäste nehmen Bezug auf den Film. „Die neue Fernsehserie ‚Schwarzwaldklinik' zeigt so herrliche Aufnahmen vom Schwarzwald. Senden Sie uns Prospekte ..." oder „Der Film Schwarzwaldklinik kommt zur rechten Zeit. Er zeigt die schöne Landschaft und widerlegt so manchen überzogenen Bericht vom *Waldsterben im Schwarzwald*".

Das ist die ausgleichende Gerechtigkeit. Nachdem die Medien nicht wenig Bilder von kahlem Geäst, anklagend gegen den Himmel gereckten Baumgerippe zeigten, ist die Schwarzwald-Welt nun wieder heil.

Und für alle, die sich an Ort und Stelle davon überzeugen wollen, hat der Fremdenverkehrsverband Schwarzwald eine Broschüre herausgebracht, in der die Orte, wo für den Film „Schwarzwaldklinik" gedreht wurde, aufgeführt sind. Es sind Standorte, die laut Verband „die Schönheiten des Schwarzwaldes überzeugend darlegen".

Wir zweifeln nicht, daß die Wirklichkeit den schönen Fernsehbil*dern stand hält. Wir sehen bloß* eine endlose Schar neidischer Touristiker zum Fernsehproduzenten pilgern und beteuern, daß sie auch schöne Kliniken in gediegener Umgebung haben. B. C.

Am Pyhrn wedeln auch Prinzen über die Pisten

Pyhrn-Eisenwurz

Wenn am Nachmittag die Bergbahnen und Skilifte von Spital am Pyhrn still stehen und die letzten Läufer von den Pisten abgefahren sind, atmet Michael Hengl auf. Denn alle Jahre wieder hat der Leiter der Skischule von Spital unter seinen Schülern einige, die besondere Verantwortung erfordern: die Söhne der niederländischen Königsfamilie.

Was die Prinzen längst als Skigebiet schätzen, ist unter deutschen Wintersportlern noch recht wenig bekannt: die Skiregion Pyhrn-Eisenwurzen im österreichischen Bundesland Oberösterreich. Hier auf den Hängen des Toten Gebirges ist in den letzten Jahren in aller Stille ein Skigebiet entstanden, das mit manchem bekannten Revier im westlichen Österreich durchaus mithalten kann.

Gewiß, Hinterstoder und Hutterer Höß, Spital am Pyhrn und Wurzeralm, Stodertal oder Windischgarsten sind keine Namen, die das Herz des Skifans höher schlagen lassen. Noch werden die Skiorte des Toten Gebirges hinter vorgehaltener Hand gehandelt. Doch Franz Limberger, der Touristikchef der Region meint, man solle ruhig die Hand weglassen und laut sagen wie schön, preiswert und schneesicher des Tote Gebirge ist.

Hutterer Höß und Wurzeralm sind keine Skigebiete, in denen Weltcuprennen ausgetragen werden, obschon der in der Region ansässige weltgrößte Hersteller von Berg- und Skischuhen die von ihm ausgerüsteten österreichischen Weltmeisterschaftsläufer gerne auf der Wurzeralm trainieren läßt. Aber schwarze Abfahrtsmarkierungen für besonders schwere Strekken sind hier selten.

Die Pisten im Toten Gebirge sind ausgesprochen familienfreundlich, wie auch die Orte selber – Hinterstoder, Vorderstoder, Spital und Windischgarsten – als ausgesprochen preiswerte Wintersportplätze bezeichnet werden können. Hier fehlt alles Überspannte, alles Extravagante, das so mancher etablierte Wintersportplatz sich leistet.

Hinterstoder zum Beispiel gehört zu den gemütlichsten Wintersportplätzen Österreichs. Das, obschon das Dorf im Stodertal immerhin eine Kabinenseilbahn, einen Doppelsessellift und zwölf Schlepplifte für seine 25 Kilometer langen Abfahrten anbieten kann.

Vorderstoder ist ganz auf Familien mit Kindern eingestellt. Zahlreiche *kleine Hauslifte bedienen hier die* Übungshänge. Demgegenüber erschließt von Spital am Pyhrn die modernste Standseilbahn Europas in sechs Minuten das Skigebiet Wurzeralm, neben der Hutter Höß das zweite große Pistengelände im Toten Gebirge. Zwei Doppelsesselbahnen und fünf Schlepplifte gibt es für ein Gelände, in dem die längste Abfahrt, sechs Kilometer lang, als ausgesprochene Familienabfahrt wieder ins Tal führt.

Alle drei Orte bieten gespurte und gepflegte Loipen an, aber das eigentliche Langlaufzentrum der Region ist Windischgarsten, wo es Loipen von insgesamt 60 Kilometer Länge gibt.

Daß die beiden Skigebiete Hutterer Höß und Wurzeralm so weit auseinanderliegen ist den Verantwortlichen schon lange ein Dorn im Auge. Technisch ist eine Seilbahn über das felsige Warcheneckmassiv, das zwischen beiden Gebieten liegt, möglich, aber diese Überspannung wäre aufwendig und teuer. Und auch im Toten Gebirge ist man heute umweltbewußt und würde einer solchen neuen Anlage kritisch gegenüberstehen.

So sollen von diesem Winter an zwischen Hinterstoder und Spital Skibusse pendeln. Und man ist froh *über die Ausbaugenehmigung der* Hößseilbahn in Hinterstoder, wo nun in diesem Winter eine Kabinenseilbahn anstelle des alten Doppelsessellifts die Skiläufer zur Hutterer Höß hinauf befördern soll.

Im Talschluß des Stodertales, da, wo die Steyr entspringt, zeigt sich die Skiregion landschaftlich von ihrer schönsten Seite. In die berühmte Wunderwelt der Dolomiten kann sich der winterliche Wanderer versetzt fühlen, der beim Johannishaus nahe Hinterstoder zum Schiedeweiher abzweigt. Da schießen regelrecht die gewaltigen Berggestalten von Spitzmauer, Großem Priel und Ostrawitz in die Höhe, lassen alles unter sich klein und unbedeutend wirken.

Noch eindrucksvoller präsentieren sich die Bergregionen des Toten Gebirges von der Hutterer Höß aus, von der Bergstation der Hößseilbahn, die von Hinterstoder heraufkommt. Fast sieht es aus, als hätte ein gigantischer Landschaftsgestalter die Berge ausgemauert. Die ganze Wand des Toten Gebirges steht dort mit den aufgesetzten Gipfeln, von denen der Große Priel mit 2515 Meter Oberösterreichs zweithöchster Gipfel ist.

Daß die Region Pyhrn-Eisenwurzen in Deutschland als preisgünstiges Skiparadies kaum bekannt ist, führt der Fremdenverkehrschef vor allem auf zwei Gründe zurück. Einmal sei es eine Tatsache, daß keiner der großen Veranstalter das Tote Gebirge im Programm habe. Ganz einfach deshalb nicht, weil die von den Großveranstaltern geforderten Bettenkontingente und Provisionen für die als reine Familienbetriebe geführten Hotels zu groß seien. Und zum anderen habe es jahrelang gezielte Bestrebungen gegeben, den Fremdenverkehr vor allem im Stodertal nicht hochkommen zu lassen.

Diese Widerstände seien nicht so sehr von den Forstverwaltungen der deutschen Fürstenhäuser gekommen, vor allem Württemberg und Schaumburg-Lippe, die seit langem hier die weitaus größten Grundbesitzer der Region sind, sondern von einigen Künstlern, Politikern und anderen Prominenten, die lange Zeit im hinteren Stodertal ihre Sommerhäuser hatten und um ihre Ruhe fürchteten.

So ist das Gebiet zwischen Totem Gebirge und Sengsengebirge, das einst durch die „Schwarzen Grafen", die Hammerherren der kleinen Eisenwerke und Sensenschmiede reich geworden war, vor mancher Fehlentwicklung bewahrt geblieben. Hier gibt es keine Betonbettenburgen, auf den Speisekarten findet man noch oberösterreichische Spezialitäten: Fleischstrudelsuppe und hausgemachte Blutwurst, Gselchtes mit Sauerkraut. Und das wichtigste Getränk ist der Most, ein gärender Apfel-Birnenwein.

Après-Ski ist in den Tälern des Toten Gebirges so gut wie unbekannt. Hier gibt es stattdessen Rodelpartien mit Glühmost, Schneeballschlachten oder Pferdeschlittenfahrten im Fackelschein. Und auch herzhafte Genüsse stehen auf dem Programm: ein Bauernbüfett in einem Haus, Ripperlabende in einem anderen.

CHRISTOPH WENDT

*

Auskunft: Fremdenverkehrsverband Pyhrn-Eisenwurzen, Hauptplatz 20, A-4560 Kirchdorf a. d. Krems



Windischgarsten ist der größte Ort in der Skiregion Pyhrn-Priel. Mit den Orten Hinterstoden, Vorderstoden *und Spital am* Pyhrn (Foto) erreicht dieses alpine Revier ein Ausmaß, das sich mit anderen großen Skigebieten durchaus messen kann. Dank der günstigen Nordlagen der Pisten kann man hier, vor allem im oberen Teil zwischen Hutterer Höß und Hutterer Böden, meist mit günstigen Schneeverhältnissen rechnen. FOTO: LOCICMIK

